



Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 18/2005–2006

| Inhalt | Seite |
|--|-------|
| 25. Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal und gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten und Erlass eines Gesetzes über das Lotteriewesen | 1533 |
| 26. Teilrevision des Gesetzes über die Strafrechtspflege (StPO) sowie die Genehmigung des Konkordates der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004 | 1623 |

Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

25.

Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal und gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten und Erlass eines Gesetzes über das Lotteriewesen

Chur, 10. Januar 2006

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen die Botschaft zum Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal und gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten, zum Erlass eines Lotteriegesetzes sowie zur Aufhebung der grossrätlichen Verordnung über das Lotteriewesen.

I. Ausgangslage

1. Lotteriegesetzgebung des Bundes

Die Gesetzgebung über Glücksspiele und Lotterien ist gemäss Art. 106 Abs. 1 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV; SR 101) Sache des Bundes. Der Gesetzgeber regelt die Materie in zwei separaten Erlassen: einerseits im Bundesgesetz vom 18. Dezember 1998 über Spielbanken und Glücksspiele (Spielbankengesetz; SBG; SR 935.52) und andererseits im Bundesgesetz vom 8. Juni 1923 betreffend die Lotterien und die gewerbmässigen Wetten (Lotteriegesetz; LG; SR 935.51). Nach Inkraft-

treten des Spielbankengesetzes am 1. April 2000 beschloss der Bundesrat, auch das Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten einer Totalrevision zu unterziehen, und beauftragte am 23. Mai 2001 eine Expertenkommission mit den Vorarbeiten für diese umfassende Revision.

Im Vernehmlassungsverfahren sprachen sich die Kantone entschieden gegen den Revisionsentwurf aus und forderten eine Überarbeitung. Sie verlangten, dass ihnen ihre Kompetenzen im Lotteriebereich sowie die Erträge der bestehenden Lotterieuunternehmen für die Lotterie- und Sportfonds vollständig erhalten bleiben.

Aufgrund des Ergebnisses des Vernehmlassungsverfahrens entschied der Bundesrat am 19. Mai 2004, die Revision des eidgenössischen Lotteriegesetzes zu sistieren. Er ging damit auf den Vorschlag der zwischenzeitlich von den Kantonen geschaffenen «Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz» (Fachdirektorenkonferenz) ein, die bestehenden rechtlichen und sachlichen Mängel im Lotteriewesen mit einer interkantonalen Vereinbarung zu beheben. Der Bundesrat beauftragte das EJPD bis 2007 zu prüfen, ob die von den Kantonen getroffenen Massnahmen ausreichen.

2. Rechtsgrundlagen in Kanton Graubünden

Der Kanton Graubünden hat die wesentlichen Bestimmungen für die Durchführung kantonalen Lotterien in der grossrätlichen Verordnung über das Lotteriewesen vom 30. Mai 1962 (BR 935.450) geregelt. Graubünden ist zudem Mitglied der Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien vom 26. Mai 1937, letztmals geändert am 3. Februar 1984. Mit dieser Vereinbarung wurde zum Zwecke der gemeinsamen Durchführung von Lotterien die «Interkantonale Landeslotterie» (ILL) gegründet. Mitglieder der ILL sind im Wesentlichen die deutschsprachigen Kantone der Schweiz, während die französischsprachigen Kantone in der Lotterie Romande vereinigt sind.

II. Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal und gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten

1. Übersicht

a) Auftrag zur Erarbeitung einer interkantonalen Vereinbarung

Für die Ausarbeitung einer interkantonalen Vereinbarung setzte die Fachdirektorenkonferenz einen Lenkungsausschuss ein. Dieser erteilte einer Arbeitsgruppe den Auftrag, die wesentlichen Mängel im Lotteriewesen auf freiwilliger Basis mit einer interkantonalen Vereinbarung zu beheben. Folgende Verbesserungen sollten erreicht werden:

- a) Die Bewilligungsverfahren für die Durchführung von Lotterien und Wetten, die regional oder gesamtschweizerisch durchgeführt werden, sind bei einer Instanz zu konzentrieren. Die Aufgabe ist entweder einer bereits bestehenden kantonalen Verwaltungseinheit oder einer neu zu schaffenden interkantonalen Stelle zu übertragen.
- b) Die Aufsicht über Unternehmen des Lotteriebereichs, die regionale oder gesamtschweizerische Lotterien durchführen, ist von derselben Stelle oder Verwaltungseinheit, die auch die Bewilligungen erteilt, durchzuführen.
- c) Die Bewilligungs- und Aufsichtsstelle ist so zu organisieren, dass sie über das nötige fachliche und juristische Know-how verfügt, um ihre Aufgabe rasch, zeitgerecht und fachlich einwandfrei zu erfüllen.
- d) Für die Bewilligungsverfahren und allfälligen Verfahren im Zusammenhang mit der Ausübung der Aufsicht sind Verfahrensabläufe vorzusehen, die den Unternehmen und Dritten einen angemessenen Rechtsschutz ermöglichen.
- e) Bei der Erfüllung kantonalen Aufgaben im Lotteriebereich ist vermehrte Transparenz und Gewaltenteilung zu schaffen. Basis für diese Neuregelung sollen die entsprechenden, weitgehend unbestrittenen Bestimmungen des Vernehmlassungsentwurfs sein.
- f) Es sind ergänzende Massnahmen zur Suchtbekämpfung und Prävention vorzusehen.

b) Abschluss der Vereinbarung

Nach umfangreichen Vorarbeiten stellte die Fachdirektorenkonferenz am 21. September 2004 den Entwurf einer Interkantonalen Vereinbarung den Kantonen zur Vernehmlassung zu. In den Vernehmlassungsantworten

haben alle Kantonsregierungen den Abschluss der Vereinbarung begrüsst. Aufgrund dieser Vorgabe hat die Fachdirektorenkonferenz am 7. Januar 2005 die beiliegende Vereinbarung mit geringfügigen Änderungen einstimmig zuhanden der Ratifizierung in den Kantonen verabschiedet. Mit Schreiben vom 7. Februar 2005 der Präsidentin der Fachdirektorenkonferenz wurden die Kantone eingeladen, der Vereinbarung möglichst bald beizutreten.

Von der Vereinbarung nicht erfasst werden die rein innerkantonalen Lotterien (Lottos und Tombolas nach kantonalem Recht) sowie die Kleinlotterien. Für sie gelten nach wie vor die Bestimmungen der kantonalen Verordnung über das Lotteriewesen bzw. des neuen Lotteriegesetzes und der Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien vom 26. Mai 1937 (IKV).

c) Einzelheiten der Vereinbarung

Nach der Vereinbarung soll eine neu geschaffene, unabhängige Lotterie- und Wettkommission die Bewilligungsverfahren für Lotterien und Wetten durchführen, die in mehreren Kantonen oder in der ganzen Schweiz veranstaltet werden. Die Kommission prüft die Gesuche, erteilt die Zulassungsbevollmächtigung und stellt sie den Kantonen zu. Die Kantone erteilen in der Folge zuhanden der Kommission die Durchführungsbewilligung für ihr Kantonsgebiet. Die Kommission eröffnet den Gesuchstellern anschliessend die Zulassungsbevollmächtigung und die Durchführungsbewilligungen derjenigen Kantone, in denen die Lotterien veranstaltet werden dürfen. Die Durchführung der einzelnen Lotterien wird von der Kommission beaufsichtigt.

Die Vereinbarung will die Transparenz der kantonalen Verfahren verbessern. Die Lotterieveranstalter liefern ihre Reinerträge wie bisher in die Lotteriefonds der Kantone ab. Die Kantone bezeichnen die Instanz, die für die Verteilung der Mittel zuständig ist. Sie bestimmen die Kriterien, welche die Verteilinstanz bei der Unterstützung gemeinnütziger und wohltätiger Projekte anwenden muss. Schliesslich sieht die Vereinbarung Massnahmen zur Suchtbekämpfung und -prävention vor. Die Lotteriegesellschaften leisten den Kantonen eine Spielsuchtabgabe von 0,5 Prozent der auf ihrem Gebiet erzielten Bruttospielerträge. Die Kantone werden verpflichtet, die Mittel zur Finanzierung von Suchtbekämpfung und -prävention einzusetzen.

Das Zustandekommen der geplanten Vereinbarung ist für die Kantone von grosser Bedeutung. Einerseits können sie damit ihre Kompetenzen im Lotteriewesen beibehalten und andererseits die Einnahmen ihrer Lotteriefonds sichern. Aus dem Lotteriefonds unterstützen sie jeweils eine grosse Anzahl von gemeinnützigen, kulturellen und sportlichen Projekten.

Die Regierung des Kantons Graubünden hat sich zum Vereinbarungsentwurf der Fachdirektorenkonferenz positiv geäußert (RB Nr. 1567 vom 17. November 2004). Die Vereinbarung stelle grundsätzlich ein solides Instrument zur Erreichung der gesteckten Ziele dar.

2. Vernehmlassungsverfahren

Die Regierung nahm am 27. September 2005 von der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht, die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten und dem Entwurf eines kantonalen Lotteriegesetzes Kenntnis und gab den Beitritt sowie den Gesetzesentwurf zur Vernehmlassung frei. Zur Vernehmlassung eingeladen wurden die Kantonalparteien, die kantonalen Gerichte, der Verband der Kreisämter, die Standeskanzlei, alle Departemente, die Finanzkontrolle, das Sozialamt, das Gesundheitsamt und die Kantonspolizei. Das Vernehmlassungsverfahren dauerte bis zum 15. November 2005. Insgesamt gingen 15 Vernehmlassungen ein.

Seitens der Vernehmlassungsadressaten wurde mehrheitlich auf eine Stellungnahme verzichtet. Dem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht, die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten wird in den eingegangenen Stellungnahmen ausnahmslos zugestimmt. Teilweise wurden zu einzelnen Bestimmungen Ausführungen gemacht, jedoch allgemein anerkannt, dass beim vorliegenden Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung nicht mehr einzelne Artikel in Frage gestellt werden können, sondern einzig der Beitritt zur Vereinbarung in der heutigen Form zur Diskussion steht.

3. Grundzüge der Vereinbarung

a) Politische Führung

Eine gemäss Vereinbarung zu schaffende Bewilligungsinstanz soll stellvertretend für die bisher zuständigen Kantone tätig sein. Die oberste Aufsicht über das interkantonale Lotterie- und Wettspielwesen soll indessen weiterhin bei den Kantonen verbleiben. Die Rolle eines politischen Führungsorgans ist einer gesamtschweizerischen Direktorenkonferenz aufzuerlegen, zweckmässigerweise der bereits bestehenden Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz. Ihr stehen die wesentlichen Entscheidungsbefugnisse zu, wie Wahlkompetenzen sowie Genehmigung von Reglementen, Voranschlag und Rechnung.

b) Konzentration der Bewilligung und Aufsicht auf eine Instanz

Das geltende Lotteriegesetz sieht vor, dass eine Lotterie, die in mehreren Kantonen durchgeführt werden soll, einer Bewilligung aller betroffenen Kantone bedarf. In der Praxis hat dies dazu geführt, dass ein Kanton jeweils die Federführung übernommen hat, die Lotteriegesuche stellvertretend für die anderen Kantone prüfte und die Ausgabebewilligung erteilte. Die anderen Kantone bewilligten gestützt auf diese Ausgabebewilligung die Durchführung der Lotterien in ihren Kantonsgebieten.

Für interkantonale oder gesamtschweizerische Lotterien und Wetten soll nun mit der vorliegenden Vereinbarung die rechtliche Grundlage für ein einfacheres Verfahren bei einer einzigen Instanz eingeführt werden. Die neue Instanz gewährleistet eine einheitliche Anwendung des Lotterierechts und erleichtert die Aufsicht über die Lotterie- und Wettunternehmen sowie deren Tätigkeiten.

c) Verbleibende kantonale Zuständigkeiten bei Grosslotterien

Die neue interkantonale Vereinbarung soll nicht dazu führen, dass die Kantone im interkantonalen oder gesamtschweizerischen Lotterie- und Wettbereich sämtliche bisherigen Kompetenzen verlieren. Ihnen verbleibt insbesondere die autonome Festlegung der Zuständigkeiten und Verfahren für die Mittelverteilung. Sie werden aber dafür besorgt sein müssen, dass die Verwendung der Mittel in Zukunft transparenter und nach einheitlichen Kriterien erfolgt. Diesbezüglich bedarf es einer Überprüfung der bisherigen Praxis in den Kantonen, namentlich der Zuständigkeiten, der Kriterien und der Offenlegung der Mittelverwendung.

Die Erträge von Lotterien müssen gemäss Art. 3 und 5 ff. LG gemeinnützig oder wohltätig verwendet werden. Das Bundesrecht definiert diese beiden Begriffe nicht, doch wird davon ausgegangen, dass die Erträge nicht der Erfüllung öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen dienen dürfen. Es wird somit wie bisher Sache der Kantone sein, diese Obliegenheit im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Verpflichtungen zur Regelung der Mittelverwendung sicherzustellen.

d) Bekämpfung der Spielsucht

Lotterien, die mittels der heutigen technologischen Möglichkeiten (elektronisch verbundene Spielgeräte, Internet) betrieben werden, können unter dem Aspekt der Spielsucht zweifellos problematischer sein als die klassischen Papierlos-Lotterien. Das Lotteriegesetz enthält keine ausdrücklichen Bestimmungen über Sozialkonzepte oder Massnahmen zur Spielsuchtbekämpfung.

Gleichwohl prüfen die Lotteriegesellschaften und die Bewilligungsbehörden schon heute bei der Beurteilung neuer Lotterierprodukte, wie einer eventuell vorhandenen Suchtgefährdung mit geeigneten Massnahmen entgegengewirkt werden kann. Mit der neuen Vereinbarung soll nun die Bewilligungsinstanz ausdrücklich dazu verpflichtet werden, vor der Erteilung einer Bewilligung das Suchtpotenzial eines Lotteriespiels eingehend abzuklären und nötigenfalls mit Bedingungen und Auflagen übermässigen Spielanreizen vorzubeugen. In Betracht fallen beispielsweise Einschränkungen hinsichtlich der Zugangs- und Einsatzmöglichkeiten sowie die künstliche Verlangsamung des elektronischen Ablaufs eines Lotteriespiels an Geräten. Bei der Prüfung eines allfälligen Suchtpotenzials hat die Bewilligungsbehörde sodann dem Jugendschutz angemessene Rechnung zu tragen, beispielsweise durch Festlegen einer Alterslimite für den Zugang zu den Lotterien.

Um geeignete Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Spielsucht treffen zu können, sollen die Lotteriegesellschaften die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Die Kantone sind im Bereich der Suchtprävention (Alkoholsucht, Drogen) bereits heute schon tätig und verfügen über fachspezifisches Wissen und bestehende Strukturen. Zweckmässigerweise sollen deshalb die Lotteriegesellschaften verpflichtet werden, die Gelder zur Suchtbekämpfung und Prävention direkt den Kantonen zur Verfügung zu stellen, indem sie diesen eine feste Abgabe aus den Spielerträgen abliefern. Um die Mittel bei Bedarf schwerpunktmässig und kantonsübergreifend einsetzen zu können, haben die Kantone aufgrund des neuen Rechts die Möglichkeit, im Präventionsbereich zusammenzuarbeiten. Die Vereinbarung erlaubt es den Kantonen insbesondere auch, Konzepte und Kampagnen der Lotteriegesellschaften zu unterstützen oder diese mit der Durchführung zu beauftragen.

e) Rechtsanspruch auf eine Lotteriebewilligung

Gemäss bundesgerichtlicher Praxis (BGE 127 II 264, 270) ist die Lotteriebewilligung als Ausnahmegewilligung zwischen einer Polizeibewilligung mit Rechtsanspruch bei Erfüllung der Voraussetzungen und einer Konzession ohne Rechtsanspruch auf Erteilung zu betrachten. Auf die Erteilung einer Lotteriebewilligung besteht wie bei einer Konzession kein Rechtsanspruch. Ein negativer Entscheid kann aber anders als bei einer Konzession nicht nur mit der Begründung von Verfahrensmängeln, sondern auch mit gewissen materiellen Rügen angefochten werden. Die interkantonale Vereinbarung begründet ebenfalls keinen Rechtsanspruch auf eine Bewilligung. Indessen können Entscheide der Konkordatsorgane bei der interkantonalen Justizbehörde (Rekurskommission) angefochten werden. Letztinstanzlich steht die Konkordatsbeschwerde an das Bundesgericht offen.

f) Durchführungsrecht im Kanton

Die mit der Vereinbarung geschaffene Bewilligungsinstanz wendet bei der Beurteilung der Bewilligungsgesuche in Bezug auf die Frage, ob eine Lotterie vorliegt, ausschliesslich Bundesrecht an. Ihre Entscheide haben Gültigkeit für alle der Vereinbarung angeschlossenen Kantone. Es stellt sich daher die Frage, ob Kantone, die einschränkendere Bestimmungen erlassen haben oder andere kantonale Beschränkungen des Geldspiels kennen, für ihr Kantonsgebiet ein Zulassungsverbot für eine erteilte Bewilligung eingeräumt werden soll.

Die Übertragung der Bewilligungskompetenz von den Kantonen an die neu zu schaffende Bewilligungsinstanz entspricht dem ausdrücklichen Willen der Kantone, dass interkantonal oder gar gesamtschweizerisch durchgeführte Lotterien und Wetten nach einheitlichen Kriterien beurteilt und bewilligt werden. Die Bewilligungsinstanz entscheidet in Stellvertretung der Kantone, weshalb die Bindung der Kantone an diese Entscheide folgerichtig ist. Die kantonalen Interessen können indessen derart gewichtig sein, dass den Kantonen eine Möglichkeit zugestanden werden sollte, den bestehenden kantonalen Unterschieden im Geldspielbereich Rechnung tragen zu können. Kantone beispielsweise, in denen – wie etwa im Kanton Schwyz – Geschicklichkeitsspielautomaten verboten sind, könnten sich veranlasst sehen, die Einführung von elektronischen Lotterien nicht zuzulassen, wenn deren Erscheinung und Bedienung den Glückspielautomaten zu ähnlich sind. Vor Eröffnung der Bewilligung an die Gesuchsteller haben deshalb die einzelnen Kantone zu erklären, ob die geplante Lotterie oder Wette auf ihrem Gebiet gespielt werden darf oder nicht. Die Bewilligungsbehörde teilt sodann der Lotteriegesellschaft mit der Zulassungsverfügung mit, in welchen Kantonen die Lotterie durchgeführt werden darf.

4. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

I. Allgemeine Bestimmungen

Gegenstand und Zweck

Art. 1 Gegenstand

Der Geltungsbereich der vorliegenden Vereinbarung beschränkt sich auf die von den bestehenden Lotteriegesellschaften durchgeführten Grosslotterien und wird anhand der räumlichen Ausdehnung einer Lotterie oder Wette festgelegt. Von der Vereinbarung nicht erfasst werden damit die Kleinlotterien. Diese sind betragsmässig kleiner als die von den Lotteriegesellschaften

ausgegebenen Lotterien und werden in der Regel nur in demjenigen Kanton veranstaltet, in dem der Anlass bzw. das Projekt, dessen Unterstützung die Lotterie bezweckt, durchgeführt wird. Die IKV nimmt die Unterscheidung Grosslotterie – Kleinlotterie aufgrund der Einwohnerzahl der einzelnen Kantone vor (Art. 8 Abs. 1 IKV). Entsprechend gelten in den beteiligten Kantonen für Kleinlotterien unterschiedliche Höchstplansummen. Art. 1 der Vereinbarung stellt zudem sicher, dass die vorgenannten Kleinlotterien, deren Lose in mehr als einem Kanton verkauft werden sollen, ebenfalls in der Bewilligungskompetenz der einzelnen Kantone verbleiben.

Art. 2 Zweck

Nach der heutigen Regelung bedürfen Lotterien, die in mehreren Kantonen oder gesamtschweizerisch gespielt werden, der Bewilligung sämtlicher betroffener Kantone (siehe dazu Ziffer 3.2). Diese Kompetenzordnung der Kantone ist zumindest teilweise unübersichtlich und kompliziert. Sie führt zu einer uneinheitlichen Auslegung des Bundesrechts und unbefriedigenden Aufsicht über die Lotterie- und Wettunternehmen. Die vorliegende Vereinbarung hat deshalb den Zweck, für den Bereich der interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten mit gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken im Sinne des Lotteriegesetzes eine einzige Bewilligungs- und Aufsichtsinstanz zu schaffen, die eine einheitliche Anwendung des Bundesgesetzes garantiert.

Mit der Vereinbarung sollen die Kantone zudem verpflichtet werden, Transparenz in die Verteilung der Mittel der kantonalen Lotterie- und Wettfonds zu bringen, indem sie Verteilinstanzen, Verteilkriterien und Offenlegung der Mittelverteilung in kantonalen Erlassen regeln. Die Vereinbarung hat weiter den Zweck, sozial schädlichen Auswirkungen von Lotterien und Wetten entgegenzuwirken.

II. Organisation

Art. 3 Organe

In diesem Artikel werden die verschiedenen Organe aufgezählt, die für den Vollzug der Interkantonalen Vereinbarung zuständig sind.

1. Fachdirektorenkonferenz

Art. 4 Zuständigkeit

Die mit der Vereinbarung geschaffene Bewilligungsinstanz besteht aus Vertretern der Kantone und soll unter deren Aufsicht stehen. Als oberstes Vereinbarungsorgan erscheint daher die Fachdirektorenkonferenz Lotterie-

markt und Lotteriegesetz als zweckmässig. Die Konferenz ist Wahl- und Genehmigungsbehörde.

2. Lotterie- und Wettkommission

Art. 5 bis 7 Zusammensetzung, Organisation und Zuständigkeit

Die Lotterie- und Wettkommission muss unabhängig sein. Dies wird gewährleistet durch die Umschreibung derjenigen Personen, die nicht wählbar sind. Die im Lotteriebereich vorhandenen regionalen Unterschiede und die Interessen der bestehenden Lotterieunternehmen werden durch die verlangte Zusammensetzung der Kommission angemessen berücksichtigt (Art. 5).

Die Lotterie- und Wettkommission konstituiert sich mit Ausnahme der Bezeichnung des Präsidiums selbst. Das Geschäftsreglement, den Geschäftsbericht, die von einer unabhängigen Revisionsstelle geprüfte Jahresrechnung sowie den Voranschlag hat sie indessen der Wahlbehörde zur Genehmigung vorzulegen (Art. 6 Abs. 1 und 2).

Für die Vorbereitung der Entscheide sowie die Ausübung der Aufsicht wird der Kommission ein Sekretariat zur Seite gestellt. Dieses muss nicht zwingend als eigenständiges Organ geführt werden. Der künftig zu erbringende Aufwand ist schwer abschätzbar. Beispielsweise wäre es sinnvoll, die der Kommission anfallenden Sekretariatsarbeiten einer bestehenden Verwaltungseinheit eines Kantons zu übertragen. Die Vereinbarung lässt diese Möglichkeit offen, indem sie den Abschluss von Leistungsverträgen mit Dritten vorsieht (Art. 6 Abs. 3).

Aufgabe der Lotterie- und Wettkommission ist es, die Gesuche der Lotteriegesellschaften zu beurteilen, Entscheide zu fällen sowie generell die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und Bewilligungsvoraussetzungen zu überwachen (Art. 7 sowie Art. 14 und 20).

3. Rekurskommission

Art. 8 bis 10 Zusammensetzung, Organisation und Zuständigkeit

Die interkantonale Zusammenarbeit hat einen angemessenen Rechtsschutz sicherzustellen. Dazu wird als Vereinbarungsorgan eine Rekurskommission als letztinstanzliche richterliche Behörde eingesetzt (Art. 10). Die Vereinbarung beschränkt sich auf die Regelung der Zusammensetzung, der Organisation und der Zuständigkeit. Zusammensetzung und Organisation entsprechen denjenigen der Lotterie- und Wettkommission (Art. 5 ff.).

4. Anwendbares Recht

Art. 11 bis 13 Allgemein, Publikationen und Verfahrensrecht

Das Handeln der Vereinbarungsorgane erfordert eine Bestimmung über das anzuwendende Recht. Grundsätzlich gelten für dieses Verfahren – soweit nichts anderes bestimmt wird – die Bestimmungen des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren; ansonsten finden die Bestimmungen des Bundesrechts analog Anwendung (Art. 11 und 13). Ausdrücklich geregelt werden die Publikation (Art. 12) sowie das Verfahren vor der Rekurskommission (siehe Art. 23 Abs. 2).

III. Bewilligung und Aufsicht von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten

Art. 14 Zulassungsbewilligung

Die dieser Vereinbarung unterstellten Lotterien und Wetten bedürfen einer Bewilligung durch die Lotterie- und Wettkommission (Art. 14 Abs. 1). Die Kommission prüft die Gesuche und führt das Gesuchsverfahren durch. Vor Eröffnung der Zulassungsverfügung stellt sie diese den betroffenen Kantonen zu (Art. 14 Abs. 2).

Art. 15 Durchführungsbewilligung

Gestützt auf die Zulassungsverfügung haben die Kantone innert 30 Tagen über die Durchführung der nachgesuchten Lotterie oder Wette auf ihrem Gebiet zu befinden. Die Äusserung der Kantone beschränkt sich dabei grundsätzlich auf die Zustimmung oder Ablehnung der Lotterie oder Wette wie sie mit der Zulassungsverfügung bewilligt würde. Die Kantone dürfen für sich keine von der Zulassung abweichenden Auflagen verlangen, die den (technischen) Spielablauf der Lotterie verändern würden. So können sie insbesondere keine Erhöhung oder Senkung der Auszahlungsquote bewirken. Es bleibt ihnen hingegen unbenommen, auf ihrem Kantonsgebiet für das Anbieten von Lotterierprodukten im Interesse der Spielsuchtprävention und des Jugendschutzes Einschränkungen in örtlicher oder auch zahlenmässiger Hinsicht zu erlassen. Die Kantone stellen ihre Durchführungsentscheide der Kommission zu (vgl. dazu auch Ziffer 3.3.6).

Art. 16 Eröffnung der Bewilligung

Liegen die Entscheide über die Durchführung vor, eröffnet die Kommission im Sinne eines Koordinationsorgans der Gesuchstellerin die Zulassungsbewilligung sowie die Durchführungsbewilligungen der zustimmenden Kantone.

Art. 17 Massnahmen zur Prävention von Spielsucht

Die Bewilligungsinstanz wird verpflichtet, mit geeigneten Anordnungen der Spielsucht entgegenzuwirken. Dies beinhaltet zum einen die Prüfung des Suchtpotenzials einer neuen Lotterie oder Wette vor der Bewilligungserteilung, zum anderen die Überwachung der Wirksamkeit der angeordneten Einschränkungen (Art. 17 Abs. 1).

Die Lotterie- und Wettveranstalterinnen selber sollen insoweit in die Verantwortung miteinbezogen werden, als sie von der Bewilligungsinstanz zur Ergreifung von Massnahmen verpflichtet werden können (Art. 17 Abs. 2).

Art. 18 Spielsuchtabgabe

Zur Finanzierung von Präventions- und Suchtbekämpfungsmassnahmen haben die Lotteriegesellschaften die notwendigen Mittel in Form einer Spielsuchtabgabe beizusteuern. Die Lotterie- und Wettunternehmen leisten den Kantonen eine Abgabe von 0,5 Prozent der in ihren Kantonsgebieten mit den einzelnen Spielen erzielten Bruttospielerträge (Art. 18 Abs. 1). Die Kantone müssen diese Abgaben zur Prävention und Spielsuchtbekämpfung einsetzen. Sie können dabei zusammenarbeiten (Art. 18 Abs. 2).

Art. 19 Werbung

Ein generelles Werbeverbot für Lotterien und Wetten drängt sich nicht auf. Sozial schädliche Auswirkungen des Spielens sollen nach Möglichkeit aber vermieden werden. Das Spielbankengesetz (SBG) erlaubt den Spielbanken in nicht aufdringlicher Weise zu werben (vgl. dazu Art. 33 SBG). Dies soll auch für die Lotterien und Wetten Geltung haben.

Art. 20 Aufsicht

Die Bewilligungsinstanz wacht über die Einhaltung der Vorschriften durch die von der Vereinbarung erfassten Lotterie- und Wettunternehmen. Sie trifft die erforderlichen Massnahmen, wenn Verstösse festgestellt werden (Art. 20 Abs. 1). Diese Aufsicht umfasst auch das Vorgehen gegen ausländische Lotterien und Wetten.

Die Lotterie- und Wettunternehmen üben heute ihre Tätigkeiten, die der gesetzlichen Beaufsichtigung bedürfen, in verschiedenen Kantonen und an den verschiedensten Orten aus. Insbesondere Ziehungen werden oftmals ausserhalb der Zuständigkeit des Ausgabekantons der Lotterie durchgeführt, was den Beizug der örtlichen Behörden nötig macht. Die zentrale Bewilligungsbehörde wird deshalb ermächtigt, die Aufsicht, beispielsweise über Ziehungen, an eine Behörde vor Ort delegieren zu können (Art. 20 Abs. 2).

Sind die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung nicht mehr erfüllt, entzieht die Bewilligungsbehörde die Bewilligung (Art. 20 Abs. 3).

Art. 21 Die Kommission

Die Kosten der Lotterie- und Wettkommission sowie des Sekretariats haben die Lotterie- und Wettveranstalterinnen zu tragen. Grundsätzlich werden hierzu kostendeckende Gebühren erhoben. Für die Wahrnehmung ihrer Aufsicht kann die Lotterie- und Wettkommission eine jährliche Gebühr vorsehen, die den Lotterie- und Wettveranstalterinnen im Verhältnis des erzielten Bruttospielertrags aufzuerlegen ist.

Art. 22 Die Kantone

Werden die Kantone für die Lotteriegesellschaften tätig, können sie dafür ebenfalls kostendeckende Gebühren verlangen.

Art. 23 Aufsicht

Verfügungen und Entscheide der Vereinbarungsorgane können bei der Rekurskommission angefochten werden (Art. 23 Abs. 1). Das Verfahren vor dieser Kommission richtet sich vorderhand nach dem Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (VwVG; SR 172.021). Sobald das neue Verwaltungsgerichtsgesetz des Bundes (VVG) in Kraft treten wird, findet dieses neue Verfahren Anwendung (Art. 23 Abs. 2). Die Rekurskommission erhebt für ihre Entscheide kostendeckende Gebühren (Art. 23 Abs. 3).

IV. Lotterie- und Wettfonds und Verteilung der Mittel

Art. 24 bis 28 Lotterie- und Wettfonds, Verteilinstanz, Verteilkriterien, Entscheide und Bericht

Die Verwendung der Reinerträge aus den Lotterien und Wetten bleibt Sache der einzelnen Kantone. Mit der Vereinbarung sollen die Kantone aber verpflichtet werden, im kantonalen Recht verbindlich die Verteilinstanz und die Verteilkriterien festzulegen. Im Sinne der geforderten Transparenz sollen zudem die aus den Fonds gesprochenen Beiträge in jährlichen Berichten offen gelegt werden.

Die Lotterie- und Wettunternehmen liefern ihre Erträge denjenigen Kantonen ab, in denen sie die Lotterien und Wetten durchgeführt haben (Art. 24 Abs. 2). Von der Vereinbarung nicht berührt werden die bestehenden Verteilschlüssel. Die Aufteilung der von den Lotteriegesellschaften erwirtschafteten Erträge auf die einzelnen kantonalen Fonds erfolgt weiterhin nach den Bestimmungen der IKV (Art. 5). Weiterhin soll möglich sein, einen Teil der Erträge vor der Verteilung an die Kantone an gesamtschweizerische Institutionen zukommen zu lassen (Art. 24 Abs. 3). Dies betrifft heute in erster Linie den Sport. Swiss Olympics und der Schweizerische Fussballverband erhalten ihre jährlichen Beiträge aus den Sportwetten

direkt von den Lotterieunternehmen. Die Erträge der Kantone werden dadurch verringert.

V. Schlussbestimmungen

Art. 29 und 30 Inkrafttreten, Geltungsdauer, Kündigung

Mit dieser Vorlage wird eine gesamtschweizerische Vereinbarung angestrebt. Entsprechend setzt das Inkrafttreten den Beitritt sämtlicher Kantone voraus. Durch die Beitrittserklärung des letzten Kantons an die Fachdirektorenkonferenz tritt die Vereinbarung automatisch in Kraft (Art. 29). Dies bedeutet folgerichtig auch, dass die Kündigung bereits eines Kantons den Fortbestand der Vereinbarung beendet. Ein Austritt ist somit nicht möglich. Im Übrigen soll die Vereinbarung unbefristet, aber mit einer zweijährigen Kündigungsmöglichkeit abgeschlossen werden. Damit eine gewisse Kontinuität sowie Rechtsbeständigkeit erreicht werden kann, soll die Vereinbarung allerdings vorerst zehn Jahre unkündbar sein (Art. 30).

Art. 31 Änderung der Vereinbarung

Nicht betroffen von dieser Unkündbarkeit ist die Revision der Vereinbarung. Jeder Kanton wie auch die Lotterie- und Wettkommission können jederzeit eine Revision beantragen (Art. 31 Abs. 1). Für die Annahme ist dabei jedoch wiederum erforderlich, dass sämtliche Kantone der Änderung zustimmen.

Art. 32 Übergangsbestimmungen

Übergangsrechtlich wird bestimmt, dass die Vereinbarung auf bisherige Entscheide keinen Einfluss hat. Nach bisherigem Recht erteilte Bewilligungen (Ausgabe- und Durchführungsbewilligungen) behalten grundsätzlich ihre Gültigkeit und können weiterhin – sofern keine Befristung besteht – ausgeübt werden (Art. 32 Abs. 1). Sollen hingegen nach bisherigem Recht bewilligte Spiele auch in Kantonen durchgeführt werden, für deren Gebiet bei Inkrafttreten der Vereinbarung noch keine Durchführungsbewilligung vorliegt, sind die entsprechenden Gesuche und Anträge bei der Lotterie- und Wettkommission einzureichen und nach der neuen Vereinbarung zu beurteilen (Art. 32 Abs. 2).

Ebenfalls nach neuem Recht zu beurteilen sind Gesuche und Anträge für neue Spiele sowie für Verlängerungen und Erneuerungen bestehender Bewilligungen und Beschlüsse, die nach Inkrafttreten der Vereinbarung eingereicht werden (Art. 32 Abs. 4).

Art. 33 Verhältnis zu bestehenden interkantonalen Vereinbarungen

Die IKV soll unangetastet bleiben. Ihr Verhältnis zur neuen Vereinbarung wird in Art. 33 geregelt. Bestimmungen, die mit Regelungen in der neuen Ver-

einbarung unvereinbar sind, werden solange sistiert, als die neue Vereinbarung Gültigkeit entfaltet. Die Bestimmung verzichtet auf die explizite Nennung der zu sistierenden Regelungen, da sich deren Kreis je nach Weiterentwicklung der verschiedenen Vereinbarungen ändern kann.

5. Beitrittsbeschluss zur Interkantonalen Vereinbarung

Für den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung ist ein entsprechender Beschluss erforderlich, welcher ebenfalls in die Bündner Rechtssammlung aufzunehmen ist. Da die Vereinbarung gesetzesändernden Charakter hat (beispielsweise indem gemeinsame Institutionen und Organe geschaffen und materielle Bestimmungen, z.B. zur Spielsucht und Werbung, erlassen werden oder jeder Kanton verpflichtet wird, einen Lotterie und Wettfonds zu schaffen), sie mit anderen Worten somit rechtsetzender Natur ist, ist der Beitrittsbeschluss im Sinne von Art. 17 Abs. 1 Ziff. 2 der Kantonsverfassung dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Formell bildet dabei nicht der Vertrag als solcher, sondern der Genehmigungsbeschluss des Grossen Rates gemäss Art. 32 Abs. 2 KV Gegenstand des Referendums.

III. Erlass des Gesetzes über das Lotteriewesen

1. Ausgangslage

Die Bundesgesetzgebung hat sich seit Erlass der grossrätlichen Verordnung über das Lotteriewesen im Jahre 1962 nicht verändert (vgl. Ziff. 1. II. a.). Ein grundsätzlicher Handlungsbedarf aufgrund übergeordneter Gesetzgebung ergibt sich somit nicht. Ebenfalls ist die Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal und gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten direkt anwendbar. Einzig die neue Aufgabe im Präventionsbereich und der Spielsuchtbekämpfung sind zwingend neu organisatorisch zuzuordnen.

2. Schwerpunkte der Vorlage

a) Überführung in ein Gesetz

Gemäss Art. 31 der Kantonsverfassung (KV; BR 110.100) sind sämtliche wichtigen Bestimmungen durch den Grossen Rat in der Form eines Gesetzes zu erlassen. Verschiedene Bestimmungen, wie z.B. die Strafbestimmungen,

sind zweifellos als wichtig zu betrachten, womit nach neuer Verfassung die Überführung der Verordnung in ein Gesetz notwendig ist.

b) Neuordnung der Aufsicht

Im geltenden Recht sind die Aufgaben im Lotteriebereich auf das Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht Graubünden und auf die Kreisämter verteilt. Das Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement des Kantons Graubünden ist für die Oberaufsicht zuständig. Diese Aufgabenaufteilung hat sich in der Praxis nicht bewährt. Insbesondere die Trennung der Aufsichtsfunktion über die Kreisämter ist nicht optimal. Es erscheint sinnvoll, sämtliche Aufsichtsfunktionen bei einer Behörde zusammenzufassen. Vorgesehen ist die Übertragung der Aufsichtsfunktion über die Kreisämter an das Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht Graubünden als zuständige Dienststelle. Diese Dienststelle nimmt im Auftrag der Spielbankenkommission bereits heute teilweise die Spielbankenaufsicht wahr.

c) Anpassungen an die neue Kantonsverfassung

Die Verordnung über das Lotteriewesen enthält mit der regierungsrätlichen Kompetenz für den Abschluss interkantonalen Vereinbarungen eine Bestimmung, die der neuen Kantonsverfassung zumindest teilweise widerspricht. Diese Kompetenzdelegation ist in Übereinstimmung mit der Kantonsverfassung zu streichen.

d) Zuordnung neuer Aufgaben

Mit der neuen Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal und gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten sind teilweise neue Aufgaben zu bewältigen. Einzelne neue Aufgaben wie z.B. die Veröffentlichung der Mittelverwendung benötigen keine gesetzlichen Anpassungen. Jedoch müssen die eventuellen Aufsichtsfunktionen, die Prävention und die Spielsucht-bekämpfung geregelt werden.

3. Vernehmlassungsverfahren

Das neue Gesetz wurde gleichzeitig mit der interkantonalen Vereinbarung in die Vernehmlassung gegeben. Seitens der Vernehmlassungsadressaten ist die Einführung eines kantonalen Lotteriegesetzes positiv aufgenommen worden. Grundlegende Änderungen sind nicht beantragt worden. Insbesondere positiv wird die neu vorgesehene Prävention und Spielsuchtbekämpfung beurteilt. Vereinzelt werden Vollzugsfragen aufgeworfen, die jedoch auf das Gesetzgebungsverfahren keinen Einfluss haben.

4. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 1 Aufsicht

Die bisher gültige Zweiteilung der Aufsicht ist nicht optimal und die Aufsicht wird neu beim Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht zusammengefasst. Diese Massnahme ermöglicht eine koordinierte Bewilligungserteilung und eine einheitliche Abgrenzung der Zuständigkeiten der Kreisämter und der zuständigen Dienststelle.

Durch die neue Bezeichnung «Aufsicht» ist auch die notwendige Zuteilung der Aufgaben erfolgt, die gemäss Art. 20 Abs. 2 der Interkantonalen Vereinbarung an die Kantone delegiert werden können.

Art. 3, 6, 8, 23, 26

In diesen Artikeln ist die Dienststellenbezeichnung geändert bzw. flexibilisiert worden.

Art. 7 Verweigerung einer Bewilligung

Gemäss Art. 7 lit. a der bisherigen Verordnung über das Lotteriewesen soll eine Lotterie zu gemeinnützigen und wohltätigen Zwecken verweigert werden, wenn andere Lotterien noch im Gange sind und eine starke Beanspruchung der Bevölkerung oder ein Misserfolg bewilligter Lotterien zu befürchten ist. Dieser Verweigerungsgrund ist in der Praxis nie angewendet worden, weil eine Überprüfung und eine Beurteilung durch die Bewilligungsinstanz nicht möglich ist. Aufgrund der restriktiven Bewilligungspraxis seitens der zuständigen Dienststelle infolge der beschränkten Kontingente für innerkantonale Lotterien kann eine übermässige Beanspruchung der Bevölkerung ausgeschlossen werden. Die Bestimmung ist daher ersatzlos zu streichen.

Art. 11alt Ausserkantonale Lotterien

Die Interkantonale Vereinbarung regelt interkantonale und gesamtschweizerische Lotterien und Wetten abschliessend. Es gibt somit keine aus-

serkantonalen Lotterien mehr, deren Durchführung ausserhalb der Interkantonalen Vereinbarung bewilligt werden muss. Abs. 1 dieses Artikels ist daher ersatzlos zu streichen.

In Abs. 2 dieses Artikels ist die Kompetenz der Regierung enthalten, mit anderen Kantonen Vereinbarungen über das Lotteriewesen abzuschliessen. Diese Regelung wurde obsolet mit der neuen Kantonsverfassung. Demnach ist die Regierung zuständig für das Aushandeln von interkantonalen und internationalen Verträgen; soweit sie in ihre Verordnungscompetenz fallen, ist sie auch für deren Abschluss zuständig (Art 45 Abs. 2 KV). Soweit also allfällige Änderungen der Vereinbarung weniger wichtige Bestimmungen betreffen, wird die Regierung auch die Änderungen beschliessen können. Bei allen anderen wird der Grosse Rat gestützt auf Art. 32 Abs. 2 i.V. mit Art. 17 Abs. 1 Ziff. 3 KV mit fakultativem Referendum oder gestützt auf Art. 16 Ziff. 2 KV mit obligatorischem Referendum entscheiden müssen. Der bisherige Art. 11 Abs. 2 der Verordnung steht somit zumindest teilweise im Widerspruch zur der Kantonsverfassung und ist deshalb ersatzlos zu streichen.

Art. 11 (Art. 12 alt) Tombolas und Lottos

Unterhaltungslotterien dürfen nach bisherigem Recht nur von Vereinen, Genossenschaften und Korporationen durchgeführt werden. Mit dieser abschliessenden Aufzählung wird der aktuellen Situation zu wenig Rechnung getragen, da nicht mehr jede Interessengemeinschaft in den erwähnten Rechtsformen geführt wird. Insbesondere werden verschiedene Grossanlässe auch von Aktiengesellschaften durchgeführt, die oft einen Verein vorschieben, um eine Unterhaltungslotterie durchzuführen. Die Beschränkung auf Vereine, Genossenschaften und Korporationen ist deshalb zu streichen.

Art. 13 (Art. 14 alt) Zahl und Dauer der Bewilligung

In der Praxis hat sich gezeigt, dass immer wieder Diskussionen über die Dauer des Unterhaltungsanlasses entstehen. Die Dauer des Unterhaltungsanlasses würde bei einer engen Auslegung auch die Dauer des Losverkaufes beschränken. Ein zeitlich freier Losverkauf lässt sich mit dem Begriff der Unterhaltungslotterie als zeitlich und örtlich beschränkter Anlass nicht vereinbaren. Es rechtfertigt sich, den Zeitraum vor dem Unterhaltungsanlass, in dem bereits Lose verkauft werden dürfen, im Gesetz zu regeln. Eine bestehende Rechtsunsicherheit wird damit behoben. Die Einschränkung auf einen Unterhaltsanlass soll nicht mit einer zu grosszügigen Frist zu stark aufgeweicht werden. In diesem Artikel wird daher zusätzlich die Regelung aufgenommen, dass Lose frühestens 30 Tage vor einem Unterhaltungsanlass verkauft werden dürfen.

Art. 22 Suchtprävention und Zuständigkeit

In diesem neuen Artikel wird festgelegt, dass die Regierung die notwendige Zuordnung der Prävention und Spielsuchtbekämpfung organisatorisch vornimmt. Das Sozialamt verwaltet bereits zweckgebundene Mittel im Bereich der Suchtprävention (Alkoholpatentgebühren). Es ist deshalb vorgesehen, die Prävention und Spielsuchtbekämpfung dem Sozialamt zu übertragen. Diese organisatorische Zuteilung wird von verschiedenen Vernehmlassungsadressaten ausdrücklich gewünscht. Eine weitere Regelung im Rahmen dieses Gesetzes ist nicht erforderlich und kann – sofern notwendig – auf dem Verordnungswege erfolgen.

Art. 25 Zustellung von Entscheiden und Bewilligungen

Dieser Artikel wurde der neuen Aufsichtsregelung angepasst. Für die Wahrnehmung der Aufsichtsfunktion ist es notwendig, über sämtliche Entscheide und Bewilligungen orientiert zu werden.

Art. 26 Richtlinien

Auch dieser Artikel ist im Zusammenhang mit der neuen Aufsichtsfunktion der zuständigen Dienststelle geändert worden. Eine Aufsichtsfunktion ist nur möglich, wenn die Aufsichtsbehörde berechtigt ist, Richtlinien und Weisungen zu erlassen. Ohne diese Befugnis könnte eine einheitliche und gesetzeskonforme Bewilligungserteilung nicht erreicht werden.

IV. Personelle und finanzielle Auswirkungen

1. Der Interkantonalen Vereinbarung

Mit dem Inkrafttreten der Vereinbarung wird der Kanton Graubünden, wie auch die anderen Kantone, die Gebühren für die Bewilligung von gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten (im Jahre 2004 für Graubünden gut Fr. 0.5 Millionen) verlieren. Die Vereinbarung sieht neu nur noch kostendeckende Gebühren der Kommission und der Kantone für die Erteilung der Durchführungsbewilligung vor. Der Verlust ist unvermeidlich, weil sich die Bewilligungsgebühren nach den Grundsätzen des Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzips zu richten haben. Es wäre indessen verfehlt, einen Beitritt zur Vereinbarung deswegen zu verweigern, denn falls die Kantone keine Vereinbarung abschliessen, ist zu befürchten, dass der Bund das Lotteriegesetz revidiert und für die Bewilligungserteilung eine Bundeskompetenz schaffen wird. Den Kantonen gingen die bisherigen Gebühren damit ebenfalls verloren. Sie riskierten damit aber zusätzlich, dass auch die bisherigen Gewinnanteile des kantonalen Lotterie- und Sportfonds ganz

oder teilweise an den Bund fliessen. Aufgrund des Wegfalls der hohen Bewilligungsgebühren wird sich aber der Ertrag der interkantonalen Lotterieunternehmen erhöhen, womit in der Folge mit Sicherheit höhere Gewinnbeteiligungen ausgeschüttet werden. Seitens der Fachdirektorenkonferenz oder Lotterieunternehmungen sind jedoch keine Zahlen bekannt gegeben worden.

Die gesamten dem Kanton Graubünden zufließenden Mittel werden voraussichtlich kaum verringert. Jedoch stehen die Mittel aus den bisherigen Gebührenerträgen nicht mehr dem allgemeinen Staatshaushalt zur Verfügung, sondern fließen zwingend in den Lotteriefonds (Spezialfinanzierung Landeslotterie, Rechnungsrubrik 4271). Die Verwendung dieser Mittel ist in Art. 14 des Gesetzes über den Finanzhaushalt (BR 710.100; Finanzhaushaltsgesetz) geregelt. Mit den vorliegenden Vorlagen ist nicht geplant, die Verteilung dieser Mittel zu ändern.

Die Vorlage hat im Kanton Graubünden voraussichtlich keine personellen Auswirkungen. Die Massnahmen zur Prävention und Spielsuchtbekämpfung sollten mit den bestehenden Suchtpräventionsstrukturen beim Sozialamt abgedeckt werden können, obwohl einzelne Vernehmlassungsadressaten einen Personalausbau befürworten würden.

2. Des Lotterieggesetzes

Der Erlass des kantonalen Lotterieggesetzes hat einen bescheidenen Mehraufwand bei der zuständigen Dienststelle zur Folge. Dieser Mehraufwand sollte sich mit den bestehenden Strukturen bewältigen lassen, womit ein zusätzlicher Personalbedarf nicht entsteht. Der Erlass des neuen Lotterieggesetzes hat keine finanziellen Auswirkungen.

V. Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»

Das Lotterieggesetz entspricht den Grundsätzen der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) und bringt dies sowohl im Umfang als auch in der Formulierung der Bestimmungen zum Ausdruck.

VI. Antrag

Gestützt auf diese Botschaft *beantragen* wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal und gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten gemäss beiliegendem Beschlussentwurf zuzustimmen;
3. dem Erlass des Gesetzes über das Lotteriewesen gemäss beiliegendem Entwurf zuzustimmen;
4. die Aufhebung der Verordnung über das Lotteriewesen vom 30. Mai 1962 zu beschliessen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Der Präsident: *Lardi*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht, die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten

vom: ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden

gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 10. Januar 2006,

beschliesst:

1. Der Kanton Graubünden tritt der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht, die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten vom 7. Januar 2005 bei.
2. Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht, die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten zu erklären.
3. Die Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten

Von der Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz am 7. Januar 2005 zur Ratifizierung in den Kantonen verabschiedet

Die Kantone,
gestützt auf die Art. 15, 16 und 34 des BG betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten vom 8. Juni 1923¹,
vereinbaren:

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Gegenstand und Zweck

Art. 1

Diese Vereinbarung regelt die Aufsicht sowie die Bewilligung und die Ertragsverwendung von interkantonalen oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten, die der Interkantonalen Vereinbarung betreffen die gemeinsame Durchführung von Lotterien vom 26. Mai 1937² oder der Convention relative à la Loterie de la Suisse Romande vom 6. Februar 1985³ unterstehen. Gegenstand

Art. 2

Diese Vereinbarung bezweckt die einheitliche und koordinierte Anwendung des Lotterierechts, den Schutz der Bevölkerung vor sozialschädlichen Auswirkungen der Lotterien und Wetten sowie die transparente Verwendung der Lotterie- und Wetterträge auf dem Gebiet der angeschlossenen Kantone. Zweck

¹SR 935.51

²Art. 8 IKV

³Art. 6 Convention

II. ORGANISATION

Art. 3

Organe

Organe dieser Vereinbarung sind:

- a) Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesezt;
- b) Lotterie- und Wettkommission;
- c) Rekurskommission.

1. Fachdirektorenkonferenz

Art. 4

Zuständigkeit

Die Fachdirektorenkonferenz ist oberstes Vereinbarungsorgan. Sie setzt sich zusammen aus je einem Regierungsvertreter jedes Kantons.

Sie nimmt folgende Aufgaben wahr:

- a) sie ist Depositärin der Vereinbarung;
- b) sie wählt auf Vorschlag der Kantone die Lotterie- und Wettkommission und bezeichnet deren Präsidentin oder Präsidenten;
- c) sie wählt auf Vorschlag der Kantone die Rekurskommission und bezeichnet deren Präsidentin oder Präsidenten;
- d) sie genehmigt das Geschäftsreglement der Lotterie- und Wettkommission sowie der Rekurskommission;
- e) sie genehmigt das Budget sowie den Geschäftsbericht und die von einer unabhängigen Revisionsstelle geprüfte Jahresrechnung der Lotterie- und Wettkommission;
- f) sie genehmigt das Budget sowie den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der Rekurskommission;
- g) sie genehmigt Leistungsverträge gemäss Art. 6 Abs. 3.

2. Lotterie- und Wettkommission

Art. 5

Zusammensetzung

Die Kommission besteht aus fünf Mitgliedern, wovon je zwei Mitglieder aus der welschen und deutschen Schweiz sowie ein Mitglied aus der italienisch sprachigen Schweiz stammen. Die Wahl erfolgt für eine Amtsdauer von 4 Jahren, Wiederwahl ist möglich.

Die Kommissionsmitglieder dürfen weder Mitglied eines Organs noch Angestellte von Lotterie- oder Wettunternehmen, Spielbanken, Fabrikations- und Handelsbetrieben der Spielbedarfsbranche oder von diesen nahestehenden Unternehmen und Körperschaften sein.

Art. 6

Organisation

Die Kommission erlässt ein Geschäftsreglement, das von der Fachdirektorenkonferenz zu genehmigen ist. Darin regelt sie insbesondere die Einzel-

heiten ihrer Organisation, der Zuständigkeiten des Präsidiums und der Entschädigungen.

Die Kommission unterbreitet der Fachdirektorenkonferenz jährlich einen Geschäftsbericht mit revidierter Jahresrechnung und einen Budgetentwurf zur Genehmigung.

Der Kommission steht ein ständiges Sekretariat zur Seite. Sie kann dazu mit Dritten Leistungsverträge abschliessen.

Art. 7

Die Kommission ist Zulassungs- und Aufsichtsbehörde für Lotterien und Wetten gemäss dieser Vereinbarung. Zuständigkeit

Der Kommission stehen im Übrigen alle Befugnisse zu, die nicht einem anderen Organ zugewiesen sind.

3. Rekurskommission

Art. 8

Die Rekurskommission besteht aus fünf Mitgliedern, wovon je zwei Mitglieder aus der welschen und deutschen Schweiz sowie ein Mitglied aus der italienisch sprachigen Schweiz stammen. Die Wahl erfolgt für eine Amtsdauer von 4 Jahren, Wiederwahl ist möglich. Zusammensetzung

Die Kommissionsmitglieder dürfen weder Mitglied eines Organs noch Angestellte von Lotterie- oder Wettunternehmen, Spielbanken, Fabrikations- und Handelsbetrieben der Spielbedarfsbranche oder von diesen nahestehenden Unternehmen und Körperschaften sein.

Art. 9

Die Rekurskommission erlässt ein Geschäftsreglement, das von der Fachdirektorenkonferenz zu genehmigen ist. Darin regelt sie insbesondere die Einzelheiten ihrer Organisation, der Zuständigkeiten des Präsidiums und der Entschädigungen. Organisation

Die Rekurskommission unterbreitet der Fachdirektorenkonferenz jährlich einen Geschäftsbericht mit Jahresrechnung und einen Budgetentwurf zur Genehmigung.

Art. 10

Die Rekurskommission ist letztinstanzliche interkantonale richterliche Behörde. Zuständigkeit

4. Anwendbares Recht

Art. 11

Allgemein

Wo diese Vereinbarung keine Bestimmungen enthält und weder die einzelnen Vereinbarungsmitglieder noch die Lotterie- und Wettkommission zur Regelung zuständig sind, gilt Bundesrecht analog.

Art. 12

Publikationen

Publikationen der Vereinbarungsorgane erfolgen in allen offiziellen Publikationsorganen der von der Mitteilung betroffenen Kantone.

Art. 13

Verfahrensrecht

Soweit diese Vereinbarung nichts anderes bestimmt, richtet sich das Verfahren für Verfügungen und andere Entscheide der Vereinbarungsorgane nach dem Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (VwVG)¹.

III. BEWILLIGUNG UND AUFSICHT VON INTERKANTONAL ODER GESAMTSCHWEIZERISCH DURCHGEFÜHRTEN LOTTERIEN UND WETTEN

1. Bewilligungen

Art. 14Zulassungs-
bewilligung

Lotterien und Wetten gemäss dieser Vereinbarung bedürfen einer Zulassungsbewilligung der Lotterie- und Wettkommission.

Die Kommission

- a) prüft die Gesuche und führt das Gesuchsverfahren durch,
- b) erlässt die Zulassungsverfügung und stellt sie vor Eröffnung den Kantonen zu.

Art. 15Durchführungs-
bewilligung

Die Kantone entscheiden innert 30 Tagen nach Zustellung der Zulassungsverfügung über die Durchführung auf ihrem Gebiet und stellen ihre Durchführungsbewilligungen der Kommission zu.

Mit der Durchführungsbewilligung können die Kantone keine von der Zulassungsverfügung abweichenden spieltechnischen Bedingungen und Auflagen verfügen. Zulässig sind nur zusätzliche Bedingungen und Auflagen, welche die von der Kommission verfügten Massnahmen zur Prävention verschärfen.

¹SR 172.021

Art. 16

Die Kommission eröffnet der Gesuchstellerin die Zulassungsverfügung und Durchführungsbewilligungen derjenigen Kantone, in denen die Lotterie oder Wette durchgeführt werden darf.

Eröffnung der Bewilligung

2. Spielsucht und Werbung**Art. 17**

Die Kommission prüft vor Erteilung der Bewilligung das Suchtpotenzial der Lotterie oder Wette und trifft die erforderlichen Massnahmen insbesondere im Interesse der Spielsuchtprävention und des Jugendschutzes.

Massnahmen zur Prävention von Spielsucht

Die Kommission kann die Lotterie- und Wettunternehmen verpflichten, überall wo ihre Lotterien oder Wetten angeboten werden, Informationen über die Spielsucht, deren Prävention und Behandlungsmöglichkeiten zugänglich zu machen. Wo dies nicht zumutbar ist, können die Lotterie- und Wettunternehmen verpflichtet werden anzugeben, wo diese Informationen angefordert werden können.

Art. 18

Die Lotterie- und Wettunternehmen leisten den Kantonen eine Abgabe von 0,5 Prozent der in ihren Kantonsgebieten mit den einzelnen Spielen erzielten Bruttospielerträgen.

Spielsuchtabgabe

Die Kantone sind verpflichtet, die Abgaben zur Prävention und Spielsuchtbekämpfung einzusetzen. Sie können dabei zusammenarbeiten.

Art. 19

Für Lotterien und Wetten darf nicht in aufdringlicher Weise geworben werden. In der Werbung muss die Veranstalterin klar ersichtlich sein.

Werbung

3. Aufsicht**Art. 20**

Die Kommission überwacht die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Bewilligungsvoraussetzungen. Stellt sie Verstösse fest, trifft sie die erforderlichen Massnahmen.

Die Kommission kann die Ausübung von Aufsichtsaufgaben an die Kantone delegieren.

Die Kommission entzieht die Bewilligung, wenn die Voraussetzungen für deren Erteilung nicht mehr erfüllt sind.

4. Gebühren

Art. 21

Der Kommission Die Kommission erhebt für ihre Tätigkeit kostendeckende Gebühren.

Die Gebühren bestehen aus:

- a) einer jährlichen Aufsichtsgebühr;
- b) Gebühren für Verfügungen und Dienstleistungen.

Die jährliche Aufsichtsgebühr wird im Verhältnis des im entsprechenden Jahr erzielten Bruttospielertrags den Lotterie- und Wettveranstalterinnen auferlegt.

Die Gebühren für Verfügungen und Dienstleistungen richten sich nach dem Aufwand.

Art. 22

Der Kantone Die Kantone erheben für ihre Tätigkeiten kostendeckende Gebühren für

- a) den Erlass der Durchführungsbewilligung,
- b) die Ausübung der Aufsichtsaufgaben nach Art. 20 Abs. 2.

5. Rechtsschutz

Art. 23

Gegen Verfügungen und Entscheide der Vereinbarungsorgane, die gestützt auf diese Vereinbarung oder auf deren Folgeerlasse getroffen werden, kann bei der Rekurskommission Beschwerde erhoben werden.

Das Verfahren vor der Rekurskommission richtet sich nach dem Verwaltungsgerichtsgesetz des Bundes (VVG¹), soweit diese Vereinbarung nichts anderes bestimmt. Bis In-Kraft-Treten des VVG sind die Bestimmungen des VwVG analog anwendbar.

Die Verfahrenskosten der Rekurskommission sind in der Regel so festzulegen, dass sie die Kosten decken. Ungedeckte Kosten der Rekurskommission werden durch die Lotterie- und Wettkommission getragen.

IV. LOTTERIE- UND WETTFONDS UND VERTEILUNG DER MITTEL

Art. 24

Lotterie- und Wettfonds

Jeder Kanton errichtet einen Lotterie- und Wettfonds. Die Kantone können separate Sportfonds führen.

Die Lotterieveranstalterinnen liefern ihre Reinerträge in die Fonds jener Kantone, in denen die Lotterien und die Wetten durchgeführt worden sind.

¹Verwaltungsgerichtsgesetz, noch nicht in Kraft. Gemäss Planung nicht vor 2006

Die Kantone können einen Teil der Reinerträge vor der Verteilung in die kantonalen Fonds für nationale gemeinnützige oder wohltätige Zwecke verwenden.

Art. 25

Die Kantone bezeichnen die für die Verteilung der Mittel aus den Fonds zuständige Instanz. Verteilinstanz

Art. 26

Die Kantone bestimmen die Kriterien, die die Verteilinstanz für die Unterstützung gemeinnütziger und wohltätiger Projekte anwenden muss. Verteilkriterien

Art. 27

Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Ausrichtung von Beiträgen aus den Fonds. Entscheide

Art. 28

Die für die Verteilung zuständige Instanz veröffentlicht jährlich einen Bericht mit folgenden Angaben: Bericht

- a) den Namen der aus den Fonds Begünstigten;
- b) der Art der unterstützten Projekte;
- c) der Rechnung der Fonds.

V. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 29

Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald alle Kantone ihren Beitritt erklärt haben. Inkrafttreten

Der Beitritt ist gegenüber der Fachdirektorenkonferenz zu erklären. Sie teilt das Inkrafttreten den Kantonen sowie dem Bund mit.

Art. 30

Die Vereinbarung gilt unbefristet.

Sie kann mit einer Frist von zwei Jahren auf das Ende einer Amtsdauer durch Mitteilung an die Fachdirektorenkonferenz gekündigt werden, frühestens auf das Ende des 10. Jahres seit Inkrafttreten.

Die Kündigung eines Kantons beendet die Vereinbarung.

Geltungsdauer,
Kündigung

Art. 31

Auf Antrag eines Kantons oder der Lotterie- und Wettkommission leitet die Fachdirektorenkonferenz umgehend eine Teil- oder Totalrevision der Vereinbarung ein. Änderung der Vereinbarung

Die Änderung tritt in Kraft, sobald ihr alle Kantone zugestimmt haben.

Übergangs-
bestimmungen

Art. 32

Zulassungsbewilligungen von interkantonalen oder gesamtschweizerischen Lotterien und Wetten sowie Beschlüsse über die Ertragsverwendung, die vor Inkrafttreten dieser Vereinbarung ausgesprochen wurden, bleiben von dieser Vereinbarung unberührt.

Durchführungsbewilligungen für nach bisherigem Recht bewilligte Lotterien und Wetten in Kantonen, in denen sie noch nicht durchgeführt worden sind, richten sich nach dieser Vereinbarung. Gesuche um Erteilung von Durchführungsbewilligungen sind bei der Lotterie- und Wettkommission einzureichen.

Die übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung, insbesondere über die Spielsuchtabgabe, Werbung, Aufsicht und Gebühren, finden auch für bestehende Zulassungs- und Durchführungsbewilligungen mit Inkrafttreten der Vereinbarung Anwendung.

Neue Gesuche und Anträge sowie solche über Verlängerungen oder Erneuerungen bestehender Bewilligungen und Beschlüsse, die nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung eingereicht werden, richten sich ausschliesslich nach dieser Vereinbarung.

Verhältnis zu
bestehenden
interkantonalen
Vereinbarungen

Art. 33

Die Anwendung von dieser Vereinbarung widersprechenden Bestimmungen der Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien vom 26. Mai 1937 sowie der Convention relative à la Loterie de la Suisse Romande vom 6. Februar 1985 wird ausgesetzt, solange diese Vereinbarung in Kraft ist.

Gesetz über das Lotteriewesen

vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden

gestützt auf das Bundesgesetz vom 8. Juni 1923 betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten und auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 10. Januar 2006,

beschliesst:

I. Zuständigkeit

Art. 1

Die Regierung bezeichnet die für die Aufsicht über das Lotteriewesen zuständige Dienststelle. Aufsicht

Art. 2

¹ Lotterien und gewerbsmässige Wetten sind gemäss eidgenössischer Gesetzgebung verboten. Verbot, Bewilligungspflichtige Ausnahmen

² Vom Verbot ausgenommen sind:

- a) Lotterien zu gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken;
- b) Unterhaltungslotterien;
- c) gewerbsmässiger Prämienloshandel;
- d) gewerbsmässige Wetten am Totalisator.

³ Diese Lotteriearten werden für den Kanton Graubünden im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Vorschriften zugelassen und sind bewilligungspflichtig.

Art. 3

¹ Die Bewilligung wird erteilt:

- a) für Unterhaltungslotterien vom zuständigen Kreisamt;
- b) für die übrigen Lotteriearten von der zuständigen Dienststelle.

Bewilligungs- und Vollzugsinstanzen

² Die Bewilligungsinstanzen sorgen für den Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Vorschriften. Sie können für die Überwachung und Kontrolle des Lotteriewesens die Kantons- und die Gemeindepolizei in Anspruch nehmen.

Art. 4

Rechtsmittel

¹ Gegen Verfügungen der Bewilligungs- und Vollzugsinstanzen kann beim zuständigen Departement Beschwerde geführt werden.

² Entscheide des Departementes können mit Rekurs an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

II. Lotterien zu gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken**Art. 5**

Inhalt des Gesuches

¹ Das Gesuch um Bewilligung einer Lotterie zu gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken ist schriftlich einzureichen und hat zu enthalten:

- a) Name und Sitz des Veranstalters;
- b) Name und Adresse der verantwortlichen Leiter der Lotterie;
- c) Bezeichnung des Lotteriezweckes;
- d) Lotterierplan unter Angabe der Zahl der Lose, des Lospreises, der Zahl, Art und Höhe der Gewinne sowie bei Warenlotterien ein Verzeichnis der zu verlosenden Gegenstände mit genauer Wertangabe;
- e) Angaben darüber, wann und wo die Lotterie und deren Ziehung durchgeführt wird;
- f) Publikationsorgane;
- g) Angaben darüber, ob die Lotterie vom Veranstalter selber oder von einem Lotterieunternehmen durchgeführt wird.

² Die Bewilligungsinstanz kann weitere Angaben verlangen.

Art. 6

Bedingungen und Kontrolle

¹ Die Bewilligung kann an Bedingungen geknüpft werden, insbesondere kann sie von einer Kautionsleistung oder von der Hinterlegung der Gewinne bei einer Amtsstelle abhängig gemacht werden.

² Der Ausgeber einer Lotterie hat der zuständigen Dienststelle ohne besondere Aufforderung periodisch innert der in der Bewilligung festgesetzten Fristen über den Stand der Durchführung Bericht zu erstatten. Er hat jedes Vorkommnis anzuzeigen, das die richtige Durchführung der Lotterie oder die bestellten Sicherheiten gefährden könnte. Die zuständige Dienststelle ist befugt, jederzeit in die Bücher und Kontrollen Einsicht zu nehmen und sich über die richtige Durchführung der Lotterie und besonders über die Einhaltung der an sie geknüpften Bedingungen zu vergewissern.

Art. 7

Verweigerung der Bewilligung

Die Bewilligung soll insbesondere verweigert werden, wenn

- a) die Gewinnsumme nicht mindestens 40 Prozent des Nominalbetrages der ausgegebenen Lose ausmacht;

- b) der Veranstalter für die richtige Durchführung der Lotterie nicht genügend Gewähr bietet oder keine im Kanton wohnende Person die Verantwortung hiefür übernimmt.

Art. 8

Der Verlosungsplan ist so aufzustellen, dass die Gewinnaussichten ohne Verlosungsplan Schwierigkeiten beurteilt werden können. Auf dem Verlosungsplan und auf jedem Los sind anzugeben:

- a) Zahl und Gesamtbetrag der ausgegebenen Lose;
- b) Zahl, Art und Gesamtbetrag der Gewinne;
- c) Ort und Zeit der öffentlichen Ziehung;
- d) Publikationsorgane;
- e) Frist, innert welcher die nicht bezogenen Gewinne verfallen;
- f) Vermerk: Vom des Kantons Graubünden am ... bewilligte Lotterie.

Art. 9

¹ Die Ziehung ist öffentlich und unter Beizug des zuständigen Kreispräsidenten oder eines Notars vorzunehmen. Ziehung

² Innert 14 Tagen seit der Ziehung stellt die mitwirkende Amtsperson das von ihr verfasste Protokoll über den Ziehungsvorgang mit der Ziehungsliste der Bewilligungsinstanz zu.

³ Das Protokoll muss unter namentlicher Anführung aller mitwirkenden Personen eine Darstellung des Ziehungsvorganges enthalten, aus welcher sich insbesondere ergibt, dass die Amts- oder öffentliche Urkundsperson der Ziehung von Anfang bis zum Ende beigewohnt hat, und welche Vorkehrungen getroffen waren, um jeden Einfluss der an der Ziehung Beteiligten auf das Ergebnis der Ziehung auszuschliessen. Auf der Ziehungsliste sind die gezogenen Nummern und Treffer, welche auf noch nicht ausgegebene Stücke gefallen sind, besonders zu kennzeichnen.

⁴ Das Ergebnis der Ziehung ist auf Kosten des Lotterieveranstalters zu veröffentlichen. Dabei ist bekanntzugeben, wo die Ziehungslisten und die Treffer innerhalb der Frist von wenigstens sechs Monaten abgeholt werden können.

Art. 10

Innert 30 Tagen nach Ablauf der Frist für den Verfall nicht bezogener Gewinne hat der Lotterieveranstalter der Bewilligungsinstanz eine Abrechnung einzusenden, aus der sich ergeben: Rechnungsablage

- a) die Zahl der abgesetzten Lose und Gesamterlös;
- b) die Unkosten der Lotterie;
- c) die Zahl und der Gesamtbetrag der zugunsten der Lotterie verfallenen Gewinne;
- d) der Reinertrag der Lotterie;

- e) die Art der Verwendung des Reinertrages.

III. Unterhaltungslotterien

Art. 11

Tombolas und
Lottos

Tombolas und Lottos sind im Rahmen von Artikel 2 Absatz 1 des Bundesgesetzes zulässig, wenn sie bei einem Unterhaltungsanlass durchgeführt werden.

Art. 12

Inhalt des
Gesuches

Das Bewilligungsgesuch ist schriftlich einzureichen und hat zu enthalten:

- a) Name und Sitz des Veranstalters;
- b) Name und Adresse des Präsidenten oder des Kassiers;
- c) Name und Programm des Unterhaltungsanlasses;
- d) Datum und Lokal des Unterhaltungsanlasses;
- e) bei Tombolas:
Angabe der Zahl und des Preises der auszugebenden Lose;
bei Lottos:
Angabe der Zahl und des Preises der Lottokarten und der Zahl der vorgesehenen Spielgänge;
- f) Zahl, Art und Wert der Gewinne;
- g) Angaben über die Verwendung des Reingewinnes.

Art. 13

Zahl und Dauer
der Bewilligung

¹ Für den gleichen Veranstalter dürfen im Jahr höchstens zwei Unterhaltungslotterien bewilligt werden. Die Bewilligung wird jeweils für einen Unterhaltungsanlass erteilt und gilt längstens bis am Ende dieses Anlasses.

² Lose dürfen erst nach Erhalt der Bewilligung und frühestens 30 Tage vor dem Unterhaltungsanlass verkauft werden.

Art. 14

Gesamtsumme
und Wert der
Gewinne

¹ Der Gesamtbetrag der Tombolalose bzw. der Lottokarten mal Spielgänge darf 20 000 Franken nicht übersteigen.

² Der Wert der Gewinne muss mindestens 40 Prozent der Gesamtlossumme ausmachen.

Art. 15

Voraussetzungen

Artikel 7 dieses Gesetzes gilt sinngemäss auch für Unterhaltungslotterien.

IV. Gewerbsmässiger Prämienloshandel

Art. 16

¹ Vor Erteilung der Bewilligung für den gewerbsmässigen Prämienloshandel ist die Stellungnahme des Finanzdepartementes einzuholen.

Stellungnahme
des Finanz-
departementes,
Bedingungen

² Die Bewilligung kann an Bedingungen geknüpft werden.

V. Gewerbsmässige Wetten

Art. 17

Die schriftlichen Gesuche um die Bewilligung der gewerbsmässigen Vermittlung und Eingebung von Wetten am Totalisator bei grösseren Sportveranstaltungen haben zu enthalten:

Inhalt des
Gesuches

- a) Veranstaltende Gesellschaft oder Verein;
- b) Verantwortliche Personen;
- c) Zweck, Zeit und Ort der Veranstaltung;
- d) Wettplan.

Art. 18

¹ Die Bewilligung wird erteilt, wenn

Voraussetzungen

- a) der Veranstalter für einen einwandfreien Betrieb Gewähr bietet;
- b) der einzelne Wetteinsatz 20 Franken nicht übersteigt;
- c) mindestens 60 Prozent des Gesamtbetrages der Wetteinsätze unter die Gewinner verteilt werden;
- d) vor Erteilung der Bewilligung keine Ankündigung in der Presse erfolgt.

² Die Wetten dürfen nur an den von der Bewilligungsinstanz bezeichneten Tagen und an den bestimmten Annahmestellen vermittelt und eingegangen werden.

Art. 19

Über den Ertrag und die Verwendung der Wetteinsätze ist innert 14 Tagen seit der Veranstaltung der Bewilligungsinstanz Bericht zu erstatten.

Rechnungsablage

VI. Gebühren

Art. 20

¹ Die Bewilligungsgebühren betragen

Festsetzung der
Gebühren

- a) für Lotterien zu gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken 5 Prozent der Lotteriesumme;
- b) für Unterhaltungslosterien: je nach Umfang 25 bis 1000 Franken;

- c) für den gewerbsmässigen Prämienloshandel: je nach Umfang 500 bis 5000 Franken im Jahr;
- d) für gewerbsmässige Wetten: je nach Umfang 100 bis 1000 Franken.

² Die Gebühren gehen in die Kasse der Bewilligungsinstanz.

Art. 21

Gebührenerlass

Die Gebühr kann ausnahmsweise von der Bewilligungsinstanz herabgesetzt oder erlassen werden, wenn besondere Gründe hierfür vorliegen.

VII. Spielsucht

Art. 22

Zuständigkeit

Die Regierung bezeichnet eine Fachstelle für Prävention und Spielsuchtbekämpfung. Diese Stelle verwaltet die dafür vorgesehenen finanziellen Mittel.

VII. Straf- und Schlussbestimmungen

Art. 23

Übertretungen

¹ Übertretungen der Vorschriften dieses Gesetzes werden von der zuständigen Dienststelle mit Busse bis 2000 Franken geahndet, sofern nicht Strafbestimmungen des eidgenössischen oder kantonalen Rechts zur Anwendung gelangen.

² Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung über das Strafverfahren vor Verwaltungsbehörden.

³ Wird die Übertretung im Geschäftsbetrieb einer juristischen Person oder Personengemeinschaft begangen, so sind die natürlichen Personen strafbar, welche für die Gemeinschaft gehandelt haben oder hätten handeln sollen.

⁴ Die juristische Person oder Personengemeinschaft haftet jedoch solidarisch für Busse, nachzuzahlende Taxen und Kosten.

Art. 24

Bewilligungs-entzug

Bei schweren Widerhandlungen und bei Rückfall ist die erteilte Bewilligung zu widerrufen. Der betreffende Veranstalter kann darüber hinaus von weiteren Bewilligungen ausgeschlossen werden.

Art. 25

Zustellung von Entscheiden und Bewilligungen

Die Gerichtsbehörden und Kreisämter haben Entscheide und Bewilligungen, die das Lotteriewesen betreffen, der zuständigen Dienststelle unaufgefordert einzusenden.

Art. 26

Die zuständige Dienststelle kann im Rahmen dieses Gesetzes Richtlinien Richtlinien und Weisungen über das Lotteriewesen erlassen.

Art. 27

Dieses Gesetz tritt zusammen mit dem Beitritt des Kantons Graubünden In-Kraft-Treten zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht, die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten in Kraft.

Verordnung über das Lotteriewesen

Aufhebung vom

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 10. Januar 2006,

beschliesst:

I.

Die Verordnung über das Lotteriewesen des Grossen Rates vom 30. Mai 1962 wird aufgehoben.

II.

Diese Aufhebung tritt zusammen mit dem Gesetz über das Lotteriewesen in Kraft.

**Participaziun dal chantun Grischun a la
Cunvegna interchantunala davart la surveglianza,
davart la permissiun e davart l'utilisaziun dal retgav
da lottarias e da scumessas che vegnan manadas
tras sin plaun interchantunal u naziunal**

dals: ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 2 da la constituziun chantunala,
suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

1. Il chantun Grischun sa participescha a la cunvegna interchantunala davart la surveglianza, davart la permissiun e davart l'utilisaziun dal retgav da lottarias e da scumessas che vegnan manadas tras sin plaun interchantunal u naziunal dals 7 da schaner 2005.
2. La regenza vegn autorisada da declerar la participaziun a la cunvegna interchantunala davart la surveglianza, davart la permissiun e davart l'utilisaziun dal retgav da lottarias e da scumessas che vegnan manadas tras sin plaun interchantunal u naziunal.
3. Quest conclus è suttamess al referendum facultativ.

Cunvegna interchantunala davart la surveglianza, davart la permissiun e davart l'utilisaziun dal retgav da lottarias e da scumessas che vegnan manadas tras sin plaun interchantunal u naziunal

deliberada ils 7 da schaner 2005 da la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals cumpetents per il martgà da lottarias e per la lescha davart las lottarias per laschar ratifitgar en ils chantuns

Ils chantuns, sa basond sin ils art. 15, 16 e 34 da la lescha federala dals 8 da zercladur 1923 concernent las lottarias e las scumessas professiunalas ¹⁾, concludan:

I. DISPOSIZIUNS GENERALAS

Object ed intent

Art. 1

Questa cunvegna regla la surveglianza, la permissiun e l'utilisaziun dal retgav da lottarias e da scumessas che vegnan manadas tras sin plaun interchantunal u naziunal e ch'èn suttamessas a la cunvegna interchantunala davart l'execuziun collectiva da lottarias dals 26 da matg 1937²⁾ u a la "convention relative à la loterie de la Suisse romande" dals 6 da favrer 1985.³⁾ Object

Art. 2

L'intent da questa cunvegna è d'applitgar il dretg davart las lottarias en moda unitara e coordinada, da proteger la populaziun cunter las consequenzas socialas nuschaivlas da las lottarias e da las scumessas sco er d'utilisar en moda transparenta ils retgavs da lottarias e da scumessas sin il territori dals chantuns associads. Intent

II. ORGANISAZIUN

Art. 3

Ils organs da questa cunvegna èn:

Organs

¹⁾ CS 935.51

²⁾ art. 8 da la cunvegna interchantunala

³⁾ art. 6 da la cunvegna

- a) la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals cumpetents per il martgà da lottarias e per la lescha davart las lottarias (conferenza da las directuras e dals directurs);
- b) la cumissiun da lottarias e da scumessas;
- c) la cumissiun da recurs.

1. *Conferenza da las directuras e dals directurs*

Art. 4

Cumpetenzia

La conferenza da las directuras e dals directurs è l'organ suprem da la cunvegna. Ella sa cumpona da mintgamai ina represchentanta u in represchentant da la regenza da mintga chantun.

Ella ha las suandantas incumbensas:

- a) ella è depositaria da la cunvegna;
- b) sin proposta dals chantuns elegia ella la cumissiun da lottarias e da scumessas e designescha sia presidenta u ses president;
- c) sin proposta dals chantuns elegia ella la cumissiun da recurs e designescha sia presidenta u ses president;
- d) ella approvescha il reglament da gestiun da la cumissiun da lottarias e da scumessas sco er da la cumissiun da recurs;
- e) ella approvescha il preventiv ed il rapport da gestiun da la cumissiun da lottarias e da scumessas sco er ses quint annual ch'è vegnì controllà d'in post da revisiun independent;
- f) ella approvescha il preventiv sco er il rapport da gestiun ed il quint annual da la cumissiun da recurs;
- g) ella approvescha contracts da prestaziuns tenor l'artitgel 6 alinea 3.

2. *Cumissiun da lottarias e da scumessas*

Art. 5

Cumposiziun

La cumissiun sa cumpona da tschintg commembras u commembers, da las qualas u dals quals mintgamai duas commembras u dus commembers derivan da la Svizra franzosa e tudestga ed ina commembra u in commember da la Svizra taliana. L'elecziun vegn fatga per ina perioda d'uffizi da quatter onns; ina reelecziun è pussaivla.

Las commembras ed ils commembers da la cumissiun na dastgan esser ni commembras u commembers d'in organ ni emploiadas u emploiads d'interpresas da lottarias u da scumessas, da bancas da gièu, da manaschis da fabricaziun e da commerzi da la bransch da d'artitgels da gièu u d'interpresas e da corporaziuns da branschas affiliadas.

Art. 6

La cumissiun relascha in reglament da gestiun che sto vegnir approvà da la conferenza da las directuras e dals directurs. En quel regla ella cunzunt ils detagls da sia organisaziun, da las cumpetenzas dal presidi e da las indemnizaziuns. Organisaziun

A la conferenza da las directuras e dals directurs suttametta la cumissiun annualmain in rapport da gestiun cun il quint annual revedi e cun in sboz dal preventiv per l'approvaziun.

La cumissiun vegn sustegnida d'in secretariat permanent. Per quest intent po ella far contracts da prestaziuns cun terzas persunas.

Art. 7

La cumissiun è l'autorità d'admissiun e da surveglianza per lottarias e per scumessas tenor questa cunvegna. Cumpetenzas

Dal rest ha la cumissiun tut las cumpetenzas che n'èn betg attribuidas ad in auter organ.

3. Cumissiun da recurs**Art. 8**

La cumissiun da recurs sa cumpona da tschintg commembras u commembers, da las qualas u dals quals mintgamaì duas commembras u dus commembers derivan da la Svizra franzosa e tudestga ed ina commembra u in commember da la Svizra taliana. L'elecziun vegn fatga per ina perioda d'uffizi da quatter onns; ina reelecziun è pussaivla. Cumposiziun

Las commembras ed ils commembers da la cumissiun na dastgan esser ni commembras u commembers d'in organ ni emploiadas u emploiads d'interpresas da lottarias u da scumessas, da bancas da gièu, da manaschis da fabricaziun e da commerzi da la bransch da d'artigels da gièu u d'interpresas e da corporaziuns da branschas affiliadas.

Art. 9

La cumissiun da recurs relascha in reglament da gestiun che sto vegnir approvà da la conferenza da las directuras e dals directurs. En quel regla ella cunzunt ils detagls da sia organisaziun, da las cumpetenzas dal presidi e da las indemnizaziuns. Organisaziun

A la conferenza da las directuras e dals directurs suttametta la cumissiun da recurs annualmain in rapport da gestiun cun il quint annual e cun in sboz dal preventiv per l'approvaziun.

Art. 10
 Cumpetenzza La cumissiun da recurs è l'autorità giudiziala interchantunala d'ultima istanza.

4. *Dretg applitgabel*

Art. 11
 En general Nua che questa convegno na cuntogna naginas disposiziuns e nua che ni ils singuls commembers da la convegno ni la cumissiun da lottarias e da scumessas n'èn cumpetents per la regulaziun, vala il dretg federal analogamain.

Art. 12
 Publicaziuns Las publicaziuns dals organs da la convegno succedan en tut ils organs da publicaziun uffizials dals chantuns ch'èn pertutgads da la communicaziun.

Art. 13
 Dretg da procedura Uschenavant che questa convegno na fixescha nagut auter, sa drizza la procedura per disposiziuns e per autras decisiuns dals organs da la convegno tenor la lescha federala davart la procedura administrativa (LFPA)¹⁾.

III. PERMISSIUN E SURVEGLIANZA DA LOTTARIAS E DA SCUMESSAS CHE VEGNAN MANADAS TRAS SIN PLAUN INTERCHANTUNAL U NAZIUNAL

1. *Permissiuns*

Art. 14
 Permissiun d'admissiun Lottarias e scumessas tenor questa convegno basegnan ina permissiun d'admissiun da la cumissiun da lottarias e da scumessas.
 La cumissiun:
 a) examinescha las dumondas e maina tras la procedura da dumonda;
 b) relascha la disposiziun d'admissiun e la trametta als chantuns avant la publicaziun.

Art. 15
 Permissiun da realisaziun Entaifer 30 dis suenter la consegna da la disposiziun d'admissiun decidan ils chantuns davart la realisaziun sin lur territori e tramettan lur permissiuns da realisaziun a la cumissiun.

¹⁾ CS 172.021

Cun la permissiun da realisaziun na pon ils chantuns disponer naginas cundiziuns e pretensiuns tecnicas areguard il giu che divergeschan da la disposiziun d'admissiun. Admissiblas èn mo cundiziuns e pretensiuns supplementaras che rinforzan las mesiras preventivas disponidas da la cumissiun.

Art. 16

La cumissiun communitgescha a la petenta u al petent la permissiun d'admissiun e las permissiuns da realisaziun da quels chantuns, en ils quals la lottaria u la scumessa dastga vegnir organisada.

Communicaziun da la permissiun

2. *Dependenza dal giu e reclama*

Art. 17

Avant che conceder la permissiun examinescha la cumissiun il potenzial da dependenza da la lottaria u da la scumessa e prenda las mesiras necessarias spezialmain en l'interess da la prevenziun da la dependenza dal giu e da la protecziun da la giuventetgna.

Mesiras per la prevenziun da la dependenza dal giu

La cumissiun po obligar interpresas da lottarias e da scumessas da render accessiblas infurmaziuns davart la dependenza dal giu, davart sia prevenziun e davart pussaivladads da tractament, e quai dapertut nua che lur lottarias u scumessas vegnan purschidas. Nua che quai n'è betg pretendabel, pon las interpresas da lottarias e da scumessas vegnir obligadas d'inditgar, nua che questas infurmaziuns pon vegnir retratgas.

Art. 18

Las interpresas da lottarias e da scumessas pajan als chantuns ina taxa da 0,5 pertschient dals retgavs bruts da giu cuntanschids cun ils singuls gieus sin lur territoris chantunals.

Taxa per la dependenza dal giu

Ils chantuns èn obligads d'impunder las taxas per la prevenziun e per il cumbat cunter la dependenza dal giu. Per quest intent pon els collavurar in cun l'auter.

Art. 19

Per lottarias e per scumessas na dastga betg vegnir fatg reclama en moda importuna. Da la reclama sto l'organisatura u l'organisatur resortir clera-main.

Reclama

3. *Surveglianza*

Art. 20

La cumissiun surveglia che las prescripziuns legalas e che las premissas per las permissiuns vegnian observadas. Sch'ella constatescha cuntravenziuns, prenda ella las mesiras necessarias.

La cumissiun po autorisar ils chantuns d'exequir incumbensas da surveglianza.

La cumissiun retira la permissiun, sche las premissas per sia concessiun n'èn betg pli ademplidas.

4. *Taxas*

Art. 21

La cumissiun

Per sia activitad incassescha la cumissiun taxas che cuvran ils custs.

Las taxas consistan da:

- a) ina taxa annuala da surveglianza;
- b) taxas per disposiziuns e per prestaziuns da servetsch.

La taxa annuala da surveglianza vegn adossada a las organisaturas u als organisatur da las lottarias u da las scumessas en la proporziun dal retgav brut da gieù cuntanschi durant l'onn correspondent.

Las taxas per disposiziuns e per prestaziuns da servetsch sa drizzan tenor ils custs e tenor la lavur.

Art. 22

Ils chantuns

Per lur activitads incasseschan ils chantuns taxas che cuvran ils custs per:

- a) relaschar la permissiun da realisaziun;
- b) exequir las incumbensas da surveglianza tenor l'artitgel 20 alinea 2.

5. *Protecziun giuridica*

Art. 23

Cunter disposiziuns e cunter decisiuns dals organs da la cunvegna che vegnan relaschadas sin basa da questa cunvegna u da ses relaschs consecutivs po vegnir fatg recurs tar la cumissiun da recurs.

La procedura davant la cumissiun da recurs sa drizza tenor la lescha federala davart il tribunal administrativ federal (LTAf)¹⁾, uschenavart che questa cunvegna na fixescha nagut auter. Fin che la LTAf entra en vigur, pon las disposiziuns da la LFPA vegnir applitgadas analogamain.

¹⁾ la lescha davart il tribunal administrativ federal n'è anc betg en vigur; tenor la planisaziun n'entra ella betg en vigur avant l'onn 2006

Ils custs da procedura da la cumissiun da recurs ston per regla vegnir fixads uschia, ch'els cuvran ils custs. Ils custs da la cumissiun da recurs che n'èn betg cuvrids, vegnan surpigliads da la cumissiun da lottarias e da scumessas.

IV. FONDS DA LOTTARIA E DA SCUMESSA E REPARTIZIUN DALS MEDS FINANZIALS

Art. 24

Mintga chantun installescha in fond da lottaria ed in fond da scumessa. Ils chantuns pon avair fonds da sport separads. Fonds da lottaria e da scumessa

Las organisaturas u ils organisaturs da las lottarias e da las scumessas consegnan lur retgavs nets en ils fonds da quels chantuns, en ils quals las lottarias e las scumessas èn vegnidas manadas tras.

Avant che reparter ils retgavs nets sin ils fonds chantunals pon ils chantuns utilizar ina part da quels per intents naziunals d'utilitad publica e da beneficenza.

Art. 25

Ils chantuns designeschon l'istanza ch'è cumpetenta per reparter ils meds finanzials or dals fonds. Istanza da repartiziun

Art. 26

Ils chantuns fixeschan ils criteris che l'istanza da repartiziun sto applitgar per sustegnair projects d'utilitad publica e da beneficenza. Criteris da repartiziun

Art. 27

I na po vegnir fatg valair nagin dretg ch'i vegnian pajadas contribuziuns or dals fonds. Decisiuns

Art. 28

L'istanza ch'è cumpetenta per la repartiziun publitgescha annualmain in rapport cun las suandantas indicaziuns: Rapport

- a) ils nums da las personas ch'èn vegnidas favurizadas or dals fonds;
- b) il gener dals projects sustegnids;
- c) ils quints dals fonds.

V. DISPOSIZIUNS FINALAS

Art. 29

Questa cunvegna entra en vigur, uschespert che tut ils chantuns han declerà lur participaziun. Entrada en vigur

La participaziun sto vegnir declerada envers la conferenza da las directuras e dals directurs. Ella communitgescha l'entrada en vigur als chantuns sco er a la confederaziun.

Art. 30

Vigur, visada

La cunvegna ha vigur illimitada.

Ella po vegnir visada cun in termin da dus onns per la fin d'ina perioda d'uffizi cun far ina communicaziun a la conferenza da las directuras e dals directurs, il pli baud per la fin dal 10avel onn suenter l'entrada en vigur.

La visada d'in chantun terminescha la cunvegna.

Art. 31

Midada da la cunvegna

Sin dumonda d'in chantun u da la cumissiu da lottarias e da scumessas introducescha la conferenza da las directuras e dals directurs immediata-main ina revisiun parziala u totala da la cunvegna.

La midada entra en vigur, uschespert che tut ils chantuns l'han approvada.

Art. 32

Disposiziuns transitorias

Permissiuns d'admissiun da lottarias u da scumessas interchantunalas u naziunalas sco er conclus davart l'utilisaziun dal retgav ch'èn vegnids pronunziads avant che questa cunvegna entria en vigur na vegnan betg pertutgads da questa cunvegna.

Permissiuns da realisaziun per lottarias e per scumessas ch'èn vegnidas permissas tenor il dretg vertent en chantuns, en ils quals las lottarias e las scumessas n'èn anc betg vegnidas manadas tras, sa drizzan tenor questa cunvegna. Dumondas per conceder permissiuns da realisaziun ston vegnir inoltradas tar la cumissiu da lottarias e da scumessas.

Las ulteriuras disposiziuns da questa cunvegna, cunzunt davart la taxa per la dependenza dal gieu, davart la reclama, davart la surveglianza e davart las taxas, vegnan er applitgadas per permissiuns d'admissiun e da realisaziun existentas il mument che questa cunvegna entra en vigur.

Novas dumondas e propostas sco er talas per prolungaziuns u per renova-ziuns da permissiuns existentas e da conclus existentas che vegnan inoltradas suenter che questa cunvegna è entrada en vigur, sa drizzan exclusivamain tenor questa cunvegna.

Art. 33

Relaziun cun cunvegna interchantunalas existentas

Las disposiziuns da la cunvegna interchantunala davart l'execuziun collec-tiva da lottarias dals 26 da matg 1937 sco er da la "convention relative à la loterie de la Suisse romande" dals 6 da favrer 1985 che cuntradin a questa cunvegna na vegnan betg applitgadas, uschè ditg che questa cunvegna è en vigur.

Lescha davart las lottarias

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin la lescha federala dals 8 da zercladur 1923 concernent las lottarias e las scumessas professiunalas e sin l'art. 31 al. 1 da la constituziun chantunala, suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals ...

concluda:

I. Cumpetenzza

Art. 1

La regenza designescha il post da servetsch ch'è cumpetent per la surveglianza da las lottarias. Surveglianza

Art. 2

¹ Las lottarias e las scumessas professiunalas èn scumandadas tenor la legislaziun federala. Scumond, excepziuns cun obligaziun da dumandar ina permissiun

² Exceptadas dal scumond èn:

- a) lottarias per intents d'utilitad publica u da beneficenza;
- b) lottarias da divertiment;
- c) commerzi professiunal cun numers da lottaria a premia;
- d) scumessas professiunalas al totalisatur.

³ Quests geners da lottaria vegnan admess per il chantun Grischun en il rom da las prescripziuns federalas e chantunalas. Els èn suttames a l'obligaziun da dumandar ina permissiun.

Art. 3

¹ La permissiun vegn concedida:

- a) da l'uffizi cirquital cumpetent per lottarias da divertiment;
- b) dal post da servetsch cumpetent per ils ulteriurs geners da lottaria.

Instanzas da permissiun e d'execuziun

² Las instanzas da permissiun procuran per l'execuziun da las prescripziuns federalas e chantunalas. Per survegliar e per controllar las lottarias pon ellas recurrer a la polizia chantunala e communal.

Art. 4

Meds legals

¹ Cunter disposiziuns da las instanzas da permissiun e d'execuziun po vegnir fatg recurs tar il departament.

² Cunter decisiuns dal departament po vegnir fatg recurs tar la dretgira administrativa.

II. Lottarias per intents d'utilitad publica u da beneficenza**Art. 5**

Cuntegn da la dumonda

¹ La dumonda per la permissiun d'ina lottaria per intents d'utilitad publica u da beneficenza sto vegnir fatga en scrit e sto cuntegnair:

- a) il num e la sedia da l'organisatura u da l'organisatur;
- b) il num e l'adressa da la manadra u dal manader responsabel da la lottaria;
- c) la designaziun da l'intent da la lottaria;
- d) il plan da la lottaria inditgond il dumber dals numers da lottaria ed il premi, il dumber, il gener e la summa dals gudogns sco er – tar las lottarias d'objects – in register dals objects, dals quals i vegn tratg la sort, inditgond lur valur exacta;
- e) indicaziuns davart il temp ed il lieu, nua che la lottaria e sia tratga succedan;
- f) ils organs da publicaziun;
- g) indicaziuns, sche la lottaria vegn realisada da l'organisatura u da l'organisatur sez ubain d'ina interpresa da lottarias.

² L'instanza da permissiun po pretender ulteriuras indicaziuns.

Art. 6

Cundiziuns e controlla

¹ La permissiun po vegnir cumbinada cun cundiziuns. Spezialmain po ella vegnir fatga dependenta dal pajament d'ina cauziun u dal deposit dals gudogns tar in uffizi.

² La vendidra u il vendider d'ina lottaria sto rapportar periodicamain senza ina intimaziun speziala al post da servetsch competent davart il stadi da la realisaziun, e quai entaifer ils termins fixads en la permissiun. El sto inditgar mintga eveniment che pudess periclitlar la realisaziun correcta da la lottaria u las garantias prestadas. Il post da servetsch competent è autorisà da prender invista da tut temp dals cudeschs e da las controllas sco er da sa persvader che la lottaria vegnia realisada correctamain e spezialmain che las cundiziuns cumbinadas cun tala vegnian observadas.

Art. 7

Refusa da la permissiun

La permissiun duai vegnir refusada cunzunt, sche:

- a) la summa dals gudogns n'importa betg almain 40 pertschient da l'import nominal dals numers vendids;

- b) l'organisatura u l'organisatur na dat betg ina garanziauffizienta che la lottaria vegnia realisada correctamain u sche nagina persuna domiciliada en il chantun na surpiglia la responsabladad per quai.

Art. 8

Il plan da tratga sto vegnir concepì uschia che las perspectivas da gudogn pon vegnir validadas senza difficultads. Sin il plan da tratga e sin mintga numer ston vegnir inditgads: Plan da tratga

- a) il dumber e l'import total dals numers vendids;
- b) il dumber, il gener e l'import total dals gudogns;
- c) il lieu ed il temp da la tratga publica;
- d) ils organs da publicaziun;
- e) il termin da scadenza per retrair ils gudogns;
- f) la remartga: Lottaria permessa il(s) ... da ... dal chantun Grischun.

Art. 9

¹ La tratga è publica e sto vegnir fatga cun consultaziun da la presidenta cirquitala competenta u dal president cirquital cumpetent ubain d'ina notara u d'in notar. Tratga

² Entaifer 14 dis dapi la tratga trametta la persuna d'uffizi cooperanta a l'istanza da permissiun il protocol davart l'andament da la tratga, ch'ella ha redigi, inclusiv la glista da tratga.

³ Il protocol sto cuntegnair – menziunond ils numers da tut las personas cooperantas – ina descripziun da l'andament da la tratga, da la quala resulta spezialmain che la persuna d'uffizi ubain l'uffizianta publica u l'uffiziant public da documentaziun sajan stads preschents a la tratga dal cumenzament fin la fin, e tgeninas mesiras ch'èn vegnidas prendidas per excluder tutta influenza tras personas participadas a la tratga sin il resultat da la tratga. Sin la glista da tratga ston vegnir segnads spezialmain ils numers tratgs ed ils premis che correspundan a numers anc betg vendids.

⁴ Il resultat da la tratga sto vegnir publitgà sin donn e cust da l'organisatura u da l'organisatur da la lottaria. I sto vegnir inditgà nua che las glistas da tratga ed ils premis pon vegnir retratgs entaifer il termin d'almain sis mais.

Art. 10

Entaifer 30 dis dapi la scadenza dal termin per retrair ils gudogns sto l'organisatura u l'organisatur da la lottaria trametter a l'istanza da permissiun in rendaquint, dal qual resultan: Rendaquint

- a) il dumber dals numers vendids ed il retgav total;
- b) ils custs da la lottaria;
- c) il dumber e l'import total dals gudogns che van a favur da la lottaria;
- d) il retgav net da la lottaria;
- e) il gener da l'utilisaziun dal retgav net.

III. Lottarias da divertiment

Art. 11

Tombolas e lottos Tombolas e lottos èn admissibels en il rom da l'artitgel 2 alinea 1 da la lescha federala, sch'els vegnan organisads a chaschun d'ina occurrenza da divertiment.

Art. 12

Cuntegn da la dumonda

La dumonda da permissiun sto vegnir fatga en scrit e sto cuntegnair:

- a) il num e la sedia da l'organisatura u da l'organisatur;
- b) il num e l'adressa da la presidenta u dal president ubain da la cassiera u dal cassier;
- c) il num ed il program da l'occurrenza da divertiment;
- d) la data ed il local da l'occurrenza da divertiment;
- e) tar tombolas:
indicaziun dal dumber e dal pretsch dals numers che vegnan vendids;
tar lottos:
indicaziun dal dumber e dal pretsch da las cartas da lotto e da las partidas previsas;
- f) il dumber, il gener e la valor dals gudogns;
- g) indicaziuns davart il diever dal gudogn net.

Art. 13

Dumber e durada da la permissiun

¹ A la medema organisatura u al medem organisatur dastgan vegnir permessas maximalmain duas lottarias da divertiment per onn. La permissiun vegn concedida mintgamai per in'occurrenza da divertiment e vala maximalmain fin la fin da questa occurrenza.

² Ils numers dastgan vegnir vendids pir suenter che la permissiun è vegnida concedida ed il pli baud 30 dis avant l'occurrenza da divertiment.

Art. 14

Import total e valor dals gudogns

¹ L'import total dals numers da la tombola respectivamain da las cartas da lotto multiplitgà cun las partidas na dastga betg surpassar 20 000 francs.

² La valor dals gudogns sto importar almain 40 pertschient da l'import total dals numers.

Art. 15

Premissas

L'artitgel 7 da questa lescha vala confirm al senn er per lottarias da divertiment.

IV. Commerzi professiunal cun numers da lottaria a premia

Art. 16

¹ Avant che conceder la permissiun per il commerzi professiunal cun numers da lottaria a premia sto vegnir dumandada la posiziun dal departament da finanzas.

Posiziun dal departament da finanzas, cundiziuns

² La permissiun po vegnir cumbinada cun cundiziuns.

V. Scumessas professiunalas

Art. 17

Las dumondas en scrit per la permissiun d'intermediar professiunalmain e per far scumessas al totalisatur a chaschun d'occurrentzas da sport pli grondas ston cuntegnair:

Cuntegn da la dumonda

- a) la societad u l'uniun organisanta;
- b) las persunas responsablas;
- c) l'intent, il temp ed il lieu da l'occurrentza;
- d) il plan da scumessa.

Art. 18

¹ La permissiun vegn concedida, sche

Premissas

- a) l'organisatura u l'organisatur garantescha in manaschi irreproschabel;
- b) la singula scumessa fatga na surpassa betg 20 francs;
- c) almain 60 pertschient da l'import total da las scumessas fatgas vegn repartì tranter las victuras ed ils victurs;
- d) i na vegn fatga nagina annunzia en la pressa avant la concessiun da la permissiun.

² Las scumessas dastgan vegnir intermediadas e fatgas mo durant ils dis inditgads da l'istanza da permissiun e mo tar ils posts da recepciun definids.

Art. 19

Davart il retgav e davart il diever da las scumessas fatgas sto vegnir rapportà a l'istanza da permissiun entaifer 14 dis dapi l'occurrentza.

Rendaquint

VI. Taxas

Art. 20

¹ Las taxas da permissiun importan:

Fixaziun da las taxas

- a) per lottarias per intents d'utilitad publica u da beneficenza 5 pertschient da l'import da las lottarias;

- b) per lottarias da divertiment: tut tenor la dimensiun 25 fin 1 000 francs;
- c) per il commerzi professiunal cun numers da lottaria a premia: tut tenor la dimensiun 500 fin 5 000 francs ad onn;
- d) per scumessas professiunalas: tut tenor la dimensiun 100 fin 1 000 francs.

² Las taxas van en la cassa da l'istanza da permissiun.

Art. 21

Liberaziun da
taxas

Excezziunalmain po l'istanza da permissiun reducir u relaschar la taxa, sch'igl èn avant maun motivs speziels per quai.

VII. Dipendenza dal giu

Art. 22

Cumpetenzza

La regenza designescha in post spezialisà cumpetent per la prevenziun e per il cumbat cunter la dipendenza dal giu. Quest post administrescha ils meds finanziaals previs per quest intent.

VII. Disposiziuns penalas e finalas

Art. 23

Surpassaments

¹ Surpassaments da las prescripziuns da questa lescha vegnan chastiads dal post da servetsch cumpetent cun ina multa fin 2 000 francs, sch'i na vegnan betg applitgadas disposiziuns penalas dal dretg federal u chantunal.

² La procedura sa drizza tenor las disposiziuns da la procedura penala davart la procedura penala davant autoritads administrativas.

³ Sch'il surpassament vegn commess tras l'activitad commerziala d'ina persuna giuridica u d'ina cuminanza da persunas, èn chastiablas quellas persunas natiralas che han agì u che avessan stui agir per la cuminanza.

⁴ La persuna giuridica u la cuminanza da persunas stat dentant buna solidarmain per la multa, per las taxas posteriuras e per ils custs.

Art. 24

Retratga da la
permissiun

En cas da grevas cuntravenziuns e da recidiva sto vegnir retratga la permissiun concedida. L'organisatura u l'organisatur pertutgà po ultra da quai vegnir exclus d'ulteriuras permissiuns.

Art. 25

Las autoritads giudizialas ed ils uffizis circuitals ston trametter las decisions e las permissiuns che pertutgan las lottarias al post da servetsch competent, e quai senza vegnir intimads.

Consegna da
decisiuns e da
permissiuns

Art. 26

En il rom da questa lescha po il post da servetsch competent relaschar directivas ed instrucziuns concernent las lottarias.

Directivas

Art. 27

Questa lescha entra en vigur ensemen cun la participaziun dal chantun Grischun a la cunvegna interchantunala davart la surveglianza, davart la permissiun e davart l'utilisaziun dal retgav da lottarias e da scumessas che vegnan manadas tras sin plaun interchantunal u naziunal.

Disposiziuns
finalas

Ordinaziun davart las lottarias

aboliziun dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 da la constituziun chantunala,
suenter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals 10 da schaner
2006,

concluda:

I.

A medem temp vegn abolida l'ordinaziun dal cussegl grond davart las
lottarias dals 30 da matg 1962.

II.

Questa aboliziun entra en vigur ensemen cun la lescha davart las lottarias.

Adesione del Cantone dei Grigioni alla Convenzione intercantonale sulla sorveglianza, l'autorizzazione e la ripartizione dei proventi delle lotterie e delle scommesse gestite sul piano intercantonale o su tutto il territorio della Confederazione

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 cpv. 2 della Costituzione cantonale;
visto il messaggio del Governo del 10 gennaio 2006,

decide:

1. Il Cantone dei Grigioni aderisce alla Convenzione intercantonale sulla sorveglianza, l'autorizzazione e la ripartizione dei proventi delle lotterie e delle scommesse gestite sul piano intercantonale o su tutto il territorio della Confederazione del 7 gennaio 2005.
2. Il Governo viene autorizzato a dichiarare l'adesione alla Convenzione intercantonale sulla sorveglianza, l'autorizzazione e la ripartizione dei proventi delle lotterie e delle scommesse gestite sul piano intercantonale o su tutto il territorio della Confederazione.
3. I numeri 1 e 2 della presente decisione sottostanno al referendum facoltativo.

Convenzione intercantonale sulla sorveglianza, l'autorizzazione e la ripartizione dei proventi delle lotterie e delle scommesse gestite sul piano intercantonale o su tutto il territorio della Confederazione

approvata il 7 gennaio 2005 dalla Conferenza specializzata concernente il mercato delle lotterie e la legge sulle lotterie per la ratifica da parte dei Cantoni

I Cantoni,
visti gli art. 15, 16 e 34 della legge federale concernente le lotterie e le scommesse professionalmente organizzate dell'8 giugno 1923¹,
convengono:

I. DISPOSIZIONI GENERALI

Oggetto e scopo

Art. 1

La presente convenzione disciplina la sorveglianza, l'autorizzazione e la ripartizione dei proventi delle lotterie e delle scommesse gestite sul piano intercantonale o su tutto il territorio della Confederazione che sottostanno all'Accordo intercantonale concernente l'organizzazione in comune di lotterie del 26 maggio 1937² o alla Convention relative à la Loterie de la Suisse Romande del 6 febbraio 1985.³

Art. 2

La presente convenzione mira ad un'applicazione uniforme e coordinata del diritto sulle lotterie, alla protezione della popolazione dalle conseguenze socialmente nocive di lotterie e scommesse e all'impiego trasparente dei proventi delle lotterie e delle scommesse nel territorio dei Cantoni firmatari.

¹RS 935.51

²Art. 8 dell'Accordo intercantonale concernente l'organizzazione in comune di lotterie

³Art. 6 della convenzione

II. ORGANIZZAZIONE**Art. 3**

Organi

Gli organi della convenzione sono:

- a) la Conferenza specializzata concernente il mercato delle lotterie e la legge sulle lotterie (in seguito Conferenza specializzata);
- b) la Commissione delle lotterie e delle scommesse;
- c) la Commissione di ricorso.

*1. Conferenza specializzata***Art. 4**

Competenza

La Conferenza specializzata è l'organo supremo della convenzione. Essa si compone di un rappresentante del governo di ogni Cantone.

Essa svolge i seguenti compiti:

- a) è depositaria della convenzione;
- b) nomina, su proposta dei Cantoni, la Commissione delle lotterie e delle scommesse e designa il suo presidente;
- c) nomina, su proposta dei Cantoni, la Commissione di ricorso e designa il suo presidente;
- d) approva il regolamento interno della Commissione delle lotterie e delle scommesse e quello della Commissione di ricorso;
- e) approva il preventivo, il rapporto di gestione e il conto annuale della Commissione delle lotterie e delle scommesse, verificato da un organo di revisione indipendente;
- f) approva il preventivo, il rapporto di gestione e il conto annuale della Commissione di ricorso;
- g) approva i contratti di prestazione secondo l'art. 6 cpv. 3.

*2. Commissione delle lotterie e delle scommesse***Art. 5**

Composizione

La Commissione si compone di cinque membri, di cui due membri della Svizzera romanda, due della Svizzera tedesca e uno della Svizzera di lingua italiana. I membri sono eletti per un periodo di quattro anni; è possibile una rielezione.

I membri della Commissione non possono essere né membri di un organo né impiegati di aziende di lotterie o scommesse, case da gioco, aziende di fabbricazione e di commercio del ramo dei giochi o aziende ed enti ad esse legate.

Art. 6

La Commissione emana un regolamento interno che deve essere approvato dalla Conferenza specializzata. Vi regola segnatamente i dettagli della sua organizzazione, delle competenze della presidenza e delle indennità. Organizzazione

La Commissione sottopone annualmente all'approvazione della Conferenza specializzata un rapporto di gestione con conto annuale revisionato e un preventivo finanziario.

La Commissione dispone di un segretariato permanente. Per questo essa può concludere contratti di prestazione con terzi.

Art. 7

La Commissione è l'autorità di omologazione e di sorveglianza per le lotterie e le scommesse di cui alla presente convenzione. Competenza

Alla Commissione spettano inoltre tutte le altre competenze non assegnate ad un altro organo.

3. Commissione di ricorso**Art. 8**

La Commissione di ricorso si compone di cinque membri, di cui due membri della Svizzera romanda, due della Svizzera tedesca e uno della Svizzera di lingua italiana. I membri sono eletti per un periodo di quattro anni; è possibile una rielezione. Composizione

I membri della Commissione non possono essere né membri di un organo né impiegati di aziende di lotterie o scommesse, case da gioco, aziende di fabbricazione e di commercio del ramo dei giochi o aziende ed enti ad esse legate.

Art. 9

La Commissione di ricorso emana un regolamento interno che deve essere approvato dalla Conferenza specializzata. Vi regola segnatamente i dettagli della sua organizzazione, delle competenze della presidenza e delle indennità. Organizzazione

La Commissione di ricorso sottopone annualmente all'approvazione della Conferenza specializzata un rapporto di gestione con conto annuale e un preventivo finanziario.

Art. 10

La Commissione di ricorso è l'autorità giudiziaria intercantonale di ultima istanza. Competenza

4. Diritto applicabile

Art. 11

In generale

Dove la presente convenzione non contiene nessuna disposizione e dove i singoli membri della convenzione o la Commissione delle lotterie e delle scommesse non hanno competenza in materia, si applica per analogia il diritto federale.

Art. 12

Pubblicazioni

Le pubblicazioni degli organi della convenzione devono essere effettuate in tutti gli organi ufficiali di pubblicazione dei Cantoni interessati dall'avviso.

Art. 13

Diritto procedurale

Se la presente convenzione non dispone altrimenti, la procedura per i provvedimenti e le altre decisioni degli organi della convenzione si conforma alla legge federale del 20 dicembre 1968 sulla procedura amministrativa (LPA)¹.

III. AUTORIZZAZIONE E SORVEGLIANZA DELLE LOTTERIE E SCOMMESSE GESTITE SUL PIANO INTERCANTONALE O SU TUTTO IL TERRITORIO DELLA CONFEDERAZIONE

1. Autorizzazioni**Art. 14**

Omologazione

Le lotterie e le scommesse di cui alla presente convenzione necessitano di un'omologazione della Commissione delle lotterie e delle scommesse.

La Commissione

- a) esamina le domande ed esegue la procedura di domanda;
- b) emana la decisione di omologazione e la comunica ai Cantoni prima della notifica.

Art. 15

Permesso di organizzazione

Entro 30 giorni dalla comunicazione della decisione di omologazione i Cantoni decidono circa l'organizzazione sul proprio territorio e inoltrano i loro permessi di organizzazione alla Commissione.

Il permesso di organizzazione dei Cantoni non può prevedere condizioni e oneri relativi alle tecniche di gioco divergenti dalla decisione di

¹RS 172.021

omologazione. Sono ammessi soltanto condizioni ed oneri supplementari che rafforzano le misure di prevenzione decise dalla Commissione.

Art. 16

La Commissione notifica all'ente richiedente la decisione di omologazione e i permessi di organizzazione di quei Cantoni in cui la lotteria o scommessa può essere organizzata. Notifica del permesso

2. Dipendenza dal gioco e pubblicità

Art. 17

Prima di rilasciare l'autorizzazione, la Commissione esamina il potenziale di dipendenza della lotteria o scommessa e adotta le misure necessarie, in particolare nell'interesse della prevenzione della dipendenza dal gioco e della protezione dei giovani. Misure di prevenzione contro la dipendenza dal gioco

La Commissione può obbligare le aziende di lotterie e scommesse a mettere a disposizione informazioni riguardanti la dipendenza dal gioco, la sua prevenzione e le possibilità di cura, in ogni luogo in cui vengano offerte lotterie o scommesse. Se ciò non è ragionevolmente esigibile, le aziende di lotterie e scommesse possono essere obbligate ad indicare il luogo dove tali informazioni possono essere ottenute.

Art. 18

Le aziende di lotterie e scommesse versano ai Cantoni una tassa pari allo 0,5 per cento del provento lordo conseguito con i singoli giochi nei rispettivi territori cantonali. Tassa per la dipendenza dal gioco

I Cantoni si impegnano ad utilizzare questa tassa per la prevenzione e la lotta alla dipendenza dal gioco. A tale scopo essi possono collaborare tra loro.

Art. 19

La pubblicità per le lotterie e le scommesse non può essere invadente. La pubblicità deve evidenziare in modo chiaro l'ente organizzatore. Pubblicità

3. Sorveglianza

Art. 20

La Commissione vigila sul rispetto delle prescrizioni legali e delle condizioni di rilascio delle autorizzazioni. Se accerta violazioni, essa adotta le misure necessarie.

La Commissione può delegare ai Cantoni l'esercizio di compiti di sorveglianza.

La Commissione revoca l'autorizzazione se i presupposti per il suo rilascio non sono più soddisfatti.

4. Tasse

Art. 21

La Commissione riscuote per la sua attività tasse a copertura delle spese.

Le tasse consistono in:

- a) una tassa annuale di sorveglianza;
- b) tasse per decisioni e prestazioni di servizio.

La tassa annuale di sorveglianza è addebitata agli enti organizzatori di lotterie e scommesse proporzionalmente al provento lordo conseguito nel relativo anno.

Le tasse per decisioni e prestazioni di servizio dipendono dai relativi costi generati.

Art. 22

I Cantoni riscuotono per le loro attività tasse a copertura delle spese per

- a) il rilascio dei permessi di organizzazione;
- b) l'esercizio di compiti di sorveglianza secondo l'articolo 20 capoverso 2.

5. Protezione giuridica

Art. 23

Contro provvedimenti e decisioni degli organi della convenzione in base alla presente convenzione o ad atti normativi basati su di essa, è data facoltà di ricorrere alla Commissione di ricorso.

La procedura dinanzi alla Commissione di ricorso si conforma alla legge sul Tribunale amministrativo federale (LTram¹), qualora la presente convenzione non disponga altrimenti. Fino all'entrata in vigore della LTram sono applicabili per analogia le disposizioni della LPA.

Le spese di procedura della Commissione di ricorso devono di regola essere stabilite in modo da coprire le spese. Spese non coperte della Commissione di ricorso sono a carico della Commissione delle lotterie e delle scommesse.

¹Legge sul Tribunale amministrativo federale, non ancora in vigore. Secondo pianificazione non prima del 2006

IV. FONDI DELLE LOTTERIE E DELLE SCOMMESSE E IMPIEGO DELLE RISORSE FINANZIARIE

Art. 24

Ogni Cantone istituisce un fondo delle lotterie e delle scommesse. I Cantoni possono gestire separatamente fondi per lo sport. Fondi delle lotterie e delle scommesse

Gli enti organizzatori di lotterie versano i loro proventi netti nei fondi dei Cantoni dove sono state organizzate le lotterie e le scommesse.

Prima della ripartizione dei proventi netti tra i fondi cantonali, i Cantoni possono destinare una quota parte dei benefici a scopi nazionali di utilità pubblica o di beneficenza.

Art. 25

I Cantoni designano l'autorità competente per la ripartizione delle risorse finanziarie dei fondi. Autorità di ripartizione

Art. 26

I Cantoni determinano i criteri secondo i quali l'autorità di ripartizione sostiene finanziariamente progetti di utilità pubblica o di beneficenza. Criteri di ripartizione

Art. 27

Non vi è alcun diritto all'ottenimento di un sussidio dai fondi. Decisioni

Art. 28

L'autorità competente per la ripartizione pubblica annualmente un rapporto comprendente: Rapporto

- a) il nome dei beneficiari dei sussidi;
- b) la natura dei progetti finanziati;
- c) i conti del fondo.

V. DISPOSIZIONI FINALI

Art. 29

La presente convenzione entra in vigore dopo l'adesione di tutti i Cantoni. Entrata in vigore
L'adesione deve essere notificata alla Conferenza specializzata. Essa comunica l'entrata in vigore ai Cantoni e alla Confederazione.

Art. 30

La convenzione ha validità illimitata. Durata di validità, disdetta
Essa può essere disdetta osservando un termine di due anni per la fine di un periodo di esercizio con comunicazione alla Conferenza specializzata, non prima della fine del decimo anno dalla sua entrata in vigore.

La disdetta di un Cantone pone fine alla convenzione.

Art. 31

Modifica della
convenzione

Su richiesta di un Cantone o della Commissione delle lotterie e delle scommesse, la Conferenza specializzata avvia immediatamente una revisione parziale o totale della convenzione.

La modifica entra in vigore dopo l'approvazione di tutti i Cantoni.

Art. 32

Disposizioni
transitorie

Le omologazioni delle lotterie e scommesse gestite sul piano intercantonale o su tutto il territorio della Confederazione e le decisioni relative alla ripartizione dei proventi emesse prima dell'entrata in vigore della presente convenzione, non sono interessate da quest'ultima.

I permessi per l'organizzazione di lotterie e scommesse concessi secondo il diritto cantonale previgente, ma non ancora organizzate, si conformano alla presente convenzione. Le domande di rilascio di permessi di organizzazione devono essere inoltrate alla Commissione delle lotterie e delle scommesse.

Le altre disposizioni della presente convenzione, in particolare sulla tassa per la dipendenza dal gioco, la pubblicità, la sorveglianza e le tasse, si applicano dopo l'entrata in vigore della convenzione anche a omologazioni e permessi di organizzazione già rilasciati.

Nuove domande e richieste, come pure quelle di prolungo o rinnovo di permessi e di decisioni esistenti, che sono state presentate dopo l'entrata in vigore della presente convenzione, si conformano esclusivamente a quest'ultima.

Art. 33

Rapporto con
convenzioni
intercantionali
esistenti

L'applicazione di disposizioni dell'Accordo intercantonale concernente l'organizzazione in comune di lotterie del 26 maggio 1937 e della Convention relative à la Loterie de la Suisse Romande del 6 febbraio 1985, incompatibili con la presente convenzione, è sospesa fino a quando quest'ultima rimane in vigore.

Legge sulle lotterie

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti la legge federale concernente le lotterie e le scommesse professionalmente organizzate dell'8 giugno 1923 e l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione cantonale;

visto il messaggio del Governo del 10 gennaio 2006,

decide:

I. Competenza

Art. 1

Il Governo designa il servizio competente per la sorveglianza delle lotterie. Sorveglianza

Art. 2

¹ Le lotterie e le scommesse professionalmente organizzate sono vietate conformemente alla legislazione federale. Divieto, eccezioni soggette ad autorizzazione

² Sono escluse dal divieto:

- a) le lotterie a scopo di utilità pubblica o di beneficenza;
- b) le lotterie di intrattenimento;
- c) il commercio professionale di titoli a premi;
- d) le scommesse al totalizzatore professionalmente organizzate.

³ Questi tipi di lotterie sono ammessi nel Cantone dei Grigioni nei limiti delle prescrizioni federali e cantonali e sono soggetti ad autorizzazione.

Art. 3

¹ L'autorizzazione viene rilasciata:

- a) dal competente ufficio di circolo per le lotterie di intrattenimento;
- b) dal servizio competente per gli altri tipi di lotterie.

Autorità competenti per il rilascio delle autorizzazioni e per l'esecuzione

² Le autorità competenti per il rilascio delle autorizzazioni provvedono all'esecuzione delle prescrizioni federali e cantonali. Per la sorveglianza e il controllo delle lotterie esse possono avvalersi della Polizia cantonale e comunale.

Art. 4

Rimedi giuridici

¹ Contro le decisioni delle autorità competenti per il rilascio delle autorizzazioni e per l'esecuzione può essere presentato ricorso al Dipartimento competente.

² Le decisioni del Dipartimento possono essere impugnate con ricorso al Tribunale amministrativo.

II. Lotterie a scopo di utilità pubblica o di beneficenza**Art. 5**

Contenuto della domanda

¹ La domanda di autorizzazione per una lotteria a scopo di utilità pubblica o di beneficenza deve essere presentata per iscritto e deve contenere:

- a) il nome e la sede dell'ente organizzatore;
- b) il nome e l'indirizzo dei responsabili della lotteria;
- c) l'indicazione dello scopo della lotteria;
- d) il piano della lotteria indicante il numero dei biglietti e il loro prezzo, il numero, il genere e l'ammontare dei premi, nonché in caso di lotterie di oggetti un elenco di questi con il loro esatto valore;
- e) l'indicazione di dove e quando avranno luogo la lotteria e l'estrazione;
- f) gli organi di pubblicazione;
- g) l'indicazione se la lotteria viene svolta dall'ente organizzatore stesso o da un'azienda di lotterie.

² L'autorità competente per il rilascio delle autorizzazioni può richiedere altre indicazioni.

Art. 6

Condizioni e controllo

¹ L'autorizzazione può essere vincolata a condizioni, in particolare si possono pretendere una cauzione o il deposito dei premi presso un pubblico ufficio.

² Chi emette una lotteria deve riferire periodicamente al servizio competente senza speciale invito circa lo stato dell'organizzazione entro i termini fissati nell'autorizzazione. Egli deve comunicare ogni avvenimento che potrebbe compromettere il corretto svolgimento o le garanzie fornite. Il servizio competente è autorizzato a prendere visione in qualunque momento dei registri e dei controlli e ad accertarsi del corretto svolgimento della lotteria e in particolare dell'osservanza delle condizioni ad essa legate.

Art. 7

Rifiuto dell'autorizzazione

L'autorizzazione deve essere negata in particolare se

- a) il valore totale dei premi non raggiunge almeno il 40 per cento dell'importo nominale dei biglietti emessi;

- b) l'ente organizzatore non dà sufficiente garanzia di uno svolgimento corretto della lotteria o nessuna persona domiciliata nel Cantone se ne assume la responsabilità.

Art. 8

Il piano di estrazione deve essere strutturato in modo tale che sia possibile valutare senza difficoltà le probabilità di vincita. Sul piano di estrazione e su ogni biglietto devono figurare: Piano di estrazione

- a) il numero e l'importo totale dei biglietti emessi;
- b) il numero, la natura e l'importo totale dei premi;
- c) il luogo e l'ora della pubblica estrazione;
- d) gli organi di pubblicazione;
- e) il termine di scadenza per ritirare i premi;
- f) la menzione: Lotteria autorizzata da del Cantone dei Grigioni.

Art. 9

¹ L'estrazione deve avvenire in pubblico alla presenza del presidente di Estrazione circolo competente o di un notaio.

² Entro 14 giorni dall'estrazione il pubblico ufficiale cooperante invia il processo verbale delle operazioni di estrazione, da lui redatto, all'autorità competente per il rilascio delle autorizzazioni unitamente alla lista di estrazione.

³ Il processo verbale deve contenere, oltre a un elenco dei nomi di tutte le persone che hanno cooperato all'estrazione, una descrizione delle operazioni di estrazione da cui risulti in particolare che il pubblico ufficiale ha assistito all'estrazione dal principio alla fine e quali provvedimenti sono stati presi per impedire un qualsiasi influsso delle persone cooperanti sull'esito dell'estrazione. Nella lista di estrazione vanno contrassegnati in modo particolare i numeri estratti e i numeri vincenti corrispondenti a biglietti non venduti.

⁴ Il risultato dell'estrazione deve essere pubblicato a spese dell'ente organizzatore della lotteria. Deve essere indicato il luogo dove possono essere ritirate le liste di estrazione e i premi entro un termine di almeno sei mesi.

Art. 10

Entro 30 giorni dalla scadenza del termine per il ritiro dei premi l'ente Rendiconto organizzatore della lotteria deve presentare all'autorità competente per il rilascio delle autorizzazioni un rendiconto da cui risultino:

- a) il numero dei biglietti venduti e l'incasso totale;
- b) le spese sostenute per la lotteria;
- c) il numero e l'importo totale dei premi devoluti allo scopo della lotteria;
- d) il provento netto della lotteria;

e) l'impiego del provento netto.

III. Lotterie di intrattenimento

Art. 11

Lotterie di sala e tombole

Le lotterie di sala e le tombole sono ammesse nei limiti dell'articolo 2 capoverso 1 della legge federale, se organizzate in occasione di un intrattenimento.

Art. 12

Contenuto della domanda

La domanda di autorizzazione deve essere presentata per iscritto e deve contenere:

- a) il nome e la sede dell'ente organizzatore;
- b) il nome e l'indirizzo del presidente o del cassiere;
- c) il nome e il programma d'intrattenimento;
- d) la data e il locale d'intrattenimento;
- e) per le lotterie di sala:
il numero e il prezzo dei biglietti da emettere;
per le tombole:
il numero e il prezzo delle cartelle e il numero dei giri previsti;
- f) il numero, la natura e il valore dei premi;
- g) indicazioni sull'impiego del provento netto.

Art. 13

Numero e durata delle autorizzazioni

¹ Allo stesso ente organizzatore possono essere concesse annualmente solo due lotterie di intrattenimento. L'autorizzazione viene rilasciata ogni volta per un solo intrattenimento e vale al massimo fino al termine dello stesso.

² I biglietti possono essere venduti soltanto dopo il rilascio dell'autorizzazione e al più presto 30 giorni prima dell'intrattenimento.

Art. 14

Importo totale e valore dei premi

¹ L'importo totale dei biglietti di una lotteria di sala risp. delle cartelle di una tombola moltiplicato per il numero dei giri non può superare i 20 000 franchi.

² Il valore dei premi deve raggiungere almeno il 40 per cento dell'importo totale dei biglietti.

Art. 15

Presupposti

L'articolo 7 della presente legge si applica per analogia anche alle lotterie di intrattenimento.

IV. Commercio professionale di titoli a premi

Art. 16

¹ Prima di rilasciare l'autorizzazione per il commercio professionale di titoli a premi deve essere richiesto il parere del Dipartimento delle finanze. Parere del Dipartimento delle finanze, condizioni

² L'autorizzazione può essere vincolata a condizioni.

V. Scommesse professionalmente organizzate

Art. 17

Nelle domande scritte di autorizzazione per la mediazione e conclusione professionale di scommesse al totalizzatore in occasione di grandi manifestazioni sportive devono figurare: Contenuto della domanda

- a) la società o associazione organizzatrice;
- b) le persone responsabili;
- c) lo scopo, la data e il luogo della manifestazione;
- d) il piano delle scommesse.

Art. 18

¹ L'autorizzazione viene rilasciata se: Presupposti

- a) l'ente organizzatore dà garanzia di una gestione ineccepibile;
- b) le singole poste non superano i 20 franchi;
- c) almeno il 60 per cento dell'importo totale delle poste viene distribuito tra i vincitori;
- d) prima del rilascio dell'autorizzazione non sono stati pubblicati annunci nella stampa.

² La mediazione e conclusione delle scommesse è permessa soltanto nei giorni stabiliti dall'autorità competente per il rilascio delle autorizzazioni e negli uffici di accettazione designati.

Art. 19

Entro 14 giorni dalla manifestazione deve essere presentato un rapporto all'autorità competente per il rilascio delle autorizzazioni sui proventi e l'impiego delle poste. Rendiconto

VI. Tasse

Art. 20

¹ Le tasse di autorizzazione ammontano Determinazione delle tasse

- a) per le lotterie a scopo di utilità pubblica o di beneficenza al 5 per cento dell'importo totale dei biglietti;

- b) per le lotterie di intrattenimento: secondo il relativo importo da 25 a 1 000 franchi;
- c) per il commercio professionale di titoli a premi: secondo il relativo importo da 500 a 5 000 franchi all'anno;
- d) per le scommesse professionalmente organizzate: secondo il relativo importo da 100 a 1 000 franchi.

² La tasse confluiscono nella cassa dell'autorità competente per il rilascio delle autorizzazioni.

Art. 21

Esonero dalla
tassa

La tassa può essere eccezionalmente ridotta o condonata dall'autorità competente per il rilascio delle autorizzazioni se sussistono motivi particolari.

VII. Dipendenza dal gioco

Art. 22

Competenza

Il Governo designa un servizio specializzato per la prevenzione e la lotta alla dipendenza dal gioco. Questo servizio gestisce i mezzi finanziari previsti a tale scopo.

VII. Disposizioni penali e finali

Art. 23

Contravvenzioni

¹ Le contravvenzioni alle prescrizioni della presente legge vengono punite dal servizio competente con una multa fino a 2 000 franchi, se non trovano applicazione disposizioni penali di diritto federale o cantonale.

² La procedura si conforma alle disposizioni della legge sulla giustizia penale concernenti la procedura penale dinanzi ad autorità amministrative.

³ Se la contravvenzione è stata commessa da una persona giuridica o da una società di persone, sono punibili le persone fisiche che hanno agito o avrebbero dovuto agire in nome della stessa.

⁴ La persona giuridica o la società di persone risponde però solidalmente delle multe, delle tasse da pagare posticipatamente e delle spese.

Art. 24

Revoca
dell'autorizza-
zione

In caso di gravi contravvenzioni e di recidiva, l'autorizzazione accordata deve essere revocata. All'ente organizzatore possono inoltre venire negate ulteriori autorizzazioni.

Art. 25

Le autorità giudiziarie e gli uffici di circolo devono inoltrare spontaneamente le decisioni e le autorizzazioni concernenti lotterie al servizio competente. Trasmissione di decisioni e autorizzazioni

Art. 26

Il servizio competente può emanare direttive e istruzioni concernenti le lotterie nell'ambito della presente legge. Direttive

Art. 27

La presente legge entra in vigore contemporaneamente all'adesione del Cantone dei Grigioni alla Convenzione intercantonale sulla sorveglianza, l'autorizzazione e la ripartizione dei proventi delle lotterie e delle scommesse gestite sul piano intercantonale o su tutto il territorio della Confederazione. Entrata in vigore

Ordinanza sulle lotterie

Abrogazione del

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,
visto l'art. 32 della Costituzione cantonale;
visto il messaggio del Governo del 10 gennaio 2006,

decide:

I.

L'ordinanza del Gran Consiglio sulle lotterie del 30 maggio 1962 è abrogata.

II.

La presente abrogazione entra in vigore contemporaneamente alla legge sulle lotterie.

Geltendes Recht

Verordnung über das Lotteriewesen

Gestützt auf das Bundesgesetz vom 8. Juni 1923 betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten¹⁾ und Art. 39 des kantonalen Gesetzes vom 7. April 1929 über die Ausübung von Handel und Gewerbe²⁾

vom Grossen Rat erlassen am 30. Mai 1962³⁾

I. Zuständigkeit

Art. 1

Die Oberaufsicht über das Lotteriewesen steht dem Justiz- und Polizeidepartement zu. Oberaufsicht

Art. 2

¹⁾ Lotterien und gewerbsmässige Wetten sind gemäss eidgenössischer Gesetzgebung verboten. Verbot,
Bewilligungspflichtige
Ausnahmen

²⁾ Vom Verbot ausgenommen sind:

- a) Lotterien zu gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken;
- b) Unterhaltungslotterien;
- c) gewerbsmässiger Prämienloshandel;
- d) gewerbsmässige Wetten am Totalisator.

³⁾ Diese Lotteriearten werden für den Kanton Graubünden im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Vorschriften zugelassen und sind bewilligungspflichtig.

Art. 3

¹⁾ Die Bewilligung wird erteilt:

- a) für Unterhaltungslotterien vom zuständigen Kreisamt;
- b) für die übrigen Lotteriearten von der kantonalen Polizeidivision.

Bewilligungs-
und
Vollzugsinstanzen

²⁾ Die Bewilligungsinstanzen sorgen für den Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Vorschriften. Sie können für die Überwachung und Kon-

¹⁾ SR 935.51

²⁾ Nunmehr Art. 31 Wandergewerbegesetz, BR 935.100

³⁾ B vom 9. April 1962, 159; GRP 1962, 126

trolle des Lotteriewesens die Kantons- und die Gemeindepolizei in Anspruch nehmen.

Art. 4¹⁾

Rechtsmittel

¹ Gegen Verfügungen der Bewilligungs- und Vollzugsinstanzen kann beim Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement Beschwerde geführt werden.

² Entscheide des Departementes können mit Rekurs an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

II. Lotterien zu gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken**Art. 5**Inhalt des
Gesuches

¹ Das Gesuch um Bewilligung einer Lotterie zu gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken ist schriftlich einzureichen und hat zu enthalten:

- a) Name und Sitz des Veranstalters;
- b) Name und Adresse der verantwortlichen Leiter der Lotterie;
- c) Bezeichnung des Lotteriezweckes;
- d) Lotterienplan unter Angabe der Zahl der Lose, des Lospreises, der Zahl, Art und Höhe der Gewinne sowie bei Warenlotterien ein Verzeichnis der zu verlosenden Gegenstände mit genauer Wertangabe;
- e) Angaben darüber, wann und wo die Lotterie und deren Ziehung durchgeführt wird;
- f) Publikationsorgane;
- g) Angaben darüber, ob die Lotterie vom Veranstalter selber oder von einem Lotterieunternehmen durchgeführt wird.

² Die Bewilligungsinstanz kann weitere Angaben verlangen.

Art. 6Bedingungen und
Kontrolle

¹ Die Bewilligung kann an Bedingungen geknüpft werden, insbesondere kann sie von einer Kautionsleistung oder von der Hinterlegung der Gewinne bei einer Amtsstelle abhängig gemacht werden.

² Der Ausgeber einer Lotterie hat der kantonalen Polizeiabteilung ohne besondere Aufforderung periodisch innert der in der Bewilligung festgesetzten Fristen über den Stand der Durchführung Bericht zu erstatten. Er hat jedes Vorkommnis anzuzeigen, das die richtige Durchführung der Lotterie oder die bestellten Sicherheiten gefährden könnte. Die kantonale Polizeiabteilung ist befugt, jederzeit in die Bücher und Kontrollen Einsicht zu nehmen und sich über die richtige Durchführung der Lotterie und

¹⁾ Fassung gemäss Revision durch Art. 1 Ziff. 29 GrV über die Anpassung grossrätlicher Erlasse an Art. 6 Ziff. 1 EMRK und Art. 98a OG; AGS 1995, 3424

besonders über die Einhaltung der an sie geknüpften Bedingungen zu vergewissern.

Art. 7

Die Bewilligung soll insbesondere verweigert werden, wenn

Verweigerung der
Bewilligung

- a) andere Lotterien noch im Gange sind und eine starke Beanspruchung der Bevölkerung oder ein Misserfolg bewilligter Lotterien zu befürchten ist;
- b) die Gewinnsumme nicht mindestens 40% des Nominalbetrages der ausgegebenen Lose ausmacht;
- c) der Veranstalter für die richtige Durchführung der Lotterie nicht genügend Gewähr bietet oder keine im Kanton wohnende Person die Verantwortung hierfür übernimmt.

Art. 8

Der Verlosungsplan ist so aufzustellen, dass die Gewinnaussichten ohne Schwierigkeiten beurteilt werden können. Auf dem Verlosungsplan und auf jedem Los sind anzugeben:

Verlosungsplan

- a) Zahl und Gesamtbetrag der ausgegebenen Lose;
- b) Zahl, Art und Gesamtbetrag der Gewinne;
- c) Ort und Zeit der öffentlichen Ziehung;
- d) Publikationsorgane;
- e) Frist, innert welcher die nicht bezogenen Gewinne verfallen;
- f) Vermerk: Von der kantonalen Polizeibehörde am ... bewilligte Lotterie.

Art. 9

¹ Die Ziehung ist öffentlich und unter Beizug des zuständigen Kreispräsidenten oder eines Notars vorzunehmen.

Ziehung

² Innert 14 Tagen seit der Ziehung stellt die mitwirkende Amtsperson das von ihr verfasste Protokoll über den Ziehungsvorgang mit der Ziehungsliste der Bewilligungsinstanz zu.

³ Das Protokoll muss unter namentlicher Anführung aller mitwirkenden Personen eine Darstellung des Ziehungsvorganges enthalten, aus welcher sich insbesondere ergibt, dass die Amts- oder öffentliche Urkundsperson der Ziehung von Anfang bis zum Ende beigewohnt hat, und welche Vorkehrungen getroffen waren, um jeden Einfluss der an der Ziehung Beteiligten auf das Ergebnis der Ziehung auszuschliessen. Auf der Ziehungsliste sind die gezogenen Nummern und Treffer, welche auf noch nicht ausgegebene Stücke gefallen sind, besonders zu kennzeichnen.

⁴ Das Ergebnis der Ziehung ist auf Kosten des Lotterieveranstalters zu veröffentlichen. Dabei ist bekanntzugeben, wo die Ziehungslisten und die Treffer innerhalb der Frist von wenigstens sechs Monaten abgeholt werden können.

Art. 10

Rechnungsablage Innert 30 Tagen nach Ablauf der Frist für den Verfall nicht bezogener Gewinne hat der Lotterieveranstalter der Bewilligungsinstanz eine Abrechnung einzusenden, aus der sich ergeben:

- a) die Zahl der abgesetzten Lose und Gesamterlös;
- b) die Unkosten der Lotterie;
- c) die Zahl und der Gesamtbetrag der zugunsten der Lotterie verfallenen Gewinne;
- d) der Reinertrag der Lotterie;
- e) die Art der Verwendung des Reinertrages.

Art. 11

Ausserkantonale
Lotterien

¹ Die Durchführung ausserkantonaler Lotterien kann bewilligt werden, wenn der Ausgabekanton Gegenrecht hält.

² Die Regierung kann mit anderen Kantonen Vereinbarungen über das Lotteriewesen abschliessen. Sie ist dabei an die Gebührenordnung des Artikels 21 nicht gebunden.

III. Unterhaltungslotterien**Art. 12**

Tombolas und
Lottos

Tombolas und Lottos sind im Rahmen von Artikel 2 Absatz 1 des Bundesgesetzes zulässig, wenn sie bei einem Unterhaltungsanlass durchgeführt werden. Die Bewilligung wird nur Vereinen, Genossenschaften und Korporationen erteilt.

Art. 13

Inhalt des
Gesuches

Das Bewilligungsgesuch ist schriftlich einzureichen und hat zu enthalten:

- a) Name und Sitz des Veranstalters;
- b) Name und Adresse des Präsidenten oder des Kassiers;
- c) Name und Programm des Unterhaltungsanlasses;
- d) Datum und Lokal des Unterhaltungsanlasses;
- e) bei Tombolas:
Angabe der Zahl und des Preises der auszugebenden Lose;
- bei Lottos:
Angabe der Zahl und des Preises der Lottokarten und der Zahl der vorgesehenen Spielgänge;
- f) Zahl, Art und Wert der Gewinne;
- g) Angaben über die Verwendung des Reingewinnes.

Art. 14¹⁾

Für den gleichen Veranstalter dürfen im Jahr höchstens zwei Unterhaltungslotterien bewilligt werden. Die Bewilligung wird jeweils für einen Unterhaltungsanlass erteilt und gilt längstens bis am Ende dieses Anlasses.

Zahl und Dauer
der Bewilligung

Art. 15²⁾

¹ Der Gesamtbetrag der Tombolalose bzw. der Lottokarten mal Spielgänge darf Fr. 20 000.– nicht übersteigen.

Gesamtsumme
und Wert der
Gewinne

² Der Wert der Gewinne muss mindestens 40% der Gesamtlossumme ausmachen.

Art. 16

Artikel 7 dieser Verordnung gilt sinngemäss auch für Unterhaltungs-
lotterien.

Voraussetzungen

IV. Gewerbsmässiger Prämienloshandel**Art. 17**

¹ Vor Erteilung der Bewilligung für den gewerbsmässigen Prämienloshandel ist die Stellungnahme des Finanzdepartementes einzuholen.

Stellungnahme
des
Finanzdeparteme-
nts, Bedingungen

² Die Bewilligung kann an Bedingungen geknüpft werden.

V. Gewerbsmässige Wetten**Art. 18**

Die schriftlichen Gesuche um die Bewilligung der gewerbsmässigen Vermittlung und Eingebung von Wetten am Totalisator bei grösseren Sportveranstaltungen haben zu enthalten:

Inhalt des
Gesuches

- a) Veranstaltende Gesellschaft oder Verein;
- b) Verantwortliche Personen;
- c) Zweck, Zeit und Ort der Veranstaltung;
- d) Wettplan.

Art. 19

¹ Die Bewilligung wird erteilt, wenn

Voraussetzungen

- a) der Veranstalter für einen einwandfreien Betrieb Gewähr bietet;
- b) der einzelne Wetteinsatz 20 Franken nicht übersteigt;

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 27. Februar 1990; B vom 13. November 1989; 386; GRP 1989/90, 728; in Kraft getreten am 1. Juni 1990

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 27. Februar 1990; siehe FN zu Art. 14

- c) mindestens 60% des Gesamtbetrages der Wetteinsätze unter die Gewinner verteilt werden;
- d) vor Erteilung der Bewilligung keine Ankündigung in der Presse erfolgt.

² Die Wetten dürfen nur an den von der Bewilligungsinstanz bezeichneten Tagen und an den bestimmten Annahmestellen vermittelt und eingegangen werden.

Art. 20

Rechnungsablage Über den Ertrag und die Verwendung der Wetteinsätze ist innert 14 Tagen seit der Veranstaltung der Bewilligungsinstanz Bericht zu erstatten.

VI. Gebühren

Art. 21¹⁾

Festsetzung der Gebühren ¹ Die Bewilligungsgebühren betragen

- a) für Lotterien zu gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken 5% der Lotteriesumme;
- b) für Unterhaltungslotterien: je nach Umfang 25 bis 1000 Franken;
- c) für den gewerbsmässigen Prämienloshandel: je nach Umfang 500 bis 5000 Franken im Jahr;
- d) für gewerbsmässige Wetten: je nach Umfang 100 bis 1000 Franken.

² Die Gebühren gehen in die Kasse der Bewilligungsinstanz.

Art. 22

Gebührenerlass Die Gebühr kann ausnahmsweise von der Bewilligungsinstanz herabgesetzt oder erlassen werden, wenn besondere Gründe hierfür vorliegen.

VII. Straf- und Schlussbestimmungen

Art. 23²⁾

Übertretungen ¹ Übertretungen der Vorschriften dieser Verordnung werden vom Amt für Polizeiwesen mit Busse bis 1000 Franken geahndet, sofern nicht Strafbestimmungen des eidgenössischen oder kantonalen Rechts zur Anwendung gelangen.

² Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung¹⁾ über das Strafverfahren vor Verwaltungsbehörden.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 27. Februar 1990; siehe FN zu Art. 14

²⁾ Fassung gemäss Revision durch Art. 1 Ziff. 29 GrV über die Anpassung grossrätlicher Erlasse an Art. 6 Ziff. 1 EMRK und Art. 98a OG; AGS 1995, 3424

³ Wird die Übertretung im Geschäftsbetrieb einer juristischen Person oder Personengemeinschaft begangen, so sind die natürlichen Personen strafbar, welche für die Gemeinschaft gehandelt haben oder hätten handeln sollen.

⁴ Die juristische Person oder Personengemeinschaft haftet jedoch solidarisch für Busse, nachzuzahlende Taxen und Kosten.

Art. 24

Bei schweren Widerhandlungen und bei Rückfall ist die erteilte Bewilligung zu widerrufen. Der betreffende Veranstalter kann darüber hinaus von weiteren Bewilligungen ausgeschlossen werden.

Bewilligungs-
entzug

Art. 25

Die Gerichtsbehörden haben Entscheide und Urteile, die das Lotteriewesen betreffen, dem Justiz- und Polizeidepartement einzusenden.

Zustellung von
Entscheiden

Art. 26

Das Justiz- und Polizeidepartement kann im Rahmen dieser Verordnung Richtlinien über das Lotteriewesen aufstellen.

Richtlinien

Art. 27

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1962 in Kraft. Gleichzeitig wird die grossrätliche Verordnung vom 28. Mai 1929²⁾ aufgehoben.

Schluss-
bestimmungen

¹⁾ BR 350.000

²⁾ aRB 1734

**Teilrevision des Gesetzes über die Strafrechtspflege
(StPO) sowie die Genehmigung des Konkordates
der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von
Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004**

Chur, 10. Januar 2006

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend Botschaft und Entwurf für die Teilrevision des Gesetzes über die Strafrechtspflege (StPO; BR 350.000) sowie für die Genehmigung des Konkordates der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004.

I. Ausgangslage

Anlass für die vorliegende Teilrevision der kantonalen Strafprozessordnung (StPO) bildet die auf eidgenössischer Ebene erfolgte Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (AT StGB) vom 13. Dezember 2002 sowie die Schaffung eines eigenen, aus dem Strafgesetzbuch herausgelösten Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht (Jugendstrafgesetz; JStG) vom 20. Juni 2003. Die sich aus dieser Revision ergebenden Änderungen bedingen auf kantonaler Ebene verschiedene gesetzgeberische Anpassungen. Die Teilrevision der StPO setzt in einem ersten Schritt die erforderlichen Modifikationen im kantonalen materiellen Strafrecht und im kantonalen Strafverfahrensrecht um. In einem zweiten Schritt ist sodann die Änderung bzw. Anpassung der Vereinbarung der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (BR 350.400) erforderlich. Diese Anpassung eines interkantonalen Vertrages (Konkordat) ist vom Grossen Rat im Sinne von Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung vorgängig zu genehmigen und kann im Anschluss daran von der Regierung unterzeichnet werden.

II. Zur Revision des Gesetzes über die Strafrechtspflege (StPO)

1. Anlass

Mit der auf Bundesebene am 21. September 1998 verabschiedeten Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (BBl 1999 1979) schlug der Bundesrat dem Parlament eine Gesamtrevision der allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches (StGB) und des Militärstrafgesetzes (MStG) sowie ein neues Gesetz über das Jugendstrafrecht (JStG) vor. Das zentrale Anliegen der Revision liegt bei der Neuordnung und Differenzierung des Sanktionensystems. Dabei geht es um folgende zwei Schwerpunkte:

Zum einen soll die kurze unbedingte Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten weitgehend durch die Geldstrafe im Tagessatzsystem oder durch gemeinnützige Arbeit ersetzt werden. Letztere kann sodann durch das neue Institut des «Aussetzens der Strafe» ergänzt werden. Sodann ist das gesamte Strafsystem flexibler gestaltet worden. In leichteren Fällen kann ganz von einer Strafe abgesehen oder diese in grösserem Ausmass als bis anhin bedingt ausgesprochen werden. So soll dem Täter die Gelegenheit geboten werden, sich zu bewähren, und gleichzeitig sollen die Strafverfolgungsbehörden entlastet werden. Schliesslich soll zukünftig die Möglichkeit der sogenannten teilbedingten Strafe («sursis partiel») gegeben sein. Dabei handelt es sich um einen teilbedingten Vollzug, welcher für alle Strafarten möglich ist. Die bedingte Freiheitsstrafe kann zudem mit einer Busse verbunden werden. Zum anderen stellt die Verstärkung des Schutzes der Öffentlichkeit vor gefährlichen Gewalttätern ein zentrales Ziel der Vorlage dar.

Neben diesen Hauptanliegen enthält die Vorlage Neuerungen wie die Ausweitung der Kompetenz zur Verfolgung im Ausland begangener Straftaten, vereinfachte Verjährungsregeln oder die Strafbarkeit der Unternehmung. Ferner wurde die Revision zum Anlass genommen, den allgemeinen Teil des StGB an die neuesten Entwicklungen von Lehre und Rechtsprechung anzupassen. Das Jugendstrafrecht wird sodann in einem separaten Bundesgesetz vom Erwachsenenstrafrecht abgekoppelt. Die Beratung der drei Vorlagen im Parlament führte in der Folge zu gewissen Anpassungen. Die Referendumsfristen sind unbenutzt abgelaufen. Das In-Kraft-Treten der drei Vorlagen war ursprünglich auf den 1. Januar 2006 vorgesehen.

Am 8. Februar 2004 wurde die Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter» vom 3. Mai 2000 (sog. Verwahrungsinitiative) von Volk und Ständen angenommen. Die Umsetzung der Initiative mit dem Verfassungsauftrag im neugeschaffenen Art. 123a BV bedingte nachträgliche Anpassungen des Strafgesetzbuches resp. einzelne Korrekturen am neuen Massnahmenrecht, welche ebenfalls in die Revision des AT StGB integriert wurden.

Zu einem entsprechenden Bericht und Vorentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches in der Fassung vom 13. Dezember 2002 wurde vom Bund bis am 15. Dezember 2004 ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. Im Rahmen dieses Vernehmlassungsverfahrens wurde erstmals die Absicht geäußert, die beiden Revisionsvorlagen erst auf den 1. Januar 2007 – allenfalls sogar noch später – in Kraft zu setzen. Ein diesbezüglicher Entscheid des Bundesrates stand im Zeitpunkt der Ausarbeitung dieser Botschaft noch aus, weshalb der Kanton Graubünden seine Umsetzungsarbeiten auf den 1. Januar 2007 auszurichten hat. Die im Rahmen einer Nachbesserung des revidierten AT StGB vom Bundesrat mit der Botschaft vom 29. Juni 2005 zur Änderung des Strafgesetzbuches in der Fassung vom 13. Dezember 2002 und des Militärstrafgesetzes in der Fassung vom 21. März 2003 unterbreiteten Änderungen bringen für die vorliegende Teilrevision keine Änderung. Mit dem Erlass der entsprechenden Botschaft reagierte der Bund auf Kritik aus Kreisen der Strafverfolgungs- und Strafvollzugspraktiker sowie einzelner Kantone (beispielsweise betreffend die sogenannte Schnittstellenproblematik), welche noch vor dem In-Kraft-Treten des revidierten AT StGB verschiedene Änderungen forderten. Dabei bleibt das neue Straf- und Massnahmensystem im Wesentlichen unverändert. Das Nachbesserungspaket umfasst zum einen punktuelle Änderungen im Bereich der Strafen (Art. 42 Abs. 4 nStGB), des Straf- und Massnahmenvollzuges (Art. 90 und 91 nStGB) sowie des Strafregisterrechts (Art. 369 Abs. 4 und 6 sowie Ziff. 3 der Übergangsbestimmungen). Zum anderen werden dem Parlament einschneidendere Korrekturen an den Regelungen über die Massnahmen, insbesondere bei der neuen Form der Verwahrung, beantragt. Im Vordergrund stehen hier die Erweiterung des Anlasstatenkatalogs (Art. 64 Abs. 1 nStGB) und die neue Bestimmung über die nachträgliche Verwahrung (Art. 65 nStGB) (vgl. zum Ganzen die diesbezügliche Botschaft des Bundesrates vom 29. Juni 2005). Diese Neuregelungen wiederum sind unabhängig von den Ausführungsbestimmungen zur Verwahrungsinitiative, welche der Bundesrat mit Botschaft vom 23. November 2005 zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedete. Auch aus dieser Vorlage ergab sich für die vorliegende Teilrevision der StPO kein nachträglicher weiterer Anpassungsbedarf.

Mit der vorliegenden Botschaft zu einer Teilrevision der StPO sowie der Anpassung des bisherigen Konkordates der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004 werden die sich aus der Revision des Bundesrechts ergebenden Änderungen auf kantonaler Ebene umgesetzt.

Am 15. März 2005 (Prot. Nr. 330) beschloss die Regierung des Kantons Graubünden, die kantonale Verwaltung neu zu organisieren. Vorgesehen ist eine teilweise Neuzuteilung der Aufgabenbereiche auf die Departemente und eine entsprechende neue departementale Unterstellung von verschiedenen

Ämtern. Im Bereich des Strafvollzugs entschied die Regierung, die Strafanstalten Sennhof und Realta mit der Einweisungsbehörde und der Schutzaufsicht/Bewährungshilfe auf den 1. Januar 2007 zu einem neuen Amt für Justizvollzug zusammen zu legen.

2. Bisheriger Verlauf

Für die Arbeiten zur Anpassungsgesetzgebung an den revidierten Teil des AT StGB setzte die Regierung mit Beschluss vom 8. April 2003 (Prot. Nr. 504) eine Expertengruppe ein, die sich aus den folgenden Personen zusammensetzte:

- lic. iur. Mathias Fässler, Departementssekretär Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement (Vorsitz)
- lic. iur. Clelia Meyer Persili, Grossrätin
- lic. iur. Urs Schlenker, Vizepräsident Kantonsgericht Graubünden
- Dr. iur. Jakob Grob, Staatsanwalt
- Dr. iur. Urs Raschein, Präsident des Bezirksgerichts Plessur
- lic. iur. Stefano Delcò, Präsident des Bezirksgerichts Moesa
- Landammann Reto Filli, Kreispräsident Oberengadin
- lic. iur. Gianfranco Albertini, Chef Kriminalpolizei
- lic. iur. Alexandra Buchmeier, Juristische Mitarbeiterin Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement

Die Regierung beauftragte die Expertengruppe den voraussichtlichen Handlungsbedarf, den die Revision des Bundesgesetzes für den Kanton Graubünden bedeutet, zu eruieren sowie die nötige Anpassungsgesetzgebung im kantonalen Recht zu erarbeiten.

Parallel zu der Entwicklung auf Bundesebene reichte Grossrat Carlo Portner in der Märzsession 2003 eine Motion betreffend die Regelung des Straf- und Massnahmenvollzuges auf Gesetzesstufe ein. In ihrer Antwort vom 29. April 2003 (Prot. Nr. 553) wies die Regierung den Motionär auf die im Kanton mit der Einsetzung einer entsprechenden Arbeitsgruppe laufenden Vorbereitungsarbeiten hin und hielt fest, dass die in der Motion aufgeworfenen Fragen und Problemstellungen im Rahmen der gesetzlichen Anpassungsarbeiten zur Revision des AT StGB geprüft werden sollen.

Die Expertenkommission schlug in ihrem erläuternden Bericht zuhanden der Regierung im Wesentlichen vor, nur die sich notwendigerweise aus der Revision des AT StGB ergebenden Anpassungen vorzunehmen und die StPO lediglich einer Teilrevision zu unterziehen. Dazu gehört in einem weiteren Sinne auch die Reorganisation durch die Schaffung eines zweistufigen inner-

kantonalen Instanzenzuges oder die Abschaffung der Zuständigkeit der Schulratsbehörden in der Jugendstrafrechtspflege. Dagegen soll vorderhand darauf verzichtet werden, das gesamte kantonale Übertretungsstrafrecht aufzuheben, da im Rahmen der kommenden eidgenössischen StPO ohnehin die gesamte StPO anzupassen sein wird. So wurde von der Expertenkommission auch davon abgesehen, detaillierte Vorschriften betreffend den Straf- und Massnahmenvollzug in den Revisionsentwurf aufzunehmen. Die im Rahmen des Straf- und Massnahmenvollzuges erforderlichen Anpassungen sind demnach zu einem späteren Zeitpunkt in einem separaten Gesetz sowie in einer regierungsrätlichen Verordnung auszuarbeiten. Ein entsprechender Entwurf für ein kantonales Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug (GSM) wurde von der Arbeitsgruppe zwar ausgearbeitet, jedoch soll im heutigen Zeitpunkt aus den genannten Gründen mit dem definitiven Erlass eines derartigen separaten Gesetzes abgewartet werden. Dies erscheint umso sachgerechter als die Regierung mit der zwischenzeitlich beschlossenen Schaffung eines neuen Amtes für Justizvollzug auf den 1. Januar 2007 hin eine entsprechende Fachstelle bezeichnet, welche sich vertieft mit der Anpassung und Umsetzung der im Bereich Strafen und Massnahmen zu erwartenden Gesetzgebungsarbeiten zu befassen haben wird. Dabei kann der bereits vorliegende Entwurf des GSM dem Amt als Grundlage dienen. Schliesslich können derart erste Erfahrungen, welche sich in der Praxis aus dem revidierten AT StGB ergeben, abgewartet und in das neu zu schaffende Gesetz optimal integriert werden.

Mit Beschluss vom 15. Juni 2004 (Prot. Nr. 859) nahm die Regierung Kenntnis vom Entwurf einer Teilrevision der Strafprozessordnung und gab diesen für die Vernehmlassung frei.

Im Sommer 2004 führte das Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement ein Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision der Strafprozessordnung durch. Zur Stellungnahme wurden die kantonalen Gerichte, die Departemente, die Gemeinden, die Parteien sowie weitere kantonale Verbände und Organisationen eingeladen. Zudem waren die Vernehmlassungsunterlagen für weitere Interessierte im Internet abrufbar. Bis Ende September 2004 gingen beim Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement insgesamt 25 Stellungnahmen ein. Das Ergebnis lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Die Teilrevision der Strafprozessordnung wurde einhellig begrüsst. Dennoch enthielten lediglich zwei der eingegangenen Vernehmlassungen keine Änderungs- oder Ergänzungsanträge. Anlass zu Kritik gab in erster Linie die vom Vorschlag der Expertengruppe abweichende von der Regierung nachträglich eingebrachte Lösung der Frage, welche Instanz nach erfolgter Einsprache im Strafmandatsverfahren die Untersuchungen zu ergänzen hat. Der Vorschlag, diese Kompetenz einem Kreispräsidenten eines Nachbarkreises zu übertragen, wurde mit einer Ausnahme abgelehnt. Die praktischen

Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Vorschlages wurden als zu gross und der daraus resultierende Nutzen als zu gering erachtet. Grossmehrheitlich gutgeheissen wurde die vorgesehene Neuorganisation der Jugendstrafrechtspflege mit der Kompetenzverschiebung weg von den Schulbehörden hin zu der Jugendanwaltschaft. Die Anregungen wurden teilweise aufgenommen und die entsprechenden Bestimmungen – sofern erforderlich – angepasst. So wurde insbesondere auf eine Neuregelung der Untersuchungsergänzung im Strafmandatsverfahren vollständig verzichtet. Dies rechtfertigt sich umso mehr, als mit dem In-Kraft-Treten der eidgenössischen StPO in wenigen Jahren ohnehin weitreichende Anpassungen des kantonalen Strafverfahrensrechts erforderlich sein werden.

Die Frage, welche Instanz die Untersuchungsergänzung nach erfolgter Einsprache bei einem Übertretungsstrafmandat vorzunehmen hat, beantwortete die Expertenkommission mehrheitlich dahingehend, dass sie diese Kompetenz wie vor der Gerichtsreform 1 wieder an den Kreispräsidenten übertragen wollte. Die heutige Zuständigkeitsregel, wonach nach erfolgter Einsprache die Ergänzung der Untersuchung durch den Bezirksgerichtspräsidenten oder einen Bezirksrichter vorzunehmen ist, wurde von einer Mehrheit der Kommission als kritisch abgelehnt, da hierbei die Untersuchung durch Vertreter des urteilenden Gerichts geführt wird. Die meisten Bezirke verfügen nur über einen voll- oder hauptamtlichen Gerichtspräsidenten. Führt dieser die Untersuchung, muss er bei der Beurteilung des Falles in den Ausstand treten. Dieser Umstand hat insbesondere bei kleineren Bezirken zu nicht unerheblichen praktischen Schwierigkeiten geführt. Als kritisch an der heutigen Lösung wird sodann die Tatsache beurteilt, dass die gleiche Instanz untersucht, Anklage erhebt und das Urteil fällt. Auch wenn der Fall innerhalb des Gerichtes vom Präsidenten an einen Richter abgetreten wird, stellt sich die Frage, ob so die notwendige Unabhängigkeit gewahrt ist, handelt es sich doch stets um Mitglieder ein und desselben Gerichtes.

Die Probleme der richterlichen Unabhängigkeit bestehen jedoch auch bei der von der Expertenkommission vorgeschlagenen Lösung, wie sie vor der Gerichtsreform 1 Geltung hatte. Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, schlug die Regierung im Sinne einer neuen Variante vor, die Untersuchungsergänzung an einen vom Bezirksgerichtspräsidenten bezeichneten Kreispräsidenten eines Nachbarkreises zu übertragen. Dieser Vorschlag wurde jedoch im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens beinahe einhellig kritisiert. Die Lösung wurde als nicht sachgerecht sowie kaum praktikabel abgelehnt und würde beispielsweise dazu führen, dass sich in Übertretungssachen bei Einsprachen bis und mit Verhandlung vier Instanzen mit einem Fall befassen müssten. Ein derartiger Aufwand ist insbesondere für Bagatellfälle unverhältnismässig. Unnötige Umtriebe entstünden sodann in Bezug auf die Frage der Kostenüberbindung bzw. -verteilung. Schliesslich dürfte die vorgeschla-

gene Lösung gegen die Bestimmungen über die örtliche Zuständigkeit (Art. 54 StPO bzw. Art. 340 Abs. 1 rev. StGB) verstossen.

Diesen Einwänden kann sich die Regierung anschliessen. Ohne ausgewiesenen Handlungsbedarf soll aber nicht von einer erst anlässlich der Gerichtsreform 1 vor wenigen Jahren (Volksbeschluss vom 12. März 2000) eingeführten Lösung bereits wieder abgewichen und Art. 175 StPO revidiert werden. Nach Abwägen der Vor- und Nachteile ist demnach die geltende Fassung, wonach die Untersuchungsergänzung nach Einsprache vom Präsidenten des Bezirksgerichts oder von einem Richter durchgeführt wird, beizubehalten und Art. 175 StPO demnach in der heute geltenden Fassung unverändert zu belassen.

In Anbetracht des Umstandes, dass es sich vorliegend lediglich um eine Teilrevision der StPO handelt, konnte schliesslich der im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens angebrachte Hinweis, im Gesetz konsequent auch die weibliche Form zu verwenden, nur teilweise umgesetzt werden. Über die Bestimmung von Art. 7a StPO sind jedoch die in der Vorlage verwendeten Personen-, Funktions- und Berufsbezeichnungen im Sinne der Gleichstellung der Geschlechter zu verstehen.

3. Allgemeine Revisionsziele

Die vorgeschlagene Revision der Strafprozessordnung stellt die notwendige Anpassungsgesetzgebung an den revidierten Teil des AT StGB dar, welcher voraussichtlich im Januar 2007 in Kraft treten wird. Mit der vorliegenden Teilrevision wird eine sachgerechte und zeitgemässe Anpassung der Strafprozessordnung an die bundesrechtlichen Vorgaben erreicht. Demgemäss wurde auf eine Totalrevision verzichtet und Anpassungen im Wesentlichen nur dort vorgenommen, wo sich diese gemäss den Änderungen des Bundesrechtes aufdrängen. Eine Totalrevision der StPO erscheint sodann auch im Hinblick auf die auf Bundesebene laufende Entwicklung zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechtes (Schaffung einer eidgenössischen StPO, die am 1. Januar 2010 in Kraft treten soll) als nicht sachgerecht. Jedoch wird eine erneute Revision der StPO nach dem In-Kraft-Treten des neu geschaffenen Bundesgerichtsgesetzes (BGG), welches auf den 1. Januar 2007 vorgesehen ist, unumgänglich sein (beispielsweise was die Dauer der Untersuchungshaft [Art. 86c StPO] oder Fragen der Rechtshilfe betrifft). Das Gesetz belässt den Kantonen jedoch eine Frist von fünf Jahren zum Erlass von entsprechenden Ausführungsbestimmungen über die Zuständigkeit, die Organisation und das Verfahren der Vorinstanzen in Zivil- und Strafsachen (vgl. Art. 130 BGG). Die wesentlichsten Änderungen der vorliegenden Teilrevision betreffen demnach die Schaffung eines zweistufigen innerkantonalen Instanzenzuges, die An-

passung an die neuen Strafformen und damit verbunden verschiedene neue Zuständigkeiten im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzuges sowie die Abschaffung der Strafkompetenz der Schulbehörden in der Jugendstrafrechtspflege.

III. Zum Konkordat der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004

1. Allgemeines

Der Kanton Graubünden trat am 27. Juli 1956 der Vereinbarung der Kantone Zürich, Glarus, Schaffhausen, Appenzell AR, Appenzell IR, St. Gallen, Graubünden und Thurgau über den Vollzug freiheitsentziehender Strafen und Massnahmen gemäss schweizerischem Strafgesetzbuch und Versorgungen gemäss eidgenössischem und kantonalem Recht (Vereinbarung der Ostschweizer Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen; BR 350.400) bei. Das Konkordat wurde seither einmal revidiert. Mit Botschaft vom 25. August 1975 (Heft Nr. 5, S. 293) unterbreitete die Regierung dem Grossen Rat eine überarbeitete Fassung zur Genehmigung. Die dem Konkordat zugrunde liegende Vereinbarung in der vom Bundesrat genehmigten Fassung vom 31. März 1976, deren Ausführungsbestimmungen und die von der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission als verbindlich erklärten Richtlinien stellen für die Konkordatskantone direkt anwendbares Recht dar.

Damals wie heute geht es darum, das Konkordat den auf Stufe des Bundesrechtes erfolgten Änderungen des Strafgesetzbuches anzupassen. Dabei ist zu beachten, dass es zukünftig zwischen der Vereinbarung und den Richtlinien keine Zwischenstufe im Sinne von Ausführungsbestimmungen mehr geben wird (vgl. Art. 3 Abs. 2 lit. e der Konkordatsvereinbarung). Die entsprechenden Bestimmungen (vgl. BR 350.410) werden aus der Bündner Rechtssammlung entfernt. Die revidierte Vereinbarung soll in der neuen Fassung vom 29. Oktober 2004 genehmigt und die Regierung ermächtigt werden, diese im Namen des Kantons Graubünden zu unterzeichnen.

2. Konkordatsvereinbarung vom 29. Oktober 2004

Die revidierte Fassung der Konkordatsvereinbarung bringt keine wesentlichen Neuerungen oder finanzielle Folgen für den Kanton Graubünden mit sich. Materiell geht es bei der Erneuerung der von der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission ausgearbeiteten Vereinbarung ebenfalls um eine

Anpassung an die sich aus der Revision des AT StGB ergebenden Änderungen. Die Zweckbestimmung dieses interkantonalen Zusammenschlusses im Bereich Straf- und Massnahmenvollzug bleibt unverändert und wird erstmals im Ingress des Konkordates explizit erwähnt. So sollen die Aufgaben bei der Planung, beim Bau und Betrieb der Vollzugseinrichtungen unter den beteiligten Kantonen sinnvoll verteilt und koordiniert werden. Die Konkordatsvereinbarung steht damit auch im Einklang mit der interkantonalen Rahmenvereinbarung, wie sie von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) am 24. Juni 2005 zuhanden der Kantone im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) verabschiedet wurde. Sodann ist ein grundrechtskonformer, effizienter und gleichzeitig kostengünstiger Vollzug zu ermöglichen und der Vollzug zu vereinheitlichen. Auf diese Weise sollen die Vollzugsziele bestmöglich erreicht werden können.

Der Konkordatsvereinbarung sowie den darauf basierenden Richtlinien kommen in der Vollzugspraxis eine grosse Bedeutung zu. Die angeschlossenen Kantone verpflichten sich, die von ihnen zu vollziehenden Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen gemäss der Vereinbarung zu vollziehen und im Rahmen des Konkordates bestimmte Anstaltstypen bereitzustellen, auszubauen und zu führen. Der Kanton Graubünden betreibt die Konkordatsanstalten der Strafanstalt Sennhof in Chur (geschlossener Vollzug) sowie die Anstalt Realta in Cazis (offener Vollzug). Unverändert bleibt sodann als oberstes Organ die Ostschweizerische Strafvollzugskommission bestehen, welche sich aus je einem Vertreter der Regierungen der beteiligten Kantone zusammensetzt. Deren Aufgaben sind insbesondere die Aufsicht über die Anwendung und Auslegung des Konkordates sowie der Erlass der Richtlinien, welche mit Zustimmung aller angeschlossenen Kantone als verbindlich erklärt werden können.

Zur Sicherstellung einer zeitgemässen Vollzugspraxis und -vereinheitlichung im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzuges und damit verbunden der bewährten Weiterführung der Zusammenarbeit im Rahmen des Ostschweizerischen Strafvollzugskonkordates ist die revidierte Vereinbarung in der Fassung vom 29. Oktober 2004 zu genehmigen. Zudem ist die Regierung zu ermächtigen, die Vereinbarung im Namen des Kantons Graubünden zu ratifizieren. Hierzu ist ein entsprechender Beitrittsbeschluss erforderlich, welcher ebenfalls in die Bündner Rechtssammlung aufzunehmen ist. Da das Konkordat rechtsetzender Natur ist und dabei gesetzesändernden Charakter hat (beispielsweise indem die Strafvollzugskommission gestützt auf das Konkordat Richtlinien erlässt, die kantonal umgesetzt werden müssen, oder gemeinsame Institutionen und Organe geschaffen werden), ist der Beitrittsbeschluss im Sinne von Art. 17 Abs. 1 Ziff. 2 der Kantonsverfassung dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Formell bildet dabei nicht der Vertrag als sol-

cher, sondern der Genehmigungsbeschluss des Grossen Rates gemäss Art. 32 Abs. 2 KV Gegenstand des Referendums. Gemäss der neuen Kantonsverfassung unterliegen nun neben dem Abschluss von Konkordaten auch deren Änderung – um eine solche handelt es sich vorliegend – sowie eine allfällige Kündigung dem Referendum.

IV. Erläuterungen zur Teilrevision der StPO

1. Allgemeines

Die Teilrevision der StPO stellt, wie bereits ausgeführt, die notwendige Anpassungsgesetzgebung an den revidierten Teil des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches sicher. Die wesentlichsten Modifikationen für den Kanton Graubünden stellen die Schaffung eines zweistufigen innerkantonalen Instanzenzuges, die Anpassung an die neuen Strafformen und damit verbunden verschiedene neue Zuständigkeiten im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzuges sowie die Abschaffung der Strafkompetenz der Schulbehörden in der Jugendstrafrechtspflege dar. Sodann wird eine Vereinfachung der Verfahren, beispielsweise durch die Schaffung der Möglichkeit, ein Urteil ohne Entscheidungsgründe erlassen zu können, sowie eine effiziente und kostengünstige Justiz angestrebt. Bestimmte Bereiche – wie beispielsweise die Frage der Besetzung der Spruchkörper – sind in Koordination mit dem Projekt der Justizreform 2 als engere, die Gerichtsorganisation betreffende Sachgebiete ausgeklammert worden und werden im Rahmen der Umsetzung dieses Projektes zu einem späteren Zeitpunkt zu erörtern sein.

2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

I. Das kantonale Strafrecht

1. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 4 Strafandrohung im bisherigen Recht

Absatz 1 hat in der geltenden Fassung keine Bedeutung mehr, da sich die Regelung auf Straftatbestände bezieht, die im kantonalen Recht vor Einführung des StGB (1942) Gefängnis androhten. Im bündnerischen Recht bestehen keine derartigen Straftatbestände mehr. Nach 1942 sind im kantonalen Recht zwei Vergehenstatbestände geschaffen worden, die Gefängnis androhen; zum einen der Steuerbetrug gemäss Art. 182a des Steuergesetzes des Kantons Graubünden (StG; BR 720.000) und zum anderen die Verun-

treuung von Quellensteuern gemäss Art. 183 des Steuergesetzes. Diese Tatbestände sind bezüglich der Strafandrohung in den Schlussbestimmungen an den revidierten AT StGB anzupassen (vgl. Art. 230 nStPO).

Da das kantonale Recht mit Ausnahme der beiden Vergehen im Strafrecht nur noch Übertretungen vorsieht, der revidierte AT StGB die Haftstrafe aber nicht mehr kennt, können auch für kantonale Übertretungstatbestände keine Haftstrafen mehr ausgesprochen werden. Überall dort, wo das kantonale Recht Haftstrafen vorsieht, ist daher an deren Stelle auf Busse zu erkennen und die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

Für Übertretungen sieht der revidierte AT StGB Bussen bis 10 000 Franken vor, wenn es das Gesetz nicht anders bestimmt (Art. 106 Abs. 1 nStGB). In Anlehnung an diese Bestimmung wird in *Absatz 2* der maximale Bussenbetrag von derzeit 5000 auf 10 000 Franken erhöht.

Absatz 3 ist aufzuheben, da der revidierte AT StGB im Gegensatz zum geltenden Recht (Art. 48 Ziff. 1 Abs. 2 und Art. 106 Abs. 2 StGB) die Gewinnsucht als allgemeinen Grund für das Überschreiten der Maximalbusse nicht mehr kennt.

Artikel 5 Strafandrohungen in kantonalen Erlassen

In *Absatz 1 und 2* ist anstelle des in der geltenden Fassung aufgeführten Begriffs «Verordnungen, Reglemente und Beschlüsse» in Anlehnung an Art. 30 ff. der Kantonsverfassung sowohl in der Marginalie als auch im Text der Bestimmung von «Erlassen» zu sprechen. Die Absätze 1 und 2 können sodann zu einem Absatz zusammengefasst und Absatz 2 aufgehoben werden, weil auch der Grosse Rat lediglich noch Busse androhen kann.

Artikel 7 Verwaltungsstrafrecht der Gemeinden

Absatz 2 enthält einen Vorbehalt von Art. 192 Abs. 2 StPO, welcher ersatzlos zu streichen ist. Neu sollen in Anwendung von Art. 192 Abs. 1 nStPO auch Gemeindebussen umgewandelt werden können.

Gleichbleibend gilt sodann, dass den Gemeinden neben den Aufgaben der niederen Polizei auch weiterhin Raum zum Erlass eigener Strafbestimmungen in ihren Zuständigkeitsbereichen verbleibt. Die Strafbestimmungen der StPO stehen mit der Kompetenzordnung, wie sie vom Gemeindegesetz aufgestellt wird, in keinem Zusammenhang resp. betreffen diese je einen unterschiedlichen Regelungsinhalt. In diesem Sinne bringt Abs. 2 auch nach der Teilrevision der StPO und dem In-Kraft-Treten des neuen Polizeigesetzes am 1. Juli 2005 keine materiellen Änderungen für die von den Gemeinden in eigener Kompetenz zu erlassenden Strafnormen.

Absatz 3 ist für das Gemeindestrafrecht inhaltlich gleich zu formulieren wie für das kantonale Strafrecht (Art. 4 Abs. 1 nStPO).

Im Zusammenhang mit den Bestimmungen des kantonalen Übertretungsstrafrechts stellte sich die Frage, die gesamten diesbezüglichen Bestimmungen in der StPO aufzuheben oder nicht. Die Expertenkommission votierte nach Abwägen der Vor- und Nachteile dafür, die kantonalen Übertretungsstrafatbestände in der StPO zu belassen. Die gesamthafte Streichung erscheint einerseits nicht als opportun, da ansonsten bestimmte Sachverhalte über keinen Tatbestand des StGB mehr strafbar wären (beispielsweise Art. 17 und 18, Art. 25 und 26 sowie Art. 31–34 StPO). Andererseits wäre es inkonsequent, im Rahmen einer Teilrevision des kantonalen Strafrechtspflegegesetzes lediglich punktuell das Übertretungsstrafrecht aufzuheben. Dies müsste allenfalls im Rahmen einer Totalrevision erfolgen, nicht aber anlässlich der vorliegenden Teilrevision. Gegen eine Streichung der genannten Bestimmungen aus dem Strafrechtspflegegesetz spricht schliesslich auch die Häufigkeit der Verurteilungen, welche nach wie vor aufgrund des kantonalen Übertretungsstrafrechtes erfolgen. Nach Einführung der eidgenössischen Strafprozessordnung wird das kantonale Strafprozessrecht sodann gesamthaft zu überarbeiten sein. Zu diesem späteren Zeitpunkt ist das kantonale materielle Strafrecht umfassend zu überprüfen.

2. Besondere Bestimmungen

A. Übertretungen gegen Leib und Leben

Artikel 8 Unterlassung der Nothilfe

Die Bestimmung kann ersatzlos aufgehoben werden. Die Unterlassung der Nothilfe wird seit dem 1. Januar 1990 in Art. 128 StGB geregelt. Den Kantonen wurde mit dem In-Kraft-Treten der bundesrechtlichen Bestimmung jegliche Gesetzgebungsbefugnis bezüglich der Unterlassung der Nothilfe entzogen (vgl. Willy Padrutt, Kommentar zur Strafprozessordnung des Kantons Graubünden (StPO), S. 6).

Artikel 9 Vernachlässigung anvertrauter Personen

Der in *Absatz 1* enthaltene Verweis auf den Tatbestand des Angriffs in Art. 134 StGB (in Kraft seit dem 1. Januar 1990) ist in Anpassung an das geltende Bundesrecht durch Art. 136 StGB (Verabreichung gesundheitsgefährdender Stoffe an Kinder) zu ersetzen. Sodann ist die Strafandrohung der Haft zu streichen, da im Bereich des Übertretungsstrafrechts nach der Revision des AT StGB nur noch Bussen ausgesprochen werden können (vgl. Art. 103 nStGB).

Artikel 11 Beseitigung einer Leiche

Im Sinne einer lediglich sprachlichen Korrektur wird anstelle von «schwerer» Strafe von «schwererer» Strafe gesprochen. Sodann ist die Strafandrohung der Haft zu streichen.

B. Übertretungen gegen das Vermögen

Artikel 12 Holz- und Feldfrevel

Die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

Artikel 13 Ausbeutung der Leichtgläubigkeit

In *Absatz 3* ist die Strafandrohung der Haft zu streichen.

Mit der Revision des AT StGB werden sämtliche Nebenstrafen abgeschafft. Damit kann *Absatz 4* mit der darin enthaltenen Nebenstrafe der Landesverweisung (Art. 55 StGB) ersatzlos gestrichen werden.

C. Übertretungen gegen die Sittlichkeit

Artikel 15 Unzüchtige Reden

Die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

D. Übertretungen gegen die öffentliche Sicherheit

Artikel 17 Ungenügende Verwahrung wilder oder bössartiger Tiere

Die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

Artikel 18 Gefährdung durch Tiere

Die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

Artikel 19 Unvorsichtiger Umgang mit Waffen, Sprengmitteln oder Munition

Absatz 2 ersetzt den in der geltenden Fassung verwendeten Begriff «zurechnungsfähig» durch «schuldfähig», da der revidierte AT StGB nicht mehr von der «Zurechnungsfähigkeit», sondern von der «Schuldfähigkeit» spricht (vgl. Art. 19 nStGB).

In *Absatz 5* ist die Strafandrohung der Haft zu streichen.

Artikel 20 Allgemeine Vorschriften über Waffen oder Munition

Absatz 1 der Bestimmung wurde bereits im Rahmen des Erlasses des Gesetzes über die Anpassung von Beitrittsbeschlüssen und -bestimmungen zu Konkordaten und Vereinbarungen an die Kantonsverfassung (vgl. Botschaft der Regierung an den Grossen Rat, Heft Nr. 3, 2005–2006, S. 285) vom Grossen Rat in der Junisession 2005 aufgehoben (vgl. GRP 1–2005/2006, S. 32), nachdem der Kanton Graubünden bereits am 29. August 2000 aus dem interkantonalen Konkordat über den Handel mit Waffen und Munition (BR 350.300) ausgetreten war (vgl. Regierungsbeschluss vom 29. August 2000, Prot. Nr. 1401). Die darin enthaltenen Regelungen wurden durch das Bun-

desgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition (Waffengesetz; SR 514.54) ersetzt.

Der Regelungsinhalt von *Absatz 2* wird durch die geltende eidgenössische Waffengesetzgebung ausreichend abgedeckt.

Demnach kann die gesamte Bestimmung ersatzlos aufgehoben werden.

Artikel 21 Unbefugtes Herstellen von Schlüsseln und Stempeln

In *Absatz 3* ist die Strafandrohung der Haft zu streichen.

Artikel 22 Strafbare Besitz von Diebswerkzeugen

In *Absatz 3* ist die Strafandrohung der Haft zu streichen.

Absatz 5 mit der darin enthaltenen Nebenstrafe der Landesverweisung (Art. 55 StGB) kann ersatzlos gestrichen werden (vgl. Art. 13 nStPO).

Artikel 23 Jugendgefährdende Veröffentlichungen

In *Absatz 3* ist die Strafandrohung der Haft zu streichen.

Artikel 24 Gefährdung durch Feuerwerk

In *Absatz 3* ist die Strafandrohung der Haft zu streichen.

E. Übertretungen gegen die öffentliche Gewalt

Artikel 25 Ungehorsam gegen die Polizei

Die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

Artikel 26 Auskunftsverweigerung

In *Absatz 3* ist die Strafandrohung der Haft zu streichen.

Artikel 27 Beschädigung von Bekanntmachungen

Die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

Artikel 28 Verhinderung der Aufsicht über Hilfsbedürftige

Die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

F. Übertretungen gegen Ruhe und Ordnung

Artikel 29 Beunruhigung der Bevölkerung

Die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

Artikel 30 Falscher Alarm

Der Regelungsinhalt von *Absatz 1* wird durch Art. 128^{bis} StGB abgedeckt (vgl. Padrutt, a.a.O., S. 11), weshalb dieser Absatz ersatzlos aufzuheben ist.

Absatz 2 kommt demgegenüber aufgrund der darin angeführten besonderen Berufskategorien nach wie vor eine eigenständige Bedeutung zu und ist entsprechend im Gesetz zu belassen. Lediglich die Strafandrohung ist auf Busse anzupassen resp. die Strafandrohung der Haft bis zu vierzehn Tagen zu streichen. *Absatz 3* wird mit *Absatz 2* verbunden und kann aufgehoben werden.

Artikel 31 Grober Unfug

Die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

Artikel 32 Unanständiges Benehmen, Ruhestörung

In *Absatz 1* ist die Strafandrohung der Haft zu streichen.

Absatz 2 mit der darin enthaltenen Nebenstrafe des Wirtshausverbotes (Art. 56 StGB) kann ersatzlos gestrichen werden (vgl. Art. 13 nStPO). Sodann kann eine Weisung nur bei bedingtem Strafvollzug für die Dauer der Probezeit ausgesprochen werden (vgl. Art. 44 Abs. 2 nStGB). Eine Busse kann jedoch nur unbedingt ausgesprochen werden (vgl. Art. 105 Abs. 1 nStGB), sodass hier generell kein Raum für das Aussprechen von Weisungen besteht.

Artikel 33 Verunreinigung fremden Eigentums

In *Absatz 1* ist der Verweis auf Art. 145 StGB zu korrigieren. Der Tatbestand der Sachbeschädigung figuriert seit dem 1. Januar 1995 in Art. 144 StGB. Der Text der Bestimmung ist entsprechend anzupassen und die Strafandrohung der Haft zu streichen.

Artikel 34 Rechtswidrige Selbsthilfe

Die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

Artikel 35 Bettel

Die bisherigen Absätze 1 und 2 werden zu einem neuen *Absatz 1* zusammengefasst und die Strafandrohung der Haft ist durch Busse zu ersetzen.

Absatz 3 und 4 mit den darin enthaltenen Nebenstrafen des Entzugs der elterlichen Sorge (Art. 53 StGB) und der Landesverweisung (Art. 55 StGB) können ersatzlos gestrichen werden (vgl. Art. 13 nStPO).

G. Andere Übertretungen

Artikel 36 Missbrauch der Unterstützungshilfe

Der sowohl in der Marginalie als auch in *Absatz 1* der Bestimmung verwendete Begriff der «Armenunterstützung» ist durch den im Unterstützungsgesetz verwendeten Terminus der «Unterstützungshilfe» zu ersetzen. Zudem ist die Strafandrohung der Haft bis zu vierzehn Tagen auf Busse anzupassen.

Absatz 2 mit der darin enthaltenen Nebenstrafe des Wirtshausverbotes (Art. 56 StGB) kann ersatzlos gestrichen werden (vgl. Art. 13 nStPO). Bei unbedingt auszusprechenden Bussen können keine Weisungen verhängt werden. Der Absatz ist daher aufzuheben.

Artikel 37 Verleitung zu Alkoholmissbrauch

In *Absatz 1* ist die Strafandrohung der Haft zu streichen.

Artikel 38 Abgabe alkoholischer Getränke an Betrunkene

Die Bestimmung wird heute vom kantonalen Gastwirtschaftsgesetz (GWG; BR 945.100) abgedeckt und kann daher ersatzlos gestrichen werden.

Artikel 39 Widersetzlichkeit Unterstützungsbedürftiger

Der Begriff «Fürsorgebedürftiger» ist sowohl in der Marginalie als auch im Text der Bestimmung durch «Unterstützungsbedürftiger» zu ersetzen. Ebenso der Begriff «Fürsorgegesetz» durch «Unterstützungsgesetz». Die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

Dem in der Vernehmlassung gestellten Antrag, die Bestimmung ganz zu streichen, da es keinen Sinn mache, Personen, welche bereits finanziell unterstützt würden, mit einer Busse zu bestrafen, wurde nicht gefolgt. Wenn diese Überlegung auch durchaus nachvollziehbar erscheint, so muss dennoch eine Sanktionierungsmöglichkeit bestehen bleiben, wenn entsprechenden Weisungen seitens der unterstützungsbedürftigen Personen nicht nachgekommen wird.

Artikel 40 Verletzung der Bestimmungen über Natur-, Heimat- und Umweltschutz

Die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

Artikel 41 Unzulässige Religionsgemeinschaft

Die Strafandrohung der Haft ist zu streichen.

II. Das Strafverfahren

1. Allgemeine Bestimmungen

A. Organisation der Strafgerichtsbarkeit

Artikel 43 Untersuchungsbehörden

Das neue Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (JStG) unterscheidet nicht mehr zwischen Kindern und Jugendlichen. Demgemäss gelten die besonderen Bestimmungen der Jugendstrafrechtspflege nunmehr für die

Jugendlichen allgemein und der in Absatz 2 verwendete Begriff «Kinder» ist zu streichen.

B. Sachliche und örtliche Zuständigkeit

Artikel 45 Kantonsgericht

Artikel 46 Kantonsgerichtsausschuss

Artikel 46a Kantonsgerichtspräsident

Ziel der in Art. 45–48 StPO vorgeschlagenen gerichtlichen Zuständigkeitsänderung ist es, das Kantonsgericht und den Kantonsgerichtsausschuss von den bisher erstinstanzlich zu beurteilenden Straffällen zu entlasten. Diese Strafsachen sollen neu erstinstanzlich von den Bezirksgerichten bzw. von den Bezirksgerichtsausschüssen behandelt werden. Mit dieser Lösung wird der seit langem geforderte EMRK-konforme zweistufige innerkantonale Instanzenzug garantiert; es wird sichergestellt, dass alle Straffälle im Kanton von einer zweiten Instanz mit voller Kognition überprüft werden können. Art. 146 nStPO stellt sicher, dass die Berufungsinstanz – wie bisher – das erstinstanzliche Urteil in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht frei überprüfen kann. Um dieselbe Spruchkörpergrösse (3-er Besetzung) auch im Weiterzugsverfahren sicherzustellen, sollen Urteile und Beschlüsse der Bezirksgerichte vom Kantonsgericht und Urteile und Beschlüsse der Bezirksgerichtsausschüsse vom Kantonsgerichtsausschuss beurteilt werden (vgl. Art. 141 nStPO). Eine Flexibilisierung der Spruchkörpergrösse wird im Rahmen der Justizreform 2 umgesetzt werden und entsprechend wird dazumal eine erneute Änderung dieser Regelung hinzunehmen sein.

Auch der Bundesgesetzgeber geht – wie Art. 33 Abs. 1 nStGB zeigt – stillschweigend von der vorgeschlagenen und als selbstverständlich zu betrachtenden Regelung aus. In Abs. 1 der genannten Bestimmung wird festgehalten, dass der Rückzug des Strafantrages durch die antragsberechtigte Person solange möglich ist, als das Urteil der zweiten kantonalen Instanz noch nicht eröffnet ist. Die Bezirksgerichte und ihre Ausschüsse sind nunmehr insbesondere nach der geänderten Gerichtsorganisation, welche mit der Gerichtsreform 1 umgesetzt wurde, bestens in der Lage, die ihnen zugewiesenen Fälle zu beurteilen. Die vorgeschlagene Änderung soll mit der vorliegenden Teilrevision und nicht erst im Rahmen der laufenden Reorganisation der kantonalen Gerichte (Justizreform 2) erfolgen. Ein weiteres Zuwarten hinsichtlich der Schaffung eines zweistufigen innerkantonalen Instanzenzuges würde nach In-Kraft-Treten des revidierten AT StGB den bundesrechtlichen Vorgaben widersprechen, weshalb bereits anlässlich der vorliegenden Teilrevision ein entsprechender bundesrechtskonformer Rechtsmittelweg vorzusehen ist.

Im Sinne einer begrifflichen Klarstellung sei erwähnt, dass unter dem in der gesamten StPO verwendeten Begriff des «Kantonsgerichtspräsidenten» in der Regel eine Einzelperson, jedoch gemäss der Definition in Art. 10 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG; BR 310.000) auch die jeweiligen Vizepräsidenten oder ein anderer Richter zu verstehen ist.

Artikel 47 Bezirksgericht

Dem Bezirksgericht als 5-er-Gremium werden alle Aufgaben zugewiesen, welche bisher das Kantonsgericht oder dessen Ausschuss in erster Instanz erfüllten.

Artikel 48 Bezirksgerichtsausschuss

Die Zuständigkeit der Bezirksgerichtsausschüsse verändert sich nur in geringem Ausmass. Es erfolgt im Wesentlichen eine Anpassung an das neue Strafsystem.

Artikel 49 Kreispräsident

In *Absatz 1 lit. a)* wird die Zuständigkeit des Kreispräsidenten ebenfalls an das neue Strafsystem angepasst. Dabei wird eine Erweiterung des Strafrahmens als sinnvoll erachtet. Dies im Hinblick auf das Ziel, die Bezirksgerichte und deren Ausschüsse möglichst von Bagatellfällen zu entlasten. Dadurch dürften sich Kosteneinsparungen bei den Gerichten ergeben. Zudem profitiert insbesondere auch der einsichtige und geständige Täter in diesen Fällen von einer kostengünstigeren Justiz.

Die Erhöhung der Strafkompetenz der Kreispräsidenten folgt der Systematik des Strafgesetzbuches in Art. 34 ff. nStGB und Art. 42 ff. nStGB. Diese Erweiterung des Strafrahmens von drei auf sechs Monate blieb auch im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens unbestritten.

In Anpassung an den revidierten AT StGB ist in *Absatz 2* die Verweisung auf Art. 57 StGB durch Art. 66 StGB zu ersetzen.

Artikel 50 Verwaltungsbehörden

In *Absatz 1 und 2* ist in Anpassung an das neue Sanktionensystem des nStGB neben der Freiheitsstrafe neu die Geldstrafe einzufügen. Dabei ist anzumerken, dass der Begriff der «Geldstrafe» nicht gleichzusetzen ist mit demjenigen der «Busse». Die Geldstrafe bemisst sich nach dem Tagessatzsystem und ersetzt als Strafform die Busse bei Verbrechen und Vergehen (vgl. Art. 34 nStGB). Die Busse dagegen kommt bei Übertretungen zur Anwendung und wird nicht nach dem Tagessatzsystem berechnet (vgl. Art. 103 und 106 nStGB).

Artikel 51 Jugendstrafrechtspflege

Die in die Bestimmung eingefügte Altersgrenze von 15 Jahren stellt keine Strafmündigkeitsgrenze dar. Jugendliche unter 15 Jahren sollen nicht im Verwaltungsstrafverfahren abgeurteilt werden. Für sie gilt in jedem Fall das Jugendstrafverfahren, weshalb es bei der bestehenden Regelung bleibt. Damit steht die Bestimmung auch im Einklang mit anderen kantonalen Erlassen, die das Ordnungsbussenverfahren für Kinder ausschliessen (vgl. Art. 36a Abs. 3 lit. c des kantonalen Fischereigesetzes; KFG; BR 760.100). Lediglich der in der Bestimmung verwendete Begriff «Kinder» ist zu streichen.

Artikel 53 Sachliche Zuständigkeit beim Zusammentreffen strafbarer Handlungen

In *Absatz 2* ist der Begriff der «Kreditschädigung» zu streichen. Dieser Tatbestand (Art. 160 aStGB) wurde mit der Vermögensstrafrechtsrevision von 1994 aufgehoben, weshalb die Erwähnung in der StPO hinfällig ist.

Artikel 54 Örtliche Zuständigkeit

In *Absatz 1* ist der Verweis auf die örtlichen Zuständigkeitsbestimmungen von Art. 346–350 StGB zu ersetzen durch Art. 340–344 StGB.

D. Rechtshilfe

Artikel 59 Innerkantonale Rechtshilfe

Der Verweis auf Art. 352 StGB ist durch die neu in Art. 356 StGB statuierte Rechtshilfepflicht zu ersetzen.

Artikel 61 Internationale Rechtshilfe

Anstelle des in *Absatz 1* verwendeten Begriffs von «Justiz- und Polizeidepartement» soll neu vom vorgesetzten Departement die Rede sein. Mit dieser Änderung wird einerseits den Vorgaben des VFRR-Projektes entsprochen und andererseits allfälligen künftigen departementalen Neuunterstellungen resp. Namensänderungen der Departemente Rechnung getragen.

E. Besondere Vorschriften

Artikel 62 Sanitätsbehörden

Die Bestimmung ist infolge des seit dem 1. Oktober 2002 in Kraft stehenden neuen Abtreibungsstrafrechts (Art. 118–120 StGB) gegenstandslos geworden. Sie kann ersatzlos aufgehoben werden.

Artikel 65b Verfahrenspolizei

In *Absatz 2* ist die maximale Höhe der Ordnungsbusse von 300 auf 1000

Franken zu erhöhen, was einer Anpassung an die Teuerung gleichkommt. Die Erhöhung rechtfertigt sich auch, als es in der Praxis nur selten zur Ausfällung einer derartigen Busse kommt.

2. Das ordentliche Verfahren

A. Das Untersuchungsverfahren

a) Einleitung der Strafverfolgung

Artikel 67 Strafverfolgungsbeschränkungen

In *Absatz 1* ist die Strafverfolgungsbeschränkung auf die Regierung zu erweitern. Nach Art. 24 der Kantonsverfassung gilt die entsprechende Immunität auch für die Mitglieder der Regierung.

Artikel 70 Strafantrag

In *Absatz 1* ist der Verweis auf Art. 28 StGB in Anpassung an den revidierten AT StGB durch den neu in Art. 30 geregelten Strafantrag zu ersetzen.

In *Absatz 4* geht es ebenfalls um eine Korrektur des Verweises. Der Rückzug des Strafantrages ist nach dem revidierten AT StGB in Art. 33 Abs. 4 normiert.

b) Allgemeine Grundsätze für die Untersuchung

Artikel 74a Ausstand

In *Absatz 1 lit. a)* sind analog der bundesrechtlichen Regelung zum Partnerschaftsgesetz, welches am 1. Januar 2007 in Kraft treten wird, die aufgeführten Ausstandsgründe sowie nachfolgend in Art. 90 StPO die dort erwähnten Zeugnisverweigerungsgründe mit der eingetragenen Partnerschaft sowie der faktischen Lebensgemeinschaft zu ergänzen. Mit der Einführung einer registrierten Partnerschaft soll gleichgeschlechtlichen Paaren unter anderem ermöglicht werden, ihre Beziehung rechtlich abzusichern. Die entsprechende Ergänzung der Ausstands- und Zeugnisverweigerungsgründe in der StPO stellt demnach eine gebotene Anpassung an diese gesellschaftliche Realität dar und soll dazu dienen, die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Beziehungen zu erhöhen.

Anstelle des in *Absatz 2* erwähnten Justiz- und Polizeidepartements soll neu vom vorgesetzten Departement gesprochen werden. Die Änderung ist im Hinblick auf allfällige Neuunterstellungen der Dienststellen oder Namensänderungen der Departemente angebracht und entspricht den VFRR-Grundsätzen.

Artikel 77 Schweigepflicht

In *Absatz 4* wird die Bewilligung der Pressekonferenz durch das Justiz- und Polizeidepartement gestrichen. Die Information der Öffentlichkeit via Pressekonferenz ist jedoch nach wie vor möglich und kann unter die in Abs. 3 verwendete Formulierung «in geeigneter Form» subsumiert werden. Allerdings erscheint es nicht sachgerecht, die Durchführung einer Pressekonferenz von der Erlaubnis des der Staatsanwaltschaft vorgesetzten Departements abhängig zu machen. Hier handelt es sich um Kompetenzbereiche der in der Strafrechtspflege tätigen Personen und diese sind am besten in der Lage zu beurteilen, wann die Durchführung einer Pressekonferenz erforderlich ist. Eine Zustimmung des Departements ist in diesem Bereich nicht nötig.

Absatz 5 spricht anstelle des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements neu vom Vorsteher des «vorgesetzten Departements». Es ist jedoch klar, dass nicht jeder Regierungsrat (z.B. bei Strafsachen, welche ein jeweiliges Departement betreffen) Auskunft verlangen kann, sondern lediglich der Vorsteher des Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartements, somit nur der Regierungsrat des der Staatsanwaltschaft vorgesetzten Departements.

Artikel 81 Grundlose Anzeigen und Absehen von Strafverfolgung

Die Bestimmung ist durch einen neuen *Absatz 2* zu ergänzen, wonach der Staatsanwalt infolge des erweiterten Opportunitätsprinzips die Möglichkeit hat, von der Eröffnung einer Strafuntersuchung abzusehen. Die Art. 52–54 nStGB sehen unter anderem vor, dass beim Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen von einer Strafverfolgung abgesehen werden kann. So sind das fehlende Strafbedürfnis (Art. 52 nStGB), wenn Schuld und Tatfolgen gering sind, die Wiedergutmachung (Art. 53 nStGB) oder die Betroffenheit des Täters durch seine Tat (Art. 54 nStGB) als Strafbefreiungsgründe vorgesehen.

Artikel 82 Einstellung der Untersuchung

Absatz 1 hält fest, dass der Untersuchungsrichter gestützt auf das Opportunitätsprinzip ein Verfahren einstellen kann, weil die Art. 52–54 nStGB auch vorsehen, dass von einer Überweisung an das Gericht (d.h. nach durchgeführter Strafuntersuchung) abgesehen werden kann.

c) Untersuchungshaft

Artikel 86c Rechtsmittel

In *Absatz 1 und 2* sind bei den Rechtsmitteln gegen Haftrichterentscheide zwei Anpassungen vorgenommen worden, deren Notwendigkeit sich aus der bisherigen Praxis ergibt. Nach der heutigen Regelung muss die Haftüberprüfung von Amtes wegen erfolgen *bevor* die Untersuchungshaft drei Monate gedauert hat. Die inhaftierte Person kann Entscheide des Haftrichters

aber erst weiterziehen, wenn sie bereits *mehr* als drei Monate in Haft verbracht hat. Dieser Widerspruch soll mit der vorgeschlagenen Präzisierung in Absatz 2 behoben werden.

Zudem erscheint es als sachgerecht und im Sinne der «Waffengleichheit» geboten, nicht nur dem Inhaftierten, sondern auch der Staatsanwaltschaft ein Rechtsmittel gegen den Entscheid des Haftrichters zuzubilligen.

Der bisherige Absatz 2 wird in unveränderter Form zum neuen *Absatz 3*.

d) Besondere Vorschriften für die Untersuchung

Artikel 87 Verhör, formelle Vorschriften

In *Absatz 4* wird der Verweis auf die seit dem 1. Januar 2004 in Kraft stehende neue Kantonsverfassung bzw. die entsprechenden Bestimmungen zu den Kantonsprachen angepasst und somit neu auf Art. 3 der Kantonsverfassung verwiesen.

Artikel 90 Zeugnisverweigerung

In *Absatz 1* sind die aufgeführten Zeugnisverweigerungsgründe mit der eingetragenen Partnerschaft sowie der faktischen Lebensgemeinschaft zu ergänzen (vgl. Bemerkungen zu Art. 74a nStPO).

Artikel 95 Beschlagnahme von Beweisstücken und Vermögenswerten

Absatz 4 der Bestimmung ist im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz über die verdeckte Ermittlung (BVE; SR 312.8), welches auf den 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, dahingehend zu ergänzen, dass der Untersuchungsrichter die Befugnis erhält, den Einsatz von verdeckten Ermittlern anzuordnen. Die Erwähnung in Art. 95 Abs. 4 nStPO ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Zuständigkeit zur Anordnung einer verdeckten Ermittlung im Rahmen eines Strafverfahrens zu regeln (vgl. Art. 14 lit. b BVE). Die Erwähnung in Art. 95 Abs. 4 nStPO ist demnach systematisch richtig und die Kompetenz wird sachgerecht dem die Strafuntersuchung führenden Untersuchungsrichter zugewiesen. Der Einsatz der verdeckten Ermittler richtet sich sodann nach den Bestimmungen des BVE. Genehmigungsbehörde für diesen Entscheid (vgl. Art. 8 Abs. 1 lit. b BVE) soll – wie beim Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF; SR 780.1) – der Kantonsgerichtspräsident sein (vgl. letzter Satz von Absatz 4). Unter dem Begriff «Kantonsgerichtspräsident» ist im Sinne der allgemeinen Sprachregelung der Präsident, einer der Vizepräsidenten des Kantonsgerichts oder ein anderer Richter in der Funktion als Einzelrichter zu verstehen (vgl. Bemerkung zu Art. 46a nStPO).

Im Sinne einer Festschreibung der bisherigen Praxis betreffend den Einsatz von technischen Überwachungsgeräten gemäss Art. 179^{bis} StGB soll neu

auch dieser Einsatz in der Bestimmung erwähnt werden. In der Vergangenheit führte dabei die Frage zu Unklarheiten, ob die Anordnung des Einsatzes von technischen Überwachungsgeräten ebenfalls genehmigungspflichtig ist oder nicht. Eine gesetzliche Grundlage fehlte bisher. Sowohl die Sachnähe zu den anderen in der Bestimmung geregelten Bereichen als auch der Aspekt des Grundrechtsschutzes gebieten es, in Art. 95 Abs. 4 nStPO auch die Anordnung des Einsatzes von technischen Überwachungsgeräten einer Genehmigung durch den Kantonsgerichtspräsidenten zu unterstellen.

Am 1. Januar 2005 ist sodann das Bundesgesetz über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekanntem oder vermissten Personen (DNA-Profil-Gesetz; SR 363) in Kraft getreten. Das Gesetz verpflichtet die Kantone eine richterliche Behörde zu bestimmen, welche über die Durchführung von Massenuntersuchungen und die invasive Probenahme und die Analyse der Probe zur Erstellung eines DNA-Profiles zu entscheiden hat (vgl. Art. 7 Abs. 3 DNA-Profil-Gesetz). Analog der Lösung betreffend das BÜPF sowie das BVE ist auch diese Kompetenz dem Kantonsgerichtspräsidenten zu übertragen.

e) Abschluss der Untersuchung und Anklage

Artikel 97 Schluss der Untersuchung

In *Absatz 4* ist der Verweis auf Art. 194 ZPO durch Art. 171 ZPO zu ersetzen.

Artikel 98 Anklageerhebung

In *Absatz 2* wird die bisherige Praxis, wonach Adhäsionsklagen in der Anklageschrift aufzuführen sind, mit der Schaffung einer neuen litera f) gesetzlich verankert.

Artikel 99 Verfahren bei Schuldunfähigkeit des Täters

In der Marginalie sowie im Text der Bestimmung ist «Unzurechnungsfähigkeit» bzw. «unzurechnungsfähigen» entsprechend der neuen Terminologie des revidierten AT StGB durch «Schuldunfähigkeit» bzw. «schuldunfähigen» zu ersetzen (siehe Bemerkungen zu Art. 19 nStPO).

B. Das Gerichtsverfahren

a) Vorbereitung der Hauptverhandlung

Artikel 100 Vertretung der Anklage

Die neue Fassung von *Absatz 1 und 2* trägt einerseits der geänderten Zuständigkeitsordnung Rechnung. Andererseits soll die mündliche Anklage-

vertretung durch den Staatsanwalt an der Hauptverhandlung nicht mehr zwingend sein. So kann die Staatsanwaltschaft neu in unkomplizierten Fällen darauf verzichten. Vorbehalten bleibt eine anders lautende Anordnung des Gerichtspräsidenten.

Artikel 102 Verteidigung

In *Absatz 1 lit. b*) ist der Strafrahmen in Anpassung an den längstmöglichen bedingten Vollzug (vgl. Art. 42 nStGB) auf zwei Jahre zu erhöhen und die Verweise auf die jeweiligen Massnahmen entsprechend abzustimmen.

Im Sinne einer Klarstellung sei erwähnt, dass die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen zur Bestellung eines amtlichen Verteidigers nicht kumulativ erfüllt sein müssen. Sodann gilt, dass sobald eine der Voraussetzungen gegeben ist – ungeachtet vor welcher Instanz – eine amtliche Verteidigung zu bestellen ist. Somit soll auch nach der neuen gerichtlichen Zuständigkeitsordnung die bisherige Praxis des Kantonsgerichtes, wonach im Falle einer mündlichen Anklagevertretung ungeachtet der beantragten Freiheitsstrafe ein amtlicher Verteidiger bestellt wird, auch vor dem Bezirksgericht oder dem Bezirksgerichtsausschuss weitergeführt werden.

- b) Hauptverhandlungen
- aa) Allgemeine Bestimmungen

Artikel 108 Leitung der Verhandlung, Sitzungspolizei

In *Absatz 3* ist die Strafandrohung der Haft bis zu acht Tagen zu streichen.

- cc) Ausnahmebestimmungen

Artikel 121 Massnahmen gegen Schuldunfähige

In der Marginalie sowie im Text der Bestimmung ist «Unzurechnungsfähige» bzw. «unzurechnungsfähigen» entsprechend der neuen Terminologie des revidierten AT StGB durch «Schuldunfähige» bzw. «schuldunfähigen» zu ersetzen (vgl. Bemerkungen zu Art. 19 nStPO).

Artikel 122 Dispensation des Angeklagten

In *Absatz 2* wird eine Anpassung an die neuen Strafarten des revidierten AT StGB vorgenommen. Gleichzeitig wird die Bestimmung auf Art. 49 nStPO abgestimmt.

- c) Urteilsfindung

Artikel 125 Feststellung des Straftatbestandes

In *Absatz 3* ist die Möglichkeit der Strafbefreiung infolge fehlenden Strafbedürfnisses (Art. 52 nStGB), Wiedergutmachung (Art. 53 nStGB) so-

wie Betroffenheit des Täters durch seine Tat (Art. 54 nStGB) explizit zu erwähnen.

Artikel 127 Urteilseröffnung

In *Absatz 1* wird der Begriff «Parteien» durch die «Verfahrensbeteiligten» ersetzt. Damit soll zum Ausdruck kommen, dass das Urteil, über den engeren Parteibegriff hinaus, allen am Verfahren beteiligten Personen bzw. Parteien eröffnet wird.

Die Bestimmung wird dahingehend präzisiert, dass von dieser Regel nur in Ausnahmefällen nach Anhörung der Verfahrensbeteiligten auf Grund eines Gerichtsbeschlusses abgewichen werden darf. Sodann ist das Urteil in jedem Fall innert 48 Stunden seit Urteilsfällung oder mündlicher Eröffnung im Dispositiv schriftlich mitzuteilen. Den heute teilweise bestehenden Rechtsunsicherheiten, beispielsweise was den Fristenlauf oder den Beginn einer Probezeit angeht, kann mit der schriftlichen Mitteilung des Dispositivs entgegen gewirkt und somit für mehr Rechtssicherheit gesorgt werden.

Artikel 128 Inhalt des Urteils

Von der Ergänzung mit den *Absätzen 2 bis 4* verspricht sich die Expertenkommission eine Entlastung der Bezirksgerichte, welche gleichzeitig mit einer Effizienzsteigerung und insbesondere einer zügigeren Urteilsmitteilung einhergeht. Die Änderung dürfte zudem zu Kosteneinsparungen führen.

Absatz 2 schafft neu die Möglichkeit, ein Urteil ohne Entscheidungsgründe erlassen zu können. Derartige Urteile resp. der Verzicht auf die Begründung des Urteils sind für Fälle gedacht, in welchen der Angeklagte den Tatbestand ganz oder zum grossen Teil anerkannt hat und auch die rechtliche Subsumtion im Wesentlichen unbestritten ist; dies weil beispielsweise ein Täter alle oder einige der ihm vorgeworfenen Straftaten eingestanden und er damit den eingeklagten Tatbestand erfüllt hat. Einen übermässigen Eingriff in die Rechte des Angeklagten bzw. Verurteilten stellt diese Regelung somit nicht dar. Nachdem es ihm freisteht, innert einer bestimmten Frist eine Begründung zu verlangen und auch seine Rechte bezüglich der Rechtsmittel nicht beschnitten werden, kann nicht von einer unzulässigen Behinderung bei der Wahrnehmung seiner Rechte gesprochen werden. Die gewählte Formulierung entspricht im Wesentlichen der Regelung in der Zürcher Strafprozessordnung.

Ein anderes System kennen etwa die Kantone St. Gallen und Tessin. Gemäss deren Strafprozessordnungen muss ein ausdrücklicher Verzicht der Verfahrensbeteiligten vorliegen, damit ein Urteil ohne Entscheidungsgründe erlassen werden kann. Es liegt auf der Hand, dass diese Lösung in der praktischen Handhabung aufwändiger ist. Häufig wird auch der Fall auftreten, dass ein Angeklagter bzw. Verurteilter an der Entscheidbegründung gar

kein Interesse hat, aber trotzdem keine ausdrückliche Verzichtserklärung abgibt. Denkbar sind hier vielfältige Gründe wie beispielsweise, dass Fristen verpasst werden, die Angelegenheit vergessen wird oder der Verurteilte nicht bereit ist, den Gerichten die Arbeit zu erleichtern und entsprechend seine aktive Mitwirkung, welche in Form der Abgabe der Verzichtserklärung zu leisten wäre, bewusst verweigert resp. unterlässt. Um diese Probleme zu vermeiden, ist der hier in Absatz 2 gewählten Form der Vorzug zu geben.

Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens wurde sodann angeregt, in derartigen Fällen – also bei Vorliegen eines Verzichts auf eine Urteilsbegründung – die Gerichtsgebühr angemessen zu reduzieren. Eine entsprechende Ergänzung gehört systematisch zu den Bestimmungen betreffend die Verfahrenskosten (Art. 154 ff. StPO) und wurde in Art. 154 nStPO mit einem neuen Absatz 3 eingefügt.

Zu beachten gilt es schliesslich, dass die Möglichkeit eines Urteils ohne Entscheidungsgründe über die Verweisungsnorm von Art. 144 Abs. 2 StPO auch für das Berufungsverfahren vor dem Kantonsgericht geschaffen wird.

Artikel 128a Mitteilung und Rechtskraft des Urteils

Die Änderung von *Absatz 2* ergibt sich zwingend aus der Neufassung und Ergänzung von Art. 128 StPO.

C. Adhäsionsklage

Artikel 133 Weiterzug der Adhäsionsklage

Die Anpassung in *Absatz 1* trägt der Tatsache Rechnung, dass aufgrund der geänderten Zuständigkeitsordnung neu sowohl das Kantonsgericht als auch der Kantonsgerichtsausschuss Rechtsmittelinstanzen sind. Deshalb soll in den Bestimmungen, welche diese beiden Instanzen betreffen, generell von «Berufungsinstanz» die Rede sein.

D. Die Rechtsmittel

c) Die Berufung

Artikel 141 Zulässigkeit

Die Neufassung der Bestimmung ergibt sich aus der gerichtlichen Zuständigkeitsänderung. Hierzu kann auf die Bemerkungen zu Art. 45–48 nStPO verwiesen werden.

Artikel 142 Berufungsschrift

In *Absatz 1* ist diese den Weiterzug regelnde Bestimmung ebenfalls an die neuen Zuständigkeitsordnungen angepasst worden.

Artikel 144 Verfahren

In *Absatz 1* ist gemäss der neuen Formulierung eine mündliche Beru-
fungsverhandlung immer dann zwingend durchzuführen, wenn – in Nachach-
tung der EMRK und der BV – die persönliche Befragung des Angeklagten für
die Beurteilung der Streitsache wesentlich ist. Nach wie vor kommt dem Kan-
tonsgerichtspräsidenten bei der Beurteilung, wann dies der Fall ist, jedoch ein
gewisses Ermessen zu.

Im Übrigen kann auf die Bemerkungen zu Art. 133 nStPO verwiesen
werden.

Artikel 145 Besondere Verfahrensvorschriften

Hierzu kann auf die Bemerkungen zu Art. 133 nStPO verwiesen werden.

Artikel 146 Entscheid

Hierzu kann auf die Bemerkungen zu Art. 133 nStPO verwiesen werden.

E. Die Verfahrenskosten

Artikel 154 Zusammensetzung der Kosten

In *Absatz 1* wird im Sinne einer sprachlichen Anpassung nicht mehr von
«den Kosten der Untersuchung und des Gerichtsverfahrens» gesprochen, son-
dern in Übereinstimmung mit den in anderen die Verfahrenskosten betref-
fenden Erlassen (insbesondere der Verordnung über die Kosten im Strafver-
fahren; BR 350.200) von den «Untersuchungs- und den Gerichtskosten».

Absatz 3 hält fest, dass bei einem Verzicht auf die Urteilsbegründung (vgl.
Art. 128 nStPO) eine entsprechende Reduktion der Gerichtsgebühr bzw. der
Gerichtskosten vorzunehmen ist.

Artikel 156 Kostentragung bei Ablehnung oder Einstellung der Unter- suchung

Der Begriff des «verwerflichen oder leichtfertigen» Benehmens ist gemäss
den von der bundesgerichtlichen Rechtsprechung entwickelten Kriterien
terminologisch anzupassen. Demnach ist ein «rechtswidriges und schuldhaftes»
Benehmen vorausgesetzt und die Bestimmung ist entsprechend anzupassen.

Artikel 157 Kostentragung bei Freispruch oder Einstellung des Verfahrens

Hierzu kann auf die Bemerkungen zu Art. 156 nStPO verwiesen werden.

Artikel 158 Kostentragung bei Verurteilung

Die in *Absatz 3* erwähnten Kosten der Untersuchungshaft sind den Voll-
zugskosten gleichgestellt und gehen demnach zu Lasten des Kantons (vgl. Art.
188 nStPO).

Artikel 160 Kosten im Rechtsmittelverfahren

Die neu formulierten Absätze 3 und 4 werden den in der Praxis auftretenden Fallkonstellationen besser gerecht. Es werden im Sinne einer Klarstellung alle Verfahrensbeteiligten, welche von einer Kostenaufgabe betroffen sein oder eine Entschädigung erhalten können, explizit genannt.

Absatz 3 trägt den Konstellationen besser Rechnung, wonach auch Geschädigte (Beschwerdeverfahren) und Adhäsionskläger sowie Opfer (Berufungsverfahren) ein Rechtsmittel ergreifen können. Je nach Ausgang des Prozesses können demnach der Angeschuldigte oder die Staatsanwaltschaft obsiegende oder unterliegende Partei sein.

Absatz 4 setzt diese Überlegungen fort. Nicht nur der Verteidiger, sondern auch die Vertreter des Geschädigten, des Adhäsionsklägers oder des Opfers können entschädigungsberechtigt sein. Festzuhalten gilt es, dass im Strafmandatsverfahren nach erhobener Einsprache die Kreise nicht als Vorinstanz gelten.

Unter dem Begriff «Staat» ist jeweils der Kanton zu verstehen.

Artikel 161 Entschädigungspflicht des Staates

Die Anpassung in *Absatz 1* entspricht wie jene von Art. 156 und Art. 157 nStPO den von der Rechtsprechung entwickelten Kriterien zur Kostentragung im Strafverfahren.

3. Besondere Verfahren

A. Das Verfahren bei Vergehen gegen die Ehre und unlauterem Wettbewerb

Artikel 163 Klage

Absatz 2 normiert neu einen Vertröstungsbetrag von 500 Franken. Diese Erhöhung erscheint sachgerecht und dem getätigten Aufwand (Aufbieten der Parteien, Kontakt mit den Rechtsvertretern etc.) entsprechend. Damit ist der Betrag des zu leistenden Kostenvorschusses den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen eher angepasst.

4. Straf- und Massnahmenvollzug

A. Vollzug der Urteile

Artikel 181 Gemeinnützige Arbeit, Freiheitsstrafen und Massnahmen

Mit der Neukonzipierung der gesamten Bestimmung wird der Regierung die Kompetenz delegiert festzulegen, welche Verwaltungsinstanz mit dem Vollzug der Urteile betraut wird. Dies soll inskünftig in der Regel das im Rahmen der Reorganisation der Verwaltung neu zu schaffende Amt für Justizvollzug sein. Da es sich hierbei zukünftig nicht mehr lediglich um den Vollzug

von Strafurteilen handelt, welche in eine Freiheitsstrafe münden, ist im Titel neu allgemeiner vom Vollzug der Urteile zu sprechen. In der Marginalie von Art. 181 nStPO werden demgemäss neben der Freiheitsstrafe auch die gemeinnützige Arbeit und die Massnahmen erwähnt und an das neue Sanktionensystem des revidierten AT StGB angepasst.

Ausnahmen sind einerseits dort vorzusehen, wo das StGB bereits selber die Zuständigkeit regelt und ein Gericht mit einer Aufgabe betraut (Art. 36 nStGB), andererseits dort, wo die Aufgabe im Kanton an ein Gericht übertragen wird.

Unter den in *Absatz 1* verwendeten Begriff des Gerichts ist auch der Mandatsrichter zu subsumieren. Schliesslich stellen rechtskräftige Mandate auch erstinstanzliche Entscheide im Sinne dieses Absatzes dar. Diese Subsumtion greift nur dann nicht, wenn gegen ein Strafmandat Einsprache erhoben und dieses damit hinfällig wurde.

Die bisherigen *Absätze 2 und 3* können gestrichen bzw. durch die Regierung auf Verordnungsstufe geregelt werden.

Artikel 182 Geldstrafen und Bussen

Die Frage, wem Geldstrafen und Bussen zufallen sollen, ist mit der Frage der Kosten der Justiz zu behandeln. Als Grundsatz hält *Absatz 1* – unverändert zur bisherigen Lösung – fest, dass jener Behörde, die eine Geldstrafe oder Busse ausspricht, diese Beträge zufallen und sie auch für den Einzug derselben besorgt zu sein hat. Entsprechend ist der Status quo bei der Kostentragung für den Straf- und Massnahmenvollzug beibehalten worden. Die Bestimmung wurde lediglich umformuliert (vgl. auch die Bemerkungen zu Art. 188 ff. nStPO). Der Grundsatz wird ebenfalls in Art. 43 Abs. 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG; BR 310.000) wiedergegeben. Die Bestimmung ist entsprechend dem Wortlaut in der StPO anzupassen.

Der neu geschaffene *Absatz 2* der Bestimmung weist die Umwandlungskompetenz von Bussen, welche von einer Verwaltungsbehörde ausgesprochen wurden, dem örtlich zuständigen Kreispräsidenten zu. Da die Gerichte sowohl bei Geldstrafen als auch bei Bussen für die Umwandlung in eine Ersatzfreiheitsstrafe zuständig sind (vgl. Art. 34 und 36 sowie Art. 106 nStGB), muss hierzu auch bei den Bussen, welche von einer Verwaltungsbehörde ausgesprochen wurden, eine zuständige Instanz bestimmt werden. Gemäss der geltenden Regelung verfügt der Kantonsgerichtsausschuss die Umwandlung von Bussen in Haft (vgl. Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über das Verwaltungsstrafverfahren; VStV; BR 350.490). Nach der vorgeschlagenen Lösung wird diese Kompetenz dem jeweils zuständigen Kreispräsidenten übertragen.

Artikel 183 Massnahmen und Nebenstrafen

Die Bestimmung kann ersatzlos aufgehoben werden. Ihr Regelungsinhalt ist zusammen mit den in den Art. 66 (Friedensbürgschaft), Art. 67 (Berufsverbot) und Art. 67b (Fahrverbot) nStGB erwähnten anderen Massnahmen in einer regierungsrätlichen Verordnung zu normieren.

Artikel 183a Rechtsmittel

Redaktionell ist der Begriff «Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement» durch den Begriff «Departement» zu ersetzen (vgl. Bemerkung zu Art. 74a nStPO). Sodann ist im Sinne einer Generalklausel und in Analogie zu Art. 141 Abs. 2 StPO allgemein vom «übergeordneten Recht» zu sprechen. Ein Verweis auf einzelne, explizit erwähnte Bestimmungen in anderen Erlassen ist, wenn immer möglich, zu vermeiden. Dies umso mehr als das geltende Bundesgesetz über die Bundesrechtspflege (Bundesrechtspflegegesetz; OG; SR 173.110) auf den 1. Januar 2007 aufgehoben und vom neuen Bundesgerichtsgesetz (BGG) abgelöst wird. Der Verweis auf Art. 98a OG wird demnach ohnehin obsolet.

Bei Vollzugsverfügungen, welche auch von anderen Stellen als vom Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement (z.B. vom neuen Amt für Justizvollzug) erlassen werden können (vgl. Art. 181 Abs. 2 nStPO), ergibt sich zunächst ein verwaltungsinterner Beschwerdeweg an das Departement. Sodann wird für den Weiterzug neu in jedem Fall die Berufung an den Kantonsgerichtsausschuss vorgesehen, um sicherzustellen, dass alle Fälle von anfechtbaren Vollzugsanordnungen letztinstanzlich durch ein kantonales Gericht beurteilt werden. Eine Zuständigkeit der Regierung zur Überprüfung von Entscheiden im Rahmen des Straf- und Massnahmenvollzuges ist nicht mehr vorgesehen.

In der Vergangenheit hat die Frage, wann eine Vollzugsverfügung mittels Berufung an den Kantonsgerichtsausschuss weiter gezogen werden kann, immer wieder zu Unklarheiten und Auslegungsschwierigkeiten geführt. So bejahte der Kantonsgerichtsausschuss seine Zuständigkeit für die Beurteilung der Frage der Hafterstehungsfähigkeit des Berufungsklägers in PKG 1997 39, während es in einem anderen – ebenfalls die Hafterstehungsfähigkeit betreffenden Fall – seine Zuständigkeit verneinte und die Sache zur Beurteilung an die Regierung zurückwies (vgl. VB 01 17 vom 7. November 2001). In anderen Fällen wurde die Anfechtbarkeit bestimmter Vollzugsanordnungen generell verneint (bspw. Beschwerdeentscheid der Regierung vom 25. Juni 2002, Prot. Nr. 887 betreffend Strafantrittsbefehl).

Gegen Anordnungen, welche die Abwicklung von Detailmodalitäten des Vollzuges betreffen, ansonsten aber nicht weiter in die Rechte der Betroffenen eingreifen, als es dem zugrunde liegenden Strafurteil bereits immanent ist, soll zukünftig kein Rechtsmittel ergriffen werden können. Sie stellen

blosse Vollzugsakte dar, welche als solche nicht anfechtbar sind. Als Beispiel sei hier etwa die Aufforderung zum Strafantritt erwähnt.

Andere, wesentliche Belange des Vollzugs, wie beispielsweise die Frage der Hafterstehungsfähigkeit, die Überprüfung der Massnahmebedürftigkeit, der Widerruf einer bedingten Entlassung etc., sollen als zentrale Aspekte des Straf- und Massnahmenvollzugs letztinstanzlich durch ein kantonales Gericht beurteilt werden (vgl. auch Botschaft der Regierung an den Grossen Rat, Heft Nr. 10, 1994–1995, S. 585). Im Sinne einer abschliessenden Klärung der aus der geltenden Formulierung von Art. 183a StPO resultierenden Unsicherheiten beim Rechtsmittelweg sollen inskünftig alle Entscheide, bei denen es sich nicht lediglich um (nicht anfechtbare) Vollstreckungsverfügungen handelt, letztinstanzlich durch den Kantonsgerichtsausschuss beurteilt werden.

Artikel 184 Mitteilung der Strafurteile

Diese Bestimmung kann aufgehoben werden. Ihr Inhalt deckt sich weitgehend mit der Verordnung über die schriftliche Mitteilung von Strafscheiden (BR 350.250). Ihr Regelungsinhalt kann in diesen Erlass oder allenfalls in eine spezielle regierungsrätliche Verordnung aufgenommen werden.

Artikel 185 Bewährungshilfe und Betreuung

Die Begriffe lehnen sich an den Fünften Titel des revidierten AT StGB (vgl. Art. 93 ff. nStGB) an. Danach ist nicht mehr von Schutzaufsicht, sondern von Bewährungshilfe und freiwilliger sozialer Betreuung zu sprechen.

Die Bestimmung bildet sodann die Grundlage für die regierungsrätliche Verordnung über die Unterbringung und Betreuung der Untersuchungsgefangenen (BR 350.450) sowie die regierungsrätliche Verordnung über die Schutzaufsicht und die Betreuung während des Straf- und Massnahmenvollzuges (BR 350.480). Diese Verordnungen sind zu einem späteren Zeitpunkt anzupassen bzw. in ein zukünftiges kantonales Straf- und Massnahmenvollzugsgesetz (GSM) zu integrieren.

Artikel 186 Institutionen des Straf- und Massnahmenvollzugs

Mit der Neufassung der Bestimmung, wonach von «Institutionen des Straf- und Massnahmenvollzugs» gesprochen wird, soll in einem umfassenderen Sinne in der Marginalie und im Text zum Ausdruck gebracht werden, dass neben den Strafanstalten Sennhof und Realta auch weitere Einrichtungen in den Bereich des Straf- und Massnahmenvollzuges involviert sind (beispielsweise Untersuchungsgefängnisse, Arbeitserziehungsanstalten, psychiatrische Kliniken, Jugendheime etc.).

Unter dem neu verwendeten Begriff «Bau» ist auch der Aus- und Umbau sowie die Renovation etc. zu verstehen. Die Bestimmung stellt wie bisher auch weiterhin eine Delegationsnorm an den Grossen Rat dar. Bau und

Unterhalt dieser Institutionen unterstehen als gebundene Ausgaben demnach nicht dem Finanzreferendum (vgl. Art. 22 des Finanzhaushaltsgesetzes; BR 710.100). Entsprechende Sachentscheide sind mit dieser Bestimmung dem Grossen Rat übertragen.

Absatz 2 wurde bereits im Rahmen des Erlasses des Gesetzes über die Anpassung von Beitrittsbeschlüssen und -bestimmungen zu Konkordaten und Vereinbarungen an die Kantonsverfassung (vgl. Botschaft der Regierung an den Grossen Rat, Heft Nr. 3, 2005–2006, S. 285) vom Grossen Rat in der Junisession 2005 aufgehoben (vgl. GRP 1–2005/2006, S. 32).

Artikel 187 Verfügung über eingezogene Gegenstände

Im Sinne einer terminologischen Anpassung an den revidierten AT StGB (vgl. Art. 69 ff. nStGB) sind in der Marginalie sowie im Text der Bestimmung der Begriff des «verfallenen Gegenstandes» sowie die entsprechenden Verweisungsnormen zu streichen.

Materiell ist an der geltenden Regelung festzuhalten, wonach für den Fall, dass das Gericht keinen anders lautenden Entscheid getroffen hat, die Staatsanwaltschaft über gerichtlich eingezogene Gegenstände verfügen kann. Diese Lösung hat sich in der Praxis bewährt und sich sowohl als notwendig wie auch als sachgerecht erwiesen. Sie verhindert, dass hinsichtlich der Verwendung dieser Gegenstände Unsicherheit besteht resp. eine zuständige Instanz zum Erlass entsprechender Verfügungen fehlt.

B. Vollzugskosten

Bei der Frage der Tragung der Vollzugskosten soll es grundsätzlich bei der heute geltenden Regelung bleiben. Danach übernimmt der Kanton die Kosten der Freiheitsstrafen, während die Kosten des Massnahmenvollzugs zulasten der Betroffenen, und sofern diese dafür nicht aufkommen können – was in der Praxis die Regel ist – zulasten der Gemeinde gehen, in welcher die Betroffenen ihren letzten Wohnsitz oder Aufenthalt hatten. An diesem Grundsatz der Kostenaufteilung soll festgehalten werden. Durch die Revision des AT StGB ist diese Kostentragungsregel jedoch neu an die Vorgaben gemäss Art. 380 nStGB gebunden. Danach ist eine Kostenaufgabe an den Verurteilten nurmehr eingeschränkt möglich. Die unterschiedlichen Kostenbelastungen innerhalb des Kantons bzw. unter den Gemeinden werden zudem bereits heute über das Gesetz über den Lastenausgleich für bestimmte Sozialleistungen (BR 546.300) aufgefangen.

Artikel 188 Freiheitsstrafen

Gemäss Art. 380 nStGB tragen die Kantone die Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs. Wie die Kostenaufteilung im Kanton erfolgt, mit ande-

ren Worten welches Gemeinwesen hier letztlich welche Kosten trägt, bleibt der Regelungskompetenz der Kantone überlassen.

Mit dem hier unterbreiteten Vorschlag wird – auch im Sinne der Motion Portner, welche bei einer allfälligen gesetzlichen Neuregelung des Straf- und Massnahmenvollzuges eine unveränderte Kostenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden verlangt – der Status quo im Grundsatz beibehalten. Danach trägt der Kanton die Kosten des Strafvollzuges, während die Gemeinden nach den Bestimmungen der Unterstützungshilfegesetzgebung die Kosten von Massnahmen (vgl. Art. 189 nStPO) zu tragen haben, soweit nicht die Betroffenen oder Dritte (z.B. Krankenkassen) dafür aufkommen.

Verurteilte in günstigen finanziellen Verhältnissen – worunter ein entsprechendes Einkommen oder vorhandenes Vermögen zu verstehen ist – sollen aber auch weiterhin an den Kosten des Vollzugs beteiligt werden. Bei gegebenen Voraussetzungen ist diese Kostenbeteiligung des Verurteilten jedoch neu vom Gesetz zwingend vorgesehen.

Artikel 189 Massnahmen

Eine Kostenaufgabe an die von strafrechtlichen Massnahmen Betroffenen ist aufgrund von Art. 380 nStGB nur beschränkt und nur subsidiär möglich. Die Kantone sind jedoch gemäss Abs. 3 der genannten Bestimmung frei, nähere Vorschriften über die Kostenbeteiligung des Verurteilten zu erlassen und damit eine innerkantonale Regelung zu treffen.

In Abweichung von der bisherigen Regelung beziehungsweise als Festbeschreibung der bisher in der Praxis ohnehin der Realität entsprechenden Kostenaufgabe wird damit gestützt auf Art. 380 nStGB vorerst die Wohnsitz- oder Aufenthaltsgemeinde kostenpflichtig, es sei denn eine dritte Stelle, wie beispielsweise eine Krankenkasse oder eine Versicherung, kommt für die Kosten der Massnahme auf. Die zu einer Massnahme verurteilte Person trägt die Kosten dagegen nur dann, wenn sie in günstigen finanziellen Verhältnissen lebt. Zur Kostentragung für den Massnahmenvollzug gilt sodann das zu Art. 188 nStPO Ausgeführte. Somit bleibt es auch im Bereich der Massnahmen – in Bezug auf die Gemeinden und den Kanton – bei einer unveränderten Kostenverteilung. Bei gegebenen Voraussetzungen sind die Betroffenen – analog der Regelung für die Vollzugskosten der Freiheitsstrafen – zu Beiträgen an die Kosten des Massnahmenvollzugs zu verpflichten.

C. Nachträgliche Verfügungen

Artikel 190 Bedingte Entlassung

Die Bestimmung kann ersatzlos aufgehoben werden. Der entsprechende Regelungsinhalt kann auf Stufe einer regierungsrätlichen Verordnung normiert werden (vgl. Art. 181 nStPO).

Artikel 191 Richterliche Vollzugsverfügungen

Die entsprechenden Zuständigkeiten und Kompetenzen ergeben sich bereits aus dem revidierten AT StGB. Um Wiederholungen zu vermeiden, kann die Bestimmung gestrichen werden.

Artikel 192 Umwandlung von Bussen

Die Grundlagen für die Umwandlung von Bussen finden sich im StGB (vgl. Art. 106 Abs. 5 nStGB). Der Kanton hat darüber hinaus lediglich noch minimale Verfahrensvorschriften vorzusehen.

Absatz 2 ist ersatzlos aufzuheben. Die heutige Lösung, wonach Bussen, welche von Gemeindebehörden ausgesprochen werden, nicht umgewandelt werden können, erscheint nach den revidierten Bestimmungen des AT StGB nicht mehr sachgerecht. Zum einen wird der Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen nach der Revision des AT StGB (rev. Art. 292 StGB) lediglich noch mit Busse bedroht, zum anderen erscheint der Weg über die Verpflichtung zu einer Arbeitsleistung zu aufwändig, wenn stattdessen über die Ersatzstrafe eine gemeinnützige Arbeit angeordnet werden kann. Demgemäss wird mit der Streichung dieses Absatzes neu die Umwandlungsmöglichkeit für Gemeindebussen geschaffen (vgl. Art. 7 Abs. 2 nStPO).

Absatz 3 ist obsolet und kann gestrichen werden.

Artikel 193 Meldepflicht

Die in Art. 193 statuierte Meldepflicht ergibt sich bereits aus den jeweiligen Berufspflichten, weshalb die Bestimmung ersatzlos gestrichen werden kann (vgl. auch Art. 95 Abs. 3 nStGB).

D. Begnadigung

Artikel 194 Begnadigungsbehörden

In *Absatz 1* ist die Begnadigungszuständigkeit des Grossen Rates, die derzeit bei Freiheitsstrafen von mehr 18 Monaten liegt, an die Möglichkeit der Aussprechung des bedingten Strafvollzugs bis zu zwei Jahren (vgl. Art. 42 nStGB) entsprechend zu erhöhen. In Anpassung an den revidierten AT StGB ist sodann der Verweis auf Art. 394 litera b StGB durch Art. 381 StGB zu ersetzen.

III. Jugendstrafrechtspflege

1. Allgemeines

Artikel 197 Organisation

Im Gegensatz zur bisherigen Regelung im AT StGB (vgl. Art. 82 StGB) unterscheidet das neue Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (Jugend-

strafgesetzt; JStG) nicht mehr zwischen Kindern und Jugendlichen. Vielmehr gilt das neue Jugendstrafgesetz für alle Personen, die zwischen dem vollendeten 10. und dem vollendeten 18. Altersjahr eine mit Strafe bedrohte Tat begangen haben (vgl. Art. 3 JStG). Diese Personen werden im gesamten Gesetzestext in der Folge als Jugendliche bezeichnet.

Hinsichtlich der Organisation der Jugendstrafrechtspflege war die Grundsatfrage zu klären, ob die Schulbehörden wie bis anhin in die Jugendstrafrechtspflege miteinbezogen werden sollen. Die Expertenkommission sprach sich im Sinne einer zeitgemässen Regelung in Übereinstimmung mit der Lösung der Mehrheit der übrigen Kantone und einer Professionalisierung für eine alleinige Zuständigkeit der Jugendanwaltschaft aus. Für diese Lösung spricht auch die Tatsache, dass der ursprüngliche Gedanke der besseren Vertrautheit der Schulbehörden mit den persönlichen Verhältnissen des Kindes vielerorts nicht mehr der Realität entspricht. Weiter sprechen Argumente der Rechtsvereinheitlichung, insbesondere auch formell einheitlichere Untersuchungs- und Entscheidmethoden, für ein Ablösen der Schulbehörden als Strafinstanz. Im Übrigen übernimmt der Jugendanwalt bereits heute verschiedene Orientierungs- und Coachingfunktionen für die Schulbehörden. Schliesslich können mit einem Wechsel der Zuständigkeit allenfalls bestehende fachliche Überforderungen der Schulbehörden behoben oder deren verständlichem Interesse nachgekommen werden, gegenüber Kindern und Jugendlichen nicht als Strafbehörde in Erscheinung treten zu müssen. Die Jugendanwaltschaft soll demnach für die Untersuchung und teilweise auch für die Beurteilung der Straftaten von Jugendlichen im Sinne von Art. 3 JStG zuständig sein. Lit. a) von Art. 197 StPO ist demnach zu streichen.

Artikel 199 Zuständigkeit

Absatz 1 der Bestimmung ist in Anlehnung an die oben vorgeschlagene neue Zuständigkeitsregel mit dem Wegfall der Kompetenzen der Schulbehörden ersatzlos zu streichen.

In *Absatz 2 lit. a) bis c)* werden insbesondere die richterlichen Aufgaben des Jugendanwaltes unter Verweis auf die entsprechenden Bestimmungen im JStG einzeln aufgeführt. Die Einzelrichterkompetenz des Jugendanwaltes wird von einem auf drei Monate Freiheitsentzug erhöht. Diese Regelung rechtfertigt sich auch unter Berücksichtigung der Anhebung der Höchststrafe bis zu 4 Jahren bei Jugendlichen ab 16 Jahren (vgl. Art. 25 Abs. 2 JStG).

Der letzte Teil von *Absatz 3* kann ersatzlos gestrichen werden, da Schulbehörden gemäss der vorgeschlagenen Lösung generell keine Strafentscheide betreffend Kinder mehr zu fällen haben. Damit entfällt die Berufungsmöglichkeit gegen Entscheide der Schulbehörden an den Bezirksgerichtsausschuss.

Artikel 199a Verfahren bei Mediation

Zu dem im neuen Jugendstrafrechtsgesetz vorgesehenen Mediationsverfahren sind kantonale rechtlich die notwendigen Ausführungsbestimmungen zu erlassen (vgl. Art. 8 Abs. 3 JStG). Durch das Einfügen der neuen Bestimmung von Art. 199a kann auf die Schaffung eines neuen Erlasses sowie weiterer Ausführungsbestimmungen verzichtet und die Materie in kurzer Form in der StPO normiert werden.

Materiell geht es darum, in einem einfachen Verfahren zwischen jugendlichem Täter und dem Geschädigten eine einvernehmliche Lösung zu finden. Zu diesem Zweck wird das laufende Strafverfahren vorläufig eingestellt. Scheitert die Mediation innert der gesetzten Frist, führt dies in der Regel dazu, dass das Strafverfahren wieder aufgenommen wird und seinen weiteren Fortgang nimmt.

Artikel 200 Überschreitung der Altersgrenzen

In *Absatz 1* wird zur vereinfachten Lesbarkeit ein Hinweis auf die Bestimmung über den persönlichen Geltungsbereich des JStG eingefügt.

Absatz 2 ist mit dem Wegfall der Zuständigkeit der Schulbehörde ersatzlos zu streichen.

Absatz 3 steht in der geltenden Fassung im Widerspruch zu Art. 3 Abs. 2 JStG und ist ebenfalls ersatzlos zu streichen.

2. Verfahren

A. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 202 Trennung des Verfahrens

Der Begriff «Kinder» ist in Anlehnung an die Definition gemäss neuem Jugendstrafgesetz zu streichen.

Artikel 203 Gesetzliche Vertreter

Bekanntlich ermöglicht das neue Familienrecht die Teilung der elterlichen Sorge, weshalb sowohl in der Marginalie als auch im Text der Bestimmung jeweils die Pluralform zu verwenden und von den gesetzlichen Vertretern zu sprechen ist. Diese Regelung gilt auch für alle nachfolgenden Bestimmungen, welche den gesetzlichen Vertreter erwähnen. Sodann ist wiederum der Begriff «Kinder» aus der Bestimmung zu streichen.

Artikel 204 Vorsorgliche Anordnung von Schutzmassnahmen und Untersuchungshaft

Zum besseren Verständnis ist in der Marginalie neben der Untersuchungshaft auch die vorsorgliche Anordnung von Schutzmassnahmen ergänzt worden. Hierbei kommt mit der neuen Formulierung zum Ausdruck, dass im

Sinne der milderen Massnahme vorerst die Anordnung von Schutzmassnahmen zu prüfen und erst danach die Anordnung der Untersuchungshaft möglich ist. Zur Verdeutlichung wird deshalb zusätzlich in der Marginalie die vorsorgliche Anordnung der Schutzmassnahmen der Untersuchungshaft vorangestellt.

Der in *Absatz 2* enthaltene Hinweis auf Art. 6 JStG erscheint angezeigt, zumal dort explizit erwähnt wird, dass die Untersuchungshaft nur angeordnet werden kann, wenn ihr Zweck nicht durch eine vorsorglich angeordnete Schutzmassnahme erreicht werden kann.

Absatz 3 weist die Zuständigkeit zur vorsorglichen Anordnung von Schutzmassnahmen dem Jugendanwalt zu.

Artikel 205 Mitwirkung der Sozialdienste

In der Marginalie ist der Begriff «von Fürsorgeorganen» durch «der Sozialdienste» und im Text der Bestimmung der Begriff der «Fürsorgebeamten» durch die «Sozialdienste» zu ersetzen. Diese Anpassung entspricht der Terminologie des massgebenden kantonalen Sozialhilfegesetzes (BR 546.100).

Artikel 206 Zeugnisverweigerungsrecht

Der Begriff «Kinder» ist zu streichen.

Artikel 207 Ausschluss der Öffentlichkeit

Gemäss Art. 39 Abs. 2 JStG können Verhandlungen im Jugendstrafverfahren ausnahmsweise öffentlich sein, weshalb sich in *Absatz 1* der Hinweis auf diese Bestimmung aufdrängt. Sodann ist auch hier der Begriff «Kinder» zu streichen.

Artikel 208 Beschleunigung

Der Begriff «Kinder» ist zu streichen.

Artikel 209 Verfahrenskosten

In Anbetracht der gesellschaftlichen Realitäten rechtfertigt es sich, die in *Absatz 1* vorgesehene Überbindung der Verfahrenskosten auf erziehungsberechtigte Personen auszudehnen. Damit können die Kosten nebst den leiblichen Eltern auch den eingetragenen und faktischen Partnern sowie den Pflegeeltern, welche ihre Aufsichtspflicht verletzen, überbunden werden.

In *Absatz 2* ist der Verweis auf Art. 213 StPO zu streichen, da die Bestimmung infolge der neuen Zuständigkeitsordnung ersatzlos aufgehoben wird.

B. Verfahren gegen Kinder

Artikel 210–214 Verfahren gegen Kinder

Sämtliche Bestimmungen zum Verfahren gegen Kinder können infolge der vorgeschlagenen Neuregelung des Jugendstrafverfahrens mit dem Wegfall der Zuständigkeit der Schulbehörden (vgl. Art. 197 nStPO) aufgehoben werden.

C. Verfahren gegen Jugendliche

Artikel 216 Untersuchung

Absatz 2 kann vollständig gestrichen werden, da die vorsorgliche Anordnung von Schutzmassnahmen bereits durch Art. 5 JStG abschliessend geregelt ist und zudem in Art. 204 nStPO der Jugendanwalt bereits als zuständige Behörde für die Anordnung derartiger Massnahmen bezeichnet wird.

In *Absatz 3* ist die Ergänzung der Bestimmung mit der Möglichkeit der Beschwerdeerhebung gegen die vorsorgliche Anordnung von Schutzmassnahmen zwingend. Damit wird klar zum Ausdruck gebracht, dass bei der vorsorglichen Anordnung von Schutzmassnahmen das Rechtsmittel der Beschwerde zu erheben ist, während die definitive Anordnung solcher Massnahmen mit Berufung anzufechten ist.

Artikel 216a Verteidigung

Der Hinweis auf Art. 40 JStG, wo unter anderem die Voraussetzungen der amtlichen Verteidigung eingehend geregelt sind, erscheint angebracht. Der Begriff des gesetzlichen Vertreters ist im Plural zu verwenden (vgl. Art 203 nStPO).

Artikel 217 Beurteilung durch den Jugendanwalt

Der Jugendanwalt kann neu Verfahren auch vorläufig zum Zwecke der Mediation einstellen (vgl. Art. 199a nStPO). Es drängt sich daher auf, in *Absatz 1* die Genehmigungspflicht durch den Staatsanwalt bei der definitiven Einstellung des Verfahrens ausdrücklich zu statuieren.

Gemäss *Absatz 2* soll die mündliche Eröffnung des Entscheides den Regelfall darstellen. Gerade bei Jugendlichen im Schulalter kann die mündliche Eröffnung eines Urteils nicht zuletzt aus erzieherischen Gründen angezeigt sein. Aufgrund der geografischen Gegebenheiten im Kanton Graubünden drängt sich jedoch eine Ausnahmeregelung auf. Ohne eine entsprechende Ausnahmebestimmung würde die Pflicht, jeden Entscheid mündlich eröffnen zu müssen, zu einem unverhältnismässig aufwändigen Verfahren führen. Die Delegation dieser Eröffnungskompetenz durch die Einsetzung einer ortsansässigen Person, wie zum Beispiel eines Betreuers oder einer Betreuerin, eines Polizisten oder einer Polizistin, eines Gerichtspräsidenten oder einer

Gerichtspräsidentin, erscheint demnach opportun. Überall dort, wo im Rahmen der Jugendstrafrechtspflege der Begriff der «geeigneten Person» verwendet wird, ist darunter nur in Ausnahmefällen eine Lehrperson oder ein Schulrat zu verstehen. Generell soll es mit der angestrebten Lösung darum gehen, dass die Schulbehörden in der Strafrechtspflege gegenüber Jugendlichen nicht mehr in Erscheinung treten.

Der Begriff des gesetzlichen Vertreters ist wiederum im Plural zu verwenden (vgl. Art. 203 nStPO).

Artikel 218 Überweisung

Der in *Absatz 2* verwendete Begriff des gesetzlichen Vertreters ist im Plural einzufügen (vgl. Art. 203 nStPO).

Artikel 219 Hauptverhandlung vor dem Bezirksgerichtsausschuss als Jugendgericht

Der in *Absatz 2 und 5* verwendete Begriff des gesetzlichen Vertreters ist im Plural einzufügen (vgl. Art. 203 nStPO).

Artikel 220 Entscheid

Der Begriff des gesetzlichen Vertreters ist im Plural zu verwenden (vgl. Art. 203 nStPO).

Artikel 221 Rechtsmittel

Der in *Absatz 1* verwendete Begriff des gesetzlichen Vertreters ist im Plural einzufügen (vgl. Art. 203 nStPO).

Artikel 222 Verfahrenskosten

Gemäss *Absatz 1* soll für das Jugendstrafverfahren nach wie vor als Grundsatz gelten, dass die Kosten des Untersuchungsverfahrens der Kanton trägt. Damit soll ein Jugendlicher, welcher nicht über die finanziellen Möglichkeiten zur Kostenbeteiligung verfügt, keine entsprechenden Kosten übernehmen müssen.

In Anlehnung an die Regelung der Vollzugskosten in Art. 43 Abs. 5 JStG soll die Bestimmung mit einem neuen *Absatz 2* dahingehend ergänzt werden, dass Jugendliche, die über ein regelmässiges Erwerbseinkommen oder über Vermögen verfügen, zu einem angemessenen Beitrag an die Kosten des Untersuchungsverfahrens verpflichtet werden können. Diese Kostenbeteiligung ist jedoch als Kann-Bestimmung ausgestaltet. Damit soll den Besonderheiten des Jugendstrafverfahrens Rechnung getragen und den zuständigen Behörden ein gewisses Ermessen eingeräumt werden.

3. Vollzug

Artikel 223 Kinder

Diese Bestimmung kann infolge der neuen Zuständigkeitsregelung resp. dem Wegfall der Unterscheidung zwischen Kindern und Jugendlichen ersatzlos gestrichen werden.

Artikel 224 Jugendliche

In *Absatz 1* ist die redaktionelle Anpassung des Begriffs von «Massnahmen» zu «Schutzmassnahmen und Strafen» im Sinne der Terminologie des JStG vorgegeben. Anstelle von «Fürsorgeamt» ist sodann von «Sozialamt» zu sprechen.

Die erfolgte Zuständigkeitsänderung ist erforderlich, da in Art. 18 und 19 JStG explizit die Vollzugsbehörde für die Änderung resp. die Beendigung der Massnahme und die Entlassung aus dem Freiheitsentzug als zuständig erklärt wird.

Artikel 225 Elternrechte

In *Absatz 1* ist der Begriff «Bezeichnung der Pflegefamilie oder des Heims» durch «vorsorgliche Anordnung von Schutzmassnahmen im Sinne von Art. 15 JStG» zu ersetzen. Der Begriff des sonstigen gesetzlichen Vertreters bleibt hier unverändert, da er in der Bestimmung neben jenem der Eltern verwendet wird. Beide Elternteile sind demnach bereits durch die geltende Formulierung erfasst.

In *Absatz 2* ist der Begriff «Familien- oder Heimversorgung» durch «Unterbringung» zu ersetzen.

Artikel 226 Allgemeine Bestimmungen

Der bereits in der geltenden Fassung nicht korrekte Verweis auf Art. 184 ff. StPO ist zu ersetzen durch «Artikel 181 ff. dieses Gesetzes und Artikel 43 JStG». In Art. 43 JStG werden die Vollzugskosten geregelt, weshalb der Hinweis auf diese bundesrechtliche Vorgabe im Sinne der vereinfachten Lesbarkeit gerechtfertigt erscheint.

IV. Schlussbestimmungen

Artikel 228 Konkordat über den Handel mit Waffen und Munition

Diese Bestimmung wurde bereits im Rahmen des Erlasses des Gesetzes über die Anpassung von Beitrittsbeschlüssen und -bestimmungen zu Konkordaten und Vereinbarungen an die Kantonsverfassung (vgl. Botschaft der Regierung an den Grossen Rat, Heft Nr. 3, 2005–2006, S. 285) vom Grossen

Rat in der Junisession 2005 aufgehoben (vgl. GRP 1–2005/2006, S. 32 und Bemerkungen zu Art. 20 StPO).

Artikel 230 Anpassung des bisherigen Rechts

Die kantonale Steuergesetzgebung ist hinsichtlich der Strafandrohung dahingehend anzupassen, dass entweder eine Freiheitsstrafe oder eine Geldstrafe verhängt werden kann. Nicht nötig (und nach Art. 333 Abs. 5 nStGB auch nicht zulässig) ist eine Beschränkung der Zahl der Tagessätze. Da in der revidierten StPO keine Bestimmung vorhanden ist, die vorgibt, was mit Vergehensstrafen nach dem In-Kraft-Treten des revidierten AT StGB zu geschehen hat, sind die Strafandrohungen der beiden Steuerstrafbestimmungen in Art. 230 nStPO entsprechend über einen neuen *Absatz 2* anzupassen. Art. 333 Abs. 5 des nStGB betrifft lediglich das Bundesrecht und erfasst beide Tatbestände nicht, weshalb die Anpassung der entsprechenden kantonalen Straftatbestände des Steuerrechts unumgänglich ist.

Für die Anpassung von Art. 43 Abs. 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes kann auf die Bemerkungen zu Art. 182 nStPO verwiesen werden.

Artikel 232 Übergangsbestimmungen

In *Ziffer 2* ist durch die Neuregelung der Zuständigkeit im Jugendstrafverfahren eine Übergangsregelung für die bei den Schulbehörden hängigen Fälle zu treffen. Im Übrigen kann die Bestimmung unverändert belassen werden. Die bei den Gerichten anhängigen Fälle inkl. diejenigen Fälle, bei welchen noch keine Hauptverhandlung stattgefunden hat, sind nach bisherigem Recht zu erledigen. Würde hier neues Recht zur Anwendung gelangen, hätte dies in gewissen Fällen eine Änderung der Zuständigkeit zur Folge, was sich auch für noch nicht beurteilte Fälle nicht rechtfertigen liesse, weil Vorbereitung und Durchführung der Verhandlung von zwei verschiedenen Instanzen bewerkstelligt würden.

Ziffer 3 ist in der geltenden Fassung unverändert zu belassen. Mit dieser Formulierung werden auch die bei den Kreispräsidenten hängigen Fälle miterfasst.

V. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen des Konkordats der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004

Titel und Ingress

Im neu gefassten Titel wird zwecks Vereinfachung auf die Aufzählung der Konkordatskantone sowie auf die Formulierung «nach dem Schweizer-

rischen Strafgesetzbuch» verzichtet. Sodann werden im Ingress die angestrebten Ziele der interkantonalen Zusammenarbeit festgehalten (vgl. hierzu Ziff. III. 2.).

I. Einleitung

Artikel 1 Geltungsbereich

Neu wird eine Bestimmung zum Geltungsbereich des Konkordats aufgenommen, welcher wie bisher das Erwachsenenstrafrecht erfasst (vgl. Art. 4 und 5 des geltenden Konkordats), neu jedoch in *litera b*) auch auf gewisse Bereiche des Jugendstrafrechts ausgedehnt wird. Um hier Abgrenzungsschwierigkeiten zu den einweisenden Behörden (Jugendanwaltschaft) und der im Bereich der Kinder und Jugendlichen oft privatrechtlich organisierten Institutionen zu vermeiden, ist der Geltungsbereich klar begrenzt auf die geschlossene Unterbringung Jugendlicher, soweit der Vollzug in einer Konkordatsanstalt erfolgt.

Absatz 2 hält fest, dass sich die beteiligten Kantone über ihre Planungen und Bauten im gesamten Bereich des Freiheitsentzugs informieren und die Angebote soweit möglich und zweckmässig aufeinander abstimmen sollen. Auf diese Weise soll durch die Konkordatskantone die Umsetzung der im Ingress genannten Ziele erfolgen.

II. Organisation

Artikel 2 Strafvollzugskommission

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen dem geltenden Art. 1 der Konkordatsvereinbarung. Organisation und Aufgaben der Strafvollzugskommission werden jedoch zusammengefasst und zeitgemässer formuliert.

In *Absatz 1* wird die Bezeichnung «Vertreter der Regierung» durch «Regierungsmitglied» ersetzt, was bereits heute der Praxis entspricht.

In *Absatz 2* werden die Aufgaben der Strafvollzugskommission umschrieben. Auf den Erlass von Ausführungsbestimmungen wird künftig verzichtet, da die Grundsätze der Zusammenarbeit in der Vereinbarung selbst zu finden sind. Zudem werden detailliertere Regelungen in den von der Strafvollzugskommission zu erlassenden Richtlinien (vgl. Abs. 2 lit. c) definiert.

Im Gegensatz zur bisherigen Regelung wird in *Absatz 3* festgelegt, dass die Strafvollzugskommission «mindestens zweimal im Kalenderjahr» zusammentritt. Dieser Turnus hat sich in der Praxis bewährt. Sodann wird das Wahlverfahren für die Präsidentin oder den Präsidenten der Strafvollzugskommission ausdrücklich geregelt.

Artikel 3 Zentralstelle

Die Vorschriften über die Zentralstelle sind derzeit zusammen mit den Bestimmungen über die Kosten des Strafvollzugssekretariats in Art. 2 der Konkordatsvereinbarung geregelt. Neu werden die Organisation und die Aufgaben der Zentralstelle in *Absatz 1 und 2* zusammengefasst und zeitgemäss formuliert.

Absatz 3 hält fest, dass die Strafvollzugskommission Aufgaben und Organisation der Zentralstelle im Übrigen mit Reglement regelt.

Artikel 4 Sekretariat

Bestimmungen zum Konkordatssekretariat sind in der geltenden Konkordatsvereinbarung, abgesehen von denjenigen über den Leiter der Zentralstelle bzw. des Sekretariats (Art. 2 Abs. 1) und über die Kostentragungspflicht (Art. 2 Abs. 3), nicht zu finden. Sowohl die Organisation als auch die Aufgaben des Konkordatssekretariats werden in einer Bestimmung zusammengefasst und neu in den *Absätzen 1 und 2* festgehalten.

In *Absatz 3* wird die Bestimmung über die Kostentragungspflicht nahezu unverändert übernommen. Danach kann das Konkordat seine Sekretariatskosten in einen Grundbetrag (Sockelbetrag) und einen Pro-Kopf-Anteil gemäss Einwohnerzahl aufteilen. Die offene Formulierung des letzten Satzes mit der Kann-Bestimmung eröffnet dem Konkordat die Möglichkeit, bei Bedarf allenfalls ein hauptamtliches Sekretariat einzurichten. Die beiden anderen Strafvollzugskonkordate der Schweiz (das Nordwest- und Inner-schweizer Konkordat sowie das Konkordat der welschen und italienischen Schweiz) verfügen bereits heute über professionelle teilamtliche oder vollamtliche Sekretariate.

Artikel 5 Fachkonferenzen

Die Bestimmung über die Fachkonferenzen wird neu eingefügt. In *Absatz 1 litera a)–c)* werden die drei heute bestehenden Fachkonferenzen auch ausdrücklich aufgeführt.

Absatz 2 nennt den Zweckgedanken der Konferenzen. Diese sollen dem interkantonalen fachspezifischen Erfahrungs- und Informationsaustausch dienen. Sie haben zudem die Kompetenz, der Zentralstelle zuhanden der Strafvollzugskommission Antrag betreffend neue Entwicklungen und Tendenzen im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs, sowie des Anstalts- und Gefängniswesens zu stellen.

Absatz 3 hält fest, dass die Fachkonferenzen ihr Verfahren selbst ordnen.

Artikel 6 Fachkommission zur Überprüfung der Gemeingefährlichkeit

Die Fachkommission zur Überprüfung der Gemeingefährlichkeit von Straftäterinnen und Straftätern wurde bis anhin im Ostschweizerischen Straf-

vollzugskonkordat noch nicht explizit erwähnt, obwohl für die Ostschweizer Kantone eine entsprechende Kommission bereits am 29. Oktober 1999 ernannt wurde. Die Vorschriften über die heutige Fachkommission sind in den am 16. April 1999 verabschiedeten Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission über den Vollzug von Freiheitsstrafen an gemeingefährlichen Straftätern und Straftäterinnen normiert und sollen eine breitere Abstützung der Vollzugsentscheide für bestimmte Tätergruppen (Wahl der Vollzugsanstalt, Gewährung von Urlaub, Entlassung) gewährleisten. Die Fachkommission beurteilt das Rückfallrisiko gefährlicher Straftäter und Straftäterinnen nach wissenschaftlich abgestützten Kriterien.

Hintergrund für die Einrichtung dieser Fachkommission war der von einem Gewaltstraftäter im Hafturlaub begangene Mord an einer jungen Frau in Zollikerberg (ZH) im Jahr 1993. Nach dieser Straftat wurden die Bemühungen verstärkt, die Allgemeinheit vor rückfälligen Straftätern und Straftäterinnen besser zu schützen. Die erwähnte Tat war unter anderem auch Auslöser für die am 3. Mai 2000 eingereichte Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapiefähige, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter», die bei der Volksabstimmung vom 8. Februar 2004 mit 56.2% der Stimmen angenommen wurde.

In *Absatz 1 und 2* werden die Organisation und die Aufgaben der neu in *Artikel 6* normierten und von der Strafvollzugskommission zu bestellenden Fachkommission definiert.

Die Fachkommission besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Strafverfolgungsbehörden, den Vollzugsbehörden und der Psychiatrie, wobei der Begriff «Vollzugsbehörden» dem revidierten AT StGB entspricht und umfassend zu verstehen ist. Vollzugsbehörden sind gemäss Abs. 1 die Einweisungsbehörden, die Bewährungshilfe und die Anstalten (vgl. Art. 372 ff. nStGB).

Die einzelnen Aufgaben der Fachkommission ergeben sich aus *Absatz 2*. Danach beurteilt die Kommission auf Antrag des für den Vollzug zuständigen Kantons die Gefährlichkeit von Straftätern sowie Straftäterinnen und gibt für die in den in *litera a) oder b)* genannten Fällen eine Empfehlung ab.

Im revidierten AT StGB wird die Fachkommission in den Art. 62d Abs. 2 und Art. 64b Abs. 2 nStGB ausdrücklich erwähnt. Danach ist der Entscheid, den Täter oder die Täterin aus dem Vollzug der Massnahme zu entlassen oder letztere aufzuheben bzw. eine bedingte Entlassung auszusprechen, vom Gutachten einer unabhängigen sachverständigen Person und der Anhörung der Fachkommission abhängig.

Wie bisher steht die Fachkommission ausschliesslich den Vollzugsbehörden, d.h. den Einweisungsbehörden oder Anstalten zur Verfügung. Eine Ausdehnung der Zuständigkeit auf die ausserhalb des Konkordats stehenden Gerichte ist nicht vorgesehen, da die Gerichte in der Regel externe Gutachterinnen und Gutachter beauftragen.

Im Übrigen regelt die Strafvollzugskommission gemäss *Absatz 3* die Aufgaben und Organisation der Fachkommission mit Reglement bzw. Richtlinien. Weiter wird festgehalten, dass die Kosten der Beurteilung der für den Vollzug zuständige Kanton übernimmt.

III. Konkordatsanstalten

Artikel 7 Aufteilung der Vollzugsaufgaben

Die bisher in den Art. 4 bis 6 des Ostschweizerischen Strafvollzugskonkordats enthaltene Aufteilung der Vollzugsaufgaben wird in *Artikel 7* zusammengefasst und neu formuliert. In den revidierten Bestimmungen wird aus Praktikabilitätsgründen auf die Nennung der jeweiligen Artikel des StGB verzichtet. Eine Revision einer Bestimmung des StGB bedingt damit nicht automatisch auch eine Anpassung der Konkordatsbestimmungen.

In *Absatz 1* wird die Aufteilung der Vollzugsaufgaben unter den Konkordatskantonen festgehalten. Diese Aufgabenverteilung ist Kernpunkt der Vereinbarung. Die namentliche Auflistung der Konkordatsanstalten verpflichtet den jeweiligen Standortkanton, die genannte Anstalt bereitzustellen und zu betreiben, die von der Strafvollzugskommission aufgestellten Anforderungen und Regeln einzuhalten sowie Verurteilte aus den Konkordatskantonen im Rahmen der Aufnahmefähigkeit der Anstalt zu übernehmen. Diese Verpflichtung steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass die zuständigen Instanzen des Standortkantons die dafür erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellen. Die explizite Erwähnung der einzelnen Anstalten soll dem jeweiligen Standortkanton eine gewisse Planungssicherheit und Bestandesgarantie gewährleisten.

Absatz 2 hält fest, dass die Strafvollzugskommission auf Antrag des Standortkantons auch weiteren Vollzugseinrichtungen gemeinsame Vollzugsaufgaben übertragen kann. Dies betrifft derzeit die bereits in der Kostgeldliste des Konkordats enthaltenen Gefängnisse in Schaffhausen, Altstätten und Frauenfeld. Diese Anstalten verpflichten sich, die Standards des Konkordats einzuhalten und den Konkordatskantonen ihre Vollzugsplätze ebenfalls zur Verfügung zu stellen, soweit diese nicht für Bedürfnisse des eigenen Kantons benötigen werden.

Die in der Bestimmung erwähnten bisherigen Arbeitserziehungsanstalten Uitikon und Kalchrain werden neu aufgrund eines Beschlusses der Leiter der Anstalten Uitikon, Arxhof und Kalchrain als «Massnahmenzentrum für junge Erwachsene» bezeichnet. Die Namensänderung ergibt sich aus dem revidierten AT StGB, welcher die Bezeichnung «Arbeitserziehungsanstalt» nicht mehr kennt. Art. 61 nStGB spricht in der Marginalie lediglich noch von «Massnahmen für junge Erwachsene».

Aus systematischen Gründen wird der bestehende Art. 14 der Konkordatsvereinbarung in *Absatz 3* überführt. Der bisher in Art. 14 verwendete Terminus «Aufhebung» bezeichnet nicht die Aufhebung der Anstalt, sondern meint deren Entlassung aus dem Konkordatsstatus. In der Neufassung wird deshalb die Formulierung «...Entbindung von gemeinsamen Vollzugsaufgaben...» verwendet.

Artikel 8 Personal

Eine Bestimmung betreffend das Personal fehlt in der aktuellen Ostschweizerischen Strafvollzugsvereinbarung. Entsprechend findet sich keine Regelung über die Anzahl und die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Vollzugseinrichtungen. In Art. 377 Abs. 5 nStGB wird den Kantonen jedoch die Pflicht auferlegt, für die Aus- und Weiterbildung des Vollzugspersonals besorgt zu sein.

Für einen qualitativ guten Vollzug ist entsprechend ausgebildetes Personal in ausreichender Zahl von zentraler Bedeutung. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung des Personals ist deshalb auch ein Anliegen des Konkordats. Mit dem Schweizerischen Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal (SAZ) in Fribourg verfügen die Kantone über ein bewährtes Ausbildungsangebot, um den Qualitätsanforderungen an das Personal gerecht zu werden.

Für die Aus-, Fort- und Weiterbildung bestehen in allen drei Konkordaten entsprechende einheitliche Richtlinien.

IV. Durchführung der Vollzüge

Artikel 9 Grundsatz

In *Absatz 1* wird in angepasster und zeitgemässer Formulierung an der grundsätzlichen Pflicht der Konkordatskantone festgehalten, die von ihnen zu vollziehenden Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen in den Konkordatsanstalten durchzuführen. Dieser Grundsatz, der lediglich von den in *Absatz 3* erwähnten Ausnahmen durchbrochen wird, ist die logische Konsequenz aus dem Zusammenschluss der Kantone zum Ostschweizerischen Strafvollzugskonkordat.

Die in Art. 11 der geltenden Vereinbarung erwähnten «Vorschriften für die einzelnen Anstalten» (Hausordnungen) werden neu in *Absatz 2* aufgeführt. Festgehalten wird weiter die Genehmigungspflicht für die entsprechenden Vorschriften. Diese sind durch die einzelnen Anstalten der Strafvollzugskommission zur Genehmigung zu unterbreiten. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die einzelnen Einrichtungen den Vollzug konkordatskonform und soweit wie möglich einheitlich durchführen.

Artikel 10 Zuständigkeit

Ausgehend von den Regelungen in Art. 8 bis 10 der geltenden Strafvollzugsvereinbarung präzisiert der neue *Absatz 1* das jeweilige Vorgehen des einweisenden Kantons zur Bestimmung der Vollzugsanstalt im Einzelfall, bei der Vollzugsplanung und zur Festlegung der einzelnen Entscheidkompetenzen.

Absatz 2 definiert sodann die einzelnen Verpflichtungen der Vollzugseinrichtungen selber.

Artikel 11 Vollzugsplan

Eine Vollzugsplanung wird in den Konkordatsanstalten schon heute praktiziert. Eine gesetzliche Verpflichtung dazu ist indessen im geltenden Recht nicht vorgesehen. Neu verlangt Art. 75 Abs. 3 nStGB ausdrücklich, dass die jeweilige Vollzugseinrichtung in ihrer Anstaltsordnung vorsehen muss, dass mit der inhaftierten Person zusammen ein Vollzugsplan zu erstellen ist. Dieser muss namentlich Angaben über die angebotene Betreuung, die Arbeits- sowie die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die Wiedergutmachung, die Beziehung zur Aussenwelt und die Vorbereitung der Entlassung enthalten.

Absatz 1 und 2 der Bestimmung konkretisieren somit die in Art. 75 Abs. 3 nStGB festgelegten Anforderungen.

Artikel 12 Versetzung

In *Absatz 1 und 2* werden neu die Gründe für und die Modalitäten bei Versetzungen von einer Vollzugseinrichtung in eine andere festgehalten.

Artikel 13 Vollzugskosten

Absatz 1 entspricht dem aktuellen Art. 12 der Strafvollzugsvereinbarung und regelt die Pflicht des einweisenden Kantons, dem vollziehenden Kanton die Vollzugskosten sowie allfällige Auslagen zu erstatten. Der einweisende Kanton hat zudem die Möglichkeit, auf andere Zahlungspflichtige (z. B. Krankenkasse bei Behandlungskosten) Rückgriff zu nehmen.

Absatz 2 hält fest, dass die Strafvollzugskommission die Höhe des Kostgeldes unter Berücksichtigung der Aufgaben der einzelnen Vollzugseinrichtungen festlegt. Das Kostgeld bezeichnet denjenigen Betrag, den der einweisende Kanton dem vollziehenden Kanton pro Vollzugstag zu entrichten hat. Die Strafvollzugskommission legt weiter fest, welche Leistungen mit dem Kostgeld abgegolten werden. Dabei definiert die Kommission Minimalstandards, welche die einzelnen Anstalten erfüllen müssen, um ein entsprechendes Kostgeld verlangen zu können. Mit der Festlegung derartiger Qualitätsstandards wird den heutigen Anforderungen an einen qualitativ hochstehenden Vollzug entsprochen (vgl. die Bemerkungen zu Art. 8).

Artikel 14 Kostenbeteiligung

Gemäss Art. 380 Abs. 1 nStGB tragen die Kantone die Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs. Der Verurteilte ist aber in angemessener Weise und im Rahmen seiner Möglichkeiten an den Kosten des Vollzugs zu beteiligen (Art. 380 Abs. 2 lit. a.–c. nStGB). Gemäss Abs. 3 der genannten Bestimmung erlassen die Kantone nähere Vorschriften über die Kostenbeteiligung der verurteilten Person. Hierzu kann auf die Bemerkungen zu Art. 188 nStPO verwiesen werden.

In *litera a) – c)* werden die einzelnen Fälle genannt, in denen sich die eingewiesene Person an den Kosten zu beteiligen hat.

V. Schlussbestimmungen

Artikel 15 Vereinbarungen mit anderen Konkordaten und Kantonen

Absatz 1 sieht vor, dass für bestimmte Spezialfälle Vereinbarungen mit anderen Konkordaten und Kantonen getroffen werden können. Generelle Vereinbarungen bedürfen einer Genehmigung durch die Strafvollzugskommission Abs. 2.

Artikel 16 Kündigung

Die Bestimmung regelt die Voraussetzungen für einen allfälligen Rücktritt eines Kantons vom Konkordat durch Kündigung.

Artikel 17 Aufhebung der bisherigen Vereinbarung

Artikel 18 In-Kraft-Treten

Die Strafvollzugskommission bestimmt gemäss *Artikel 18* das In-Kraft-Treten des Konkordats. Dies soll unter Beachtung der Inkraftsetzung des revidierten AT StGB erfolgen, was nach *Artikel 17* zur Aufhebung der geltenden Vereinbarung vom 31. März 1976 führt.

VI. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die finanziellen und personellen Auswirkungen der Revision des Bundesrechts können derzeit nicht abschliessend beurteilt und nicht quantifiziert werden. Die Auflagen des Bundes, welche der Kanton nicht beeinflussen kann, führen einerseits zu einem Mehraufwand für die Gerichte, Strafanstalten, die Einweisungsbehörde und die Bewährungshilfe und andererseits im Bereiche der Geldstrafen, die auch bedingt ausgesprochen werden können, zu Minder-einnahmen. Genauere Angaben werden wohl erst nach einigen Jahren Erfah-

rungen mit dem neuen Sanktionensystem möglich sein. Deshalb werden sich die konkreten Auswirkungen, die sich durch den revidierten AT StGB ergeben, wohl erst nach einiger Erfahrungszeit beziffern lassen. Es ist allerdings zu erwarten, dass sich mittelfristig Begehren um personelle Aufstockung nicht vermeiden lassen werden. Für die Strafanstalten werden sich diese insbesondere durch die neu in allen Straf- und Massnahmeverfahren notwendigen Vollzugsplanungen ergeben. Für die Einweisungsbehörde und die Bewährungshilfe aber auch die Gerichte werden die neuen Abläufe vermehrt Kontakte zwischen verschiedenen Stellen mit sich bringen. Diese werden sich komplexer und aufwändiger und damit ebenfalls zeit- und personalintensiver gestalten. Mehraufwand für die Stellen dürften sich auch durch die Ausdehnung der gemeinnützigen Arbeit auf 180 Tage ergeben, da damit vermehrt Koordinations- aber auch Kontrollaufwand verbunden sein wird. Ein erhöhter Aufwand wird sich auch durch den Einzug der Geldstrafen ergeben, wenn die Geldstrafen nicht bedingt ausgesprochen werden. Eine gewisse Entlastung für die Gerichte dürfte die in Art. 49 nStPO vorgeschlagene Erhöhung der Beurteilungskompetenzen für Strafmandate von drei auf sechs Monate ergeben.

Im Bereich des Jugendstrafrechts resultieren für die Gemeinden voraussichtlich geringfügige Einsparungen im Schulbereich. Durch die pragmatische Neuregelung des Jugendstrafverfahrens mit dem Wegfall der Zuständigkeit der Schulbehörden ergibt sich für die Gemeinden in diesem Bereich kein Kostenaufwand mehr. Durch den wegfallenden Beratungsaufwand mit diesem Wechsel wird die Jugendanwaltschaft entsprechend freie Kapazitäten erhalten, sodass hier keine finanzielle Mehrbelastung resultiert bzw. die Kostenverschiebung sich nicht finanzrelevant auswirkt. Der erhöhte Arbeitsaufwand kann schliesslich dadurch aufgefangen werden, dass der Jugendanwalt in Zukunft nicht mehr als ausserordentlicher Staatsanwalt eingesetzt wird. Aber auch diese Lösung wird auf Dauer nur möglich sein, wenn die Anzahl der Verfahren nicht ansteigt. Personelle Auswirkungen werden sich wohl bei der Polizei ergeben, da sie im Auftrag der Jugendanwaltschaft vermehrt Verkehrserziehungskurse für Jugendliche, die im Strassenverkehr negativ auffallen, durchführen müssen. Die Kantonspolizei geht davon aus, dass hierzu eine Stelle benötigt wird.

Gewisse finanzielle und insbesondere personelle Auswirkungen wird auch die neue Organisation mit dem Amt für Justizvollzug mit sich bringen. Die Schaffung des entsprechenden Amtes erscheint zur Umsetzung der sich aus dem revidierten AT StGB ergebenden – teils neuen, teils komplexer werdenden – Aufgaben unerlässlich. Dabei können die Bildung sowie die Organisation des Amtes für Justizvollzug durch eine interne Reorganisation aufgefangen und umgesetzt werden. So sollen beispielsweise die verschiedenen betroffenen Dienststellen räumlich möglichst zusammengeführt werden. Dabei ist auch klar, dass die beiden Strafanstalten Sennhof in Chur und

Realta in Cazis nicht verschoben werden können. Immerhin soll die Einweisungsbehörde und die Bewährungshilfe – wegen der Nähe zu den zu betreuenden Personen vorteilhafterweise in Chur – zusammengelegt werden. Dies ist im Rahmen des ebenfalls laufenden Projektes der Büroraumplanung anzustreben. Personelle Konsequenzen ergeben sich in Bezug auf die neu zu schaffende Stelle der Amtsleitung. Die Stelle kann allerdings zumindest teilweise intern umgelagert und so ebenfalls ein Teil der entstehenden Personalkosten über die bestehenden Strukturen abgegolten werden. Die dannzumal verbleibenden Mehrkosten lassen sich betragsmässig mit ca. 50 000 Franken beziffern.

VII. Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»

Die Grundsätze des Projekts der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) wurden im Rahmen der vorliegenden Teilrevision insoweit berücksichtigt, als es die spezifischen Anforderungen der Revision eines Verfahrensgesetzes erlauben.

VIII. Antrag

Gestützt auf diese Botschaft *beantragen* wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Teilrevision des Gesetzes über die Strafrechtspflege (StPO) zuzustimmen;
3. dem Beitritt des Kantons Graubünden zum Konkordat der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004 gemäss beiliegendem Beschlussentwurf zuzustimmen;

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Der Präsident: *Lardi*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Gesetz über die Strafrechtspflege (StPO)

Änderung vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 10. Januar 2006,

beschliesst:

I.

Das Gesetz über die Strafrechtspflege (StPO) vom 8. Juni 1958 wird wie folgt geändert:

Art. 4

¹ Wird ein Straftatbestand des bisherigen kantonalen Rechtes mit **Haft** bedroht, so ist an **deren** Stelle auf **Busse** zu erkennen. (...).

² Der Höchstbetrag der Busse ist **10'000** Franken, wenn nicht ausdrücklich ein anderer Höchstbetrag bestimmt ist.

³ **Aufgehoben**

Art. 5 Abs. 1 und 2

¹ Der Grosse Rat **und die Regierung sind** befugt, auf Widerhandlungen gegen **ihre Erlasse (...)** Busse (...) anzudrohen.

² **Aufgehoben**

Art. 7 Abs. 2 und 3

² Die für das kantonale Strafrecht geltenden allgemeinen Bestimmungen (Art. 1–6) finden auch auf die Strafbestimmungen der Gemeinden sinngemäss Anwendung. (...)

³ Wird ein Straftatbestand des Gemeindestrafrechts mit **Haft** bedroht, so ist an deren Stelle auf Busse zu erkennen.

Art. 8

Aufgehoben

Art. 9 Abs. 1

¹ Wer Personen, die ihm anvertraut sind, pflichtwidrig vernachlässigt, wird, wenn die Straftat nicht unter die Artikel **136**, 217 oder 219 StGB fällt, (...) mit Busse bestraft.

Art. 11

Wer eine menschliche Leiche oder Teile einer solchen ohne Anzeige an die Behörde beerdigt, verbrennt oder beiseite schafft, wird, sofern nicht eine mit schwererer Strafe bedrohte Handlung vorliegt, (...) mit Busse bestraft.

Art. 12

Wer nichtzugerüstetes Holz, Feld- oder Gartenfrüchte von geringem Wert entwendet, wird auf Antrag (...) mit Busse bestraft.

Art. 13 Abs. 3 und 4

³ wird (...) mit Busse bestraft.

⁴ Aufgehoben**Art. 15**

Wer vor Kindern unter sechzehn Jahren unzüchtige Reden führt, wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 17 Abs. 1

¹ Wer ein wildes oder bössartiges Tier nicht gehörig verwahrt, wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 18 Abs. 3

³ wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 19 Abs. 2 und 5

² wer solche Gegenstände nicht voll **schuldfähigen** Personen oder Jugendlichen unter achtzehn Jahren ohne pflichtgemässe Beaufsichtigung überlässt,

⁵ wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 20**Aufgehoben****Art. 21 Abs. 3**

³ wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 22 Abs. 3 und 5

³ wird, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist, (...) mit Busse bestraft.

⁵ Aufgehoben**Art. 23 Abs. 3**

³ wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 24 Abs. 3

³ wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 25

Wer vorsätzlich der Anordnung oder Aufforderung nicht nachkommt, die ein Polizeibeamter innerhalb seiner Befugnisse erlässt, wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 26 Abs. 3

³ wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 27

Wer öffentlich angeschlagene amtliche Bekanntmachungen oder mit behördlicher Bewilligung angebrachte Plakate böswillig wegnimmt, abreisst, entstellt oder besudelt, wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 28

Wer vorsätzlich die amtliche Aufsicht über die rechtskräftig verfügte Versorgung von Kranken, Irren, Kindern oder andern hilflosen Personen hindert oder unwirksam macht, wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 29

Wer durch falsche Nachrichten, grundlosen Feuerruf und dergleichen unter der Bevölkerung Unruhe, Angst oder Schrecken hervorruft, wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 30**¹ Aufgehoben**

² **Wer** durch wissentlich falsche Meldung Geistliche und Medizinalpersonen (Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Hebammen) alarmiert, **wird mit Busse bestraft.**

³ Aufgehoben

Art. 31

Wer einen Dritten aus Bosheit oder Mutwillen in grober Weise stört oder belästigt, ohne dass damit ein unter schwerere Strafe gestellter Tatbestand erfüllt ist, wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 32

¹ Wer öffentlich Sitte und Anstand in grober Weise verletzt oder unnötigen Lärm verursacht, wird (...) mit Busse bestraft.

² **Aufgehoben**

Art. 33 Abs. 1

¹ Wer aus Bosheit oder Mutwillen öffentliche Sachen oder fremdes Privateigentum verunreinigt, wird, sofern nicht Sachbeschädigung vorliegt (Art. 144 StGB), (...) mit Busse bestraft.

Art. 34

Wer unter Umgehung amtlicher Hilfe widerrechtlich eigenmächtige Handlungen vornimmt, um ein wirkliches oder vermeintliches Recht durchzusetzen, wird auf Antrag (...) mit Busse bestraft.

Art. 35

¹ Wer aus Arbeitsscheu oder Liederlichkeit bettelt, wer Kinder oder Personen, die von ihm abhängig sind, zum Betteln anhält, **wird mit Busse bestraft.**

² **Aufgehoben**

³ **Aufgehoben**

⁴ **Aufgehoben**

Art. 36

Missbrauch der
Unterstützungshilfe

¹ Wer öffentliche oder gemeinnützige **Unterstützungshilfe** missbräuchlich verwendet, insbesondere für den übermässigen Genuss alkoholischer Getränke, wird mit **Busse** bestraft.

² **Aufgehoben**

Art. 37 Abs. 1

¹ Wer in Ausübung seines Gewerbes eine Person zu übermässigem Alkoholenuss verleitet oder dazu Vorschub leistet, obschon er weiss oder wissen sollte, dass dadurch sie oder ihre Familie ernstlich gefährdet wird, wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 38

Aufgehoben

Art. 39

Wer als **Unterstützungsbedürftiger** die ihm gestützt auf das kantonale **Unterstützungsgesetz** erteilten Weisungen (...) nicht befolgt, wird (...) mit Busse bestraft.

Widersetzlichkeit
Unterstützungs-
bedürftiger

Art. 40

Wer die vom Kanton oder von den Gemeinden für den Natur-, Heimat- und Umweltschutz oder zur Erhaltung von Altertümern und Heilquellen erlassenen Vorschriften und Verfügungen übertritt, wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 41

Wer öffentlich für eine mit den Grundsätzen der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit nicht zu vereinbarende Religionsgemeinschaft Anhänger wirbt oder trotz Mahnung durch den Kreispräsidenten die Werbung gegenüber einer bestimmten Person fortsetzt, wird (...) mit Busse bestraft.

Art. 43 Abs. 2

² Im Verfahren gegen (...) Jugendliche gelten die besonderen Bestimmungen über die Jugendstrafrechtspflege.

Art. 45 Abs. 1

¹ Das Kantonsgericht beurteilt **die ihm durch dieses Gesetz im Rechtsmittelverfahren zugewiesenen Berufungsfälle.**

Art. 46

¹ Der Kantonsgerichtsausschuss beurteilt **die ihm durch dieses Gesetz im Rechtsmittelverfahren zugewiesenen Berufungsfälle.**

² **Aufgehoben**

Art. 46a

¹ **Der Kantonsgerichtspräsident nimmt die ihm zugewiesenen besonderen Aufgaben wahr.**

² **Aufgehoben**

Art. 47

Das Bezirksgericht beurteilt:

- a) **alle Verbrechen, welche mit einer Freiheitsstrafe über fünf Jahre bedroht sind;**
- b) **die Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und die Landesverteidigung (Art. 265–278 StGB) sowie die Vergehen gegen den Volkswillen (Art. 279–283 StGB), soweit diese nicht der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen (Art. 336 StGB);**

- c) **die Verbrechen und Vergehen, welche von Mitgliedern der Regierung, des Kantonsgerichtes oder des Verwaltungsgesichtes in Ausübung ihrer Amtstätigkeit begangen worden sind (Art. 67);**
- d) **Ehrverletzungsklagen von Mitgliedern der Regierung, des Kantonsgerichtes und des Verwaltungsgesichtes, die sich auf deren Amtstätigkeit beziehen.**

Art. 48

Der Bezirksgerichtsausschuss beurteilt:

- a) **die mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bedrohten Verbrechen;**
- b) **die mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bedrohten Vergehen;**
- c) **die zu gerichtlicher Beurteilung gelangenden Übertretungen fiskalischer oder anderer Bundesgesetze;**
- d) **Übertretungen gemäss Artikel 49 Absatz 1 litera b im Einspracheverfahren.**

Art. 49 Abs. 1 lit. a) und Abs. 2

¹ Dem Kreispräsidenten obliegen im Strafmandatsverfahren:

- a) die Beurteilung leichter Fälle von **Verbrechen und Vergehen (...)**, ausgenommen Vergehen gegen die Ehre und unlauteren Wettbewerb **und die Verantwortlichkeit des Unternehmens (...)**, wenn
 - der Angeschuldigte in einer schriftlichen Einvernahme den objektiven Tatbestand anerkannt hat,
 - die Voraussetzungen für eine Massnahme im Sinne der Artikel **59, 60, 61 und 64 StGB** nicht gegeben sind und
 - eine **Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten, eine Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen oder gemeinnützige Arbeit bis zu 720 Stunden** oder die Verbindung **dieser Strafen** in Betracht fällt;

² Er ist ferner zuständig für Entscheide über Friedensbürgschaft gemäss Artikel **66 StGB**.

Art. 50

¹ Die Verwaltungsbehörden beurteilen die ihnen durch die kantonale Sondergesetzgebung zugewiesenen Straftatbestände, sofern nicht eine **Freiheits- oder Geldstrafe** in Betracht fällt.

² Hält die Verwaltungsbehörde die Voraussetzungen zur Verhängung einer **Freiheits- oder Geldstrafe** für gegeben, so überweist sie die Akten der Staatsanwaltschaft zur Einleitung des richterlichen Verfahrens.

Art. 51

Alle strafbaren Handlungen von (...) Jugendlichen werden von den Jugendgerichtsbehörden nach den besonderen Bestimmungen über die Ju-

gendstrafrechtspflege (Art. 197–226) beurteilt. Ausgenommen sind strafbare Handlungen von Jugendlichen **über 15 Jahren** im Sinne von Artikel 50.

Art. 53 Abs. 2

² Bei strafbaren Handlungen, deren Verfolgung einer Verwaltungsbehörde obliegt, sowie bei Klagen wegen Ehrverletzung (...) oder unlauteren Wettbewerbs wird das Verfahren stets getrennt durchgeführt.

Art. 54 Abs. 1

¹ Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über die örtliche Zuständigkeit (Art. 340–344) gelten sinngemäss auch für die Verfolgung der nach kantonalem Recht strafbaren Handlungen.

Art. 59

Die kantonalen Strafrechtspflegeorgane sind zur gegenseitigen Rechtshilfe verpflichtet. Die Bestimmungen über die Rechtshilfepflicht gegenüber dem Bund und zwischen den Kantonen (Art. 356 StGB) finden sinngemäss auch innerhalb des Kantons Anwendung.

Art. 61 Abs. 1

¹ Soweit nicht durch Bundesrecht oder Staatsvertrag der direkte Verkehr von Behörde zu Behörde vorgesehen ist, werden internationale Rechtshilfesuche durch das **vorgesetzte Departement** vermittelt, das im Zweifelsfall auch über ihre Behandlung entscheidet.

Art. 62

Aufgehoben

Art. 65b Abs. 2

² Verstösse gegen diese Pflicht kann im Untersuchungsverfahren der Staatsanwalt, im Gerichtsverfahren unter Vorbehalt von Artikel 108 Absatz 3 der Gerichtspräsident mit Verweis oder Ordnungsbusse bis zu **1'000** Franken ahnden.

Art. 67 Abs. 1

¹ Die Mitglieder des Grossen Rates **und der Regierung** sind für ihre Äusserungen im Rate oder in dessen Kommissionen strafrechtlich nicht verfolgbar.

Art. 70 Abs. 1 und 4

¹ Ist eine Tat nur auf Antrag strafbar, so wird die Strafverfolgung erst aufgenommen, wenn ein formeller Strafantrag des nach Artikel 30 StGB An-

tragsberechtigten vorliegt. Wer eine Strafanzeige einreicht, ist bei Antragsdelikten auf dieses Erfordernis aufmerksam zu machen. In Zweifelsfällen können dringliche Massnahmen schon vorher getroffen werden.

⁴ Wird ein Strafantrag zurückgezogen, so ist die Einstellungsverfügung allen Beschuldigten zuzustellen unter Ansetzung einer Frist von zwanzig Tagen, innerhalb welcher die Beschuldigten gegen den Rückzug im Sinne von Artikel 33 Absatz 4 StGB Einspruch erheben können. Der Einspruch ist schriftlich bei jener Amtsstelle einzureichen, welche die Einstellungsverfügung erlassen hat.

Art. 74a Abs. 1 lit. a) und Abs. 2

¹ Staatsanwalt und Untersuchungsorgane haben in Ausstand zu treten,

a) wenn sie selbst, ihr Ehegatte, **ihr eingetragener Partner**, ihr Schwager oder Verlobter, **eine Person, mit der sie eine faktische Lebensgemeinschaft führt**, Verwandte oder Verschwägere bis zum dritten Grad Angeschuldigte oder Geschädigte sind,

² Bestehen Zweifel an der Ausstandspflicht, so entscheidet darüber endgültig beim Staatsanwalt das **vorgesetzte Departement**, bei Untersuchungsorganen der Staatsanwalt.

Art. 77 Abs. 4 und 5

⁴ Die Orientierung erfolgt in der Regel durch eine amtliche schriftliche Verlautbarung. (...)

⁵ Auf Verlangen ist dem Vorsteher des **vorgesetzten Departements** über den Stand einer Untersuchung Auskunft zu geben.

Art. 81 Abs. 2

Grundlose
Anzeigen und
Absehen von
Strafverfolgung

² **Ebenso kann der Staatsanwalt die Eröffnung einer Strafuntersuchung ablehnen, wenn die Voraussetzungen von Artikel 52, 53 oder 54 StGB erfüllt sind.**

Art. 82 Abs. 1

¹ Gelangt der Untersuchungsrichter auf Grund seiner Erhebungen zum Schluss, dass das Vorliegen eines Straftatbestandes nicht genügend dargetan oder die Verfolgungsverjährung eingetreten ist, der Angeschuldigte gestorben ist **oder die Voraussetzungen gemäss Artikel 52, 53 oder 54 StGB erfüllt sind**, so erlässt der Untersuchungsrichter eine begründete Einstellungsverfügung.

Art. 86c

¹ **Der Entscheid über die Haftüberprüfung von Amtes wegen kann vom Inhaftierten oder von der Staatsanwaltschaft mit der Beschwerde**

gemäss Artikel 137 f. bei der Beschwerdekammer des Kantonsgerichtes angefochten werden.

²Entscheide des Haftrichters über die Haftentlassung oder Ersatzmassnahmen können in gleicher Weise angefochten werden, wenn die Haft oder die Massnahme mehr als drei Monate gedauert hat.

³Bisheriger Absatz 2

Art. 87 Abs. 4

⁴Die Aussagen sind in der Regel in einer dem Einvernommenen geläufigen Landessprache gemäss Artikel 3 der Kantonsverfassung zu protokollieren. Für die Einvernahme fremdsprachiger Personen kann der Untersuchungsrichter Übersetzer beiziehen, die im Sinne von Artikel 307 StGB zur Wahrheit zu ermahnen sind und das Protokoll für die Richtigkeit der Übersetzung zu unterzeichnen haben.

Art. 90 Abs. 1

¹Der Ehegatte, **der eingetragene Partner** oder Verlobte des Angeschuldigten, **die Person, mit der er eine faktische Lebensgemeinschaft führt, sowie** seine Bluts-, Adoptiv- und Stiefverwandten oder Verschwägerten bis und mit dem dritten Grad können das Zeugnis verweigern.

Art. 95 Abs. 4

⁴Der Untersuchungsrichter ist befugt, den Bank-, Post- und Fernmeldeverkehr überwachen zu lassen, **den Einsatz von verdeckten Ermittlern und technischen Überwachungsmassnahmen im Sinne von Artikel 179^{bis} ff. StGB anzuordnen** und Beschlagnahmen zu verfügen. Voraussetzungen und Verfahren richten sich nach Bundesrecht. Genehmigungsbehörde im Sinne des Bundesrechtes ist der Kantonsgerichtspräsident. **Dieser ist auch richterliche Behörde im Sinne von Artikel 7 Absatz 3 des DNA-Profil-Gesetzes.**

Art. 97 Abs. 4

⁴Das Einsichtsrecht des Geschädigten kann auf jene Akten beschränkt werden, die für die Geltendmachung von Zivilansprüchen oder für die Beschwerdeführung gegen eine Einstellungsverfügung von Bedeutung sind. Artikel 171 ZPO bleibt vorbehalten.

Art. 98 Abs. 2 lit. f)

- e) Ausstandsbegehren gegen Richter und;
- f) **die allfälligen Adhäsionsklagen.**

Verfahren bei
Schuldunfähigkeit
des Täters

Art. 99

Hält der Staatsanwalt dafür, dass gegenüber einem **schuldunfähigen** Täter Massnahmen zu ergreifen sind, so überweist er die Untersuchungsakten mit einem entsprechenden Antrag dem zuständigen Gericht.

Art. 100 Abs. 1 und 2

¹ Der Staatsanwalt ist befugt, die Anklage vor allen Gerichten zu vertreten. **Er kann einen Untersuchungsrichter damit beauftragen.**

² **Die Anklage wird mündlich vertreten**, wenn die Staatsanwaltschaft oder der Gerichtspräsident es für erforderlich halten.

Art. 102 Abs. 1 lit. b)

b) wenn die Anklage eine Freiheitsstrafe von mehr als **zwei Jahren** oder eine Massnahme im Sinne der Artikel **59, 60, 61 und 64** StGB beantragt oder

Art. 108 Abs. 3

³ Das Gericht kann Verstösse gegen diese Vorschriften mit einer Ordnungsbusse bis zu 1000 Franken (...) bestrafen.

Massnahmen
gegen
Schuldunfähige

Art. 121

Beantragt der Staatsanwalt Massnahmen gegenüber einem **schuldunfähigen** Täter und hat dieser keinen privaten Verteidiger beigezogen, so bestellt ihm der Präsident einen amtlichen Verteidiger.

Art. 122 Abs. 2

² Lautet die Anklage auf ein Vergehen oder ein Verbrechen und wird eine **Freiheitsstrafe von nicht mehr als sechs Monaten, eine Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen oder gemeinnützige Arbeit bis zu 720 Stunden** oder eine Verbindung dieser Strafen (...) beantragt, so kann der Angeklagte auf schriftliches Gesuch durch den Gerichtspräsidenten vom persönlichen Erscheinen zur Hauptverhandlung dispensiert werden. Erscheint ein gehörig vorgeladener Angeklagter, ohne dass er dispensiert worden ist, nicht zur Hauptverhandlung, so entscheidet das Gericht, ob der Fall trotzdem beurteilt oder ob der Angeklagte vorgeführt werden soll.

Art. 125 Abs. 3

³ Wer als Angeklagter vor Gericht gestellt ist, muss entweder verurteilt oder freigesprochen werden. Vorbehalten bleibt die Vertagung gemäss Artikel 118 sowie die Einstellung des Verfahrens, wenn sich die Verurteilung aus prozessrechtlichen Gründen als unzulässig erweist **oder die Voraussetzungen gemäss Artikel 52, 53 oder 54 StGB erfüllt sind.**

Art. 127 Abs. 1

¹ Das Urteil wird den **Verfahrensbeteiligten** in öffentlicher Sitzung im Dispositiv und unter Mitteilung der wesentlichen Erwägungen mündlich eröffnet. Von dieser Regel darf nur in Ausnahmefällen **nach Anhörung der Verfahrensbeteiligten auf Grund eines Gerichtsbeschlusses abgewichen werden. Das Urteil ist in jedem Fall innert 48 Stunden seit Urteilsfällung oder mündlicher Eröffnung im Dispositiv schriftlich mitzuteilen.**

Art. 128 Abs. 1 lit. d) und Abs. 2 bis 4

¹ Das schriftlich auszufertigende Urteil hat zu enthalten:

d) den Urteilsspruch (Schuld- und Straf- beziehungsweise Freispruch, gegebenenfalls (...) Massnahmen, Entscheid über allfällige Zivilansprüche, Zuteilung der Verfahrens- und Vollzugskosten, Rechtsmittelbelehrung und Mitteilung);

² **Die Bezirksgerichte und ihre Ausschüsse können ein Urteil unter Darstellung des Sachverhaltes ohne die Entscheidungsgründe erlassen, wenn der Angeklagte den ihm in der Anklageschrift vorgeworfenen Sachverhalt eingestanden hat und im Sinne der eingeklagten Tatbestände entschieden wird. Angeklagter, Staatsanwalt oder Adhäsionskläger können innert zwanzig Tagen seit der schriftlichen Mitteilung des Urteils ein vollständig begründetes Urteil verlangen. Wird innert dieser Frist keine schriftliche Begründung verlangt, erwächst das Urteil in Rechtskraft.**

³ **Im Verfahren gegen Abwesende (Art. 123) ist stets ein vollständig begründetes Urteil zu erlassen.**

⁴ **Verlangt ausschliesslich der Adhäsionskläger eine vollständige Begründung, so kann sich diese auf die mit seinen Ansprüchen im Zusammenhang stehenden Erwägungen beschränken.**

Art. 128a Abs. 2

² Die Rechtsmittelfristen laufen erst von der Zustellung des (...) schriftlichen Urteils an. **Ein Begehren um schriftliche Begründung gemäss Artikel 128 Absatz 2 hemmt die Rechtskraft und die Rechtsmittelfrist läuft erst von der Zustellung des begründeten Urteils an.**

Art. 133 Abs. 1

¹ Entscheide der Bezirksgerichte und ihrer Ausschüsse über Adhäsionsklagen können durch Berufung (Art. 141-146) an **die Berufungsinstanz** weitergezogen werden, **die** darüber ohne Parteivortritt entscheidet.

Art. 141

¹ Gegen Urteile und Beschlüsse der Bezirksgerichte können der Verurteilte und der Staatsanwalt beim Kantonsgericht Berufung einlegen.

² Gegen Urteile und Beschlüsse der Bezirksgerichtsausschüsse sowie gegen Verfügungen der Bezirksgerichts- und Kreispräsidenten (ausgenommen Untersuchungshandlungen, prozessleitende Verfügungen und Strafmandate) können der Verurteilte und der Staatsanwalt beim Kantonsgerichtsausschuss Berufung einlegen.

³ Gegen Entscheide der Regierung, der kantonalen Departemente und anderer kantonalen Instanzen auf dem Gebiete des Straf-, Nebenstraf- und Verwaltungsstrafrechtes können der Verurteilte, das Opfer und der Staatsanwalt beim Kantonsgerichtsausschuss Berufung gemäss Artikel 141 ff. einlegen, wenn nach übergeordnetem Recht eine letztinstanzliche Beurteilung durch ein kantonales Gericht erforderlich ist.

⁴ Zur Berufung gegen Entscheide über Verfahrenskosten, Entschädigungsansprüche oder Einziehung ist jeder unmittelbar Betroffene berechtigt.

Art. 142 Abs. 1

¹ Die Berufung ist innert zwanzig Tagen seit der schriftlichen Eröffnung des Entscheides **bei der Berufungsinstanz** in dreifacher Ausfertigung, unter Beilage des angefochtenen Entscheides, einzureichen. Sie ist zu begründen und hat darzutun, welche Mängel des erstinstanzlichen Entscheides oder Gerichtsverfahrens gerügt werden und ob das ganze Urteil oder lediglich Teile davon angefochten werden.

Art. 144 Abs. 1 und 3

¹ Der Kantonsgerichtspräsident **führt** von Amtes wegen oder auf Antrag eine mündliche Berufungsverhandlung **durch**, wenn die persönliche Befragung des Angeklagten für die Beurteilung der Streitsache wesentlich ist.

³ Findet keine mündliche Berufungsverhandlung statt, so trifft **die Berufungsinstanz ihren** Entscheid ohne Parteivortritt auf Grund der Akten.

Art. 145 Abs. 1, 3 und 4

¹ Die Berufung oder die Anschlussberufung kann bis zum Schluss der Berufungsverhandlung (Art. 144 Abs. 1 und 2) beziehungsweise bis zur Behandlung der Berufung durch **die Berufungsinstanz** (Art. 144 Abs. 3) zurückgezogen werden. Die Anschlussberufung fällt dahin, wenn die Berufung zurückgezogen oder unzulässig erklärt wird.

³ **Die Berufungsinstanz** kann in allen Fällen, auf Antrag oder von Amtes wegen, das Beweisverfahren ergänzen oder wiederholen. **Sie** kann nötigenfalls auch die Verhandlung vertagen, um die Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft beziehungsweise den Bezirksgerichtspräsidenten ergänzen zu lassen.

⁴ **Aufgehoben**

Art. 146

¹ **Die Berufungsinstanz** überprüft das erstinstanzliche Urteil in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht frei; doch darf **sie** die im angefochtenen Urteil ausgesprochenen Strafen und Massnahmen nicht verschärfen, wenn nur zugunsten des Verurteilten Berufung eingelegt worden ist.

² Das angefochtene Urteil wird **von der Berufungsinstanz** bestätigt, abgeändert oder aufgehoben. Wenn keine mündliche Berufungsverhandlung stattfindet (Art. 144 Abs. 3) und die Aktenlage ein neues Urteil nicht gestattet, wird der Fall zu neuer Beurteilung an die Vorinstanz zurückgewiesen. Diese hat ihrem neuen Entscheid die rechtlichen Erwägungen **der Berufungsinstanz** zu Grunde zu legen.

³ Wenn Gesetzesverletzungen zu beseitigen sind oder die Rechtsgleichheit es verlangt, kann **die Berufungsinstanz** das angefochtene Urteil auch mit Bezug auf Mitbeurteilte, die nicht Berufung eingereicht haben, abändern; doch dürfen die im erstinstanzlichen Urteil ausgesprochenen Strafen oder Massnahmen nicht verschärft werden.

Art. 154 Abs. 1 und Abs. 3

¹ Die Verfahrenskosten setzen sich zusammen aus den (...) **Untersuchungs-** und den **Gerichtskosten**. Ausgenommen sind die Reisespesen der Staatsanwaltschaft im Untersuchungsverfahren, die zu Lasten des Kantons gehen.

³ **Bei Verzicht auf ein schriftliches begründetes Urteil (Art. 128) werden die Gerichtsgebühr beziehungsweise die -kosten angemessen reduziert.**

Art. 156 Abs. 1

¹ Bei Ablehnung oder Einstellung der Untersuchung können die Kosten dem Angeschuldigten ganz oder teilweise überbunden werden, wenn er durch ein **rechtswidriges und schuldhaftes** Benehmen das Verfahren verschuldet oder dessen Durchführung erschwert hat.

Art. 157

Bei Freispruch oder Einstellung des Verfahrens kann das Gericht dem Angeklagten beziehungsweise Angeschuldigten die Verfahrenskosten ganz oder teilweise überbinden, wenn er durch sein **rechtswidriges und**

schuldhaftes Verhalten begründeten Anlass zur Durchführung der Untersuchung und des Gerichtsverfahrens gegeben hat.

Art. 158 Abs. 3

³ **Die Kosten der Untersuchungshaft werden den Vollzugskosten gleichgestellt.**

Art. 160 Abs. 3 und 4

³ Wird eine Rechtsmitteleingabe gutgeheissen, so entscheidet das Gericht über die Kostenverteilung zwischen **dem Obsiegenden, dem Staat, der ersten Instanz und dem Unterliegenden.**

⁴ Die Rechtsmittelinstanz kann **dem Obsiegenden** eine aussergerichtliche Entschädigung zulasten **des Unterliegenden, der Vorinstanz oder des Staates** zusprechen.

Art. 161 Abs. 1

¹ Wird der Angeschuldigte freigesprochen, wird das gegen ihn geführte Verfahren eingestellt oder erweist sich eine ihm gegenüber durchgeführte Zwangsmassnahme als ungerechtfertigt, so ist ihm auf sein Begehren eine durch den Staat auszurichtende Entschädigung (Schadenersatz, Genugtuung) für Nachteile zuzusprechen, die er durch Untersuchungsmassnahmen erlitten hat. Die Entschädigung kann verweigert oder herabgesetzt werden, wenn er durch **rechtswidriges und schuldhaftes** Verhalten die Untersuchung veranlasst oder erschwert hat.

Art. 163 Abs. 2

² Mit der Klage ist eine Vertröstung von **500** Franken zu leisten. Die Vertröstungspflicht entfällt bei Verfahren gemäss Artikel 169.

A. Vollzug der (...)Urteile

Art. 181

Gemeinnützige
Arbeit, Freiheits-
strafen und
Massnahmen

¹ **Wo das Strafgesetzbuch die Zuständigkeit zur Anordnung von Vollzugshandlungen einem Gericht überträgt, ist dafür das Gericht zuständig, welches das erstinstanzliche Urteil gefällt hat.**

² **Die Regierung bezeichnet die für den Vollzug von gemeinnütziger Arbeit, Freiheitsstrafen und Massnahmen zuständigen Behörden, soweit das Strafgesetzbuch oder dieses Gesetz nicht etwas anderes bestimmt.**

³ **Aufgehoben**

Art. 182

¹ **Geldstrafen und Bussen** fallen, unter Vorbehalt besonderer Zweckbestimmungen, in die Kasse der in erster Instanz zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörden, denen auch der Einzug obliegt. **Geldstrafen und Bussen**

² **Die Umwandlung von Bussen, welche von einer Verwaltungsbehörde ausgesprochen wurden, in gemeinnützige Arbeit oder eine Ersatzfreiheitsstrafe verfügt der örtlich zuständige Kreispräsident.**

Art. 183**Aufgehoben****Art. 183a**

Gegen Vollzugsverfügungen **oder Beschwerdeentscheide des Departements (...)** können der Betroffene und der Staatsanwalt beim Kantonsgerichtsausschuss Berufung gemäss Artikel 141 ff. einlegen, wenn nach **übergeordnetem Recht** eine letztinstanzliche Beurteilung durch ein kantonales Gericht erforderlich ist.

Art. 184**Aufgehoben****Art. 185**

Die Regierung bestimmt das Nähere über den Vollzug der **Bewährungshilfe, (...)** der (...) Weisungen **und der freiwilligen sozialen** Betreuung während des **Strafverfahrens** und des **Straf- und Massnahmenvollzugs.** **Bewährungshilfe und Betreuung**

Art. 186 Abs. 1

¹ Der Kanton unterhält die für den Vollzug von Freiheitsstrafen und Massnahmen **notwendigen Institutionen.** Der Grosse Rat sorgt **in eigener Kompetenz** für den **Bau** und **Unterhalt** dieser Anstalten nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches und der interkantonalen Vereinbarungen. **Institutionen des Straf- und Massnahmenvollzugs**

Art. 187

Hat das Gericht keinen anderen Entscheid getroffen (...), bestimmt die Staatsanwaltschaft, was mit gerichtlich eingezogenen (...) Gegenständen (...) zu geschehen hat. Der Erlös aus einer Verwertung fällt dem Kanton zu.

Art. 188

Die Kosten des Vollzugs der Freiheitsstrafen **gehen** zu Lasten des Kantons. Verurteilte in günstigen finanziellen Verhältnissen **sind** im Urteil zu Beiträgen an die Vollzugskosten **zu verpflichten**.

Art. 189

¹ **Die Kosten des Vollzugs von Massnahmen gehen zu Lasten der Gemeinde, in der die Betroffenen ihren letzten Wohnsitz oder Aufenthalt hatten, soweit nicht die Betroffenen oder Dritte für die Bezahlung aufkommen. Verurteilte in günstigen finanziellen Verhältnissen können im Urteil zu Beiträgen an die Vollzugskosten verpflichtet werden.**

² **Aufgehoben**

Art. 190

Aufgehoben

Art. 191

Aufgehoben

Art. 192

¹ Die Umwandlung einer Busse (...) gemäss Artikel **106 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 36 Absatz 2** StGB ist von der Vollzugsbehörde zu beantragen. Dem Bussenschuldner ist Gelegenheit zu geben, zum Umwandlungsantrag Stellung zu nehmen. **Der Richter** kann ihn zur Verhandlung vorladen.

² **Aufgehoben**

³ **Aufgehoben**

Art. 193

Aufgehoben

Art. 194 Abs. 1

¹ Der Grosse Rat ist zuständig für die Begnadigung im Sinne von Artikel **381** StGB, wenn der Verurteilte zu einer Freiheitsstrafe von mehr als **zwei Jahren** verurteilt worden ist. In den übrigen Fällen steht das Begnadigungsrecht der Regierung zu.

Art. 197 lit. a)

Die Jugendstrafrechtspflege wird ausgeübt von:

a) **aufgehoben**

Art. 199 Abs. 1 bis 3**¹ Aufgehoben**

² Der Jugendanwalt ist zuständig:

- a) zur Beurteilung der von Jugendlichen begangenen strafbaren Handlungen, wenn ein Verweis (Art. 22 JStG), eine persönliche Leistung (Art. 23 JStG), eine Busse (Art. 24 JStG), ein Freiheitsentzug bis zu drei Monaten (Art. 25 JStG) oder eine Verbindung dieser Strafen (Art. 33 JStG) angemessen erscheint;
- b) für die Anordnung der Aufsicht (Art. 12 JStG), der persönlichen Betreuung (Art. 13 JStG) und der ambulanten Behandlung (Art. 14 JStG);
- c) für die Strafbefreiung (Art. 21 JStG), für die vorläufige Einstellung des Verfahrens zum Zwecke der Mediation, für die Einsetzung eines Mediators oder für die Einstellung des Verfahrens nach erfolgreich durchgeführter Mediation (Art. 8 und Art. 21 Abs. 3 JStG).

³ Soweit die Beurteilung von Jugendlichen gemäss dem Jugendstrafgesetz nicht nach Absatz 2 dem Jugendanwalt obliegt, fällt sie in die Zuständigkeit des Bezirksgerichtsausschusses als Jugendgericht (...).

Art. 199a

¹ Stellt der Jugendanwalt in Anwendung von Artikel 8 Absatz 1 JStG das Verfahren vorläufig zum Zwecke der Mediation ein oder unterbricht das zuständige Jugendgericht in Anwendung von Artikel 21 Absatz 3 JStG das Verfahren vorläufig zum Zwecke der Mediation, wird eine dafür geeignete Organisation oder Person durch den Jugendanwalt bzw. durch den Jugendgerichtspräsidenten beauftragt, ein Mediationsverfahren durchzuführen. Der Auftrag erfolgt schriftlich unter Ansetzung einer Frist, die in Ausnahmefällen verlängert werden kann.

Verfahren bei
Mediation

² Das Verfahren wird definitiv eingestellt, wenn auf dem Weg der Mediation eine schriftliche Vereinbarung zwischen dem Geschädigten und dem Jugendlichen zustande gekommen ist. In der Einstellung ist über die Kostentragung des Mediationsverfahrens zu befinden. Der Jugendliche kann zu einer angemessenen Kostentragung verpflichtet werden.

³ Führt das Mediationsverfahren nicht innert der gesetzten Frist zu einer Vereinbarung, nimmt das Strafverfahren seinen Fortgang. In diesem ist auch über die Kosten des gescheiterten Mediationsverfahrens zu bestimmen.

Art. 200

¹ Zuständigkeit und Verfahren richten sich nach dem Alter zur Zeit der Begehung der strafbaren Handlung. **Vorbehalten bleibt Artikel 3 Absatz 2 JStG.**

² **Aufgehoben**

³ **Aufgehoben**

Art. 202

Das Verfahren gegen (...) Jugendliche ist vom Strafverfahren gegen Erwachsene getrennt zu führen.

Art. 203

Gesetzliche
Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter sind über die Eröffnung einer Strafuntersuchung gegen (...) Jugendliche sowie über die im Laufe des Verfahrens getroffenen besonderen Verfügungen zu unterrichten. Ausnahmsweise kann die Orientierung hinausgeschoben werden, bis der Stand der Untersuchung sie zulässt.

Art. 204

Vorsorgliche
Anordnung von
Schutz-
massnahmen
und
Untersuchungs-
haft

¹ **Die Untersuchungshaft gegenüber Jugendlichen ist nur ausnahmsweise und nur dann zulässig, wenn der Zweck der Untersuchungshaft nicht durch eine vorsorgliche Anordnung einer Schutzmassnahme (Art. 5 JStG) erreicht werden kann.**

² **Die Untersuchungshaft (Art. 6 JStG) wird vom Haftrichter auf Antrag des Jugendanwaltes angeordnet. Die Bestimmungen über die Untersuchungshaft gemäss Artikel 83 ff. dieses Gesetzes sind sinngemäss anwendbar.**

³ **Zuständig für die vorsorgliche Anordnung von Schutzmassnahmen ist der Jugendanwalt.**

Art. 205

Mitwirkung der
Sozialdienste

Die Organe der Jugendstrafrechtspflege können die **Sozialdienste** des Kantons und der Gemeinden zur Mitwirkung bei der Untersuchung und zur Beratung beziehen.

Art. 206

Die in Artikel 90 Absatz 1 dieses Gesetzes genannten Personen können vom Zeugnisverweigerungsrecht keinen Gebrauch machen, soweit die persönlichen Verhältnisse von (...) Jugendlichen abzuklären sind. Vorbehalten bleibt Artikel 90 Absätze 2 und 3.

Art. 207 Abs. 1

¹ Verhandlungen und Urteilseröffnungen im Strafverfahren gegen (...) Jugendliche sind **unter Vorbehalt von Artikel 39 Absatz 2 JStG** nicht öffentlich.

Art. 208

Das Verfahren gegen (...) Jugendliche ist mit möglicher Beschleunigung durchzuführen.

Art. 209 Abs. 1 und 2

¹ Haben die Eltern **oder Erziehungsberechtigten** ihre Aufsichtspflicht offensichtlich vernachlässigt, so können ihnen im Strafscheid die Verfahrenskosten ganz oder teilweise überbunden werden.

² Die Betroffenen können die Kostenaufgabe mit Berufung (Art. (...) 221) weiterziehen.

Art. 210

Aufgehoben

Art. 211

Aufgehoben

Art. 212

Aufgehoben

Art. 213

Aufgehoben

Art. 214

Aufgehoben

Art. 216 Abs. 2 und 3

² **Aufgehoben**

³ Gegen Untersuchungshandlungen **und die vorsorgliche Anordnung von Schutzmassnahmen** kann im Sinne der Artikel 137 bis 140 Beschwerde geführt werden.

Art. 216a

Der Angeschuldigte und **seine gesetzlichen** Vertreter sind in sinngemässer Anwendung der Bestimmungen über das ordentliche Verfahren (Art. 73a – 76c und Art. 102) **und von Artikel 40 JStG** berechtigt, eine geeignete

Person als privaten Verteidiger beizuziehen oder die Bestellung einer solchen als amtlichen Verteidiger zu verlangen.

Art. 217

¹ Hält der Jugendanwalt nach Abschluss der Untersuchung die Voraussetzungen zur Beurteilung des Falles in eigener Zuständigkeit (Art. 199 Abs. 2) für gegeben, so fällt er einen begründeten Entscheid. **Stellt er das Verfahren definitiv ein, so ist die Einstellungsverfügung durch den Staatsanwalt zu genehmigen.**

² Er eröffnet in der Regel seinen Entscheid mündlich dem Verurteilten und anschliessend schriftlich **den gesetzlichen Vertretern** und dem Staatsanwalt. **Bei Jugendlichen unter 15 Jahren kann der Jugendanwalt die mündliche Eröffnung des Entscheides ausnahmsweise einer geeigneten Person übertragen.**

Art. 218 Abs. 2

² Auf Grund der Überweisungsverfügung des Staatsanwalts stellt der Jugendanwalt seine Anträge beim Bezirksgerichtsausschuss als Jugendgericht. **Den gesetzlichen Vertretern** und einem allfälligen Verteidiger sind diese vor der Behandlung durch das Gericht zur Kenntnis zu bringen.

Art. 219 Abs. 2 und 5

² Der Jugendanwalt hat seine Anträge mündlich vor Gericht zu vertreten oder schriftlich zu begründen. **Die gesetzlichen Vertreter können** in jedem Falle selbst an der Hauptverhandlung teilnehmen.

⁵ Adhäsionsklagen werden nur mitbeurteilt, wenn die Forderung durch **die** gesetzlichen Vertreter anerkannt ist.

Art. 220

Entscheid

Der Entscheid ist dem Jugendlichen im Dispositiv unter Mitteilung der wesentlichen Erwägungen mündlich zu eröffnen. Die schriftliche Ausfertigung des begründeten Entscheides ist dem Beurteilten, **seinen** gesetzlichen **Vertretern**, dem Verteidiger, dem Jugendanwalt und dem Staatsanwalt innert Monatsfrist zuzustellen.

Art. 221 Abs. 1

Rechtsmittel

¹ Gegen Entscheide des Bezirksgerichtsausschusses als Jugendgericht können der Beurteilte, seine gesetzlichen Vertreter, der Verteidiger und der Jugendanwalt innert zwanzig Tagen seit der schriftlichen Mitteilung bei der Jugendkammer Berufung einlegen.

Art. 222 Abs. 2

² **Verfügt der Jugendliche über ein regelmässiges Erwerbseinkommen oder über Vermögen, kann er zu einem angemessenen Beitrag an die Kosten des Untersuchungsverfahrens verpflichtet werden.**

Art. 223**Aufgehoben****Art. 224 Abs. 1 und 2**

¹ **Die von der Regierung bezeichnete Stelle** vollzieht im Benehmen mit dem Jugendanwalt alle **Schutzmassnahmen und Strafen** gegenüber Jugendlichen (...). **Sie** kann hierfür die Mitwirkung des kantonalen **Sozialamtes** in Anspruch nehmen.

² **Sie ist unter Vorbehalt von Artikel 18 Absatz 1 zweiter Satz JStG auch für die Änderung und Beendigung der Massnahmen gemäss Artikel 18 und 19 JStG und für die bedingte Entlassung aus dem Freiheitsentzug gemäss Artikel 28 ff. JStG zuständig.**

Art. 225

¹ Vor der **vorsorglichen Anordnung von Schutzmassnahmen im Sinne von Artikel 15 JStG** ist den Eltern oder dem sonstigen gesetzlichen Vertreter Gelegenheit zur Vernehmlassung zu geben.

² Die religiöse Erziehung darf durch die **Unterbringung** nicht beeinträchtigt werden.

Art. 226

Im Übrigen finden für den Vollzug die Artikel **181 ff.** dieses Gesetzes **und Artikel 43 JStG** sinngemäss Anwendung.

Art. 230 Abs. 2

² **Die nachfolgenden Erlasse werden wie folgt geändert:**

1. Steuergesetz für den Kanton Graubünden**Art. 182a Abs. 1**

¹ Wer zum Zwecke der Steuerhinterziehung im Sinne von Artikel 174 bis 176 gefälschte, verfälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden wie Geschäftsbücher, Bilanzen, Erfolgsrechnungen, Lohnausweise oder andere Bescheinigungen Dritter zur Täuschung gebraucht, wird mit **Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.**

Art. 183 Abs. 1

¹ Wer zum Steuerabzug an der Quelle verpflichtet ist und abgezogene Steuern zu seinem oder eines andern Nutzen verwendet, wird mit **Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft**.

2. Gerichtsverfassungsgesetz**Art. 43 Abs. 3**

³ Die von den Gerichtsbehörden ausgesprochenen **Geldstrafen und Bussen** fallen in die Kasse des in erster Instanz zuständigen Gerichts.

Art. 232 Ziffern 1 und 2

Dieses Gesetz findet auf die im Zeitpunkt seines Inkrafttretens anhängigen Strafverfahren wie folgt Anwendung:

1. Die im Untersuchungsstadium befindlichen Fälle werden nach neuem Recht weiter behandelt. (...)
2. Die bei den Gerichten **und den Schulbehörden** anhängigen Fälle, mit Einschluss der hängigen Rechtsmittelverfahren, werden in der betreffenden Instanz nach bisherigem Recht zu Ende geführt.

II.

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt das In-Kraft-Treten dieser Teilrevision.

Beitritt des Kantons Graubünden zum Konkordat der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004

vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 10. Januar 2006,

beschliesst:

1. Der Kanton Graubünden tritt dem Konkordat der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004 bei.
2. Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zum Konkordat der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004 zu erklären.
3. Mit dem In-Kraft-Treten des Konkordates wird der Beschluss des Grossen Rates vom 20. November 1975 aufgehoben.
4. Die Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

Konkordat der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004

Die Kantone Zürich, Glarus, Schaffhausen, Appenzell A.Rh., Appenzell I.Rh., St. Gallen, Graubünden und Thurgau schliessen sich zum ostschweizerischen Strafvollzugskonkordat zusammen mit dem Ziel, die Aufgaben bei der Planung, beim Bau und beim Betrieb der Vollzugseinrichtungen zu verteilen und zu koordinieren, einen grundrechtskonformen, effizienten und kostengünstigen Vollzug zu ermöglichen sowie den Vollzug zu vereinheitlichen, damit die Vollzugsziele bestmöglich erreicht werden können.

I. Einleitung

Art. 1

¹ Das Konkordat findet Anwendung auf den Vollzug:

Geltungsbereich

- a) der in den Konkordatskantonen ausgesprochenen unbedingten Strafen sowie der stationären therapeutischen Massnahmen und der Verwahrungen gegenüber erwachsenen Personen;
- b) von Sanktionen gegenüber Erwachsenen und Jugendlichen, soweit der Vollzug in Vollzugseinrichtungen durchgeführt wird, die dem gemeinsamen Vollzug dienen (Konkordatsanstalten).

² Die beteiligten Kantone informieren sich gegenseitig über ihre Planungen und Bauten im gesamten Bereich des Freiheitsentzugs und stimmen die Angebote soweit möglich und zweckmässig aufeinander ab.

II. Organisation

Art. 2

¹ Oberstes Organ des Konkordats ist die Strafvollzugskommission. Sie besteht aus je einem Regierungsmitglied der beteiligten Kantone.

Strafvollzugskommission

² Die Strafvollzugskommission:

- a) übt die Aufsicht über die Anwendung und Auslegung des Konkordats aus und entscheidet in Streitfällen;
- b) bestellt die notwendigen Organe;
- c) erlässt Richtlinien zur Zusammenarbeit im Vollzugsbereich und zur Ausgestaltung des Vollzugs, die mit Zustimmung aller Beteiligten als verbindlich erklärt werden können;
- d) entscheidet mit Zustimmung der Standortkantone, welche Vollzugseinrichtungen als Konkordatsanstalten gemeinsame Vollzugs-

- aufgaben erfüllen, und plant das notwendige Angebot an Vollzugsplätzen;
- e) legt die Kostgelder für die Konkordatsanstalten fest;
 - f) kann privat geführten Einrichtungen die Bewilligung erteilen, Strafen in Form der Halbgefängenschaft und des Arbeitsexternats, stationäre Behandlungen von psychisch gestörten und von Suchtstoffen oder in anderer Weise abhängigen Tätern, Massnahmen für junge Erwachsene sowie Sanktionen des Jugendstrafgesetzes zu vollziehen;
 - g) nimmt Stellung zu Gesetzesvorlagen oder Berichten des Bundes oder zu internationalen Verträgen oder Berichten internationaler Organisationen.

³ Die Strafvollzugskommission tritt mindestens zweimal im Kalenderjahr zusammen. Sie wählt aus ihrer Mitte die Präsidentin oder den Präsidenten und deren Stellvertretung. Entscheide werden mit einfachem Stimmennmehr getroffen. Jeder Kanton hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit steht der Präsidentin oder dem Präsidenten der Stichentscheid zu. Im Übrigen ordnet die Strafvollzugskommission ihr Verfahren selbst.

Art. 3

Zentralstelle

¹ Die Strafvollzugskommission bestellt als vollziehendes Organ die Zentralstelle. Diese besteht aus dem Konkordatssekretariat als Leitung sowie je einer Vertretung der Fachkonferenzen der Anstaltsleiter, der Einweisungs- und Vollzugsbehörden sowie der Bewährungshilfe.

² Die Zentralstelle:

- a) erkennt und analysiert kantonsübergreifende Entwicklungen im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs, stellt der Strafvollzugskommission Antrag und vollzieht deren Beschlüsse;
- b) stellt die Vernetzung unter den Konkordatsgremien sicher;
- c) nimmt Anträge der Fachkonferenzen auf und bearbeitet sie;
- d) fördert die Zusammenarbeit zwischen den Konkordaten;
- e) stellt den Kantonen Angaben zu, die diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen, und gibt Empfehlungen über die Anwendung und Auslegung des Konkordats und der Richtlinien ab.

³ Im Übrigen regelt die Strafvollzugskommission Aufgaben und Organisation der Zentralstelle mit Reglement.

Art. 4

Sekretariat

¹ Die Strafvollzugskommission bestimmt das Konkordatssekretariat.

² Das Konkordatssekretariat:

- a) leitet die Zentralstelle und nimmt nach Möglichkeit an den Sitzungen der Fachkonferenzen teil;
- b) bereitet die Sitzungen der Strafvollzugskommission vor;

- c) orientiert die Kantone über wichtige Neuerungen im Vollzugsbereich, berät sie in einzelnen Vollzugsfällen und gibt im Interesse einer gleichmässigen Belegung der Konkordatsanstalten Empfehlungen ab;
- d) führt alle Aufgaben aus, die nicht einem anderen Organ zugewiesen sind.

³ Die Kosten des Konkordatssekretariates tragen die beteiligten Kantone im Verhältnis der Einwohnerzahl gemäss der jeweils letzten eidgenössischen Volkszählung. Die Strafvollzugskommission kann einen Grundbeitrag festlegen.

Art. 5

¹ Es bestehen Fachkonferenzen der:

Fachkonferenzen

- a) Anstaltsleiter;
- b) Einweisungs- und Vollzugsbehörden;
- c) Bewährungshilfe.

² Die Fachkonferenzen dienen dem interkantonalen fachspezifischen Erfahrungs- und Informationsaustausch. Sie erkennen Entwicklungen und Tendenzen im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzuges sowie des Anstalts- und Gefängniswesens und stellen der Zentralstelle Antrag zuhanden der Strafvollzugskommission.

³ Sie ordnen ihr Verfahren selbst.

Art. 6

¹ Die Strafvollzugskommission bestellt eine Fachkommission aus Vertretungen der Strafverfolgungsbehörden, der Vollzugsbehörden und der Psychiatrie zur Überprüfung der Gemeingefährlichkeit von Straftätern und Straftäterinnen und bezeichnet den Vorsitz.

Fachkommission zur Überprüfung der Gemeingefährlichkeit

² Die Fachkommission beurteilt auf Antrag des für den Vollzug zuständigen Kantons die Gefährlichkeit von Straftätern und Straftäterinnen und gibt Empfehlungen ab:

- a) in den vom Bundesrecht vorgeschriebenen Fällen;
- b) falls die Gemeingefährlichkeit eines Straftäters oder einer Straftäterin von der Vollzugsbehörde nicht eindeutig beantwortet werden kann, Zweifel hinsichtlich der zu treffenden Massnahme bestehen oder trotz Bejahung der Gemeingefährlichkeit eine Vollzugslockerung in Erwägung gezogen wird.

³ Im Übrigen regelt die Strafvollzugskommission Aufgaben und Organisation der Fachkommission mit Reglement. Die Kosten der Beurteilung trägt der für den Vollzug zuständige Kanton.

III. Konkordatsanstalten

Art. 7

Aufteilung der
Vollzugsaufgaben

¹ Die beteiligten Kantone verpflichten sich unter dem Vorbehalt der Bewilligung der erforderlichen Kredite durch die nach kantonalem Recht zuständigen Instanzen folgende Vollzugseinrichtungen für den gemeinsamen Vollzug der Freiheitsstrafen, der freiheitsentziehenden Massnahmen sowie der Unterbringung von Jugendlichen und des jugendstrafrechtlichen Freiheitsentzugs bereitzustellen, auszubauen und zu führen:

| | |
|------------------------|---|
| Kanton Zürich | Strafanstalt Pöschwies (geschlossener Vollzug) Zweigstellen der Strafanstalt Pöschwies (offener Vollzug) Massnahmenzentrum Uitikon (Massnahmen für junge Erwachsene sowie Schutzmassnahmen und Freiheitsentzug für Jugendliche) |
| Kanton Appenzell A.Rh. | Strafanstalt Gmünden (offener Vollzug) |
| Kanton St.Gallen | Strafanstalt Saxerriet (offener Vollzug) Massnahmenzentrum Bitzi (Massnahmenvollzug, insbesondere Behandlung von psychischen Störungen und Suchtbehandlung) |
| Kanton Graubünden | Strafanstalt Sennhof (geschlossener Vollzug) Anstalt Realta (offener Vollzug) |
| Kanton Thurgau | Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Kalchrain (Massnahmen für junge Erwachsene sowie Schutzmassnahmen und Freiheitsentzug für Jugendliche) |

² Die Strafvollzugskommission kann auf Antrag des Standortkantons weiteren Vollzugseinrichtungen gemeinsame Vollzugsaufgaben übertragen, sofern die Vollzugseinrichtung die in diesem Konkordat und den Richtlinien aufgestellten Anforderungen und Regeln einhält.

³ Über die Änderung der Zweckbestimmung einer Konkordatsanstalt oder deren Entbindung von gemeinsamen Vollzugsaufgaben entscheidet die Strafvollzugskommission auf Antrag des Standortkantons.

Art. 8

Personal

Damit der gesetzliche Vollzugsauftrag erfüllt und die Vollzugsgrundsätze eingehalten werden können, sorgen die beteiligten Kantone für:

- a) die Anstellung einer ausreichenden Zahl geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Vollzugseinrichtungen;
- b) die gemeinsame Aus-, Fort- und Weiterbildung des Personals.

IV. Durchführung der Vollzüge

Art. 9

¹ Die beteiligten Kantone verpflichten sich, die von ihnen zu vollziehenden Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen in den Konkordatsanstalten zu vollziehen. Grundsatz

² Der Vollzug richtet sich nach den Vorschriften für die einzelnen Vollzugseinrichtungen. Sie werden von dem Kanton erlassen, der die Vollzugseinrichtung führt. Sie sind von der Strafvollzugskommission zu genehmigen.

³ Vorbehalten bleiben:

- a) der Vollzug von Freiheitsstrafen in einem Gefängnis des für den Vollzug zuständigen Kantons, wenn die betroffene Person aus zeitlichen oder persönlichen Gründen nicht in eine Konkordatsanstalt eingewiesen werden kann;
- b) der Vollzug in Form der Halbgefangenschaft oder im Rahmen des Wohn- und Arbeitsexternats;
- c) die Abtretung des Vollzugs an einen Kanton, der dem Konkordat nicht angehört;
- d) die Einweisung in eine Vollzugseinrichtung ausserhalb des Konkordats im Einzelfall aus Sicherheitsgründen, zur Optimierung der Insassenzusammensetzung oder wenn die Wiedereingliederung auf Grund der Beschäftigungs- oder Ausbildungssituation oder mit Rücksicht auf das familiäre Umfeld dadurch erleichtert wird. Soweit der einweisende Kanton für Entscheide zuständig ist, wendet er dieses Konkordat und die Richtlinien der Strafvollzugskommission an.

Art. 10

¹ Der einweisende Kanton: Zuständigkeit

- a) bestimmt im Einzelfall die geeignete Vollzugseinrichtung;
- b) koordiniert die Planung des gesamten Vollzugs einschliesslich der Probezeit nach der Entlassung aus der Vollzugseinrichtung; er stellt der Vollzugseinrichtung, der Bewährungshilfe und den anderen am Vollzug beteiligten Stellen die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Informationen und Unterlagen zu;
- c) entscheidet über Vollzugsöffnungen wie die Bewilligung von Urlaub, die Verlegung in den offenen Vollzug, den Vollzug in Form des Arbeits- sowie des Wohn- und Arbeitsexternats, die bedingte Entlassung sowie die Unterbrechung des Vollzugs. Er kann die Kompetenz für die Bewilligung von Urlaub sowie des Wohn- und Arbeitsexternats der Leitung der Vollzugseinrichtung delegieren.

² Die Vollzugseinrichtung:

1. übernimmt die zugewiesenen Personen im Rahmen ihrer Aufnahmefähigkeit und entlässt sie nach den Anordnungen des einweisenden Kantons;
2. erstellt innerhalb der Vorgaben des einweisenden Kantons zusammen mit der eingewiesenen Person den Vollzugsplan;
3. bezieht die Bewährungshilfe oder Fachstellen bei Bedarf mit ein, insbesondere bei der Vorbereitung der Entlassung;
4. erstattet dem einweisenden Kanton Bericht, wenn er es verlangt, bei besonderen Vorkommnissen wie schweren Disziplinarverstössen, Unfall oder Tod der eingewiesenen Person und mit der Überweisung von Gesuchten.

Art. 11

Vollzugsplan

¹ Der Vollzugsplan ist ein Planungsinstrument zur Konkretisierung der Vollzugsziele im Einzelfall. Er nennt die Massnahmen sowie pädagogischen und therapeutischen Mittel, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen.

² Je nach Dauer des Aufenthalts in der Vollzugseinrichtung und den zu erwartenden Lebensverhältnissen nach der Entlassung enthält er Angaben über die notwendige Betreuung und den Therapiebedarf, die Arbeit, die schulische und berufliche Aus- und Weiterbildung, die Wiedergutmachung, die Beziehungen zur Aussenwelt sowie die Vorbereitung der Entlassung. Der Vollzugsplan wird periodisch überprüft und bei Bedarf angepasst.

Art. 12

Versetzung

¹ Erweist sich die eingewiesene Person für den Vollzug in der bezeichneten Vollzugseinrichtung als ungeeignet, verursacht ihr Verhalten derartige Schwierigkeiten, dass sie nicht mehr tragbar ist, oder kann die Sanktion aus gesundheitlichen Gründen nicht weiter vollzogen werden, beantragt die Leitung der Vollzugseinrichtung dem einweisenden Kanton die Versetzung. Bei Uneinigkeit vermittelt das Konkordatssekretariat.

² Bei Versetzung werden die Vollzugsakten einschliesslich Vollzugsplan und Bericht über den Stand der Umsetzung der neuen Vollzugseinrichtung weitergeleitet.

Art. 13

Vollzugskosten

¹ Der einweisende Kanton vergütet dem vollziehenden Kanton die Vollzugskosten sowie die Auslagen für Einlieferung und Entlassung. Der Rückgriff auf andere Zahlungspflichtige bleibt dem einweisenden Kanton vorbehalten.

² Die Strafvollzugskommission legt die Höhe des Kostgeldes unter Berücksichtigung der Aufgaben der einzelnen Vollzugseinrichtungen fest und bestimmt, welche Leistungen mit dem Kostgeld abgegolten werden.

Sie legt Minimalstandards fest, die erfüllt sein müssen, damit das entsprechende Kostgeld verlangt werden kann.

Art. 14

Die eingewiesene Person:

- a) bezahlt persönliche Anschaffungen, insbesondere Raucherwaren, Genussmittel, Toilettenartikel und Zeitungsabonnemente, die Urlaubskosten sowie die Gebühren für die Benützung von Radio-, Fernseh- und Telefonanlagen zulasten ihres Arbeitsentgeltes;
- b) wird an den Kosten der Halbgefängenschaft, des Arbeitsexternats sowie des Wohn- und Arbeitsexternats angemessen beteiligt;
- c) trägt die Kosten für Sozialversicherungsbeiträge, besondere Weiterbildungsmaßnahmen und die Heimschaffung, soweit es ihr möglich und zumutbar ist.

Kostenbeteiligung

V. Schlussbestimmungen

Art. 15

¹ Die Strafvollzugskommission trifft die notwendigen Vereinbarungen mit andern Konkordaten, insbesondere in Bezug auf die Unterbringung von Frauen und von kranken Gefangenen.

Vereinbarungen mit andern Konkordaten und Kantonen

² Generelle Vereinbarungen einzelner Kantone mit anderen Kantonen oder Konkordaten bedürfen der Genehmigung der Strafvollzugskommission.

Art. 16

¹ Jeder Kanton kann unter Beachtung einer fünfjährigen Frist auf Ende eines Kalenderjahres durch schriftliche Erklärung vom Konkordat zurücktreten.

Kündigung

² Die verbleibenden Kantone teilen die Vollzugsaufgaben soweit nötig neu auf.

Art. 17

Die Vereinbarung vom 31. März 1976 wird aufgehoben.

Aufhebung der bisherigen Vereinbarung

Art. 18

Die Strafvollzugskommission bestimmt das In-Kraft-Treten dieses Konkordats.

In-Kraft-Treten

Lescha davart la procedura penala (PP)

midada dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 al. 1 da la constituziun chantunala, suenter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals 10 da schaner 2006,

concluda:

I.

La lescha davart la procedura penala (PP) dals 8 da zercladur 1958 vegn midada sco suonda:

Art. 4

¹ Sch'in causal penal dal dretg chantunal vertent vegn smanatschà cun **arrest**, sto **quest arrest** vegnir remplazzà tras ina **multa**. (...)

² La summa maximala da la multa importa **10 000** francs, sch'i n'è betg fixà expressivamain in'otra summa maximala.

³ **aboli**

Art. 5 al. 1 e 2

¹ Il cussegl grond e la **regenza** han il dretg da smanatschar cun multa (...) en cas da cuntravenziuns cunter **lur relaschs** (...).

² **aboli**

Art. 7 al. 2 e 3

² Las disposiziuns generalas che valan per il dretg penal chantunal (art. 1 – 6) vegnan applitgadas conform al senn er per las disposiziuns penalas da las vischnancas. (...)

³ Sch'in causal penal dal dretg penal communal vegn smanatschà cun **arrest**, sto **quest arrest** vegnir remplazzà tras ina **multa**. (...)

Art. 8

aboli

Art. 9 al. 1

¹ Tgi che negligescha – cuntrari a sia obligaziun – persunas ch'èn affidadas ad el, vegn chastià (...) cun multa, sch'il delict na tutga betg als artitgels 136, 217 u 219 CP.

Art. 11

Tgi che sutterra, brischa u fa svanir ina bara u parts d'ina tala senza annunziar a l'autorità, vegn (...) chastià cun multa, premess ch'i na saja betg avant maun in act che vegn smanatschà cun in chasti **pli** grev.

Art. 12

Tgi ch'engola laina betg preparada, fritgs da furs u dad ierts da pitschna valur, vegn – sin proposta – chastià (...) cun multa.

Art. 13 al. 3 e 4

³ vegn chastià (...) cun multa.

⁴ **aboli**

Art. 15

Tgi che maina discours obscens en la preschientscha da giuvenils sut sesch onns, vegn chastià (...) cun multa.

Art. 17 al. 1

¹ Tgi che na tegn betg a ferm en moda suffizienta in animal selvadi u nausch, vegn chastià (...) cun multa.

Art. 18 al. 3

³ vegn chastià (...) cun multa.

Art. 19 al. 2 e 5

² tgi che surlascha tals objects a persunas betg cumplainamain **responsablas** u a giuvenils sut deschedotg onns senza als survegliar conform a l'obligaziun,

⁵ vegn chastià (...) cun multa.

Art. 20

aboli

Art. 21 al. 3

³ vegn chastià (...) cun multa.

Art. 22 al. 3 e 5

³ vegn chastia (...) cun multa, premiss che l'act na vegnia betg smanatschà cun in chasti pli grev tenor autras prescripziuns.

⁵ **aboli**

Art. 23 al. 3

³ vegn chastia (...) cun multa.

Art. 24 al. 3

³ vegn chastia (...) cun multa.

Art. 25

Tgi che na suonda intenziunadamain betg l'ordinaziun u il cumond ch'in emploià da polizia relascha entaifer sias cumpetenzas, vegn chastia (...) cun multa.

Art. 26 al. 3

³ vegn chastia (...) cun multa.

Art. 27

Tgi che allontanescha, stgarpa davent, sfigurescha u tschufrogna cun m-lart publicaziuns uffizialas exponidas publicamain u placats affischads cun ina permissiun uffiziala, vegn chastia (...) cun multa.

Art. 28

Tgi che impedescha intenziunadamain u renda intenziunadamain inefficazia la surveglianza uffiziala, ordinada cun vigur legala, sur dal provvedimento da malsauns, da malsauns da spiert, d'uffants u d'autras personas b-segnusas, vegn chastia (...) cun multa.

Art. 29

Tgi che chaschuna inquietezza, tema u sgarschur tar la populaziun tras faussas novitads, tras clom da fieu senza motiv e.u.v., vegn chastia (...) cun multa.

Art. 30

¹ **aboli**

² **Tgi** che alarmescha spirituals e personas medicinalas (medis, veterinaris, apotechers, spendreras) tras infurmaziuns sapientivamain faussas, **vegn chastia cun multa.**

³ **aboli**

Art. 31

Tgi che disturba u mulesta per nauschezza u da levsenn ina terza persuna en moda massiva, senza ch'in causal ch'è suttamess ad in chasti pli grev saja adempli tras quai, vegn chastià (...) cun multa.

Art. 32

¹ Tgi che violescha publicamain ed en moda massiva la morala e la creanza u tgi che chaschuna canera nunnecessaria, vegn chastià (...) cun multa.

² **aboli**

Art. 33 al. 1

¹ Tgi che tartogna per nauschezza u da levsenn chaussas publicas u proprietad privata estra, vegn chastià (...) cun multa, premess ch'i na sa tractia betg da donn material (art. 144 CP).

Art. 34

Tgi che agescha illegalmain sur sasez, evitond l'agid uffizial, per far valair in dretg real u presuntiv, vegn – sin proposta – chastià (...) cun multa.

Art. 35

¹ Tgi che va a rugar sco mitschafadias u per negligentscha, tgi che intimescha uffants u persunas en sia dependenza dad ir a rugar, **vegn chastià cun multa.**

² **aboli**

³ **aboli**

⁴ **aboli**

Art. 36

Abus da l'agid da sustegn

¹ Tgi che surdovra l'agid da sustegn public u l'agid da sustegn d'utilidad publica, en spezial per consumar en moda excessiva bavrondas alcoholicas, vegn chastià cun **multa.**

² **aboli**

Art. 37 al. 1

¹ Tgi che surmaina u promova – exequind ses mastergn – ina persuna da consumar alcohol en moda excessiva, schebain ch'el sa u duess savair che quella persuna u sia famiglia vegn periclitada grevmain tras quai, vegn chastià (...) cun multa.

Art. 38

aboli

Vendita da bavrondas alcoholicas a sturns

Art. 39

Tgi che dovra **sustegn** e na suonda betg las directivas (...) ch'el ha survegnì sin basa da la **lescha** chantunala **da sustegn**, vegn (...) chastià cun multa.

Renitenza da
persunas che
dovran sustegn

Art. 40

Tgi che surpassa las prescripziuns e disposiziuns relaschadas dal chantun u da las vischnancas per la protecziun da la natira, da la patria e da l'ambient u per il mantegniment d'antiquitads u da funtaunas mineralas, vegn chastià (...) cun multa.

Art. 41

Tgi che tshertga publicamain aderents per ina cuminanza religiosa che na sa cunfa betg cun ils princips da l'urden public e da la morala publica u tgi che cuntinuescha cun la propaganda vers ina tsherta persuna malgrà l'admoniziun tras il president cirquital, vegn (...) chastià cun multa.

Art. 43 al. 2

² En la procedura cunter (...) giuvenils valan las disposiziuns spezialas davart la giurisdicziun penala per giuvenils.

Art. 45 al. 1

¹ La dretgira chantunala giuditgescha **ils cas d'appellaziun che vegnan attribuids ad ella tras questa lescha en la procedura da meds legals.**

Art. 46

¹ La giunta da la dretgira chantunala giuditgescha **ils cas d'appellaziun che vegnan attribuids ad ella tras questa lescha en la procedura da meds legals.**

² **aboli**

Art. 46a

¹ **Il president da la dretgira chantunala ademplescha las incumbensas spezialas che vegnan attribuidas ad el.**

² **aboli**

Art. 47

La dretgira districtuala giuditgescha:

- a) **tut ils crims che vegnan smanatschads cun in chasti che privescha da la libertad da passa tshintg onns;**
- b) **ils crims e delicts cunter il stadi e la defensiun naziunala (art. 265 – 278 CP) sco er ils delicts cunter la voluntad dal pievel (art. 279**

- 283 CP), uschenavant che quels n'èn betg suttaless a la giurisdicziun federala (art. 336 CP);
- c) ils crims e delicts ch'èn vegnids commess da commembers da la regenza, da la dretgira chantunala u da la dretgira administrativa exercitond lur funcziuns uffizialas (art. 67);
- d) plants pervi da violaziun da l'onur da commembers da la regenza, da la dretgira chantunala e da la dretgira administrativa che sa refereschan a lur funcziuns uffizialas.

Art. 48

La giunta da la dretgira districtuala giuditgescha:

- a) **ils crims che vegnan smanatschads cun in chasti che privescha da la libertad fin tschintg onns;**
- b) **ils delicts che vegnan smanatschads cun in chasti che privescha da la libertad fin trais onns u cun ina multa;**
- c) **ils surpassaments da leschas federalas fiscalas u d'autras leschas federalas che vegnan giuditgads davant dretgira;**
- d) **surpassaments tenor l'artitgel 49 alinea 1 litera b en la procedura da protesta.**

Art. 49 al. 1 lit. a ed al. 2

¹ Igl è chausa dal president cirquital en la procedura da mandat penal:

- a) da giuditgar cas levs da **crims e delicts (...)**, cun excepziun da delicts cunter l'onur e da la concorrenza illoiala e **la responsabilidad da l'interpresa (...)**, sche
- l'inculpà ha renconuschì il causal objectiv en ina interrogaziun en scrit,
 - las premissas per ina mesira en il senn dals artitgels **59, 60, 61 e 64 CP** n'èn betg dadas e
 - i vegn en dumonda in chasti che privescha da la libertad fin sis mais, ina multa fin **180 taxas per di u lavur d'utilitad publica fin 720 uras u** la colliaziun da quests chastis;

² El è plinavant competent per decisziuns davart la cauziun preventiva tenor l'artitgel **66 CP**.

Art. 50

¹ Las autoritads administrativas giuditgeschan ils causals penals che vegnan attribuids ad ellas tras la legislaziun speziala chantunala, premess ch'i na vegnia betg en dumonda **in chasti che privescha da la libertad u ina multa**.

² Sche l'autorità administrativa è da l'avis che las premissas per decretar **in chasti che privescha da la libertad u ina multa** sajan dadas, assegna ella las actas a la procura publica per laschar introducir la procedura giudiziala.

Art. 51

Tut ils acts chastiables da (...) giuvenils vegnan giuditgads da las autoritads giudizialas per giuvenils tenor las disposiziuns spezialas davart la giurisdicziun penala per giuvenils (art. 197 – 226). Excepids da quai èn acts chastiables da giuvenils **da passa 15 onns** en il senn da l'artitgel 50.

Art. 53 al. 2

² En cas d'acts chastiables che vegnan persequitads d'ina autoritad administrativa sco er da plants pervi da violaziun da l'onur (...) u pervi da concorrenza illoiala vegen la procedura adina fatga en moda separada.

Art. 54 al. 1

¹ Las disposiziuns dal cudesch penal davart la cumpetenza locala (art. 340 – 344) valan conform al senn er per persequitar ils acts chastiables dal dretg chantunal.

Art. 59

Ils organs chantunals da la procedura penala èn obligads da prestar assistenza giudiziala in a l'auter. Las disposiziuns davart l'obligaziun da l'assistenza giudiziala vers la confederaziun e tranter ils chantuns (art. 356 CP) vegnan applitgadas conform al senn er entaifer il chantun.

Art. 61 al. 1

¹ Uschenavant ch'il contact direct d'ina autoritad a l'autra n'è betg previs tras il dretg federal u tras in contract internaziunal, vegnan las dumondas internaziunales per l'assistenza giudiziala intermediadas dal **departament superiur** che decida en cas da dubi er davart il tractament da quellas dumondas.

Art. 62

aboli

Art. 65b al. 2

² Cuntravenziuns cunter questa obligaziun pon vegnir chastiadadas dal procuratur public en la procedura d'inquisiziun, dal president da la dretgira – cun resalva da l'artitgel 108 alinea 3 – en la procedura giudiziala cun ina reprimanda u cun ina multa disciplinara fin **1 000 francs**.

Art. 67 al. 1

¹ Ils commembers dal cussegl grond **e da la regenza** na pon betg vegnir persequitads penalmain pervi da lur remartgas en il cussegl ed en sias commissiuns.

Art. 70 al. 1 e 4

¹ Sch'in act è chastiabel mo sin proposta, vegn la persecuziun penala iniziada pir, cur ch'igl è avant maun in plant penal formal da la persuna cun il dretg da purtar plant tenor l'artitgel **30 CP**. Tgi che inoltescha ina denunzia penala, sto – en cas da delicts persecitads sin proposta – vegnir fatg attent a questa pretensium. En cas da dubi pon vegnir prendidas mesiras urgentas gia avant.

⁴ Sch'in plant penal vegn retratg, sto ina disposiziun da sistida vegnir tramessa a tut ils inculpads, fixond in termin da 20 dis, entaifer il qual ils inculpads pon recurrer cunter la retratga en il senn da l'artitgel **33** alinea 4 CP. Il recurs sto vegnir inoltrà en scrit tar quel uffizi che ha relaschè la disposiziun da sistida.

Art. 74a al. 1 lit. a ed al. 2

¹ Il procuratur public ed ils organs d'inquisiziun ston prender recusaziun:

a) sch'els sezs, lur conjugal, **lur partenari registrà**, lur quinà u spus, **ina persuna, cun la quala els mainan facticamain ina communitad da vita**, lur parents u quinads fin al terz grad èn inculpads u donnegiads;

² Sch'igl existan dubis davart l'obligaziun da prender recusaziun, decida definitivamain il **departament superiur** en cas dal procuratur public, il procuratur public en cas d'organs d'inquisiziun.

Art. 77 al. 5

⁵ Sin dumonda sto il schef dal **departament superiur** vegnir infurmà davart il stadi d'ina inquisiziun.

Art. 81 al. 2

Denunzias senza motiv e desister da la persecuziun penala

² **Medemamain po il procuratur public refuser d'iniziar ina inquisiziun penala, sche las premissas dals artitgels 52, 53 u 54 CP èn ademplitas.**

Art. 82 al. 1

¹ Sche l'inquisitur vegn a la conclusiun sin basa da sias retschertgas ch'i na saja betg cumprovà suffizientamain ch'in causal penal saja avant maun u che la surannaziun da la persecuziun penala haja cumenzà, che l'inculpà saja mort **u ch'i sajan ademplitas las premissas tenor ils artitgels 52, 53 u 54 CP**, relascha l'inquisitur ina disposiziun da sistida motivada.

Art. 86c

¹ **La decisiun davart l'examinaziun uffiziala da l'arrest** po vegnir contestada **da l'arrestà u da la procura publica** cun il recurs tenor ils artitgels 137 s. tar la chombra da recurs da la dretgira chantunala.

² **Decisiuns dal derschader d'arrest davart la relaschada da l'arrest u davart mesiras substitutivas pon vegnir contestadas en la medema moda, sche l'arrest u la mesira ha durà passa trais mais.**

³ **alineia 2 d'enfin uss**

Art. 87 al. 4

⁴ Las deposiziuns ston per regla vegnir protocolladas en ina lingua naziunala che l'interrogà chapescha, conform a l'artitgel 3 da la constituziun chantunala. Per interrogar persunas da lingua estra po l'inquisitur procurar translatur che ston vegnir admonids a la vardad en il senn da l'artitgel 307 CP e che ston medemamain suttascriver il protocol per confermar la correctadad da la translaziun.

Art. 90 al. 1

¹ Il conjugal, il **partenari registrà** u il spus da l'inculpà, **la persuna, cun la quala el maina facticamain ina communidad da vita, sco er** ses parents consanguins, ses parents adoptivs, ses parents d'ina vart u ses quinsads fin e cun il terz grad pon refusar da dar perditga.

Art. 95 al. 4

⁴ L'inquisitur è autorisà da laschar survegliar il traffic da banca, da posta e da telecomunicaziun, **d'ordinar l'acziun d'agents secrets e da mesiras da surveglianza tecnicas en il senn dals artitgels 179^{bis} ss. CP** e d'ordinar confiscaziuns. Las premissas e la procedura sa drizzan tenor il dretg federal. Il president da la dretgira chantunala è l'autorità d'approvaziun en il senn dal dretg federal. **El è er l'autorità giudiziala en il senn da l'artitgel 7 alineia 3 da la lescha davart ils profils dal DNA.**

Art. 97 al. 4

⁴ Il dretg dal donnegià da prender invista po vegnir restrenschi a quellas actas ch'èn impurtantas per far valair pretensiuns civilas u per far recurs cunter ina disposiziun da sistida. L'artitgel 171 PC resta resalvà.

Art. 98 al. 2 lit. f)

f) ils eventualas plants d'adesiun.

Art. 99

Sch'il procuratur public è da l'avis ch'i stoppian vegnir prendidas mesiras vers in autur dal delict **ch'è penalmain irresponsabel**, assegna el las actas d'inquisiziun cun ina proposta correspondent a la dretgira cumpetenta.

Procedura en cas d'**irresponsabladad penala** da l'autur dal delict

Art. 100 al. 1 e 2

¹ Il procuratur public ha il dretg da represchentar l'accusaziun davant tut las dretgiras. **El po incumbensar in inquisitur per quest intent.**

² **L'accusaziun vegn represchentada a bucca**, sche la procura publica u sch'il president da la dretgira considereschan quai sco necessari.

Art. 102 al. 1 lit. b)

b) sche l'accusaziun propona in chasti che privescha da la libertad da passa **duos onns** u ina mesira en il senn dals artitgels **59, 60, 61 e 64 CP** u

Art. 108 al. 3

³ La dretgira po chastiar cuntravenziuns cunter questas prescripziuns cun ina multa disciplinara fin 1 000 francs (...).

Art. 121

Mesiras cunter
persunas **penal-**
main irrespon-
sablas

Sch'il procuratur public propona mesiras cunter in autur dal delict **penal-main irresponsabel** e sche quel n'ha betg procurà per in defensur privat, al nominescha il president in defensur uffizial.

Art. 122 al. 2

² Sche l'accusaziun sa referescha ad in delict u ad in crim e sch'i vegn proponi in **chasti che privescha da la libertad da main che sis mais, ina multa fin 180 taxas per di u lavur d'utilitad publica fin 720 uras** u ina colliaziun da quests chastis (...), po l'atgisà – sin dumonda en scrit – vegnir dispensà tras il president da la dretgira da sa preschentar personalmain a la tractativa principala. Sch'in atgisà ch'è vegni cità correctamain na cumpara betg a la tractativa principala, senza ch'el saja vegni dispensà, decida la dretgira, sch'il cas duaja tuttina vegnir giuditgà u sche l'atgisà duaja vegnir preschentà.

Art. 125 al. 3

³ Tgi che stat davant dretgira sco atgisà, sto vegnir ubain sentenzià ubain acquittà. Resalvada resta la suspensiun tenor l'artitgel 118 sco er la sistida da la procedura, sche la sentenza sa mussa sco inadmissibla per motivs processuals **u sche las premissas tenor ils artitgels 52, 53 u 54 CP èn ademplidas.**

Art. 127 al. 1

¹ En la sesida publica vegn communitgada la sentenza a las **persunas participadas a la procedura** en il dispositiv ed a bucca inditgond las ponderaziuns essenzialas. Da questa regla dastga vegnir divergià mo en cas excepziunals **sunter avair tadlà las persunas participadas a la pro-**

cedura sin basa d'ina decisiun giudiziala. La sentenza sto en mintga cas vegnir communitgada en scrit en il dispositiv, e quai entaifer 48 uras dapi ch'ella è vegnida pronunziada u dapi ch'ella è vegnida communitgada a bucca.

Art. 128 al. 1 lit. d) ed al. 2 fin 4

¹ La sentenza che sto vegnir redigida en scrit sto cuntegnair:

d) la sentenza (sentenzia da culpaivladad e sentenzia penala respectiva-main acquittament, eventualas (...) mesiras, decisiun davart eventualas pretensiuns civilas, adossament dals custs da procedura e d'execu-ziun, indicaziun dals meds legals e comunicaziun);

² Las dretgiras districtualas e lur giunta pon pronunziar ina sentenzia preschentond ils fatgs senza ils motivs da la decisiun, sche l'atgisà ha laschè valair ils fatgs ch'al vegnan rinfatschads en l'acta d'accusa-ziun e sch'i vegn decidì en il senn dals causals accusads. L'atgisà, il procuratur public u l'atgisader d'adesiun po pretender ina sentenzia motivada complettamain, e quai entaifer 20 dis dapi che la sentenzia è vegnida communitgada en scrit. Sch'i na vegn betg pretendida ina motivaziun en scrit entaifer quest termin, va la sentenzia en vigur legala.

³ En la procedura cunter absents (art. 123) sto adina vegnir relaschada ina sentenzia motivada complettamain.

⁴ Sche mo l'atgisader d'adesiun pretenda ina motivaziun completa, po la motivaziun sa restrenscher a las ponderaziuns che stattan en connex cun sias pretensiuns.

Art. 128a al. 2

² Ils termins per ils meds legals cumenzan pir a partir da la consegna da la sentenzia (...) en scrit. Sch'i vegn pretendì ina motivaziun en scrit tenor l'artitgel 128 alinea 2, vegn la vigur legala suspendida, ed il termin per ils meds legals cumenza pir a partir da la consegna da la sentenzia motivada.

Art. 133 al. 1

¹ Cunter decisiuns da las dretgiras districtualas e da lur giunta davart plants d'adesiun po vegnir recurri cun appellaziun (art. 141 – 146) tar l'**instanza d'appellaziun** che decida en chausa senza che las partidas cumparian.

Art. 141

¹ Cunter sentenzias e conclus da las dretgiras districtualas pon il sentenzià ed il procuratur public appellar tar la dretgira chantunala.

² Cunter sentenzias e cunter conclus da las giuntas da las dretgiras districtualas sco er cunter disposiziuns dals presidents da las dretgiras districtualas e dals presidents circuitals (cun excepziun d'acts d'inquiziun, da disposiziuns processualdirectivas e da mandats penals) pon il sentenzià ed il procuratur public appellar tar la giunta da la dretgira chantunala.

³ Cunter conclus da la regenza, dals departaments chantunals e d'austras instanzas chantunals sin il champ dal dretg penal, dal dretg penal accessori e dal dretg penal amministrativ pon il sentenzià, la vittima ed il procuratur public appellar tar la giunta da la dretgira chantunala tenor ils artitgels 141 ss., sch'in giudicament en ultima istanza è necessari tras ina dretgira chantunala.

⁴ Mintga persuna pertutgada directamain ha il dretg d'appellar cunter decisiuns davart custs da procedura, davart pretensiuns d'indemnisaziun u davart la confiscaziun.

Art. 142 al. 1

¹ L'appellaziun sto vegnir inoltrada a l'istanza d'appellaziun entaifer 20 dis dapi che la decisiun è vegnida communitgada en scrit, e quai en trais exemplars cun agiuntar la decisiun contestada. L'appellaziun sto vegnir motivada e sto cumprovar, tge mancanzas da la decisiun d'emprima istanza u da la procedura giudiziala che vegnan attatgadas e sche tut la sentenzia u mo parts da quella vegnan contestadas.

Art. 144 al. 1 e 3

¹ Il president da la dretgira chantunala **fa** uffizialmain u sin proposta ina tractativa d'appellaziun a bucca, sche l'interrogaziun persunala da l'atgisà è essenziala per giuditgar la chausa en disputa.

³ Sch'i n'ha betg lieu ina tractativa d'appellaziun a bucca, prenda l'**istanza d'appellaziun** sia decisiun sin basa da las actas senza che las partidas cumparian.

Art. 145 al. 1, 3 e 4

¹ L'appellaziun u l'appellaziun adesiva po vegnir retratga fin a la fin da la tractativa d'appellaziun (art. 144 al. 1 e 2) respectivamain fin al tractament da l'appellaziun tras l'**istanza d'appellaziun** (art. 144 al. 3). L'appellaziun adesiva scada, sche l'appellaziun vegn retratga u declerada sco inadmissibla.

³ L'**istanza d'appellaziun** po – sin proposta u uffizialmain – cumplettar u repeter la procedura da cumprova en tut ils cas. Sche necessari po ella er suspender la tractativa per laschar cumplettar la retschertga tras la procura publica respectivamain tras il president da la dretgira districtuala.

⁴ **aboli**

Art. 146

¹ **L'istanza d'appellaziun** examinescha libramain la sentenza d'emprima istanza en regard effectiv e giuridic; ella na dastga dentant betg en-grevgiar ils chastis e las mesiras pronunziads en la sentenza contestada, sch'igl è vegnì appellà mo en favur dal sentenzià.

² La sentenza contestada vegn confermada, midada u abolida da **l'istanza d'appellaziun**. Sch'i n'ha betg lieu ina tractativa d'appellaziun a bucca (art. 144 al. 3) e sche las actas na permettan betg ina nova sentenza, vegn il cas rinvià a l'istanza precedenta per giuditgar danovamain. En sia nova decisiun sto l'istanza precedenta sa basar sin las ponderaziuns giuridicas da **l'istanza d'appellaziun**.

³ Sch'i ston vegnir eliminadas violaziuns da la lescha u sche l'egualità giuridica pretenda quai, po **l'istanza d'appellaziun** midar la sentenza contestada er areguard consentenziads che n'han betg appellà; ils chastis e las mesiras pronunziads en la sentenza d'emprima istanza na dastgan dentant betg vegnir engrevgiads.

Art. 154 al. 1 ed al. 3

¹ Ils custs da procedura sa cumponan dals **custs d'inquisiziun** e dals **custs da dretgira**, cun excepziun da las spesas da viadi da la procura publica en la procedura d'inquisiziun, las qualas van a donn e cust dal chantun.

³ **Sch'i vegn desistì d'ina sentenza motivada en scrit (art. 128) vegnan reducids adequatamain la taxa respectivamain ils custs da dretgira.**

Art. 156 al. 1

¹ En cas che l'inquisiziun vegn refusada u sistida, pon ils custs vegnir adossads dal tuttafatg u parzialmain a l'inculpà, sch'el ha chaschunà la procedura tras in cumportament **illegal u culpaivel** u sch'el ha engrevgià l'execuziun da la procedura.

Art. 157

En cas d'in acquittament u d'ina sistida da la procedura po la dretgira adossar ils custs da procedura dal tuttafatg u parzialmain a l'atgisà respectivamain a l'inculpà, sch'el ha chaschunà l'execuziun da l'inquisiziun e da la procedura giudiziala tras ses **cumportament illegal u culpaivel**.

Art. 158 al. 3

³ **Ils custs da l'arrest d'inquisiziun vegnan tractads en medema moda e maniera sco ils custs d'execuziun.**

Art. 160 al. 3 e 4

³ Sch'ina inoltraziun d'in med legal vegn approvada, decida la dretgira davart la repartiziun dals custs tranter **la partida gudagnanta, il chantun, l'emprima istanza e la partida perdenta.**

⁴ L'istanza dals meds legals po attribuir ina indemnisaziun extragiudiziala **a la partida gudagnanta** a donn e cust **da la partida perdenta, da l'istanza precedentia u dal chantun.**

Art. 161 al. 1

¹ Sche l'inculpà vegn acquittà, sche la procedura cunter el vegn sistida u sch'i sa mussa ch'ina mesira repressiva cunter el saja nungiustificada, al sto vegnir attribui – sin sia dumonda – ina indemnisaziun che sto vegnir pajada dal chantun (indemisaziun dal donn, satisfacziun) per dischavantatgs ch'el ha subi pervi da las mesiras d'inquisiziun. L'indemisaziun po vegnir refusada u reducida, sch'el ha chaschunà u engrevgià l'inquisiziun tras in cumportament **illegal u culpaivel.**

Art. 163 al. 2

² Cun il plant sto vegnir pajada ina cauziun da **500 francs.** L'obligaziun da cauziun croda en cas da proceduras tenor l'artitgel 169.

*A. Execuziun da las sentenzias (...)***Art. 181**

Lavur d'utilitad publica, chastis che priveschan da la libertad e mesiras

¹ **En ils cas ch'il cudesch penal deleghescha la cumpetenzza per ordinar acts d'execuziun ad ina dretgira, è cumpetenta la dretgira che ha pronunzià la sentenza d'emprima istanza.**

² **La regenza designescha las autoritads cumpetentas per l'execuziun da lavur d'utilitad publica, da chastis che priveschan da la libertad e da mesiras, uschenavant ch'il cudesch penal u questa lescha na dispona nagut auter.**

³ **aboli**

Art. 182

Multas

¹ Multas crodan – cun resalva d'intents spezialas – a la cassa da las autoritads giudizialas u administrativas cumpetentas en l'emprima istanza. Quellas han er da procurar per l'incassament.

² **En cas da multas ch'èn vegnidas pronunziadas d'ina autoritad administrativa, dispona il president cirquital localmain cumpetent la transfirmaziun en lavur d'utilitad publica u en in chastis subsidiar che privescha da la libertad.**

Art. 183**aboli****Art. 183a**

Cunter disposiziuns executivas u cunter **decisiuns da recurs dal departament (...)** pon il pertutgà ed il procuratur public appellar tenor ils artigels 141 ss. tar la giunta da la dretgira chantunala, sch'in giudicament en ultima istanza tras ina dretgira chantunala è necessari tenor **il dretg surordinà**.

Art. 184**aboli****Art. 185**

La regenza fixescha ils detagls davart l'execuziun da la **reintegrasiun sociala, (...)** da las directivas (...) e da **l'assistenza sociala facultativa durant la procedura penala e durant l'execuziun da chastis e mesiras.**

Reintegrasiun
sociala ed
assistenza

Art. 186 al. 1

¹ Il chantun mantegna **ils instituts necessaris** per exequir chastis che priveschan da la libertad e mesiras. Il cussegl grond procura **en atgna cumpetenzia per la construcziun e per il mantegniment** da quests instituts tenor las prescripziuns dal cudesch penal e da las cunvegns interchantunalas.

Instituts da
l'execuziun da
chastis e mesiras

Art. 187

Sche la dretgira n'ha betg decidi autramain, fixescha la procura publica tge che stoppia succeder cun objects giudizialmain confiscads (...). Il retgav d'ina utilisaziun croda al chantun.

Art. 188

Ils custs d'execuziun dals chastis che priveschan da la libertad van a donn e cust dal chantun. Sentenziads en bunas relaziuns finanzialas **ston** vegnir obligads en la sentenza da sa participar als custs d'execuziun.

Art. 189

¹ Ils custs da l'execuziun da mesiras van a **donn e cust da la vischnanca, en la quala ils pertutgads avevan lur ultim domicil u lur ultima dimora, uschenavant che betg ils pertutgads u terzas persunas na stattan buns per il pajament.** Sentenziads en bunas relaziuns finanzialas pon vegnir obligads en la sentenza da sa participar als custs d'execuziun.

² **aboli**

Art. 190**aboli****Art. 191****aboli****Art. 192**

¹ La transfurmaziun d'ina multa (...) tenor l'artitgel **106 alinea 5 en colliaziun cun l'artitgel 36 alinea 2** CP sto vegnir proponida da l'autorità executiva. Al debitur da la multa sto vegnir dada la pussaivladad da prender posiziun davart la proposta da transfurmaziun. **Il derschader** al po citar a la tractativa.

² **aboli**

³ **aboli**

Art. 193**aboli**Obligaziun
d'annunzia**Art. 194 al. 1**

¹ Il cussegl grond è cumpetent per far grazia en il senn da l'artitgel **381** CP, sch'il sentenzià ha survegni in chasti che privescha da la libertad da passa **duos onns**. En ils ulteriurs cas ha la regenza il dretg da far grazia.

Art. 197 lit. a)

La giurisdicziun penala per giuvenils vegn exequida:

a) **aboli**;**Art. 199 al. 1 fin 3**¹ **aboli**² Il procuratur per giuvenils è **cumpetent per**:

- a) **giuditgar ils acts chastiabels commess da giuvenils, sch'ina reprimanda (art. 22 DPG), ina prestaziun persunala (art. 23 DPG), ina multa (art. 24 DPG), ina privaziun da la libertad fin trais mais (art. 25 DPG) u ina colliaziun da quests chastis (art. 33 DPG) para adequata;**
- b) **ordinar la surveglianza (art. 12 DPG), l'assistenza persunala (art. 13 DPG) ed il tractament ambulat (art. 14 DPG);**
- c) **liberar dal chasti (art. 21 DPG), sistir provisoriain la procedura cun l'intent da la mediaziun, nominar in mediatur u sistir la procedura suenter che la mediaziun ha gi success (art. 8 ed art. 21 al. 3 DPG).**

³ Uschenavant ch'il giudicament da giuvenils tenor il **dretg penal per giuvenils** n'è betg chausa dal procuratur per giuvenils tenor l'alea 2, croda quel en la cumpetenza da la giunta da la dretgira districtuala sco dretgira per giuvenils. (...)

Art. 199a

¹ Sch'il procuratur per giuvenils sistescha provisoriain la procedura cun l'intent da la mediaziun applitgond l'artitgel 8 alinea 1 DPG u sche la dretgira per giuvenils cumpetenta sistescha provisoriain la procedura cun l'intent da la mediaziun applitgond l'artitgel 21 alinea 3 DPG, vegn in'organisaziun u ina persuna adattada per quai incumbensada tras il procuratur per giuvenils resp. tras il president da la dretgira per giuvenils da far ina procedura da mediaziun. L'incumbensa succeda en scrit cun fixar in termin che po vegnir prolungà en cas excepziunals.

Procedura en cas da mediaziun

² La procedura vegn sistida definitivamain, sch'ina cunvegna en scrit è reussida tranter il donnegià ed il giuvenil tras ina mediaziun. En la sistida sto vegnir decidì tgi che porta ils custs da la procedura da mediaziun. Il giuvenil po vegnir obligà da purtar ina part adeguata dals custs.

³ Sche la procedura da mediaziun na maina betg ad ina cunvegna enaifer il termin fixà, cuntinuescha la procedura penala, en la quala sto er vegnir decidì davart ils custs da la procedura da mediaziun betg reussida.

Art. 200

¹ La cumpetenza e la procedura sa drizzan tenor la vegliadetgna il mument che l'act chastiabel è vegnì commess. **Resalvà resta l'artitgel 3 alinea 2 DPG.**

² **aboli**

³ **aboli**

Art. 202

La procedura cunter (...) giuvenils e la procedura penala cunter creschids ston vegnir fatgas en moda separada.

Art. 203

Ils represchentants legals ston vegnir orientads davart l'avertura d'ina inquisiziun penala cunter (...) giuvenils sco er davart las disposiziuns spezialas relaschadas en il decurs da la procedura. Excepziunalmain po l'orientaziun vegnir suspendida, fin ch'il stadi da l'inquisiziun la permetta.

Represchentants legals

Art. 204

Ordinaziun preventiva da mesiras da protecziun ed arrest d'inquisiziun

¹ L'arrest d'inquisiziun cunter giuvenils è admissibel mo excepziunalmain e mo alura, sche l'intent da l'arrest d'inquisiziun na po betg vegnir cuntanschì tras in'ordinaziun preventiva d'ina mesira da protecziun (art. 5 DPG).

² L'arrest d'inquisiziun (art. 6 DPG) vegn ordinà dal derschader d'arrest sin proposta dal procuratur per giuvenils. Las disposiziuns davart l'arrest d'inquisiziun tenor ils artitgels 83 ss. da questa lescha èn applicablas conform al senn.

³ Il procuratur per giuvenils è competent per l'ordinaziun preventiva da mesiras da protecziun.

Art. 205

Cooperaziun dals servetschs socials

Ils organs da la giurisdicziun penala per giuvenils pon engaschar **ils servetschs socials** dal chantun e da las vischnancas per laschar cooperar a l'inquisiziun e per sa laschar cussegliar.

Art. 206

Las personas numnadas en l'artitgel 90 alinea 1 da questa lescha na pon betg far diever dal dretg da refusar da dar perditga, uschenavant che las relaziuns persunalas da (...) giuvenils ston vegnir scleridas. Resalvà resta l'artitgel 90 alineas 2 e 3.

Art. 207 al. 1

¹ Tractativas e comunicaziuns da sentenzias en la procedura penala cunter (...) giuvenils n'èn – **cun resalva da l'artitgel 39 al 2 DPG** – betg publicas.

Art. 208

La procedura cunter (...) giuvenils sto vegnir accelerada il pli pussaivel.

Art. 209 al. 1 e 2

¹ Sch'ìls geniturs u sche **las personas cun la pussanza dals geniturs** han negligi evidentamain lur obligaziun da surveglianza, als pon ils custs da procedura vegnir adossads dal tuttafatg u parzialmain en la decisiun penala.

² Ils pertutgads pon appellar cunter l'imposiziun dals custs (art. (...) 221).

Art. 210

aboli

Art. 211

aboli

Art. 212**aboli****Art. 213****aboli****Art. 214****aboli****Art. 216 al. 2 e 3**² **aboli**

³ Cunter acts d'inquisiziun e cunter l'ordinaziun preventiva da mesiras da protecziun po vegnir recurri en il senn dals artitgels 137 fin 140.

Art. 216a

Applitgond conform al senn las disposiziuns davart la procedura ordinaria (art. 73a – 76c ed art. 102) e l'artitgel 40 DPG han l'inculpà e ses **representants legals** il dretg da procurar per ina persuna adattada sco defensor privat u da pretender la nominaziun d'ina tala persuna sco defensor uffizial.

Art. 217

¹ Sch'il procuratur per giuvenils considerescha – suenter che l'inquisiziun è finida – che las premissas per giuditgar il cas en atgna competenza (art. 199 al. 2) sajan dadas, pronunzia el ina decisiun motivada. **Sch'el sistescha definitivamain la procedura, sto la disposiziun da sistida vegnir approvada dal procuratur public.**

² Per regla communitgescha el sia decisiun a bucca al sentenzià e suenter en scrit **als representants legals** ed al procuratur public. **En cas da giuvenils sut 15 onns po il procuratur per giuvenils excepziunalmain delegar la comunicaziun da la decisiun ad ina persuna adattada.**

Art. 218 al. 2

² Sin basa da la disposiziun d'assegnaziun dal procuratur public fa il procuratur per giuvenils sias propostas tar la giunta da la dretgira districtuala sco dretgira per giuvenils. Avant che questas propostas vegnan tractadas sto la dretgira las communitgar **als representants legals** ed ad in eventual defensor.

Art. 219 al. 2 e 5

² Il procuratur per giuvenils sto represchentar sias propostas a bucca davant dretgira u las motivar en scrit. **Ils representants legals pon en mintga cas sa participar sezs a la tractativa principala.**

⁵ Plants d'adesiun vegnan mo giuditgads a medem temp, sche la pretensiun è reconuschida **dals represchentants legals**.

Art. 220

Decisiun

La decisiun sto vegnir communitgada al giuvenil a bucca en il dispositiv, inditgond las ponderaziuns impurtantas. La decisiun motivada en scrit sto vegnir tramessa entaifer in mais al giuditgà, a ses **represchentants legals**, al defensur, al procuratur per giuvenils ed al procuratur public.

Art. 221 al. 1

Meds legals

¹ Cunter decisiuns da la giunta da la dretgira districtuala sco dretgira per giuvenils pon il giuditgà, ses represchentants legals, il defensur ed il procuratur per giuvenils appellar entaifer ventg dis dapi la comunicaziun en scrit tar la chombra penala per giuvenils.

Art. 222 al. 2

² **Sch'il giuvenil dispona d'ina entrada da gudogn regulara u d'ina facultad, po el vegnir obligà da pajar ina contribuziun adequata als custs da la procedura d'inquisiziun.**

Art. 223

aboli

Art. 224 al. 1 e 2

Giuvenils

¹ **Il post designà da la regenza** exequescha – en cunvegnientscha cun il procuratur per giuvenils – **tut las mesiras da protecciun e tut ils chastis** cunter giuvenils. (...) Per quest intent po el pretender la cooperaziun da l'uffizi chantunal **dal servetsch social**.

² **Cun resalva da l'artitgel 18 alinea 1 segunda frasa DPG è el er competent per midar e per terminar las mesiras tenor ils artitgels 18 e 19 DPG e per la relaschada cundiziunada da la privaziun da la libertad tenor ils artitgels 28 ss. DPG.**

Art. 225

¹ **Avant che ordinar mesiras preventivas da protecciun en il senn da l'artitgel 15 DPG** sto vegnir dada la pussaivladad als geniturs u a l'ulteriur represchentant legal da prender posiziun.

² L'educaziun religiosa na dastga betg vegnir restrenschida tras la **collocaziun**.

Art. 226

Per l'execuziun vegnan dal rest applitgads ils artitgels **181 ss.** da questa lescha e **l'artitgel 43 DPG** confirm al senn.

Art. 230 al. 2

² **Ils relaschs qua sutvart vegnan midads sco suonda:**

I. Lescha da taglia per il chantun Grischun**Art. 182a al. 1:**

Tgi che dovra documents falsifitgads, sfalsifitgads u fauss areguard il cuntegn – sco cudeschs da fatschenta, bilantschas, quintes da gudogn e perdita, attests da paja u autras attestaziuns da terzas persunas – per engianar cun l'intent da la defraudaziun da taglia en il senn dals artitgels 174 fin 176, vegn chastià **cun in chasti che privescha da la libertad fin trais onns u cun ina multa.**

Art. 183 al. 1

Tgi ch'è obligà da far deducziuns da la taglia a la funtauna e dovra las taglias deducidas per ses avantatg u per l'avantatg d'in auter, vegn chastià **cun in chasti che privescha da la libertad fin trais onns u cun ina multa.**

2. Lescha constituziunala da las dretgiras**Art. 43 al. 3:**

³ Las multas che vegnan pronunziadas da las autoritads giudizialas crodan en la cassa da la dretgira cumpetenta en emprima istanza.

Art. 232 cifras 1 e 2

Per las proceduras penalas pendentas il mument da sia entrada en vigur vegn questa lescha applitgada sco suonda:

1. Ils cas che sa chattan en il stadi d'inquisiziun vegnan tractads vina-vant tenor il dretg nov. (...)
2. Ils cas ch'en pendents tar las dretgiras **e tar las autoritads da scola**, inclusiv las proceduras da meds legals pendentas, vegnan manads a fin da l'istanza respectiva tenor il dretg vertent.

II.

Questa revisiun parziala è suttamessa al referendum facultativ.

La regenza fixescha l'entrada en vigur da questa revisiun parziala.

Participaziun dal chantun Grischun al concordat dals chantuns da la Svizra orientala davart l'execuziun da chastis e da mesiras dals 29 d'october 2004

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 2 da la constituziun chantunala, suenter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals 10 da schaner 2006,

concluda:

1. Il chantun Grischun sa participescha al concordat dals chantuns da la Svizra orientala davart l'execuziun da chastis e da mesiras dals 29 d'october 2004.
2. La regenza vegn autorisada da declerar la participaziun dal chantun Grischun al concordat dals chantuns da la Svizra orientala davart l'execuziun da chastis e da mesiras dals 29 d'october 2004.
3. Tras l'entrada en vigur dal concordat vegn aboli il conclus dal cussegl grond dals 20 da november 1975.
4. Las cifras 1 e 2 da quest conclus suttastattan al referendum facultativ.

Concordat dals chantuns da la Svizra orientala davart l'execuziun da chastis e da mesiras dals 29 d'october 2004

Ils chantuns Turitg, Glaruna, Schaffusa, Appenzell dador, Appenzell da-dens, Son Gagl, Grischun e Turgovia s'uneschan al concordat dals chantuns da la Svizra orientala davart l'execuziun da chastis e da mesiras, e quai cun la finamira da reparter e da coordinar las incumbensas da la planisaziun, da la construcziun e dal manaschi da las instituziuns d'execuziun, da pussibilitar in'execuziun confurma als dretgs fundamentals, effizienta e favuraivla sco er d'unifitgar l'execuziun, per che las finamiras da l'execuziun possian vegnir cuntanschidas il meglier pussaivel.

I. Introducziun

Art. 1

¹ Quest concordat vegn applitgà per l'execuziun:

- dals chastis nuncundiziunads pronunziads en ils chantuns da concordat sco er da las mesiras terapeuticas staziunaras e dals internaments envers persunas creschidas;
- da sancziuns envers persunas creschidas ed envers giuvenils, uschenavant che l'execuziun ha lieu en instituziuns d'execuziun che servan a l'execuziun communabla (stabiliments dal concordat).

² Ils chantuns participads infurmeschan in l'auter davart lur planisaziuns e davart lur edifizis en l'entir sector da la privaziun da la libertad ed accordan las purschidas ina cun l'autra uschenavant che quai è pussaivel e cunvegnet.

Champ
d'applicaziun

II. Organisaziun

Art. 2

¹ L'organ suprem dal concordat è la cumissiun d'execuziun da chastis. Ella consista da mintgamai ina commembra u in commember da las regenzas participadas.

² La cumissiun d'execuziun da chastis:

- survegla l'applicaziun e l'interpretaziun dal concordat e decida en cas da dispita;
- nominescha ils organs necessaris;
- relascha directivas per la collavuraziun en il sector da l'execuziun e per la concepziun da l'execuziun. Cun il consentiment da tut ils chantuns participads pon questas directivas vegnir decleradas sco liantas;

Cumissiun d'execuziun da chastis

- d) decida – cun il consentiment dals chantuns da staziunament – tge instituziuns d'execuziun che adempleschan sco stabiliments dal concordat incumbensas executivas communablas e planisescha la purschida necessaria da plazzas d'execuziun;
- e) fixescha las dunsenas per ils stabiliments dal concordat;
- f) po dar la permissiun ad instituziuns che vegnan manadas da vart privata d'exequir chastis en furma da la mesa-praschunia e da la lavur en l'externat, d'exequir tractaments staziunars da delinquentas e da delinquentes cun disturbis psichics, cun ina toxicomania u cun in'otra dependenza e d'exequir mesiras per persunas giuvnas creschidas sco er sancziuns dal dretg penal per giuvenils;
- g) prenda posiziun davart projects da leschas, davart rapports da la confederaziun, davart contracts internaziunals u davart rapports d'organiziuns internaziunalas.

³ La cumissiun d'execuziun da chastis sa raduna almain duas giadas durant l'onn chalendar. Ord ses ravuigl elegia ella la presidenta u il president e sia substituziun. Decisiuns vegnan prenididas cun maiortad simpla da las vuschs. Mintga chantun ha ina vusch. En cas da paritad da las vuschs ha la presidenta u il president il dretg da la decisiun da tagl. Dal rest regla la cumissiun d'execuziun da chastis sezza sia procedura.

Art. 3

Post central

¹ La cumissiun d'execuziun da chastis elegia il post central sco organ executiv. Quel consista dal secretariat dal concordat sco direziun sco er da mintgamai ina represchentanta u in represchentant da las conferenzas spezialisadas da las directuras e dals directurs dals stabiliments, da las autoritads da collocaziun e d'execuziun sco er da la surveglianza da patronadi.

² Il post central:

- a) vesa ed analysescha svilups interchantunals en il sector da l'execuziun da chastis e da mesiras, fa propostas a la cumissiun d'execuziun da chastis ed exequescha ses conclus;
- b) procura per la colliaziun tranter ils gremis dal concordat;
- c) prenda encunter ed elavura las propostas da las conferenzas spezialisadas;
- d) promova la collavuraziun tranter ils concordats;
- e) trametta infurmaziuns als chantuns ch'els dovran per ademplir lur incumbensas e fa recumandaziuns davart l'applicaziun e davart l'interpretaziun dal concordat e da las directivas.

³ Dal rest regla la cumissiun d'execuziun da chastis las incumbensas e l'organisaziun dal post central en in reglament.

Art. 4

Secretariat

¹ La cumissiun d'execuziun da chastis nominescha il secretariat dal concordat.

² Il secretariat dal concordat:

- a) maina il post central e sa participescha sche pussaivel a las sesidas da las conferenzas spezialisadas;
- b) prepara las sesidas da la cumissiun d'execuziun da chastis;
- c) orientescha ils chantuns davart novaziuns impurtantas en il sectur da l'execuziun, als cusseglia en singuls cas d'execuziun e fa recumandaziuns en l'interess d'occupar ils stabiliments dal concordat en moda equilibrada.
- d) exequescha tut las incumbensas che n'èn betg attribuidas ad in auter organ.

³ Ils custs dal secretariat e dal concordat vegnan surpigliads dals chantuns participads en la proporziun da lur dumber d'abitantas e d'abitants mintgama tenor l'ultima dumbraziun federala dal pievel. La cumissiun d'execuziun da chastis po fixar ina contribuziun da basa.

Art. 5

¹ Exister existan las conferenzas spezialisadas da:

- a) las directuras e dals directurs dals stabiliments;
- b) las autoritads da collocaziun e d'execuziun;
- c) la surveglianza da patrunadi.

Conferenzas spezialisadas

² Las conferenzas spezialisadas servan al barat interchantunal d'experientschas e d'infurmaziuns specificas. Ellas vesan svilups e tendenzas en il sectur da l'execuziun da chastis e da mesiras sco er dals stabiliments e da las prashuns e fan propostas al post central per mauns da la cumissiun d'execuziun da chastis.

³ Ellas reglan sezzas lur procedura.

Art. 6

¹ La cumissiun d'execuziun da chastis nominescha ina cumissiun spezialisada che consista da represchentantas e da represchentants da las autoritads da persecuziun penala, da las autoritads executivas e da la psichiatria per examinar, sche delinquentas e sche delinquents èn in privel per la publicitad, e designescha il presidi da questa cumissiun spezialisada.

Cumissiun spezialisada per examinar il privel per la publicitad

² Sin dumonda dal chantun ch'è cumpetent per l'execuziun giuditgescha la cumissiun spezialisada il privel da delinquentas e da delinquents e fa recumandaziuns:

- a) en ils cas prescrits dal dretg federal;
- b) en cas che l'autoritat executiva na po betg responder cleramain, sch'ina delinquenta u sch'in delinquent è in privel per la publicitad, en cas ch'i dat dubis areguard la mesira che sto vegnir prendida u en cas ch'i vegn considerà da mitigiar l'execuziun, malgrà ch'il privel per la publicitad è vegnì affirmà.

³ Dal rest regla la cumissiun d'execuziun da chastis las incumbensas e l'organisaziun da la cumissiun spezialisada en in reglament. Ils custs per il giudicament vegnan surpigliads dal chantun ch'è competent per l'execuziun.

III. Stabiliments dal concordat

Art. 7

Repartiziun da las incumbensas executivas

¹ Cun la resalva ch'ils credits necessaris vegnian approvads da las instanzas competentas tenor il dretg chantunal s'obligheschan ils chantuns participads da metter a disposiziun, d'engrondir e da manar las suandantas instituziuns per exequir communablamain ils chastis e las mesiras che privechan da la libertad sco er la collocaziun da giuvenils e la privaziun da la libertad tenor il dretg penal per giuvenils:

| | |
|-------------------------|---|
| chantun Turitg | praschun da Pöschwies (execuziun serrada) filialas da la praschun da Pöschwies (execuziun averta) center da mesiras d'Uitikon (mesiras per persunas giuvnas creschidas sco er mesiras da protecziun e privaziun da la libertad per giuvenils) |
| chantun Appenzell dador | praschun da Gmünden (execuziun averta) |
| chantun Son Gagl | praschun da Saxerriet (execuziun averta) center da mesiras da Bitzi (execuziun da mesiras, cunzunt tractament da disturbis psichics e tractament da la toxicomania) |
| chantun Grischun | praschun dal Sennhof (execuziun serrada) stabiliment da Realta (execuziun averta) |
| chantun Turgovia | center da mesiras per persunas giuvnas creschidas da Kalchrain (mesiras per persunas giuvnas creschidas sco er mesiras da protecziun e privaziun da la libertad per giuvenils) |

² Sin dumonda dal chantun da staziunament po la cumissiun d'execuziun da chastis delegar incumbensas executivas communablas ad ulteriuras instituziuns d'execuziun, uschenavant che quellas observan las pretensiuns e las reglas che vegnan fixadas en quest concordat ed en las directivas.

³ Davart la midada da l'intent d'in stabiliment dal concordat u davart sia liberaziun dad incumbensas executivas communablas decida la cumissiun d'execuziun da chastis sin dumonda dal chantun da staziunament.

Art. 8

Persunal

Per che l'incumbensa executiva legala possia vegnir ademplida e per ch'ils princips d'execuziun possian vegnir observads, procuran ils chantuns participads che:

- a) i vegnia engaschè en las instituziuns d'execuziun in dumber suffizient da collavuraturas e da collavuratur adattads;
- b) il persunal vegnia scolà, perfecziunà e scolà vinavant communabla-main.

IV. Realisaziun da las execuziuns

Art. 9

¹ Ils chantuns participads s'obligheschan d'exequir en ils stabiliments dal concordat ils chastis e las mesiras che priveschan da la libertad ch'els ston exequir. Princip

² L'execuziun sa drizza tenor las prescripziuns per las singulas instituziuns d'execuziun. Questas prescripziuns vegnan relaschadas dal chantun che maina l'instituziun d'execuziun e ston vegnir approvadas da la cumissiun d'execuziun da chastis.

³ Resalvadas restan:

- a) l'execuziun da chastis che priveschan da la libertad en ina praschun dal chantun ch'è cumpetent per l'execuziun, sche la persuna pertutgada na po betg vegnir collocada en in stabiliment dal concordat pervi da motivs da temp u pervi da motivs persunals;
- b) l'execuziun en furma da la mesa-praschunia u en il rom da l'alloschi e da la lavur en l'externat;
- c) la cessiun da l'execuziun ad in chantun che n'appartegna betg al concordat;
- d) la collocaziun en ina instituziun d'execuziun ordaifer il concordat en il cas singul per motivs da segirezza, per optimar la cumposiziun da las praschunieras e dals praschuniers u sche la reintegraziun vegn facilitada tras quai sin basa da la situaziun da lavur u da scolaziun u resguardond il conturn famigliar. Uschenavant ch'il chantun collocant è cumpetent per decisziuns, applitgescha el quest concordat e las directivas da la cumissiun d'execuziun da chastis.

Art. 10

¹ Il chantun collocant:

Cumpetenzza

- a) fixescha en il cas singul l'instituziun d'execuziun adattada;
- b) coordinescha la planisaziun da l'entira execuziun inclusiv il temp d'emprova sunter la relaschada or da l'instituziun d'execuziun; a l'instituziun d'execuziun, a la surveglianza da patrunadi ed ad auters posts participads a l'execuziun trametta el las infurmaziuns ed ils documents ch'èn necessaris per ademplir las incumbensas;
- c) decida davart averturas da l'execuziun sco la permissiun da congedi, il transferiment en l'execuziun averta, l'execuziun en furma da la lavur en l'externat sco er en furma da l'alloschi e da la lavur en l'exter-

nat, la relaschada cundiziunada sco er l'interrupziun da l'execuziun. La cumpetenza per permetter congedis sco er l'alloschi e la lavur en l'externat po el delegar a la direcziun da l'instituziun d'execuziun.

² L'instituziun d'execuziun:

1. surpiglia – en il rom da sias capacitads – las persunas che la vegnan attribuidas e las relascha tenor las ordinaziuns dal chantun collocant;
2. fa – ensemen cun la persuna collocada – il plan d'execuziun entaifer las directives dal chantun collocant;
3. integrescha la surveglianza da patronadi u posts spezialisads en cas da basegn, cunzunt per preparar la relaschada;
4. fa in rapport al chantun collocant en cas che quel pretenda quai, en cas d'eveniments spezialis – sco grevas cuntravenziuns disciplinaras, accident u mort da la persuna collocada – sco er cun assegnar dumondas.

Art. 11

Plan d'execuziun

¹ Il plan d'execuziun è in instrument da planisaziun per concretisar las finamiras da l'execuziun en il cas singul. El numna las mesiras sco er ils meds pedagogics e terapeutics, cun ils quals las finamiras duain vegnir cuntanschidas.

² Tut tenor la durada da la dimora en l'instituziun d'execuziun e tut tenor las cundiziuns da viver che spetgan suenter la relaschada cuntegna el indicaziuns davart l'assistenza necessaria, davart il basegn da terapia, davart la lavur, davart la scolaziun e la furmaziun supplementara en scola ed en la professiun, davart l'indemnisaziun da donns e da persunas, davart las relaziuns cun il mund exterior sco er davart la preparaziun da la relaschada. Il plan d'execuziun vegn controllà periodicamain e vegn adattà en cas da basegn.

Art. 12

Transferiment

¹ Sch'i sa mussa che la persuna collocada n'è betg adattada per l'execuziun en il stabiliment designà, sche ses cumportament chaschuna talas difficul-tads ch'ella n'è betg pli supportabla u sch'i na po betg pli vegnir cuntinuà cun la sancziun per motivs da sanadad, dumonda la direcziun da l'instituziun d'execuziun il chantun collocant da transferir la persuna collocada. En cas ch'ins na vegn betg perina, intermediëscha il secretariat dal concordat.

² En cas d'in transferiment vegnan tramessas las actas d'execuziun – inclusiv il plan d'execuziun ed il rapport davart il stadi da la realisaziun – a la nova instituziun d'execuziun.

Art. 13

Custs d'execuziun

¹ Il chantun collocant indemnescha ils custs d'execuziun sco er las expensas per l'enviament e per la relaschada al chantun executiv. I resta re-

salvà al chantun collocant da recurrer ad autras debitoras u ad auters debitors.

² Resguardond las incumbensas da las singulas instituziuns d'execuziun fixescha la cumissiun d'execuziun da chastis l'autezza da la dunsena e decida, tge prestaziuns che vegnan cumpensadas cun la dunsena. Ella fixescha standards minimals che ston esser ademplids, per che la dunsena correpondenta possa vegnir dumandada.

Art. 14

La persuna collocada:

Participaziun als custs

- a) paja acquisiziuns personalas – cunzunt products da tubac, products da giudiment, artitgels da tualetta ed abunaments da gasettas –, ils custs dals congedis sco er las taxas per duvrar apparats da radio, da televisiun e da telefon or da l'indemnisaziun per sia lavur;
- b) vegn participada adequatamain vi dals custs da la mesa-praschunia, da la lavur en l'externat sco er da l'alloschi e da la lavur en l'externat;
- c) surpiglia ils custs per contribuziuns da l'assicuranza sociala, per mesiras spezialas da la furnaziun supplementara e per il repatriament, uschenavant che quai è pussaivel e raschunaivel per ella.

V. Disposiziuns finalas

Art. 15

¹ La cumissiun d'execuziun da chastis fa las cunvegns necessarias cun auters chantuns, spezialmain areguard la collocaziun da dunnas sco er da praschunieras malsaunas e da praschuniers malsauns.

Cunvegns cun auters concordats e cun auters chantuns

² Cunvegns generalas da singuls chantuns cun auters chantuns u cun auters concordats ston vegnir approvadas da la cumissiun d'execuziun da chastis.

Art. 16

¹ Resguardond in termin da tschintg onns po mintga chantun sa retrair dal concordat per la fin d'in onn chalendar, e quai tras ina decleraziun en scrit.

Desditga

² Uschenavant che quai è necessari, repartan ils chantuns restants da nov las incumbensas executivas.

Art. 17

La cunvegna dals 31 da mars 1976 vegn abolida.

Aboliziun da la cunvegna vertenta

Art. 18

La cumissiun d'execuziun da chastis fixescha l'entrada en vigur da quest concordat.

Entrada en vigur

Legge sulla giustizia penale (LGP)

Modifica del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del 10 gennaio 2006,

decide:

I.

La legge sulla giustizia penale (LGP) dell'8 giugno 1958 viene modificata come segue:

Art. 4

¹ Se per un reato del vigente diritto cantonale è comminato **l'arresto**, sarà invece **inflitta una multa**. (...).

² La multa **massima** è di **10'000** franchi qualora non sia previsto espressamente un altro importo massimo.

³ **Abrogato**

Art. 5 cpv. 1 e 2

¹ Il Gran Consiglio e il **Governo sono competenti** a comminare la multa (...) per contravvenzioni **ai loro atti normativi** (...).

² **Abrogato**

Art. 7 cpv. 2 e 3

² Le disposizioni generali valide per il diritto penale cantonale (art. 1-6) si applicano per analogia anche alle disposizioni penali dei comuni. (...)

³ Se per un reato del vigente diritto penale comunale è comminato **l'arresto**, sarà in luogo di questa inflitta una multa.

Art. 8

Abrogato

Art. 9 cpv. 1

¹ Chiunque venendo meno al proprio dovere trascura persone che gli sono affidate, è punito con (...) la multa, se non sono applicabili gli articoli **136, 217 o 219 CP**.

Art. 11

Chiunque sotterra, brucia o occulta un cadavere umano o parte di esso senza denuncia all'autorità, è punito con (...) la multa, a meno che non si tratti di un'azione passibile di più grave pena.

Art. 12

Chiunque ruba legna non lavorata o frutti dei campi o degli orti di poco valore, è punito a querela di parte con (...) la multa.

Art. 13 cpv. 3 e 4

³ è punito con (...) la multa.

⁴ **Abrogato**

Art. 15

Chiunque fa discorsi osceni dinanzi a fanciulli sotto i sedici anni, è punito con (...) la multa.

Art. 17 cpv. 1

¹ Chiunque non custodisce a dovere un animale selvatico o pericoloso, è punito con (...) la multa.

Art. 18 cpv. 3

³ è punito con (...) la multa.

Art. 19 cpv. 2 e 5

² chiunque li mette a disposizione di persone non completamente **imputabili** o di **minori** sotto i diciotto anni senza la debita sorveglianza,

⁵ è punito con (...) la multa.

Art. 20

Abrogato

Art. 21 cpv. 3

³ è punito con (...) la multa.

Art. 22 cpv. 3 e 5

³ è punito con (...) la multa, in quanto il fatto non comporti una più grave pena secondo altre disposizioni.

⁵ **Abrogato**

Art. 23 cpv. 3

³ è punito con (...) la multa.

Art. 24 cpv. 3

³ è punito con (...) **la multa.**

Art. 25

Chiunque intenzionalmente non ottempera a un ordine o invito di un agente di polizia nell'ambito delle sue competenze, è punito con (...) **la multa.**

Art. 26 cpv. 3

³ è punito con (...) **la multa.**

Art. 27

Chiunque con malanimo rimuove, strappa, altera o insudicia avvisi ufficiali o cartelli e manifesti esposti con il permesso delle autorità, è punito con (...) **la multa.**

Art. 28

Chiunque intenzionalmente impedisce o rende inefficace la sorveglianza ufficiale sul ricovero legalmente ordinato di ammalati, dementi, fanciulli o altri derelitti, è punito con (...) **la multa.**

Art. 29

Chiunque con false notizie, con allarme d'incendio infondato e simili diffonde nella popolazione inquietudine, paura o panico, è punito con (...) **la multa.**

Art. 30

¹ **Abrogato**

² Chiunque scientemente con rapporto falso allarma ecclesiastici e personale sanitario (medici, veterinari, farmacisti, levatrici), è **punito con la multa.**

³ **Abrogato**

Art. 31

Chiunque per cattiveria o arroganza importuna o disturba gravemente una terza persona, senza che con ciò sia compiuto un atto passibile di pena più severa, è punito con (...) **la multa.**

Art. 32

¹ Chiunque offende gravemente in pubblico la moralità o il buon costume o provoca un baccano inutile, è punito con (...) **la multa.**

² **Abrogato**

Art. 33 cpv. 1

¹ Chiunque insudicia per cattiveria o arroganza cose pubbliche o proprietà privata altrui, è punito con (...) la multa, in quanto non vi sia danneggiamento di cose (art. 144 CP).

Art. 34

Chiunque, eludendo l'aiuto ufficiale, procede a atti illegali e arbitrari per far valere un diritto effettivo o presunto è punito, a querela di parte, con (...) la multa.

Art. 35

¹ Chiunque mendica per avversione al lavoro o per dissolutezza, chiunque obbliga all'accattonaggio fanciulli o altre persone da lui dipendenti, è **punito con la multa**.

² **Abrogato**

³ **Abrogato**

⁴ **Abrogato**

Art. 36

Abuso di prestazioni assistenziali

¹ L'indigente che abusa **delle prestazioni assistenziali di istituzioni pubbliche o di pubblica utilità** soprattutto per potersi permettere un consumo eccessivo di bevande alcoliche, è punito con **la multa**.

² **Abrogato**

Art. 37 cpv. 1

¹ Chiunque nell'esercizio del proprio commercio induce una persona al consumo eccessivo di alcol o lo favorisce benché sappia o dovrebbe sapere che con ciò mette in serio pericolo il suddetto o la sua famiglia, è punito con (...) la multa.

Art. 38

Somministrazione di bevande alcoliche a ubriachi

Abrogato

Art. 39

Insubordinazione di persone bisognose di assistenza

La persona bisognosa di assistenza che non obbedisce a istruzioni dategli (...) in virtù della legge cantonale **sull'assistenza**, è punita con (...) la multa.

Art. 40

Chiunque contravviene alle norme e ordinanze emanate dal Cantone o dai comuni per la protezione della natura, del patrimonio culturale e dell'am-

biente o per la conservazione di antichità e acque salubri, è punito con (...) **la multa.**

Art. 41

Chiunque cerca pubblicamente di procacciare seguaci a una comunità religiosa incompatibile con l'ordine pubblico o con la moralità oppure, sebbene ammonito dal presidente di circolo, continua la sua propaganda nei riguardi di una determinata persona, è punito con (...) **la multa.**

Art. 43 cpv. 2

² Nella procedura contro i (...) **minori** fanno stato le disposizioni speciali della giurisdizione penale **minorile.**

Art. 45 Abs. 1

¹ Il Tribunale cantonale giudica **i casi d'appello assegnatigli dalla presente legge nella procedura d'impugnazione.**

Art. 46

¹ La Commissione del Tribunale cantonale giudica **i casi d'appello assegnatigli dalla presente legge nella procedura d'impugnazione.**

² **Abrogato**

Art. 46a

¹ **Il presidente del Tribunale cantonale assolve i compiti speciali assegnatigli.**

² **Abrogato**

Art. 47

Il tribunale distrettuale giudica:

- a) **tutti i crimini per i quali è comminata una pena di più di cinque anni di pena detentiva;**
- b) **i crimini e i delitti contro lo Stato e la difesa nazionale (art. 265-278 CP) e i delitti contro la volontà popolare (art. 279-283 CP), per quanto non soggetti alla giurisdizione federale (art. 336 CP);**
- c) **i crimini e i delitti commessi da membri del Governo, del Tribunale cantonale o del Tribunale amministrativo nell'esercizio delle loro funzioni ufficiali (art. 67);**
- d) **azioni per delitti contro l'onore intentate da membri del Governo, del Tribunale cantonale o del Tribunale amministrativo che si riferiscono alle loro funzioni ufficiali.**

Art. 48

La Commissione del tribunale distrettuale giudica:

- a) **i crimini per i quali è comminata una pena fino a cinque anni di pena detentiva;**
- b) **i delitti per i quali è comminata una pena fino a tre anni di pena detentiva o una pena pecuniaria;**
- c) **le contravvenzioni a leggi federali fiscali o ad altre leggi federali, che vengono giudicate in tribunale;**
- d) **le contravvenzioni ai sensi dell'articolo 49 capoverso 1 lettera b nella procedura di opposizione.**

Art. 49 cpv. 1 lett. a) e cpv. 2

¹ Sono compiti del presidente di circolo nella procedura dei mandati penali:

- a) giudicare casi lievi di **crimini e delitti (...)**, salvo i delitti contro l'onore e la concorrenza sleale, **nonché la responsabilità dell'impresa (...)**, se:
 - l'imputato ha riconosciuto la fattispecie oggettiva in un interrogatorio confermato per iscritto,
 - non si verificano i presupposti per una misura ai sensi degli articoli **59, 60, 61 e 64 CP** e
 - sono applicabili una pena **detentiva fino a sei mesi, una pena pecuniaria fino a 180 aliquote giornaliere o lavoro di pubblica utilità fino a 720 ore** o la congiunzione di (...) queste pene (...);

² Egli è inoltre competente per decisioni sulle cauzioni preventive ai sensi dell'articolo **66 CP**.

Art. 50

¹ Le autorità amministrative giudicano i reati loro attribuiti da leggi speciali cantonali, quando non sia da applicare una pena **detentiva o una pena pecuniaria**.

² Se l'autorità amministrativa ritiene adempiuti i presupposti per l'applicazione di una pena **detentiva o una pena pecuniaria**, trasmette gli atti alla Procura pubblica per l'inizio del procedimento giudiziario.

Art. 51

Giurisdizione penale **minorile**

Tutti i reati commessi da (...) **minori** vengono giudicati dalle autorità giudiziarie dei minorenni in base alla relativa legislazione (art. 197-226). Fanno eccezione i reati **di minori di più di 15 anni** ai sensi dell'articolo 50.

Art. 53 cpv. 2

² I reati perseguiti da un'autorità amministrativa e le azioni per delitti contro l'onore (...) o la concorrenza sleale vanno sempre trattati a parte.

Art. 54 cpv. 1

¹ Le disposizioni del codice penale svizzero sulla competenza per ragione di territorio (art. 340–344) si applicano per analogia anche ai reati punibili secondo il diritto cantonale.

Art. 59

Gli organi della giustizia penale cantonale sono obbligati a prestarsi assistenza a vicenda. Le disposizioni sull'assistenza fra la Confederazione e i Cantoni e fra i Cantoni stessi (art. 356 CP) si applicano per analogia anche all'interno del Cantone dei Grigioni.

Art. 61 cpv. 1

¹ A meno che il diritto federale o un trattato internazionale prevedano contatti diretti fra le autorità, le domande di assistenza internazionale vanno inviate al Dipartimento **preposto**, che in casi dubbi decide anche del disbrigo.

Art. 62

Abrogato

Art. 65b cpv. 2

² Le infrazioni a questa norma possono esser punite durante l'istruttoria dal Procuratore pubblico e durante il giudizio dal presidente del tribunale con un ammonimento e con una multa disciplinare fino a **1'000** franchi, salvo l'articolo 108 capoverso 3.

Art. 67 cpv. 1

¹ I **membri del Gran Consiglio e del Governo** non sono perseguibili penalmente per le opinioni espresse in Gran Consiglio o nelle sue commissioni.

Art. 70 cpv. 1 e 4

¹ Se un reato è punibile solo a querela di parte, il procedimento penale viene aperto soltanto nel caso che vi sia formale querela di colui che è autorizzato a sporgerla ai sensi dell'articolo 30 CP. Di questo presupposto deve esser avvertito chi fa una denuncia, se si tratta di un fatto punibile solo a querela di parte. In casi dubbi si possono prendere misure urgenti anche prima della querela.

⁴ In caso di desistenza dalla querela l'ordinanza di sospensione va comunicata a tutti gli imputati con intimazione di un termine di venti giorni entro il quale essi potranno fare opposizione alla desistenza ai sensi dell'articolo 33 capoverso 4 CP. L'opposizione va presentata per iscritto all'ufficio che ha ordinato la sospensione.

Art. 74a cpv. 1 lett. a) e cpv. 2

¹ Il Procuratore pubblico e gli organi inquirenti hanno da ricusarsi,

a) se essi stessi, il loro coniuge, **il partner registrato**, il cognato o il fidanzato, **una persona con la quale vivono in una convivenza di fatto**, parenti o affini sino al terzo grado sono imputati o danneggiati,

² Essendovi dubbi sull'obbligo di ricusa, il Dipartimento **preposto** decide definitivamente riguardo al Procuratore pubblico e il Procuratore pubblico riguardo agli organi inquirenti.

Art. 77 cpv. 5

⁵ A richiesta si deve informare dello stato di un'istruttoria il capo del Dipartimento **preposto**.

Art. 81 cpv. 2

² **Il Procuratore pubblico può inoltre rifiutare l'avvio di un'istruzione penale, se sono adempiuti i presupposti degli articoli 52, 53 o 54 CP.**

Denunce
infondate e
rinuncia al
procedimento
penale

Art. 82 cpv. 1

¹ Se il giudice istruttore fondandosi sulle sue indagini giunge alla conclusione che il reato non è sufficientemente dimostrato o che l'azione è prescritta, e così pure in caso di decesso dell'imputato **o se sono adempiuti i presupposti giusta gli articoli 52, 53 o 54 CP**, emanerà un'ordinanza di sospensione motivata.

Art. 86c

¹ **La decisione circa la verifica d'ufficio dell'arresto** può essere impugnata **dal detenuto o dalla procura pubblica** con gravame giusta l'articolo 137 seg. presso la Camera di gravame del Tribunale cantonale.

² **Le decisioni del giudice competente per la carcerazione circa la scarcerazione o le misure sostitutive possono essere impuginate allo stesso modo, se l'arresto o le misure sono durate più di tre mesi.**

Finora capoverso 2

Art. 87 cpv. 4

⁴ Di regola le deposizioni sono da protocollare in una lingua nazionale familiare all'inquisito, a norma dell'articolo 3 della Costituzione cantonale. Per interrogare persone di lingua straniera il giudice può valersi di traduttori che vanno esortati a tradurre fedelmente giusta l'articolo 307 CP e firmeranno il verbale confermando l'esattezza della traduzione.

Art. 90 cpv. 1

¹ Non sono obbligati a deporre quali testimoni il coniuge, **il partner registrato** o il fidanzato dell'imputato, **la persona con la quale vivono in**

una convivenza di fatto, nonché i parenti consanguinei, adottivi, uterini e affini fino al terzo grado compreso.

Art. 95 cpv. 4

⁴ Il giudice istruttore ha facoltà di far sorvegliare le operazioni bancarie, la posta e le telecomunicazioni dell'imputato, **di ordinare l'impiego di agenti infiltrati e misure tecniche di sorveglianza ai sensi degli articoli 179^{bis} sgg. CP** e di ordinare sequestri. I presupposti e la procedura si conformano al diritto federale. Il presidente del Tribunale cantonale è l'autorità che rilascia le autorizzazioni ai sensi del diritto federale. **Esso è anche l'autorità giudiziaria ai sensi dell'articolo 7 capoverso 3 della legge sui profili del DNA.**

Art. 97 cpv. 4

⁴ Quanto al danneggiato, il suo diritto di prender visione degli atti può essere limitato a quelli che hanno importanza per far valere pretese civili o per impugnare un'ordinanza di sospensione. È riservato l'articolo 171 CPC.

Art. 98 cpv. 2 lett. f)

f) le eventuali azioni adesive.

Art. 99

Se il Procuratore pubblico ritiene che si debbano prendere misure nei riguardi di un autore **incapace**, trasmetterà gli atti di istruttoria con una relativa proposta al tribunale competente.

Procedimento
concernente
incapaci

Art. 100 cpv. 1 e 2

¹ Il Procuratore pubblico è competente a sostenere l'accusa dinanzi a tutti i tribunali. **Egli può incaricare un giudice istruttore.**

² **L'accusa è sostenuta oralmente** se la Procura pubblica o il presidente del tribunale lo ritengono necessario.

Art. 102 cpv. 1 lett. b)

b) se l'accusa propone una pena **detentiva** di oltre **due anni** o una misura ai sensi degli articoli **59, 60, 61 e 64 CP**,

Art. 108 cpv. 3

³ Il tribunale può punire trasgressioni a queste norme con una multa disciplinare fino a 1000 franchi (...).

Misure
concernenti gli
incapaci

Art. 121

Se il Procuratore pubblico propone delle misure contro un autore **incapace** e questi non si è procurato un difensore privato, il presidente designa un difensore d'ufficio.

Art. 122 cpv. 2

² Se l'accusa è di delitto o di crimine e si propongono una pena **detentiva non superiore a sei mesi, una pena pecuniaria fino a 180 aliquote giornaliere o lavori di pubblica utilità fino a 720 ore** o una congiunzione di queste sanzioni, l'accusato a sua richiesta scritta può essere dispensato dal presidente del tribunale dal comparire personalmente al dibattimento principale. Se invece un accusato citato regolarmente non compare al dibattimento principale pur non essendo stato dispensato, il tribunale deciderà se la causa sia da giudicare ugualmente o se l'accusato debba prima essere tradotto dinanzi al tribunale.

Art. 125 cpv. 3

³ Colui che compare come accusato davanti al tribunale deve essere assolto o condannato. Sono riservati il rinvio ai sensi dell'articolo 118 e la dichiarazione di non luogo a procedere, quando la condanna non è ammissibile per ragioni processuali **o sono adempiuti i presupposti giusta gli articoli 52, 53 o 54 CP.**

Art. 127 cpv. 1

¹ La sentenza nel suo dispositivo e nei suoi considerandi principali è comunicata oralmente **ai partecipanti alla procedura** in seduta pubblica. **Soltanto in casi eccezionali si può derogare a questa regola sulla base di una decisione del tribunale, dopo aver sentito i partecipanti alla procedura. La sentenza deve in ogni caso essere comunicata per iscritto nel dispositivo entro 48 ore dall'emissione della stessa o dalla sua comunicazione orale.**

Art. 128 cpv. 1 lett. d) e cpv. da 2 a 4

¹ La sentenza deve essere redatta per iscritto e contenere:

d) il verdetto (colpevolezza e pena o assoluzione, se del caso (...)) misure, decisione di eventuali pretese civili, assegnazione delle spese di procedura e d'esecuzione, istruzione sui rimedi legali e comunicazioni),

² **I tribunali distrettuali e le loro commissioni possono emettere una sentenza dietro esposizione della fattispecie senza addurre i motivi della decisione, se l'imputato ha ammesso la fattispecie imputatagli nell'atto d'accusa e se si decide in base ai fatti incriminati. L'imputato, il Procuratore pubblico o gli attori dell'azione adesiva possono richiedere una sentenza interamente motivata entro venti**

giorni dalla comunicazione scritta della stessa. Qualora entro tale termine non venga richiesta una motivazione scritta, la sentenza cresce in giudicato.

³ Nella procedura contro assenti (art. 123) deve sempre essere emessa una sentenza interamente motivata.

⁴ Se la motivazione completa è richiesta solo dall'attore dell'azione adesiva, essa può limitarsi ai considerandi riferiti alle sue richieste.

Art. 128a cpv. 2

² I termini per l'impugnazione decorrono solo dalla data di spedizione della sentenza scritta (...). **Una domanda di motivazione scritta giusta l'articolo 128 capoverso 2 sospende la crescita in giudicato e il termine d'impugnazione inizia soltanto al momento del recapito della sentenza motivata.**

Art. 133 cpv. 1

¹ Contro le decisioni dei tribunali distrettuali e delle loro commissioni su azioni adesive vi è la possibilità di appello (art. 141-146) **all'istanza d'appello**, che decide al riguardo senza intervento delle parti.

Art. 141

¹ **Il condannato e il Procuratore pubblico possono presentare appello al Tribunale cantonale contro sentenze e decisioni dei tribunali distrettuali.**

² **Il condannato e il Procuratore pubblico possono presentare appello alla Commissione del Tribunale cantonale contro sentenze e decisioni delle commissioni dei tribunali distrettuali, nonché contro risoluzioni dei presidenti di tribunale distrettuale e di circolo (fatta eccezione per atti istruttori, istruzioni su come condurre la procedura e mandati penali).**

³ **Conformemente agli articoli 141 sgg., il condannato, la vittima ed il Procuratore pubblico possono presentare appello alla Commissione del Tribunale cantonale contro decisioni del Governo, dei Dipartimenti cantonali e di altre autorità cantonali in materia di diritto penale, diritto penale accessorio e diritto penale amministrativo, se secondo il diritto superiore è necessario un giudizio di ultima istanza da parte di un Tribunale cantonale.**

⁴ **È legittimato a presentare appello contro decisioni sulle spese procedurali, pretese di risarcimento o una confisca chiunque ne sia direttamente interessato.**

Art. 142 cpv. 1

¹ L'appello va presentato entro venti giorni dalla comunicazione scritta della decisione **all'istanza d'appello** in tre esemplari e corredato della decisione impugnata. L'appello deve essere motivato e si deve indicare quali vizi della decisione o del procedimento giudiziario di prima istanza si vogliono attaccare e se si impugna tutta la sentenza o solo parti di essa.

Art. 144 cpv. 1 e 3

¹ Il presidente del Tribunale cantonale **esegue**, d'ufficio o su proposta, un dibattimento d'appello orale, se l'interrogatorio personale dell'imputato è essenziale per il giudizio della vertenza.

³ Se non ha luogo un dibattimento d'appello orale, **l'istanza d'appello** decide in base agli atti senza comparsa delle parti.

Art. 145 cpv. 1, 3 e 4

¹ L'appello o l'appello adesivo possono ancora essere ritirati prima che finisca il dibattimento d'appello (art. 144 cpv. 1 e 2) o prima che l'appello sia trattato **dall'istanza d'appello** (art. 144 cpv. 3). L'appello adesivo si estingue, se l'appello viene ritirato o dichiarato inammissibile.

³ In tutti i casi **l'istanza d'appello** può, su proposta o d'ufficio, completare o ripetere la procedura probatoria. Se necessario, essa ha anche facoltà di rinviare il dibattimento per dar modo alla Procura pubblica o al presidente del tribunale distrettuale di completare l'istruttoria.

⁴ Abrogato**Art. 146**

¹ **L'istanza d'appello** riconsidera liberamente la sentenza dell'autorità inferiore in fatto e in diritto, ma non può inasprire le pene o misure decise da questa nella sentenza impugnata se è stato interposto appello solo a favore del condannato.

² **L'istanza d'appello** conferma, modifica o revoca la sentenza impugnata. Se non ha luogo un dibattimento d'appello orale (art. 144 cpv. 3) e gli atti non permettono di emanare una nuova sentenza, la causa viene rinviata per nuovo giudizio all'autorità inferiore, la quale baserà la sua nuova decisione sui considerandi giuridici **dell'istanza d'appello**.

³ **L'istanza d'appello** può modificare la sentenza di prima istanza anche riguardo a persone condannate insieme che non hanno interposto appello se si devono eliminare violazioni di legge o se ciò è richiesto dall'equità. Però le pene o misure decise dall'autorità inferiore nella sentenza di prima istanza non possono essere inasprite.

Art. 154 cpv. 1 e 3

¹ Le spese di procedura comprendono (...) **le spese d'istruttoria e le spese giudiziarie**, non però le spese di viaggio della Procura pubblica a scopo di istruttoria, che sono a carico del Cantone.

³ **In caso di rinuncia ad una sentenza scritta motivata (art. 128), le tasse rispettivamente le spese giudiziarie vengono adeguatamente ridotte.**

Art. 156 cpv. 1

¹ In caso di rifiuto o sospensione dell'istruttoria le relative spese possono essere addebitate in tutto o in parte all'imputato, se egli con un contegno **illecito e colpevole** ha causato il procedimento o ne ha ostacolato l'esecuzione.

Art. 157

In caso di assoluzione o di non luogo a procedere il tribunale può addebitare in tutto o in parte le spese di procedura all'accusato o imputato, se egli col suo contegno **illecito e colpevole** ha reso necessaria l'esecuzione dell'istruttoria e del procedimento giudiziario.

Art. 158 cpv. 3

³ **Le spese del carcere preventivo vengono equiparate alle spese d'esecuzione.**

Art. 160 cpv. 3 e 4

³ Quando il rimedio legale è coronato da successo, il tribunale decide della ripartizione delle spese fra **la parte vincente, lo Stato, la prima istanza e la parte soccombente.**

⁴ L'autorità di impugnazione può aggiudicare ripetibili **alla parte vincente a carico della parte soccombente, dell'istanza precedente o dello Stato.**

Art. 161 cpv. 1

¹ Se un accusato viene assolto o il procedimento contro di lui è sospeso oppure se una misura coercitiva eseguita nei suoi confronti risulta ingiustificata, lo Stato deve a sua richiesta aggiudicargli un risarcimento (indennizzo, riparazione) per gli svantaggi che egli ha subito causa le misure d'istruttoria. Il risarcimento può essere negato o ridotto se egli non il suo comportamento **illecito e colpevole** ha provocato l'istruttoria o l'ha resa più difficile.

Art. 163 cpv. 2

² All'azione si deve allegare un deposito legale di **500** franchi. Per i procedimenti ai sensi dell'articolo 169 non è richiesto un deposito legale.

*A. Esecuzione delle sentenze (...)***Art. 181**

Lavoro di pubblica utilità, pene detentive e misure

¹ Nei casi in cui il codice penale conferisce ad un tribunale la competenza per ordinare atti d'esecuzione, la competenza spetta al tribunale che ha emesso la sentenza di prima istanza.

² Il Governo designa le autorità competenti per l'esecuzione di lavoro di pubblica utilità, pene detentive e misure, nella misura in cui il codice penale o la presente legge non dispongano diversamente.

³ Abrogato

Art. 182

Pene pecuniarie e multe

¹ A parte destinazioni speciali, le pene pecuniarie e le multe spettano alla cassa dell'autorità giudiziaria o amministrativa di prima istanza, a cui compete pure la riscossione.

² La commutazione di multe, inflitte da un'autorità amministrativa, in lavoro di pubblica utilità o in una pena sostitutiva, compete al presidente di circolo locale.

Art. 183

Abrogato

Art. 183a

Contro le decisioni esecutive o decisioni su gravame del Dipartimento (...), la persona interessata e il Procuratore pubblico possono interporre appello alla Commissione del Tribunale cantonale conformemente agli articoli 141 sgg., se secondo il diritto superiore è necessario un giudizio di ultima istanza da parte di un Tribunale cantonale.

Art. 184

Abrogato

Art. 185

Assistenza riabilitativa e assistenza sociale

Il Governo stabilisce norme più precise sull'esecuzione dell'assistenza riabilitativa (...) delle istruzioni (...) e dell'assistenza sociale volontaria durante il procedimento penale e durante l'esecuzione di pene e misure.

Art. 186 cpv. 1

Istituzioni per l'esecuzione di pene e misure

¹ Il Cantone gestisce le istituzioni necessarie per l'esecuzione di pene detentive e di misure. Il Gran Consiglio cura la costruzione e la manutenzione di questi stabilimenti secondo le norme del codice penale svizzero e delle convenzioni internazionali.

Art. 187

Se il tribunale non decide altrimenti, la Procura pubblica stabilisce cosa si debba fare degli oggetti confiscati giudizialmente (...). Il ricavo di un'utilizzazione spetta al Cantone.

Art. 188

Le **spese dell'esecuzione** delle pene **detentive sono** a carico del Cantone. Pene detentive
I condannati in buone condizioni finanziarie **devono essere** obbligati nella sentenza a versare contributi alle spese d'esecuzione.

Art. 189

¹ Le spese d'esecuzione di misure (...) sono a carico **del comune, nel quale gli interessati avevano l'ultimo domicilio o l'ultima dimora, per quanto non siano terzi ad assumersi le spese. Nella sentenza, i condannati in buone condizioni finanziarie possono essere obbligati a partecipare alle spese d'esecuzione.**

² **Abrogato**

Art. 190

Abrogato

Art. 191

Abrogato

Art. 192

¹ La commutazione di una multa (...) ai sensi dell'articolo **106 capoverso 5 in combinazione con l'articolo 36 capoverso 2** CP va proposta dall'autorità competente per l'esecuzione. Si dà occasione al multato di fare osservazioni circa questa proposta. **Il giudice** può invitarlo a discutere la cosa.

² **Abrogato**

³ **Abrogato**

Art. 193

Abrogato

Obbligo di
notifica

Art. 194 cpv. 1

¹ Il Gran Consiglio è competente a pronunciare la grazia ai sensi dell'articolo **381** CP per le pene **detentive** di più di **due anni**. Negli altri casi il diritto di grazia spetta al Governo.

Art. 197 lett. a)

Le autorità competenti a istruire e giudicare le cause penali concernenti i **minori** sono:

- a) **abrogata**;

Art. 199 cpv. da 1 a 3¹ **Abrogato**

² Il Magistrato dei minorenni è **competente**:

- a) **per giudicare i reati commessi da minori, se appaiono adeguati un'ammonizione (art. 22 DPMin), una prestazione personale (art. 23 DPMin), una multa (art. 24 DPMin), una pena detentiva fino a tre mesi (art. 25 DPMin) o un cumulo di queste pene (art. 33 DPMin);**
- b) **per ordinare la sorveglianza (art. 12 DPMin), del sostegno esterno (art. 13 DPMin) ed il trattamento ambulatoriale (art. 14 DPMin);**
- c) **per l'impunità (art. 21 DPMin), la sospensione provvisoria del procedimento ai fini della mediazione, la nomina di un mediatore, oppure la sospensione del procedimento in caso di successo della mediazione (art. 8 e art. 21 cpv. 3 DPMin).**

³ Ove il Magistrato dei minorenni non sia competente a giudicare **minori** giusta la **legge sul diritto penale minorile** nel senso del capoverso 2, la competenza di giudizio spetta alla Commissione del tribunale distrettuale quale tribunale dei minorenni (...).

Art. 199a

Procedura in
caso di
mediazione

¹ **Se il Procuratore pubblico sospende provvisoriamente la procedura ai fini della mediazione in applicazione dell'articolo 8 capoverso 1 DPMin o se il tribunale dei minorenni competente interrompe provvisoriamente la procedura ai fini della mediazione in applicazione dell'articolo 21 capoverso 3 DPMin, il Magistrato dei minorenni risp. il presidente del tribunale dei minorenni incarica un'organizzazione o persona idonea di avviare una procedura di mediazione. L'incarico avviene per iscritto con l'assegnazione di un termine che in casi eccezionali può venire prolungato.**

² **La procedura viene abbandonata definitivamente, se grazie alla mediazione si è giunti ad un accordo scritto tra il danneggiato e il minore. Nel decreto di abbandono si deve decidere in merito all'assunzione delle spese della procedura di mediazione. Il minore può essere obbligato ad assumersi una parte adeguata delle spese.**

³ **Qualora nella procedura di mediazione non si giunga ad un accordo entro il termine prefissato, il procedimento penale prosegue. Esso**

dovrà inoltre disporre in merito alle spese della procedura di mediazione fallita.

Art. 200

¹ Per la competenza e la procedura fa stato l'età in cui è stato commesso il reato, **con riserva dell'articolo 3 capoverso 2 DPMin.**

² **Abrogato**

³ **Abrogato**

Art. 202

I procedimenti penali concernenti (...) **i minori** vanno svolti separatamente da quelli per gli adulti.

Art. 203

I rappresentanti legali di un (...) **minore devono essere informati** dell'apertura di un'istruttoria riguardante lo stesso nonché delle speciali ordinanze prese nel corso del procedimento. Eccezionalmente la comunicazione al rappresentante potrà essere rimandata finché lo stadio dell'istruttoria la permetta.

Rappresentanti
legali

Art. 204

¹ **Il carcere preventivo per minori è ammesso soltanto eccezionalmente e soltanto se lo scopo perseguito con il carcere preventivo non può essere raggiunto con la disposizione di una misura protettiva cautelare (art. 5 DPMin).**

Misura
protettiva
cautelare e
carcere
preventivo

² **Il carcere preventivo (art. 6 DPMin) viene ordinato dal giudice competente per la carcerazione su proposta del Magistrato dei minorenni.** Sono applicabili per analogia le disposizioni sul carcere preventivo di cui all'articolo 83 sgg. della presente legge.

³ **La competenza per ordinare misure protettive cautelari spetta al Magistrato dei minorenni.**

Art. 205

Gli organi della giurisdizione penale (...) **minorile** possono rivolgersi ai **servizi sociali cantonali e comunali** (...) per collaborazione nell'istruttoria e per consigli.

Collaborazione
dei servizi sociali

Art. 206

Le persone nominate nell'articolo 90 capoverso 1 di questa legge non possono far uso del diritto di non deporre, se si tratta di chiarire la situazione personale di (...) **minori**. Sono riservati i capoversi 2 e 3 dell'articolo 90.

Art. 207 cpv. 1

¹ I dibattimenti e l'emanazione di sentenze penali concernenti i (...) **minori** si svolgono a porte chiuse, **con riserva dell'articolo 39 capoverso 2 DPMIn.**

Art. 208

I procedimenti concernenti i (...) **minori** vanno svolti il più rapidamente possibile.

Art. 209 cpv. 1 e 2

¹ Se risulta evidente che i genitori o **le persone esercitanti l'autorità parentale** hanno trascurato il loro dovere di vigilanza, si possono addebitare loro nella decisione in tutto o in parte le spese del procedimento.

² I colpiti possono presentare appello contro l'addebito delle spese (art. (...) 221).

Art. 210

Abrogato

Art. 211

Abrogato

Art. 212

Abrogato

Art. 213

Abrogato

Art. 214

Abrogato

Art. 216 cpv. 2 e 3

² **Abrogato**

³ Contro le misure d'istruttoria e **la disposizione di misure protettive cautelari** si può presentare gravame ai sensi degli articoli 137-140.

Art. 216a

L'imputato **ed i suoi rappresentanti legali** hanno diritto, analogamente a quanto avviene nel procedimento ordinario (art. 76 a - 76 e, art. 102) e **nell'articolo 40 DPMIn**, di designare una persona adatta quale difensore

privato o di pretendere la nomina di una persona adatta a difensore d'ufficio.

Art. 217

¹ Se il Magistrato dei minorenni, chiusa l'istruttoria, ritiene adempiuti i presupposti per giudicare la causa in propria competenza (art. 199 cpv. 2), pronuncia una decisione con motivazione. **Se abbandona definitivamente la procedura, il decreto di abbandono deve essere approvato dal Procuratore pubblico.**

² Di regola egli comunica oralmente la decisione al condannato e poi per iscritto **ai suoi rappresentanti legali** e al Procuratore pubblico. **In caso di minori sotto i 15 anni, il Magistrato dei minorenni può incaricare eccezionalmente una persona idonea, della comunicazione orale della decisione.**

Art. 218 cpv. 2

² Fondandosi sull'ordinanza di trasmissione del Procuratore pubblico, il Magistrato dei minorenni presenta proposte alla commissione di tribunale distrettuale quale tribunale dei minorenni. Di queste proposte vanno informati **i rappresentanti legali** e l'eventuale difensore, prima che esse siano trattate dal tribunale.

Art. 219 cpv. 2 e 5

² Il Magistrato dei minorenni deve sostenere oralmente le sue proposte davanti al tribunale o da motivarle per iscritto. **I rappresentanti legali possono** in ogni caso partecipare al dibattimento.

⁵ Si giudicano contemporaneamente azioni adesive solo se la pretesa è riconosciuta **dai rappresentanti legali**.

Art. 220

La decisione va anzitutto comunicata oralmente **al minore** in dispositivo con i considerandi più importanti. La decisione scritta va comunicata entro un mese con la motivazione al giudicato, **ai suoi rappresentanti legali**, al difensore, al Magistrato dei minorenni e al Procuratore pubblico. Decisione (...)

Art. 221 cpv. 1

¹ Contro le decisioni della commissione di tribunale distrettuale quale tribunale dei minorenni, il giudicato, **i suoi rappresentanti legali**, il difensore e il Magistrato dei minorenni possono presentare appello alla Camera dei minorenni entro 20 giorni dalla comunicazione scritta. Rimedi legali

Art. 222 cpv. 2

² Qualora il minore disponga di un regolare reddito da attività lucrativa o di un patrimonio, può essere obbligato a versare un adeguato contributo alle spese della procedura istruttoria.

Art. 223

Abrogato

Art. 224 cpv. 1 e 2

Minori

¹ D'intesa col Magistrato dei minorenni il servizio designato dal Governo esegue tutte le misure **protettive e le pene** prese nei riguardi di **minori** (...). Esso può valersi della collaborazione dell'Ufficio del servizio sociale cantonale (...).

² Con riserva dell'articolo 18bis capoverso 1 seconda frase DPMIn, esso è inoltre competente per la sostituzione e la soppressione delle misure giusta gli articoli 18 e 19 DPMIn e per la liberazione condizionale dalla detenzione giusta gli articoli 28 sgg. DPMIn.

Art. 225

¹ Prima di **ordinare misure protettive cautelari ai sensi dell'articolo 15 DPMIn** si darà occasione di pronunciarsi ai genitori o ad un altro rappresentante legale.

² **Il collocamento non deve** contrastare con l'educazione religiosa.

Art. 226

Del resto si applicano all'esecuzione per analogia gli articoli **181 sgg. della presente legge e l'articolo 43 DPMIn**.

Art. 230 cpv. 2

² **Gli atti normativi seguenti vengono modificati come segue:**

1. Legge sulle imposte per il Cantone dei Grigioni**Art. 182a cpv. 1:**

¹ Chiunque per commettere una sottrazione d'imposta ai sensi degli articoli 174-176 fa uso, a scopo d'inganno, di documenti falsi, alterati o contenutisticamente inesatti, quali libri contabili, bilanci, conti economici o certificati di salario e altre attestazioni di terzi, è punito con la **pena detentiva fino a tre anni o con la pena pecuniaria**.

Art. 183 cpv. 1

¹ Chiunque, tenuto a trattenere un'imposta alla fonte, impiega a profitto proprio o di un terzo la ritenuta d'imposta, è punito con la **pena detentiva fino a tre anni o con la pena pecuniaria**.

2. Legge statutaria sui tribunali**Art. 43 cpv. 3:**

³ **Le pene pecuniarie e le multe inflitte dalle autorità giudiziarie spettano alla cassa del tribunale competente di prima istanza.**

Art. 232 numeri 1 e 2

Questa legge viene applicata nel modo seguente ai procedimenti penali in esame al momento della sua entrata in vigore:

1. Si trattano a norma della nuova legge i casi che si trovano in fase di istruttoria. (...)
2. I casi in esame presso tribunali e **autorità scolastiche**, compresi i rimedi legali, vengono conclusi da queste autorità secondo le norme di legge finora vigenti.

II.

La presente revisione parziale è soggetta a referendum facoltativo.

Il Governo fissa l'entrata in vigore della presente revisione parziale.

Adesione del Cantone dei Grigioni al Concordato del 29 ottobre 2004 dei Cantoni della Svizzera orientale sull'esecuzione delle pene e delle misure

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 cpv. 2 della Costituzione cantonale;

visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

1. Il Cantone dei Grigioni aderisce al Concordato del 29 ottobre 2004 dei Cantoni della Svizzera orientale sull'esecuzione delle pene e delle misure.
2. Il Governo viene autorizzato a dichiarare l'adesione al Concordato del 29 ottobre 2004 dei Cantoni della Svizzera orientale sull'esecuzione delle pene e delle misure.
3. Con l'entrata in vigore del Concordato è abrogata la decisione del Gran Consiglio del 20 novembre 1975.
4. I numeri 1 e 2 della presente decisione sono soggetti a referendum facoltativo.

Concordato del 29 ottobre 2004 dei Cantoni della Svizzera orientale sull'esecuzione delle pene e delle misure

I Cantoni di Zurigo, Glarona, Sciaffusa, Appenzello esterno, Appenzello interno, San Gallo, Grigioni e Turgovia stipulano il Concordato dei Cantoni della Svizzera orientale sull'esecuzione delle pene e delle misure con lo scopo di ripartire e coordinare i compiti relativi alla pianificazione, alla costruzione e alla gestione delle istituzioni d'esecuzione, di rendere possibile un'esecuzione conforme ai diritti fondamentali efficiente ed economica, nonché di uniformare l'esecuzione per poter raggiungere al meglio gli obiettivi dell'esecuzione.

I. Introduzione

Art. 1

¹ Il Concordato si applica all'esecuzione:

- a) delle pene senza condizionale pronunciate nei Cantoni concordatari, nonché delle misure terapeutiche stazionarie e degli internamenti di adulti;
- b) delle sanzioni nei confronti di adulti e minori, nella misura in cui l'esecuzione avviene in istituzioni d'esecuzione che servono all'esecuzione comune (stabilimenti concordatari).

Campo di applicazione

² I Cantoni concordatari si informano reciprocamente sulle loro pianificazioni e costruzioni nell'intero settore della privazione della libertà e coordinano le loro offerte per quanto possibile e in modo opportuno.

II. Organizzazione

Art. 2

¹ L'organo supremo del Concordato è la Commissione per l'esecuzione delle pene. Essa si compone di un membro del governo di ogni Cantone concordatario.

Commissione per l'esecuzione delle pene

² La Commissione per l'esecuzione delle pene:

- a) esercita la vigilanza sull'applicazione e sull'interpretazione del Concordato e decide in caso di controversie;
- b) designa gli organi necessari;
- c) emana direttive per la collaborazione nel settore dell'esecuzione e per l'organizzazione dell'esecuzione, che con il consenso di tutti i partecipanti possono essere dichiarate vincolanti;

- d) decide con il consenso dei Cantoni di ubicazione quali istituzioni d'esecuzione in quanto stabilimenti concordatari adempiono a compiti d'esecuzione comuni, e pianifica l'offerta necessaria nei luoghi d'esecuzione;
- e) stabilisce le spese di vitto e di alloggio per gli stabilimenti concordatari;
- f) può rilasciare a istituzioni gestite privatamente l'autorizzazione ad eseguire pene sotto forma di semiprigionia e di lavoro in esternato, trattamenti stazionari di autori di reati con disturbi psichici e con tossicomania o altra dipendenza, misure per giovani adulti, nonché sanzioni della legge sul diritto penale minorile;
- g) prende posizione in merito a progetti di legge o rapporti della Confederazione oppure in merito a trattati internazionali o rapporti di organizzazioni internazionali.

³ La Commissione per l'esecuzione delle pene si riunisce almeno due volte per anno civile. Essa elegge tra i suoi membri il presidente e il suo sostituto. Le decisioni vengono prese a maggioranza semplice. Ogni Cantone ha un voto. In caso di parità di voti decide il presidente. Per il resto la Commissione per l'esecuzione delle pene regola da sé la propria procedura.

Art. 3

Ufficio centrale

¹ La Commissione per l'esecuzione delle pene designa l'ufficio centrale quale organo esecutivo, composto dal segretariato del Concordato quale direzione, nonché da una rappresentanza ciascuna della conferenza specializzata dei direttori degli stabilimenti, di quella delle autorità di collocamento e d'esecuzione, nonché di quella dell'assistenza riabilitativa.

² L'ufficio centrale:

- a) riconosce e analizza sviluppi sovracantonali nel settore dell'esecuzione delle pene e delle misure, fa proposte alla Commissione per l'esecuzione delle pene ed esegue le sue decisioni;
- b) garantisce la collaborazione tra gli organi del Concordato;
- c) accetta proposte delle conferenze specializzate e le elabora;
- d) promuove la collaborazione tra i Concordati;
- e) trasmette ai Cantoni informazioni di cui questi hanno bisogno per adempiere ai loro compiti e fornisce raccomandazioni sull'applicazione e sull'interpretazione del Concordato e delle direttive.

³ Per il resto la Commissione per l'esecuzione delle pene regola i compiti e l'organizzazione dell'ufficio centrale in un regolamento.

Art. 4

Segretariato

¹ La Commissione per l'esecuzione delle pene designa il segretariato del Concordato.

² Il segretariato del Concordato:

- a) dirige l'ufficio centrale e, per quanto possibile, prende parte alle sedute delle conferenze specializzate;
- b) prepara le sedute della Commissione per l'esecuzione delle pene;
- c) informa i Cantoni sulle novità più importanti nel settore dell'esecuzione, fornisce loro consulenza nei singoli casi d'esecuzione e fornisce raccomandazioni nell'interesse di un'occupazione equilibrata degli stabilimenti concordatari;
- d) esegue tutti i compiti non assegnati ad un altro organo.

³ Le spese del segretariato del Concordato vengono sostenute dai Cantoni concordatari in proporzione al numero di abitanti risultante dall'ultimo censimento federale della popolazione. La Commissione per l'esecuzione delle pene può stabilire una somma base.

Art. 5

¹ Esistono conferenze specializzate:

Conferenze specializzate

- a) dei direttori degli stabilimenti;
- b) delle autorità di collocamento e d'esecuzione;
- c) dell'assistenza riabilitativa.

² Le conferenze specializzate servono allo scambio intercantonale di esperienze e informazioni specifiche. Esse riconoscono sviluppi e tendenze nel settore dell'esecuzione delle pene e delle misure, nonché del settore degli stabilimenti e dei penitenziari, e fanno proposte all'ufficio centrale all'attenzione della Commissione per l'esecuzione delle pene.

³ Esse regolano da sé la propria procedura.

Art. 6

¹ La Commissione per l'esecuzione delle pene e delle misure istituisce una Commissione specializzata composta da rappresentanze delle autorità d'azione penale, delle autorità d'esecuzione e della psichiatria per la verifica della pericolosità sociale di autori di reati e designa la presidenza.

Commissione specializzata per la verifica della pericolosità sociale

² Su proposta del Cantone competente per l'esecuzione, la Commissione specializzata valuta la pericolosità di autori di reati e fornisce raccomandazioni:

- a) nei casi prescritti dal diritto federale;
- b) qualora la pericolosità sociale di un autore di reati non possa essere chiaramente determinata dall'autorità d'esecuzione, qualora sussistano dubbi riguardo alla misura da adottare o qualora, nonostante il riconoscimento della pericolosità sociale, si prenda in considerazione un'attenuazione delle misure d'esecuzione.

³ Per il resto la Commissione per l'esecuzione delle pene regola i compiti e l'organizzazione della Commissione specializzata in un regolamento. Le spese per la valutazione vengono assunte dal Cantone competente per l'esecuzione.

III. Stabilimenti concordatari

Art. 7

Ripartizione dei
compiti
d'esecuzione

¹ Su riserva dell'approvazione dei crediti necessari da parte delle istanze competenti secondo il diritto cantonale, i Cantoni concordatari si impegnano a mettere a disposizione, a potenziare e a gestire le seguenti istituzioni d'esecuzione per l'esecuzione comune delle pene detentive, delle misure privative della libertà, nonché del collocamento di minori e della privazione della libertà secondo il diritto penale minorile:

| | |
|-------------------------------|--|
| Cantone di Zurigo | Penitenziario Pöschwies (penitenziario chiuso) Sedi del penitenziario Pöschwies (penitenziario aperto) Centro per l'esecuzione delle misure Uitikon (misure per giovani adulti, nonché misure di protezione e privazione della libertà per minori) |
| Cantone di Appenzello esterno | Penitenziario Gmünden (penitenziario aperto) |
| Cantone di San Gallo | Penitenziario Saxerriet (penitenziario aperto) Centro per l'esecuzione delle misure Bitzi (esecuzione delle misure, in particolare trattamento di disturbi psichici e di dipendenze) |
| Cantone dei Grigioni | Penitenziario Sennhof (penitenziario chiuso) Penitenziario Realta (penitenziario aperto) |
| Cantone di Turgovia | Centro per l'esecuzione delle misure per giovani adulti Kalchrain (misure per giovani adulti, nonché misure di protezione e privazione della libertà per minori) |

² Su proposta del Cantone di ubicazione, la Commissione per l'esecuzione delle pene può assegnare ad altre istituzioni d'esecuzione compiti d'esecuzione comuni, qualora l'istituzione d'esecuzione soddisfi i requisiti e le regole stabilite nel presente Concordato e nelle direttive.

³ Su proposta del Cantone d'ubicazione la Commissione per l'esecuzione delle pene decide sulla modifica della destinazione allo scopo di uno stabilimento concordatario o sullo svincolo dello stesso da compiti d'esecuzione comuni.

Art. 8

Personale

Affinché il mandato d'esecuzione legale possa essere adempiuto e i principi d'esecuzione possano essere rispettati, i Cantoni concordatari provvedono:

- a) all'assunzione di un numero sufficiente di collaboratori idonei nelle istituzioni d'esecuzione;
- b) alla formazione, alla formazione continua e al perfezionamento professionale del personale.

IV. Attuazione dell'esecuzione

Art. 9

¹ I Cantoni concordatari si impegnano ad eseguire le pene detentive e le misure privative della libertà, della cui esecuzione sono incaricati, negli stabilimenti concordatari. Principio

² L'esecuzione si conforma alle prescrizioni per le singole istituzioni d'esecuzione. Esse vengono emanate dal Cantone che gestisce l'istituzione d'esecuzione. Esse devono essere approvate dalla Commissione per l'esecuzione delle pene.

³ Sono fatti salvi:

- a) l'esecuzione di pene detentive in un penitenziario del Cantone competente per l'esecuzione, se per motivi di tempo o personali la persona interessata non può essere collocata in uno stabilimento concordatario;
- b) l'esecuzione sotto forma di semiprigionia o nell'ambito dell'alloggio e del lavoro in esternato;
- c) la cessione dell'esecuzione ad un Cantone che non fa parte del Concordato;
- d) il collocamento in un'istituzione d'esecuzione al di fuori del Concordato nel caso singolo per motivi di sicurezza, per ottimizzare la composizione dei detenuti o se in questo modo viene facilitato il reinserimento in base alla situazione occupazionale o di formazione o con riguardo all'ambiente familiare. Nella misura in cui il Cantone collocante sia competente per decisioni, esso applica il presente Concordato e le direttive della Commissione per l'esecuzione delle pene.

Art. 10

¹ Il Cantone collocante:

Competenza

- a) designa nel singolo caso l'istituzione d'esecuzione adeguata;
- b) coordina la pianificazione dell'intera esecuzione, incluso il periodo di prova dopo la liberazione dall'istituzione d'esecuzione; esso trasmette le informazioni e la documentazione necessarie all'adempimento dei compiti all'istituzione d'esecuzione, all'assistenza riabilitativa e agli altri servizi coinvolti nell'esecuzione;
- c) decide su regimi aperti, come l'autorizzazione di congedi, il trasferimento in un penitenziario aperto, l'esecuzione sotto forma di lavoro in esternato, nonché di alloggio e lavoro in esternato, la liberazione condizionale, nonché la sospensione dell'esecuzione. Esso può delegare la competenza per l'autorizzazione di congedi, nonché di alloggio e lavoro in esternato alla direzione dell'istituzione d'esecuzione.

² L'istituzione d'esecuzione:

1. accetta le persone assegnatele nei limiti della sua capacità di accoglienza e le rilascia secondo le disposizioni del Cantone collocante;

2. allestisce, in collaborazione con il collocato, il piano d'esecuzione entro i limiti delle direttive del Cantone collocante;
3. coinvolge in caso di necessità l'assistenza riabilitativa o servizi specializzati, in particolare nella preparazione della liberazione;
4. presenta rapporto al Cantone collocante, se esso lo richiede, in caso di eventi straordinari come gravi infrazioni disciplinari, infortunio o decesso della persona collocata e in caso di trasmissione di domande.

Art. 11Piano
d'esecuzione

¹ Il piano d'esecuzione è uno strumento di pianificazione volto a concretizzare nel singolo caso gli obiettivi dell'esecuzione. Esso elenca le misure, nonché i mezzi pedagogici e terapeutici con i quali devono essere raggiunti questi obiettivi.

² A seconda della durata di permanenza in un'istituzione d'esecuzione e delle condizioni di vita attese dopo la liberazione, esso contiene indicazioni in merito all'assistenza necessaria e al bisogno di terapia, al lavoro, alla formazione e al perfezionamento scolastici e professionali, alla riparazione del danno, alle relazioni con il mondo esterno e alla preparazione della liberazione. Il piano d'esecuzione viene regolarmente verificato e se necessario adeguato.

Art. 12

Trasferimento

¹ Qualora il collocato risulti non idoneo all'esecuzione nell'istituzione d'esecuzione indicata o qualora il suo comportamento provochi difficoltà tali da renderlo ingestibile, o qualora l'esecuzione della sanzione non possa essere continuata per motivi di salute, la direzione dell'istituzione d'esecuzione richiede il trasferimento al Cantone collocante. In caso di disaccordo il segretariato del Concordato funge da mediatore.

² In caso di trasferimento, gli atti relativi all'esecuzione, inclusi il piano d'esecuzione e il rapporto sullo stato dell'attuazione, vengono trasmessi alla nuova istituzione d'esecuzione.

Art. 13Spese
d'esecuzione

¹ Il Cantone collocante rimborsa al Cantone esecutore le spese d'esecuzione e quelle per il collocamento e la liberazione. Esso può esercitare il regresso contro altri obbligati al pagamento.

² La Commissione per l'esecuzione delle pene fissa l'ammontare delle spese di vitto e di alloggio in considerazione dei compiti delle singole istituzioni d'esecuzione e determina quali prestazioni vengono indennizzate con queste spese. Essa stabilisce gli standard minimi che devono essere soddisfatti per poter richiedere le rispettive spese di vitto e di alloggio.

Art. 14

Il collocato:

- a) paga attingendo al suo peculio acquisti personali, in particolare tabacchi, generi voluttuari, articoli da toilette e abbonamenti a giornali, nonché le spese per congedi e le tasse per l'utilizzazione di apparecchi radio, televisivi e telefonici;
- b) partecipa in misura adeguata alle spese della semiprigionia, del lavoro in esternato, nonché dell'alloggio e del lavoro in esternato;
- c) si assume le spese per i contributi all'assicurazione sociale, per particolari misure di perfezionamento e di rientro, per quanto possibile ed esigibile.

Partecipazione
alle spese**V. Disposizioni finali****Art. 15**

¹ La Commissione per l'esecuzione delle pene stipula le convenzioni necessarie con altri concordati, in particolare in riferimento al collocamento di donne e di detenuti malati.

Convenzioni con
altri concordati e
Cantoni

² Convenzioni generali di singoli Cantoni con altri Cantoni o concordati necessitano dell'approvazione della Commissione per l'esecuzione delle pene.

Art. 16

¹ Ogni Cantone può, con un preavviso di cinque anni, denunciare il Concordato per la fine di un anno civile mediante dichiarazione scritta.

Disdetta

² Per quanto necessario, i Cantoni rimanenti procedono ad una nuova ripartizione dei compiti d'esecuzione.

Art. 17

La Convenzione del 31 marzo 1976 è abrogata.

Abrogazione
della
Convenzione
precedente**Art. 18**

La Commissione per l'esecuzione delle pene fissa l'entrata in vigore del presente Concordato.

Entrata in vigore

Auszug aus dem geltenden Recht

Gesetz über die Strafrechtspflege (StPO)

Vom Volke angenommen am 8. Juni 1958¹⁾

I. Das kantonale Strafrecht

1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 4²⁾

¹⁾ Wird ein Straftatbestand des bisherigen kantonalen Rechtes mit Gefängnis bedroht, so ist an dessen Stelle auf Haft zu erkennen.³⁾ Die Haftstrafe darf drei Monate nicht übersteigen. Strafandrohung
im bisherigen
Recht

²⁾ Der Höchstbetrag der Busse ist 5000 Franken, wenn nicht ausdrücklich ein anderer Höchstbetrag bestimmt ist.

³⁾ Handelt der Täter aus Gewinnsucht, so ist die erkennende Behörde an den Höchstbetrag von 5000 Franken nicht gebunden.

Art. 5

¹⁾ Der Grosse Rat ist befugt, auf Widerhandlungen gegen seine Verordnungen, Reglemente und Beschlüsse Busse oder Haft bis zu einem Monat anzudrohen. Strafandrohungen
in kantonalen
Verordnungen

¹⁾ B vom 25. April 1956, 237; GRP 1956, 435 und 438, 1957, 52, 64, 68, 89 und 92 (erste Lesung), 1957, 342, 350 und 403 (zweite Lesung); Art. 230 Abs. 2 aufgehoben durch Art. 7 des Gesetzes vom 5. März 1961 über das Salzregal (Wortlaut des aufgehobenen Abs. 2 siehe AGS 1958, 141); Art. 65 Abs. 4 geändert durch Volksbeschluss vom 24. April 1966 (B vom 30. August 1965, 310; GRP 1965, 334; ursprüngliche Fassung des geänderten Abs. 4 siehe AGS 1958, 102); Art. 67 Abs. 2 und 180 Abs. 1-3 geändert durch Art. 83 Ziff. 4 des Verwaltungsgerichtsgesetzes (ursprünglicher Wortlaut der geänderten Artikel siehe AGS 1958, 103 bzw. 132); verschiedene Artikel gemäss FN revidiert durch Volksbeschluss vom 7. April 1974 (B vom 29. März 1973, 1, GRP 1973/74, 53, 59, 67 und 99 (erste Lesung), 280 (zweite Lesung))

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Vgl. dazu Art. 335 Ziff. 1 und Art. 101 StGB, SR 311.0

² Die Regierung kann auf Widerhandlungen gegen ihre Verordnungen, Reglemente und Beschlüsse Busse androhen.

³ Eidgenössische und kantonale Sondervorschriften bleiben vorbehalten.

Art. 7

Verwaltungs-
strafrecht der
Gemeinden

¹ Die Gemeinden sind befugt, auf Widerhandlungen gegen ihre Gesetze, Verordnungen und Reglemente Busse anzudrohen, soweit es sich nicht um Tatbestände handelt, die schon durch das eidgenössische oder kantonale Recht mit Strafe bedroht sind.

² Die für das kantonale Strafrecht geltenden allgemeinen Bestimmungen (Art. 1–6) finden auch auf die Strafbestimmungen der Gemeinden sinngemäss Anwendung. Vorbehalten bleibt Artikel 192 Absatz 2 dieses Gesetzes.

³ Wird ein Straftatbestand des Gemeindestrafrechts mit einer Freiheitsstrafe bedroht, so ist an deren Stelle auf Busse zu erkennen.

2. BESONDERE BESTIMMUNGEN

A. Übertretungen gegen Leib und Leben

Art. 8

Unterlassung der
Nothilfe

¹ Wer es unterlässt, einem Menschen in Lebensgefahr zu helfen, obwohl es ihm den Umständen nach zugemutet werden könnte,

² wer andere davon abhält, diese Nothilfe zu leisten oder sie dabei stört,

³ wer der Aufforderung eines Polizeibeamten, ihm zur Nothilfe Beistand zu leisten, ohne genügenden Grund nicht nachkommt,

⁴ wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

Art. 9

Vernachlässigung
anvertrauter
Personen

¹ Wer Personen, die ihm anvertraut sind, pflichtwidrig vernachlässigt, wird, wenn die Straftat nicht unter die Artikel 134, 217 oder 219 StGB fällt, mit Haft oder mit Busse bestraft.

² Der Richter macht der Vormundschaftsbehörde Mitteilung, damit diese die geeigneten Massnahmen treffen kann.

Art. 11

Beseitigung einer
Leiche

Wer eine menschliche Leiche oder Teile einer solchen ohne Anzeige an die Behörde beerdigt, verbrennt oder beiseite schafft, wird, sofern nicht

eine mit schwerer Strafe bedrohte Handlung vorliegt, mit Haft oder mit Busse bestraft.¹⁾

B. *Übertretungen gegen das Vermögen*

Art. 12²⁾

Wer nichtzugerüstetes Holz, Feld- oder Gartenfrüchte von geringem Wert entwendet, wird auf Antrag mit Haft bis zu acht Tagen oder mit Busse bestraft.

Holz- und
Feldfrevel

Art. 13

¹ Wer gewerbsmässig die Leichtgläubigkeit einer Person durch Wahrsagen, Traumdeuten, Kartenschlagen, Geisterbeschwören, Abgabe von Zaubermitteln, Anleitung zum Schatzgraben oder ähnliche Weise ausbeutet,

Ausbeutung der
Leichtgläubigkeit

² wer sich öffentlich zur Ausübung solcher Künste anbietet,

³ wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

⁴ Ist der Täter Ausländer, kann neben der Hauptstrafe auf Landesverweisung (Art. 55 StGB) erkannt werden.

C. *Übertretungen gegen die Sittlichkeit*

Art. 14³⁾

Aufgehoben.

Art. 15

Wer vor Kindern unter sechzehn Jahren unzüchtige Reden führt, wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

Unzüchtige
Reden

D. *Übertretungen gegen die öffentliche Sicherheit*

Art. 17

¹ Wer ein wildes oder böses Tier nicht gehörig verwahrt, wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

Ungenügende
Verwahrung
wilder oder
böser Tiere

² Der Richter kann das Tier töten lassen.

¹⁾ Siehe auch Art. 69 Abs. 2 dieses Gesetzes

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Aufgehoben durch Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

Gefährdung
durch Tiere

Art. 18¹⁾

¹ Wer durch Reizen, Scheumachen oder unbefugtes Befreien von Tieren eine Gefahr für Menschen oder Sachen herbeiführt,

² wer einen Hund auf Menschen oder Tiere hetzt, wer einen Hund, der unter seiner Aufsicht steht, von Angriffen auf Menschen oder Tiere nicht abhält,

³ wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

⁴ Der Richter kann das Tier töten lassen.

Unvorsichtiger
Umgang mit
Waffen,
Sprengmitteln
oder Munition

Art. 19

¹ Wer Waffen, Sprengmittel oder Munition unvorsichtig oder mutwillig gebraucht,

² wer solche Gegenstände nicht voll zurechnungsfähigen Personen oder Jugendlichen unter achtzehn Jahren ohne pflichtgemässe Beaufsichtigung überlässt,

³ wer Waffen, Sprengmittel oder Munition Betrunkenen aushändigt,

⁴ wer Waffen, Sprengmittel oder Munition nicht mit der nach den Umständen gebotenen Vorsicht verwahrt,

⁵ wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

Allgemeine
Vorschriften über
Waffen oder
Munition

Art. 20

¹ ...²⁾

² wer allgemeinverbindliche Vorschriften über Abgabe, Besitz und Gebrauch von Waffen, Sprengmitteln oder Munition, zu deren Erlass die Regierung ermächtigt ist, verletzt,

³ wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

Unbefugtes
Herstellen von
Schlüsseln und
Stempeln

Art. 21

¹ Wer unbefugt Schlüssel anfertigt oder einem andern leichtfertig liefert,

² wer behördliche oder private Stempel und Zeichen leichtfertig einem Unbefugten liefert,

³ wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

Strafbarer Besitz
von Diebs-
werkzeugen

Art. 22

¹ Wer Diebswerkzeug in Gewahrsam hat oder von einem andern für sich verwahren lässt,

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Aufgehoben gemäss Gesetz über die Anpassung von Beitrittsbeschlüssen und -bestimmungen zu Konkordaten und Vereinbarungen an die Kantonsverfassung vom 18. Juni 2005; AGS 2005, KA_2052 und KA_3268; am 1. November 2005 in Kraft getreten

² wer Gegenstände einem andern überlässt, obwohl er weiss oder damit rechnen muss, dass sie zur Verwendung bei Diebstahl oder Raub bestimmt sind,

³ wird, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist, mit Haft oder mit Busse bestraft.

⁴ Die Gegenstände sind einzuziehen.

⁵ Gegenüber Ausländern kann auf Landesverweisung (Art. 55 StGB) erkannt werden.

Art. 23

¹ Wer Druckerzeugnisse, Plakate, Bilder oder andere Gegenstände, welche geeignet sind, auf die Jugend eine verrohende oder sittenverderbende Wirkung auszuüben, zu Verbrechen oder Vergehen anzureizen, anzuleiten oder solche zu verherrlichen, öffentlich ausstellt oder anpreist, Jugendgefährdende Veröffentlichungen

² wer solche Gegenstände einer Person unter achtzehn Jahren übergibt oder vorzeigt,

³ wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

Art. 24¹⁾

¹ Wer ohne feuerpolizeiliche Bewilligung Knallfeuerwerk oder explosiv wirkende Spielzeuge, die geeignet sind, Körperverletzungen zu verursachen, herstellt, feilbietet oder abgibt, Gefährdung durch Feuerwerk

² wer Feuerwerk in der Nähe von Personen oder leicht entzündbaren Gegenständen derart abbrennt oder durch Personen, deren Beaufsichtigung ihm obliegt, abbrennen lässt, dass jene gefährdet sind,

³ wird mit Haft bis zu acht Tagen oder mit Busse bestraft.

E. *Übertretungen gegen die öffentliche Gewalt*

Art. 25²⁾

Wer vorsätzlich der Anordnung oder Aufforderung nicht nachkommt, die ein Polizeibeamter innerhalb seiner Befugnisse erlässt, wird mit Haft bis zu acht Tagen oder mit Busse bestraft. Ungehorsam gegen die Polizei

Art. 26³⁾

¹ Wer einer Behörde oder einem Beamten, die sich gehörig ausweisen, auf Aufforderung hin die Angabe seines Namens oder seiner Wohnung oder Auskunftsverweigerung

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

andere Auskünfte über seine Person verweigert oder darüber vorsätzlich unrichtige Angaben macht,

² wer im amtlichen Meldeschein für die polizeiliche Kontrolle der Beherbergten unrichtige Angaben über seine Person oder seine Begleiter macht oder diese Angaben verweigert,

³ wird mit Haft bis zu acht Tagen oder mit Busse bestraft.

Art. 27¹⁾

Beschädigung
von Bekannt-
machungen

Wer öffentlich angeschlagene amtliche Bekanntmachungen oder mit behördlicher Bewilligung angebrachte Plakate böswillig wegnimmt, abreisst, entstellt oder besudelt, wird mit Haft bis zu acht Tagen oder mit Busse bestraft.

Art. 28

Verhinderung der
Aufsicht über
Hilfsbedürftige

Wer vorsätzlich die amtliche Aufsicht über die rechtskräftig verfügte Versorgung von Kranken, Irren, Kindern oder andern hilflosen Personen hindert oder unwirksam macht, wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

F. Übertretungen gegen Ruhe und Ordnung

Art. 29²⁾

Beunruhigung der
Bevölkerung

Wer durch falsche Nachrichten, grundlosen Feuerruf und dergleichen unter der Bevölkerung Unruhe, Angst oder Schrecken hervorruft, wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

Art. 30

Falscher Alarm

¹ Wer durch wissentlich falsche Meldung Organe des öffentlichen oder gemeinnützigen Sicherheitswesens oder Hilfsdienstes (Polizei, Feuerwehr, Sanität, Rettungsstationen und dergleichen) alarmiert,

² wer durch wissentlich falsche Meldung Geistliche und Medizinalpersonen (Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Hebammen) alarmiert,

³ wird mit Haft bis zu vierzehn Tagen oder mit Busse bestraft.

Art. 31³⁾

Grober Unfug

Wer einen Dritten aus Bosheit oder Mutwillen in grober Weise stört oder belästigt, ohne dass damit ein unter schwerere Strafe gestellter Tatbestand erfüllt ist, wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

Art. 32¹⁾

¹ Wer öffentlich Sitte und Anstand in grober Weise verletzt oder unnötigen Lärm verursacht, wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

Unanständiges
Benehmen,
Ruhestörung

² Handelt der Täter unter Alkoholeinfluss, so kann mit der Hauptstrafe das Wirtshausverbot (Art. 56 StGB) oder die Weisung, sich allgemein alkoholischer Getränke zu enthalten, verbunden werden.

Art. 33

¹ Wer aus Bosheit oder Mutwillen öffentliche Sachen oder fremdes Privateigentum verunreinigt, wird, sofern nicht Sachbeschädigung vorliegt (Art. 145 StGB), mit Haft oder mit Busse bestraft.

Verunreinigung
fremden
Eigentums

² Die Verunreinigung von Privateigentum wird nur auf Antrag verfolgt.

Art. 34

Wer unter Umgehung amtlicher Hilfe widerrechtlich eigenmächtige Handlungen vornimmt, um ein wirkliches oder vermeintliches Recht durchzusetzen, wird auf Antrag mit Haft oder mit Busse bestraft.

Rechtswidrige
Selbsthilfe

Art. 35²⁾

¹ Wer aus Arbeitsscheu oder Liederlichkeit bettelt, wer Kinder oder Personen, die von ihm abhängig sind, zum Betteln anhält,

Bettel

² wird mit Haft bestraft.

³ ³⁾ Dem Täter kann die elterliche Sorge entzogen werden (Art. 53 StGB.)

⁴ Ist der Täter Ausländer, kann neben der Hauptstrafe auf Landesverweisung (Art. 55 StGB) erkannt werden.

*G. Andere Übertretungen***Art. 36⁴⁾**

¹ Wer öffentliche oder gemeinnützige Armenunterstützung missbräuchlich verwendet, insbesondere für den übermässigen Genuss alkoholischer Getränke, wird mit Haft bis zu vierzehn Tagen bestraft.

Missbrauch der
Armenunter-
stützung

² Mit der Hauptstrafe kann das Wirtshausverbot (Art. 56 StGB) oder die Weisung, sich allgemein alkoholischer Getränke zu enthalten, verbunden werden.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Fassung gemäss Art. 163 Ziff. 9 Lit. d EG zum ZGB, BR 210.100

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

Verleitung zu
Alkohol-
missbrauch

Art. 37

¹ Wer in Ausübung seines Gewerbes eine Person zu übermässigem Alkoholenuss verleitet oder dazu Vorschub leistet, obschon er weiss oder wissen sollte, dass dadurch sie oder ihre Familie ernstlich gefährdet wird, wird mit Haft oder mit Busse bestraft. ¹⁾

² Ist der Täter Inhaber einer Wirtschaftsbewilligung oder einer Bewilligung zum Kleinhandel mit alkoholischen Getränken, kann ihm diese im Wiederholungsfall entzogen werden.

Abgabe
alkoholischer
Getränke an
Betrunkene

Art. 38²⁾

¹ Wer in Gastwirtschaftsbetrieben oder Verkaufsläden einem Betrunkenen alkoholische Getränke abgibt oder abgeben lässt, wird mit Haft oder mit Busse bestraft. ³⁾

² Ist der Täter Inhaber einer Wirtschaftsbewilligung oder einer Bewilligung zum Verkauf von alkoholischen Getränken, so kann ihm der Richter diese Bewilligung bei wiederholter Begehung für die Dauer von einem bis zu drei Jahren entziehen.

Widersetzlichkeit
Fürsorge-
bedürftiger

Art. 39

Wer als Fürsorgebedürftiger die ihm gestützt auf das kantonale Fürsorgegesetz⁴⁾ erteilten Weisungen der Vormundschaftsbehörde nicht befolgt, wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

Verletzung der
Bestimmungen
über Natur-,
Heimat- und
Umweltschutz

Art. 40⁵⁾

Wer die vom Kanton oder von den Gemeinden für den Natur-, Heimat- und Umweltschutz oder zur Erhaltung von Altertümern und Heilquellen erlassenen Vorschriften⁶⁾ und Verfügungen übertritt, wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

Unzulässige
Religions-
gemeinschaft

Art. 41⁷⁾

Wer öffentlich für eine mit den Grundsätzen der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit nicht zu vereinbarende Religionsgemeinschaft Anhänger wirbt oder trotz Mahnung durch den Kreispräsidenten die Werbung

¹⁾ Siehe auch Art. 29 und 40 Wirtschaftsgesetz, BR 945.100

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Siehe auch Art. 29 und 40 Wirtschaftsgesetz, BR 945.100

⁴⁾ BR 546.100

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁶⁾ Vgl. dazu das Gesetz über die Förderung des Natur- und Heimatschutzes im Kanton Graubünden, BR 496.000, und die GrV über den Natur- und Heimatschutz, BR 496.100

⁷⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

gegenüber einer bestimmten Person fortsetzt, wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

II. Das Strafverfahren

1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

A. Organisation der Strafgerichtsbarkeit

Art. 43¹⁾

¹ Die Strafuntersuchung obliegt:

- a) im ordentlichen Verfahren und im Strafmandatsverfahren gemäss Art. 49 Abs. 1 lit. a den Untersuchungsrichtern²⁾;
- b)³⁾ bei Klagen wegen Ehrverletzung und unlauteren Wettbewerbs sowie im Strafmandatsverfahren wegen Übertretungen den Kreispräsidenten nach den dafür geltenden besonderen Bestimmungen;
- c) bei Übertretungen, zu deren Beurteilung Verwaltungsbehörden zuständig sind, den entsprechenden Verwaltungsorganen.

Untersuchungs-
behörden

² Im Verfahren gegen Kinder und Jugendliche gelten die besonderen Bestimmungen über die Jugendstrafrechtspflege.⁴⁾

³ Der Staatsanwalt übt im ordentlichen Verfahren, im Strafmandatsverfahren gemäss Artikel 49 Absatz 1 litera a und im Jugendstrafverfahren die Aufsicht über die Strafuntersuchungen aus. Er entscheidet ob Anklage zu erheben oder die Untersuchung einzustellen ist.⁵⁾

⁴ Die Kantonspolizei wirkt als gerichtliche Polizei bei der Untersuchung mit.⁶⁾

B. Sachliche und örtliche Zuständigkeit

Art. 45⁷⁾

¹ Das Kantonsgericht beurteilt unter Vorbehalt von Artikel 46a:

Kantonsgericht

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Vgl. dazu RV über die Organisation und Geschäftsführung der Staatsanwaltschaft, BR 350.050

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

⁴⁾ Vgl. dazu RV über die Organisation und Geschäftsführung der Staatsanwaltschaft, BR 350.050

⁵⁾ Vgl. dazu RV über die Organisation und Geschäftsführung der Staatsanwaltschaft, BR 350.050

⁶⁾ Vgl. dazu GrV über die Kantonspolizei, BR 613.100

⁷⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

- a) alle Verbrechen, welche mit Zuchthaus über fünf Jahre bedroht sind;
- b) die Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und die Landesverteidigung (Art. 265–278 StGB) sowie die Vergehen gegen den Volkswillen (Art. 279–283 StGB), soweit diese nicht der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen (Art. 340 StGB);
- c) die Verbrechen und Vergehen, welche von Mitgliedern der Regierung, des Kantonsgerichtes oder des Verwaltungsgerichtes in Ausübung ihrer Amtstätigkeit begangen worden sind (Art. 67).

^{2 1)}Für die Beurteilung von Beschwerden im Sinne der Artikel 138, 168 Absatz 3 und 176a bestellt das Kantonsgericht eine aus drei seiner Mitglieder bestehende Beschwerdekammer.

Art. 46²⁾

Kantonsgerichts-
ausschuss

¹ Der Kantonsgerichtsausschuss beurteilt unter Vorbehalt von Artikel 46a:

- a) Ehrverletzungsklagen von Mitgliedern der Regierung, des Kantonsgerichtes und des Verwaltungsgerichtes, die sich auf deren Amtstätigkeit beziehen;
- b) ...³⁾
- c) die zu gerichtlicher Beurteilung gelangenden Übertretungen fiskalischer oder anderer Bundesgesetze (Art. 300, 322 und 325 des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege⁴⁾);
- d) strafbare Handlungen aus dem Gebiete des Urheberrechts sowie des Patent-, Marken-, Muster- und Modellrechts.

² Im Rechtsmittelverfahren beurteilt er die ihm durch dieses Gesetz zugewiesenen Berufungsfälle.

Art. 46a

Kantonsgerichts-
präsident

^{1 5)}Soweit bei Straftaten gemäss Artikel 45 und Artikel 46 Absatz 1 litera d die Voraussetzungen von Artikel 49 Absatz 1 litera a erfüllt sind, werden sie durch den Kantonsgerichtspräsidenten im Strafmandatsverfahren beurteilt. Die Bestimmungen der Artikel 172 bis 176 gelten sinngemäss.

^{2 6)}Ferner übt der Kantonsgerichtspräsident die ihm zugewiesenen besonderen Obliegenheiten aus.

¹) Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

²) Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³) Aufgehoben gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

⁴) SR 312.0

⁵) Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

⁶) Eingefügt durch Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

Art. 47¹⁾

Das Bezirksgericht beurteilt alle Verbrechen und Vergehen, welche nicht in die Spruchkompetenz einer andern richterlichen Behörde fallen.

Bezirksgericht

Art. 48²⁾

Der Bezirksgerichtsausschuss beurteilt:

Bezirksgerichts-
ausschuss

- a) die mit Gefängnis oder Busse und die mit Gefängnis, Haft oder Busse bedrohten Vergehen;
- b) die Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen bei einem Deliktsbetrag bis 20 000 Franken, soweit nicht nach der Strafandrohung das Kantonsgericht zuständig ist;
- c) strafbare Handlungen gemäss Artikel 49 Absatz 1 litera b bei Übertretungen im Einspracheverfahren.³⁾

Art. 49

¹ ⁴⁾ Dem Kreispräsidenten obliegen im Strafmandatsverfahren:

Kreispräsident

- a) die Beurteilung leichter Fälle von Vergehen und Verbrechen, ausgenommen Vergehen gegen die Ehre und unlauteren Wettbewerb, die nicht in die Zuständigkeit des Kantonsgerichtes oder des Kantonsgerichtsausschusses fallen, wenn
 - der Angeschuldigte in einer schriftlichen Einvernahme den objektiven Tatbestand anerkannt hat,
 - die Voraussetzungen für eine Massnahme im Sinne der Artikel 42 bis 44 und 100bis StGB⁵⁾ nicht gegeben sind und
 - eine Gefängnisstrafe von höchstens drei Monaten, eine Haftstrafe, die Verbindung einer dieser Freiheitsstrafen mit einer Busse oder eine Busse allein in Betracht fällt;
- b) die Verfolgung und Beurteilung von Übertretungen, soweit nicht eine Verwaltungsbehörde zuständig ist.

² ⁶⁾ Er ist ferner zuständig für Entscheide über Friedensbürgschaft gemäss Artikel 57 StGB.

Art. 50

¹ Die Verwaltungsbehörden beurteilen die ihnen durch die kantonale Sondergesetzgebung zugewiesenen Straftatbestände, sofern nicht eine Freiheitsstrafe in Betracht fällt.

Verwaltungs-
behörden

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a
²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress
³⁾ Vgl. dazu Art. 174 dieses Gesetzes
⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a
⁵⁾ SR 311.0
⁶⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

² Hält die Verwaltungsbehörde die Voraussetzungen zur Verhängung einer Freiheitsstrafe für gegeben, so überweist sie die Akten der Staatsanwaltschaft zur Einleitung des richterlichen Verfahrens.¹⁾

Art. 51

Jugendstrafrechtspflege

Alle strafbaren Handlungen von Kindern und Jugendlichen werden von den Jugendgerichtsbehörden nach den besonderen Bestimmungen über die Jugendstrafrechtspflege (Art. 197–226) beurteilt. Ausgenommen sind strafbare Handlungen von Jugendlichen im Sinne von Artikel 50.

Art. 53

Sachliche Zuständigkeit beim Zusammentreffen strafbarer Handlungen

¹ Hat ein Täter mehrere strafbare Handlungen begangen oder verstösst eine Straftat gegen mehrere Strafbestimmungen, so werden diese gemeinsam untersucht und beurteilt. Die Zuständigkeit richtet sich nach der mit der schwersten Strafe bedrohten Tat.

² Bei strafbaren Handlungen, deren Verfolgung einer Verwaltungsbehörde obliegt, sowie bei Klagen wegen Ehrverletzung, Kreditschädigung oder unlauteren Wettbewerbs wird das Verfahren stets getrennt durchgeführt.

Art. 54²⁾

Örtliche Zuständigkeit

¹ Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über die örtliche Zuständigkeit (Art. 346–350) gelten sinngemäss auch für die Verfolgung der nach kantonalem Recht strafbaren Handlungen.

² Kompetenzkonflikte im Untersuchungsverfahren innerhalb des Kantons entscheidet endgültig der Staatsanwalt, der den Kanton auch bei interkantonalen Gerichtsstandskonflikten vertritt.³⁾

D. Rechtshilfe

Art. 59

Innerkantonale Rechtshilfe

Die kantonalen Strafrechtspflegeorgane sind zur gegenseitigen Rechtshilfe verpflichtet. Die Bestimmungen über die Rechtshilfepflicht gegenüber dem Bund und zwischen den Kantonen (Art. 352 StGB) finden sinngemäss auch innerhalb des Kantons Anwendung.

Art. 61

Internationale Rechtshilfe

¹ Soweit nicht durch Bundesrecht oder Staatsvertrag der direkte Verkehr von Behörde zu Behörde vorgesehen ist, werden internationale Rechtshilfe

¹⁾ Siehe auch Art. 179 Abs. 3 dieses Gesetzes

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Vgl. dazu Art. 262–264 BG über die Bundesstrafrechtspflege, SR 312.0

fegesuche durch das Justiz- und Polizeidepartement vermittelt, das im Zweifelsfall auch über ihre Behandlung entscheidet.¹⁾

²⁾ Polizeiliche Informationen vermittelt das Polizeikommando direkt.

E. Besondere Vorschriften

Art. 62

¹⁾ Das Sanitätsdepartement bezeichnet im Benehmen mit der Sanitätskommission und dem Staatsanwalt die zur Abgabe der Gutachten im Sinne von Artikel 120 Ziffer 1 StGB ermächtigten Fachärzte. Sanitätsbehörden

²⁾ Es nimmt auch die in Artikel 120 Ziffer 2 StGB vorgeschriebenen Anzeigen über die Schwangerschaftsunterbrechung im Notstand entgegen.

Art. 65b²⁾

¹⁾ Die an einem Strafverfahren beteiligten Personen und ihre Vertreter haben sich im schriftlichen und mündlichen Verkehr mit den Organen der Strafrechtspflege anständig und korrekt zu benehmen. Verfahrenspolizei

²⁾ Verstösse gegen diese Pflicht kann im Untersuchungsverfahren der Staatsanwalt, im Gerichtsverfahren unter Vorbehalt von Artikel 108 Absatz 3 der Gerichtspräsident mit Verweis oder Ordnungsbusse bis zu 300 Franken ahnden.

³⁾ Der Untersuchungsrichter, der Staatsanwalt oder der Gerichtspräsident kann schriftliche Eingaben mit ungebührlichem, unleserlichem oder unnötig weitschweifigem Inhalt unter Ansetzung einer kurzen Frist zur Umarbeitung zurückweisen, mit der Androhung, dass die Eingabe bei Nichteinhalten der Frist nicht beachtet werde.

⁴⁾ Angeschuldigte, Verteidiger, Geschädigte und ihre Vertreter können vom Staatsanwalt, im Gerichtsverfahren vom Gerichtspräsidenten, in der Ausübung der ihnen zustehenden Rechte eingeschränkt oder von diesen ausgeschlossen werden, wenn sie ihre Befugnisse missbrauchen, insbesondere wenn sie Ergebnisse des Strafverfahrens veröffentlichen, unbefugt mitteilen oder das Verfahren sonst nachteilig beeinflussen. Die disziplinar- und strafrechtliche Verfolgung bleibt vorbehalten.

¹⁾ Gemäss Art. 16 RV über die Organisation und Geschäftsführung der Staatsanwaltschaft, BR 350.050, ist die Staatsanwaltschaft ermächtigt, ihre internationalen Rechtshilfeschäfte direkt mit den eidgenössischen Instanzen vorzunehmen.

²⁾ Eingefügt durch Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

2. DAS ORDENTLICHE VERFAHREN

A. *Das Untersuchungsverfahren*

a) Einleitung der Strafverfolgung

Art. 67Strafverfolgungs-
beschränkungen

¹ Die Mitglieder des Grossen Rates sind für ihre Äusserungen im Rate oder in dessen Kommissionen strafrechtlich nicht verfolgbar.¹⁾

² ²⁾ Die Mitglieder der Regierung, des Kantonsgerichts und des Verwaltungsgerichtes können für Verbrechen oder Vergehen, welche sich auf ihre Amtstätigkeit beziehen, nur mit Ermächtigung des Grossen Rates strafrechtlich verfolgt werden.

Art. 70

Strafantrag

¹ Ist eine Tat nur auf Antrag strafbar, so wird die Strafverfolgung erst aufgenommen, wenn ein formeller Strafantrag des nach Artikel 28 StGB Antragsberechtigten vorliegt. Wer eine Strafanzeige einreicht, ist bei Antragsdelikten auf dieses Erfordernis aufmerksam zu machen. In Zweifelsfällen können dringliche Massnahmen schon vorher getroffen werden.

² Der Strafantrag ist bei einer der in Artikel 68 genannten Amtsstellen schriftlich einzureichen oder zu Protokoll zu geben. Vorbehalten bleibt Artikel 163.

³ ³⁾ Zur Einreichung des Strafantrages im Sinne von Artikel 217 Absatz 2 StGB ⁴⁾ sind das kantonale Sozialamt, die Kreisvormundschaftsbehörden und die Gemeindefürsorge zuständig.

⁴ Wird ein Strafantrag zurückgezogen, so ist die Einstellungsverfügung allen Beschuldigten zuzustellen unter Ansetzung einer Frist von zwanzig Tagen, innerhalb welcher die Beschuldigten gegen den Rückzug im Sinne von Artikel 31 Absatz 4 StGB Einspruch erheben können. Der Einspruch ist schriftlich bei jener Amtsstelle einzureichen, welche die Einstellungsverfügung erlassen hat.

¹⁾ Vgl. dazu auch Art. 3 Verantwortlichkeitsgesetz, BR 170.050

²⁾ Abs. 2 geändert durch Art. 83 Ziff. 4 des Verwaltungsgerichtsgesetzes, BR 370.100, siehe FN zum Ingress

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

⁴⁾ SR 311.0

b) Allgemeine Grundsätze für die Untersuchung

Art. 74a¹⁾

¹ Staatsanwalt und Untersuchungsorgane haben in Ausstand zu treten: Ausstand

- a) wenn sie selbst, ihr Ehegatte, Schwager oder Verlobter, Verwandte oder Verschwägerter bis zum dritten Grad Angeschuldigte oder Geschädigte sind;
- b) wenn der Angeschuldigte oder Geschädigte in einem Abhängigkeits- oder in einem besonderen Freundschafts- oder Feindschaftsverhältnis zu ihnen steht;
- c) wenn sie dem Angeschuldigten oder Geschädigten in der gleichen Sache Rat erteilt haben;
- d) wenn sie als Zeugen oder Sachverständige am Verfahren beteiligt oder persönlich an dessen Ausgang interessiert sind.

² Bestehen Zweifel an der Ausstandspflicht, so entscheidet darüber endgültig beim Staatsanwalt das Justiz- und Polizeidepartement, bei Untersuchungsorganen der Staatsanwalt.

³ Dringliche Massnahmen sind zu treffen, auch wenn ein Ausstandsgrund vorliegt.

Art. 77²⁾

¹ Die in der Strafrechtspflege mitwirkenden Personen sind zur Verschwiegenheit über alle Tatsachen verpflichtet, von denen sie in Ausübung ihrer Amtstätigkeit Kenntnis erhalten. Schweigepflicht

² Den ins Verfahren Einbezogenen dürfen die zur Abklärung des Sachverhaltes dienlichen Vorhalte nach dem Zweck und dem Ergebnis der Untersuchung eröffnet werden.

³ Der Staatsanwalt und mit seinem Einverständnis der Polizeikommandant und der Untersuchungsrichter können die Öffentlichkeit in geeigneter Form über den Sachverhalt und die getroffenen Massnahmen orientieren, wenn für die Bekanntgabe Gründe bestehen, die den durch die Geheimhaltungspflicht geschützten Interessen vorgehen, insbesondere wenn falsche Meldungen oder Gerüchte zu berichtigen sind, wenn sich eine Warnung oder Beruhigung der Öffentlichkeit aufdrängt oder wenn das Publikum zur Mitwirkung bei der Aufdeckung einer strafbaren Handlung aufgefordert werden soll.

⁴ Die Orientierung erfolgt in der Regel durch eine amtliche schriftliche Verlautbarung. In besonderen Fällen kann das Justiz- und Polizeidepartement die Durchführung einer Pressekonferenz gestatten.

¹⁾ Eingefügt durch Art. 43 Gerichtsverfassungsgesetz, BR 310.000

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁵ Auf Verlangen ist dem Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes über den Stand einer Untersuchung Auskunft zu geben.

Art. 81

Grundlose
Anzeigen

Erweist sich eine Strafanzeige zum vornherein als offenbar grundlos, so lehnt der Staatsanwalt durch eine Mitteilung an den Verzeiger mit kurzer Begründung die Durchführung einer Untersuchung ab.

Art. 82¹⁾

Einstellung der
Untersuchung

¹ Gelangt der Untersuchungsrichter auf Grund seiner Erhebungen zum Schluss, dass das Vorliegen eines Straftatbestandes nicht genügend dargetan oder die Verfolgungsverjährung eingetreten ist, oder ist der Angeeschuldigte gestorben, so erlässt der Untersuchungsrichter eine begründete Einstellungsverfügung.

² Die Einstellungsverfügung ist mit den Akten dem Staatsanwalt zur Genehmigung vorzulegen. Dieser kann sie aufheben und dem Untersuchungsrichter für die Fortsetzung der Untersuchung Weisungen erteilen.

³ Die vom Staatsanwalt genehmigte Einstellungsverfügung wird dem Angeeschuldigten, dem Geschädigten und dem Verzeiger schriftlich eröffnet.

⁴ Eine eingestellte Untersuchung kann wieder aufgenommen werden, wenn sich neue Anhaltspunkte für die Täterschaft oder die Schuld ergeben.

c) Untersuchungshaft²⁾

² Die Untersuchungshaft ist aufzuheben, sobald ihre Voraussetzungen nicht mehr bestehen. Sie darf nicht länger dauern als die zu erwartende Freiheitsstrafe.

Art. 86c³⁾

c) Rechtsmittel

¹ Hat im Zeitpunkt des Entscheides über die Haftüberprüfung die Untersuchungshaft mehr als drei Monate gedauert, kann der Entscheid über die Fortsetzung der Untersuchungshaft oder die Ersatzmassnahmen mit der Beschwerde gemäss Artikel 137 f. bei der Beschwerdekammer des Kantonsgerichtes angefochten werden.

² Die Beschwerdekammer holt die erforderlichen Stellungnahmen ein und entscheidet unverzüglich im schriftlichen Verfahren.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

³⁾ Einfügung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

d) Besondere Vorschriften für die Untersuchung¹⁾**Art. 87²⁾**

¹ Die Verhöre der Angeschuldigten und Zeugen werden schriftlich festgehalten und, soweit erhebliche Aussagen in Frage stehen, genau und vollständig protokolliert.

Verhör, formelle
Vorschriften

² Wer weder als Angeschuldigter noch als Zeuge behandelt werden kann, ist vorerst als Auskunftsperson einzuvernehmen.

³ Das Protokoll enthält Ort und Zeit der Einvernahme, die genauen Personalien des Einvernommenen und dessen Bezeichnung als Angeschuldigter, Auskunftsperson oder Zeuge.

⁴ Die Aussagen sind in der Regel in einer dem Einvernommenen geläufigen Landessprache gemäss Artikel 46 der Kantonsverfassung³⁾ zu protokollieren. Für die Einvernahme fremdsprachiger Personen kann der Untersuchungsrichter Übersetzer beiziehen, die im Sinne von Artikel 307 StGB zur Wahrheit zu ermahnen sind und das Protokoll für die Richtigkeit der Übersetzung zu unterzeichnen haben.

⁵ Kommt es zur Erhebung der Anklage, so können wesentliche Akten, die nicht in der Sprache des Gerichts abgefasst sind, auf Kosten des Staates übersetzt werden.⁴⁾

⁶ Der Untersuchungsrichter bringt dem Einvernommenen das Protokoll zur Kenntnis und lässt sich von ihm die Richtigkeit unterschriftlich bestätigen. Verweigert der Einvernommene die schriftliche Bestätigung, so werden diese Tatsache und der Grund der Weigerung im Protokoll festgehalten. Ist die einvernommene Person des Schreibens unkundig, so ist ihr Handzeichen vom Untersuchungsrichter zu beglaubigen.

⁷ Zu wichtigen Einvernahmen zieht der Untersuchungsrichter einen Sekretär bei, der das Protokoll mitunterzeichnet. Zur Einvernahme von Frauen soll in der Regel ein Sekretär beigezogen werden.

⁸ Bei geringfügigen Verbrechen und Vergehen kann der Untersuchungsrichter die Einvernahme von Angeschuldigten, Auskunftspersonen und Zeugen dem Sekretär übertragen.

⁹ Widersprechen sich die Aussagen verschiedener Personen in wesentlichen Punkten, so führt der Untersuchungsrichter in der Regel ein Konfrontverhör durch.

¹⁰ Der Untersuchungsrichter kann in Ausnahmefällen anordnen, dass die Aussagen einer abgehörten Person neben dem Protokoll durch Tonauf-

¹⁾ Einfügung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ BR 110.100

⁴⁾ Vgl. dazu Art. 17 Abs. 1 RV über die Organisation und Geschäftsführung der Staatsanwaltschaft, BR 350.050

nahmegeräte festgehalten werden; eine solche Anordnung ist vor der Einvernahme allen Beteiligten bekanntzugeben.

Art. 90¹⁾Zeugnis-
verweigerung

¹ Der Ehegatte oder Verlobte des Angeschuldigten, seine Bluts-, Adoptiv- und Stiefverwandten oder Verschwägerten bis und mit dem dritten Grad können das Zeugnis verweigern.

² Der Zeuge kann die Aussage verweigern, die ihn selbst oder einen Verwandten im Sinne des vorstehenden Absatzes der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde.

³ Geistliche, Ärzte, Anwälte, Notare und ihre Hilfspersonen können die Mitteilung von Tatsachen verweigern, die ihnen in ihrer Amts- oder Berufsstellung anvertraut worden sind.

⁴ Der Untersuchungsrichter macht den Zeugen auf das Recht der Zeugnisverweigerung vor Beginn des Verhörs aufmerksam. Der Verzicht auf das Recht der Zeugnisverweigerung kann jederzeit widerrufen werden. Die vor dem Widerruf gemachten Aussagen bleiben gültig.

Art. 95Beschlagnahme
von Beweis-
stücken und Ver-
mögenswerten

¹ Der Untersuchungsrichter nimmt alle beweglichen Gegenstände in Beschlag, welche als Beweismittel dienen können.

² Papiere, die sich auf das Delikt beziehen, und Bücher oder Abschriften von Bucheinträgen, welche strittige Rechnungsverhältnisse betreffen, werden zu den Akten genommen. Zu diesem Zwecke dürfen die im Besitze des Angeschuldigten befindlichen Papiere durchsucht werden.

³ Beschlagnahmen, die das Berufsgeheimnis einer nach Artikel 90 Absatz 3 zur Zeugnisverweigerung berechtigten Personen berühren, sind unzulässig.

⁴ Der Untersuchungsrichter ist befugt, den Bank-, Post- und Fernmeldeverkehr überwachen zu lassen und Beschlagnahmen zu verfügen. Voraussetzungen und Verfahren richten sich nach Bundesrecht. Genehmigungsbehörde im Sinne des Bundesrechtes ist der Kantonsgerichtspräsident.

⁵ Der Untersuchungsrichter kann grundbuchliche Verfügungen des Angeschuldigten verbieten, dessen Guthaben sperren und Vermögenswerte beschlagnahmen. Über beschlagnahmte Gegenstände wird eine Empfangsbestätigung ausgestellt.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

e) Abschluss der Untersuchung und Anklage¹⁾**Art. 97²⁾**

¹ Der Untersuchungsrichter verfügt den Schluss der Untersuchung, sobald die Fortsetzung kein neues Ergebnis verspricht. Schluss der Untersuchung

² Die Schlussverfügung wird dem Angeschuldigten, dem Verteidiger und dem Geschädigten schriftlich zugestellt. Es wird ihnen eine Frist von zehn Tagen angesetzt, innert der sie Anträge auf Ergänzung der Untersuchung stellen können. Der Untersuchungsrichter kann die Frist auf begründetes Gesuch erstrecken.

³ Vom Erlass der Schlussverfügung an dürfen das Akteneinsichtsrecht des Angeschuldigten und des Verteidigers sowie das Recht des Verteidigers auf freie Aussprache mit dem Angeschuldigten nicht mehr beschränkt werden.

⁴ Das Einsichtsrecht des Geschädigten kann auf jene Akten beschränkt werden, die für die Geltendmachung von Zivilansprüchen oder für die Beschwerdeführung gegen eine Einstellungsverfügung von Bedeutung sind. Artikel 194 ZPO³⁾ bleibt vorbehalten.

Art. 98⁴⁾

¹ Nach Ablauf der Aktenergänzungsfrist und allfälliger Ergänzung der Untersuchung legt der Untersuchungsrichter die Akten dem Staatsanwalt vor. Dieser entscheidet, ob Anklage zu erheben, die Untersuchung einzustellen (Art. 82) oder eine Ergänzung der Untersuchung vorzunehmen ist.⁵⁾ Anklageerhebung

² Wird Anklage erhoben, so verfasst die Staatsanwaltschaft eine Anklageschrift, welche enthält:

- a) die Personalien und die wesentlichen Angaben über die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten;
- b) die Darstellung und die rechtliche Qualifikation des Sachverhaltens;
- c) die Bezeichnung der Beweismittel;
- d) die Anträge auf Vorladung von Zeugen und Sachverständigen;
- e) die allfälligen Ausstandsbegehren gegen Richter und Ersatzrichter.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ BR 320.000

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁵⁾ Vgl. hierzu Art. 15 RV über die Organisation und Geschäftsführung der Staatsanwaltschaft, BR 350.050

Verfahren bei
Unzurechnungs-
fähigkeit des
Täters

Art. 99¹⁾

Hält der Staatsanwalt dafür, dass gegenüber einem unzurechnungsfähigen Täter Massnahmen zu ergreifen sind, so überweist er die Untersuchungsakten mit einem entsprechenden Antrag dem zuständigen Gericht.

B. Das Gerichtsverfahren**a) Vorbereitung der Hauptverhandlung****Art. 100**

Vertretung der
Anklage

¹ ²⁾Der Staatsanwalt ist befugt, die Anklage vor allen Gerichten zu vertreten. Vor Bezirksgericht und Bezirksgerichtsausschuss vertritt sie in der Regel ein Untersuchungsrichter. Der Staatsanwalt kann auch im Verfahren vor Kantonsgericht und Kantonsgerichtsausschuss einen Untersuchungsrichter mit der Anklagevertretung beauftragen.

² Vor Kantonsgericht wird die Anklage stets mündlich vertreten, vor den übrigen Gerichten nur, wenn die Staatsanwaltschaft oder der Gerichtspräsident es für erforderlich halten.

³ Wird die Anklage nicht mündlich vertreten, so ergänzt die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift durch einen schriftlichen Antrag mit den wesentlichen Erwägungen.

Art. 102

Verteidigung

¹ Zieht der Angeklagte nicht einen privaten Verteidiger auf eigene Kosten bei, so bestellt ihm der Präsident unter Berücksichtigung berechtigter Wünsche einen amtlichen Verteidiger,

- a) wenn die Anklage vor Gericht mündlich vertreten wird,
- b) wenn die Anklage eine Freiheitsstrafe von mehr als achtzehn Monaten oder eine Massnahme im Sinne der Artikel 42–44 oder 100bis StGB beantragt oder
- c) wenn die tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeit des Falles es rechtfertigt.

² ³⁾Als amtliche Verteidiger können nur Inhaber des kantonalen Fähigkeitsausweises für Rechtsanwälte oder von der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte hiezu ermächtigte Rechtsvertreter und Rechtspraktikanten bestellt werden. Die freigewählten Verteidiger müssen handlungsfähig sein, in bürgerlichen Ehren und Rechten stehen und einen guten Leumund geniessen.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

³ Der amtlich bestellte Verteidiger kann das ihm übertragene Mandat aus wichtigen Gründen ablehnen.

b) Hauptverhandlungen

aa) Allgemeine Bestimmungen

Art. 108¹⁾

¹ Der Präsident leitet die Verhandlungen. Abgesehen von einer Vertagung im Sinne von Artikel 118 dieses Gesetzes ist die Verhandlung ununterbrochen weiterzuführen. Der Präsident ordnet die nach den Verhältnissen notwendigen Ruhepausen an.

Leitung der
Verhandlung,
Sitzungspolizei

² Der Präsident handhabt die Sitzungspolizei und kann Personen, welche die Verhandlung stören, aus dem Gerichtssaal wegweisen und nötigenfalls entfernen lassen. Er bestimmt im Rahmen des Persönlichkeitsschutzes und eines geordneten Gerichtsbetriebes, ob und wie weit Ton-, Bild- und Film- aufnahmen von Angeschuldigten und Prozessbeteiligten zuzulassen sind. Während der Verhandlungen im Gerichtssaal sind sie auf jeden Fall verboten.

³ Das Gericht kann Verstösse gegen diese Vorschriften mit einer Ordnungsbusse bis zu 1000 Franken oder mit Haft bis zu acht Tagen bestrafen.

cc) Ausnahmebestimmungen

Art. 121²⁾

Beantragt der Staatsanwalt Massnahmen gegenüber einem unzurechnungsfähigen Täter und hat dieser keinen privaten Verteidiger beigezogen, so bestellt ihm der Präsident einen amtlichen Verteidiger.

Massnahmen
gegen
Unzurechnungs-
fähige

Art. 122³⁾

¹ Dem einer Übertretung Angeklagten ist das persönliche Erscheinen zur Hauptverhandlung freigestellt.

Dispensation des
Angeklagten

² Lautet die Anklage auf ein Vergehen oder ein Verbrechen und wird eine Gefängnisstrafe von nicht mehr als drei Monaten, Haft, Busse oder eine Verbindung dieser Strafarten beantragt, so kann der Angeklagte auf

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

schriftliches Gesuch durch den Gerichtspräsidenten vom persönlichen Erscheinen zur Hauptverhandlung dispensiert werden. Erscheint ein gehörig vorgeladener Angeklagter, ohne dass er dispensiert worden ist, nicht zur Hauptverhandlung, so entscheidet das Gericht, ob der Fall trotzdem beurteilt oder ob der Angeklagte vorgeführt werden soll.

³ Das Gericht urteilt in diesen Fällen auf Grund der Akten und der Parteivorträge, wobei das Urteil nicht als Abwesenheitsurteil gilt.

c) Urteilsfindung

Art. 125

Feststellung des Straftatbestandes

¹ Das Gericht entscheidet vorerst mit einfacher Mehrheit, ob der Angeklagte der in Frage stehenden strafbaren Handlung schuldig sei.

² Bei der Würdigung der Beweismittel entscheidet das Gericht nach freier, in der Hauptverhandlung gewonnener Überzeugung.

³ Wer als Angeklagter vor Gericht gestellt ist, muss entweder verurteilt oder freigesprochen werden. Vorbehalten bleibt die Vertagung gemäss Artikel 118 sowie die Einstellung des Verfahrens, wenn sich die Verurteilung aus prozessrechtlichen Gründen als unzulässig erweist.

⁴ Das Gericht ist an die rechtliche Beurteilung des Tatbestandes, welcher der Anklage zugrunde liegt, nicht gebunden. Eine Beurteilung des Angeklagten auf Grund schärferer Strafbestimmungen als der in der Anklage angerufenen darf jedoch nur erfolgen, wenn der Angeklagte vorher darauf hingewiesen worden ist und Gelegenheit hatte, sich dazu auszusprechen. Zu diesem Zwecke ist die Beratung nötigenfalls zu unterbrechen und die Hauptverhandlung wieder aufzunehmen. Auf Antrag ist die Verhandlung auf kurze Zeit auszusetzen, wenn das zur genügenden Vorbereitung der Anklage oder der Verteidigung nötig erscheint.

Art. 127¹⁾

Urteileröffnung

¹ Das Urteil wird den Parteien in öffentlicher Sitzung im Dispositiv und unter Mitteilung der wesentlichen Erwägungen mündlich eröffnet. Von dieser Regel darf nur in Ausnahmefällen auf Grund eines Gerichtsbeschlusses abgewichen werden.

² Der Präsident entscheidet nach der mündlichen Urteileröffnung darüber, ob der Verurteilte auf freien Fuss gestellt werden kann oder ob er in Sicherheitshaft zu nehmen ist.

Art. 128²⁾

Inhalt des Urteils

Das schriftlich anzufertigende Urteil hat zu enthalten:

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

- a) Ort und Zeit der Hauptverhandlung, die Bezeichnung der Gerichtsbehörde, der mitwirkenden Gerichtspersonen und gegebenenfalls des Anklagevertreters und des Verteidigers;
- b) die Personalien des Angeklagten mit dem Hinweis auf dessen Anwesenheit, Dispensierung oder Beurteilung im Abwesenheitsverfahren, das Datum der Anklageverfügung und die darin aufgeführten Delikte;
- c) den wesentlichen Sachverhalt, die Stellungnahme des Angeklagten vor Gericht, die Anträge der Parteien und die Entscheidungsgründe;
- d) den Urteilsspruch (Schuld- und Straf- beziehungsweise Freispruch, gegebenenfalls Nebenstrafen und Massnahmen, Entscheid über allfällige Zivilansprüche, Zuteilung der Verfahrens- und Vollzugskosten, Rechtsmittelbelehrung und Mitteilung);
- e) den Gerichtsstempel sowie die Unterschriften des Präsidenten und des Aktuars;
- f) die Angabe, ob und wann das Urteil mündlich eröffnet worden ist;
- g) das Datum der schriftlichen Urteilsmitteilung.

Art. 128a¹⁾

¹ Das schriftliche Urteil wird den Parteien innert Monatsfrist seit der Urteilsfällung zugestellt. Wurde der Verurteilte nach der Urteilsfällung in Sicherheitshaft genommen, so ist den Parteien und der Vollzugsbehörde innert 48 Stunden ein schriftliches Urteilsdispositiv zuzustellen.

Mitteilung und
Rechtskraft des
Urteils

² Die Rechtsmittelfristen laufen erst von der Zustellung des vollständigen schriftlichen Urteils an.

³ Wird gegen ein Urteil kein Rechtsmittel ergriffen oder ist dieses abgewiesen worden, so ist das Urteil rechtskräftig und zu vollziehen. In diesen Fällen ist für die Rechtskraft der Zeitpunkt der schriftlichen Urteilszustellung massgebend.

⁴ Auf Verlangen bescheinigt der Gerichtspräsident die Rechtskraft des Urteils und den Zeitpunkt ihres Eintrittes.

C. Adhäsionsklage**Art. 133**

¹ ²⁾ Entscheide der Bezirksgerichte und ihrer Ausschüsse über Adhäsionsklagen können durch Berufung (Art. 141-146) an den Kantonsgerichtsausschuss weitergezogen werden, der darüber ohne Parteivortritt entscheidet.

Weiterzug der
Adhäsionsklage

² ³⁾ Wird ein Urteil im Strafpunkt angefochten, so ist dem Zivilkläger Gelegenheit zu einer schriftlichen Vernehmlassung zu geben. Er ist auch zur

¹⁾ Eingefügt durch Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

Anschlussberufung berechtigt. Findet eine mündliche Berufungsverhandlung statt (Art. 144 Abs. 1), so stehen ihm die gleichen Rechte wie im erstinstanzlichen Verfahren zu.

D. *Die Rechtsmittel*

c) Die Berufung

Art. 141

Zulässigkeit

¹ ¹⁾Gegen Urteile und Beschlüsse der Bezirksgerichte und ihrer Ausschüsse sowie gegen Verfügungen der Bezirksgerichts- und Kreispräsidenten (ausgenommen Untersuchungshandlungen, prozessleitende Verfügungen und Strafmandate) können der Verurteilte und der Staatsanwalt beim Kantonsgerichtsausschuss Berufung einlegen.

² ²⁾Gegen Entscheide der Regierung, der kantonalen Departemente und anderer kantonalen Instanzen auf dem Gebiete des Straf-, Nebenstraf- und Verwaltungsstrafrechtes können der Verurteilte und der Staatsanwalt beim Kantonsgerichtsausschuss Berufung gemäss Artikel 141 ff. einlegen, wenn nach übergeordnetem Recht eine letztinstanzliche Beurteilung durch ein kantonales Gericht erforderlich ist.

³ ³⁾Zur Berufung gegen Entscheide über Verfahrenskosten, Entschädigungsansprüche oder Einziehung ist jeder unmittelbar Betroffene berechtigt.

Art. 142⁴⁾

Berufungsschrift

¹ Die Berufung ist innert zwanzig Tagen seit der schriftlichen Eröffnung des Entscheides beim Kantonsgerichtsausschuss in dreifacher Ausfertigung, unter Beilage des angefochtenen Entscheides, einzureichen. Sie ist zu begründen und hat darzutun, welche Mängel des erstinstanzlichen Entscheides oder Gerichtsverfahrens gerügt werden und ob das ganze Urteil oder lediglich Teile davon angefochten werden.

² Genügt eine fristgerecht eingereichte Berufung diesen Anforderungen nicht, so setzt der Kantonsgerichtspräsident eine kurze Frist zur Behebung des Mangels mit der Androhung, dass sonst auf die Berufung nicht eingetreten werde.

³ Durch die rechtzeitig eingereichte Berufung wird die Rechtskraft des angefochtenen Entscheides gehemmt.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

Art. 144

¹ ¹⁾Der Kantonsgerichtspräsident kann von Amtes wegen oder auf Antrag eine mündliche Berufungsverhandlung durchführen, wenn die persönliche Befragung des Angeklagten für die Beurteilung der Streitsache wesentlich ist. Verfahren

² ²⁾Auf die Berufungsverhandlung finden unter Vorbehalt der nachfolgenden abweichenden Bestimmungen die Vorschriften dieses Gesetzes über das Gerichtsverfahren (Art. 100 ff.) sinngemäss Anwendung.

³ ³⁾Findet keine mündliche Berufungsverhandlung statt, so trifft der Kantonsgerichtsausschuss seinen Entscheid ohne Parteivortritt auf Grund der Akten.

Art. 145

¹ ⁴⁾Die Berufung oder die Anschlussberufung kann bis zum Schluss der Berufungsverhandlung (Art. 144 Abs. 1 und 2) beziehungsweise bis zur Behandlung der Berufung durch den Kantonsgerichtsausschuss (Art. 144 Abs. 3) zurückgezogen werden. Die Anschlussberufung fällt dahin, wenn die Berufung zurückgezogen oder unzulässig erklärt wird. Besondere Verfahrensvorschriften

² ⁵⁾Stellt der Verurteilte oder der Adhäsionskläger neue Beweisanträge, die schon im erstinstanzlichen Verfahren hätten vorgebracht werden können, so sind ihm in der Regel die sich daraus ergebenden Mehrkosten aufzuerlegen.

³ ⁶⁾Der Kantonsgerichtsausschuss kann in allen Fällen, auf Antrag oder von Amtes wegen, das Beweisverfahren ergänzen oder wiederholen. Er kann nötigenfalls auch die Verhandlung vertagen, um die Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft beziehungsweise den Bezirksgerichtspräsidenten ergänzen lassen.

⁴ ⁷⁾Der Staatsanwalt kann auf die Teilnahme an der Hauptverhandlung verzichten.

Art. 146⁸⁾

¹ Der Kantonsgerichtsausschuss überprüft das erstinstanzliche Urteil in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht frei; doch darf er die im angefochte- Entscheid

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁶⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

⁷⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁸⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

nen Urteil ausgesprochenen Strafen und Massnahmen nicht verschärfen, wenn nur zugunsten des Verurteilten Berufung eingelegt worden ist.

² Das angefochtene Urteil wird vom Kantonsgerichtsausschuss bestätigt, abgeändert oder aufgehoben. Wenn keine mündliche Berufungsverhandlung stattfindet (Art. 144 Abs. 3) und die Aktenlage ein neues Urteil nicht gestattet, wird der Fall zu neuer Beurteilung an die Vorinstanz zurückgewiesen. Diese hat ihrem neuen Entscheid die rechtlichen Erwägungen des Kantonsgerichtsausschusses zu Grunde zu legen.

³ Wenn Gesetzesverletzungen zu beseitigen sind oder die Rechtsgleichheit es verlangt, kann der Kantonsgerichtsausschuss das angefochtene Urteil auch mit Bezug auf Mitbeurteilte, die nicht Berufung eingereicht haben, abändern; doch dürfen die im erstinstanzlichen Urteil ausgesprochenen Strafen oder Massnahmen nicht verschärft werden.

E. Die Verfahrenskosten

Art. 154

Zusammensetzung der Kosten

¹ Die Verfahrenskosten setzen sich zusammen aus den Kosten der Untersuchung und des Gerichtsverfahrens. ¹⁾ Ausgenommen sind die Reisespesen der Staatsanwaltschaft im Untersuchungsverfahren, die zu Lasten des Kantons gehen.

² Die Regierung setzt in einem besonderen Tarif die Entschädigung für die im Strafverfahren mitwirkenden Gerichtspersonen, Untersuchungsorgane, Zeugen, Sachverständigen und amtlichen Verteidiger fest und regelt das Rechnungswesen. ²⁾

Art. 156³⁾

Kostentragung bei Ablehnung oder Einstellung der Untersuchung

¹ Bei Ablehnung oder Einstellung der Untersuchung können die Kosten dem Angeschuldigten ganz oder teilweise überbunden werden, wenn er durch ein verwerfliches oder leichtfertiges Benehmen das Verfahren verschuldet oder dessen Durchführung erschwert hat.

² Wer Kosten lediglich zur Sicherung zivilrechtlicher Ansprüche oder durch vorsätzlich oder grobfahrlässig unrichtige Angaben verursacht hat, kann zu deren Tragung verpflichtet werden.

³ Wurde dem Angeschuldigten ein amtlicher Verteidiger bestellt, so wird dieser aus der Staatskasse entschädigt. Die Kosten der Verteidigung können dem Angeschuldigten oder Dritten ganz oder teilweise auferlegt werden, wenn die Voraussetzungen von Absatz 1 oder 2 gegeben sind.

¹⁾ Vgl. dazu GrV über die Kosten im Strafverfahren, BR 350.200

²⁾ RV über die Gebühren, und die Entschädigung der im Strafverfahren mitwirkenden Personen und das Rechnungswesen vom 16. Dezember 1974, BR 350.230

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

Art. 157

Bei Freispruch oder Einstellung des Verfahrens kann das Gericht dem Angeklagten beziehungsweise Angeschuldigten die Verfahrenskosten ganz oder teilweise überbinden, wenn er durch sein Verhalten begründeten Anlass zur Durchführung der Untersuchung und des Gerichtsverfahrens gegeben hat.

Kostentragung bei Freispruch oder Einstellung des Verfahrens

Art. 158

¹ Dem Verurteilten werden die Verfahrenskosten im Urteil ganz oder teilweise überbunden, bei mehreren Beteiligten gegebenenfalls unter Solidarhaftung.

Kostentragung bei Verurteilung

² Ist die Untersuchung hinsichtlich eines Teils der untersuchten Tatbestände eingestellt worden oder wird der Angeklagte vom Gericht nur wegen eines Teils der eingeklagten Tatbestände verurteilt, werden ihm die aufgelaufenen Verfahrenskosten in der Regel nur teilweise überbunden.

³ Wird die entstandene Untersuchungshaft auf eine Freiheitsstrafe angerechnet, so ist über deren Kosten zu befinden, wie wenn es sich um Vollzugskosten von Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen (Art. 188) handeln würde.

Art. 160¹⁾

¹ Wer ohne Erfolg ein Rechtsmittel eingelegt hat oder dieses zurückzieht, trägt in der Regel die Kosten des Rechtsmittelverfahrens.

Kosten im Rechtsmittelverfahren

² Die Rechtsmittelinstanz kann aus Billigkeitsgründen die Kosten ganz oder teilweise auf die Staatskasse nehmen.

³ Wird eine Rechtsmitteleingabe gutgeheissen, so entscheidet das Gericht über die Kostenverteilung zwischen dem Einleger, dem Staat und der ersten Instanz.

⁴ Die Rechtsmittelinstanz kann dem Verteidiger eine aussergerichtliche Entschädigung zusprechen.

Art. 161²⁾

¹ Wird der Angeschuldigte freigesprochen, wird das gegen ihn geführte Verfahren eingestellt oder erweist sich eine ihm gegenüber durchgeführte Zwangsmassnahme als ungerechtfertigt, so ist ihm auf sein Begehren eine durch den Staat auszurichtende Entschädigung (Schadenersatz, Genugtuung) für Nachteile zuzusprechen, die er durch Untersuchungsmassnahmen erlitten hat. Die Entschädigung kann verweigert oder herabgesetzt werden, wenn er durch verwerfliches oder leichtfertiges Verhalten die Untersuchung veranlasst oder erschwert hat.

Entschädigungspflicht des Staates

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

² Über Entschädigungsbegehren entscheidet jene Instanz, bei der das Verfahren zuletzt anhängig war.

³ Der Staat kann auf Drittpersonen Rückgriff nehmen, die den Entschädigungsfall vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht haben. Für den Rückgriff auf die im Strafverfahren als öffentliche Organe mitwirkenden Personen finden die Bestimmungen über die Verantwortlichkeit der Behörden und Beamten Anwendung.¹⁾

3. BESONDERE VERFAHREN

A. *Das Verfahren bei Vergehen gegen die Ehre und unlauterem Wettbewerb²⁾*

Art. 163³⁾

Klage

¹ Der Strafantrag ist dem Kreisamt in Form einer schriftlichen Klage, in welcher die wesentlichen Beweismittel namhaft gemacht werden, einzureichen.

² Mit der Klage ist eine Vertröstung von 60 Franken zu leisten. Die Vertröstungspflicht entfällt bei Verfahren gemäss Artikel 169.

³ Ist der Täter unbekannt, so ordnet der Kreispräsident ein polizeiliches Ermittlungsverfahren zur Feststellung des Täters oder des presserechtlich Verantwortlichen an.

⁴ Zivilrechtliche Ansprüche sind mit einem schriftlich formulierten Rechtsbegehren, das an die Stelle des Leitscheins tritt, geltend zu machen. Mit der Klageeinreichung tritt die Streitanhängigkeit im Sinne der Zivilprozessordnung ein.⁴⁾

4. STRAF- UND MASSNAHMENVOLLZUG

A. *Vollzug der Strafurteile*

Art. 181⁵⁾

Freiheitsstrafen

¹ Das Justiz- und Polizeidepartement ist zuständig für den Vollzug aller Freiheitsstrafen.

¹⁾ Siehe Verantwortlichkeitsgesetz, BR 170.050

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁴⁾ Vgl. dazu Art. 64 ff. ZPO, BR 320.000

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

² Es entscheidet auch über die Einweisung eines Rückfälligen in eine Anstalt für Erstmalige (Art. 37 Ziff. 2 Abs. 3 StGB), über die Art des Vollzuges von Reststrafen bis zu drei Monaten (Art. 37bis Ziff. 2 Abs. 1 StGB) und über die Unterbrechung des Vollzuges (Art. 40 StGB).

³ Die Vollzugsbehörde setzt den Zeitpunkt des Strafantrittes nach Eingang des Strafurteils fest.

Art. 182

Die Bussen fallen, unter Vorbehalt besonderer Zweckbestimmungen, in die Kasse der in erster Instanz zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörden, denen auch der Vollzug obliegt. Bussen

Art. 183¹⁾

¹ Das Justiz- und Polizeidepartement veranlasst und überwacht den Vollzug der Gerichtsbeschlüsse auf Verwahrung von Gewohnheitsverbrechern nach Artikel 42 StGB, auf Verwahrung, Behandlung und Versorgung von Unzurechnungsfähigen oder vermindert Zurechnungsfähigen nach Artikel 43 StGB und auf Einweisung in Anstalten gemäss Artikel 44 und Artikel 100bis StGB. Massnahmen und Nebenstrafen

² Es sorgt für den Vollzug der Nebenstrafen (Art. 51 und 53–55 StGB) und anderer Massnahmen, die nicht vom Gericht oder von anderen Instanzen vollzogen werden.

Art. 183a²⁾

Gegen Vollzugsverfügungen des Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartementes können der Betroffene und der Staatsanwalt beim Kantonsgerichtsausschuss Berufung gemäss Artikel 141 ff. einlegen, wenn nach Artikel 6 Ziffer 1 EMRK³⁾ oder Artikel 98a OG⁴⁾ eine letztinstanzliche Beurteilung durch ein kantonales Gericht erforderlich ist. Rechtsmittel

Art. 184⁵⁾

Die erkennenden Gerichtsbehörden haben der Staatsanwaltschaft alle Urteile, Beschlüsse und Strafmandate in der von dieser verlangten Anzahl Ausfertigungen zuzustellen.⁶⁾ Mitteilung der Strafurteile

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Einfügung gemäss Volksbeschluss vom 25. Juni 1995; siehe FN zu Art. 141

³⁾ SR 0.101

⁴⁾ SR 173.110

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁶⁾ Siehe dazu RV über die schriftliche Mitteilung von Strafentscheiden, BR 350.250

Art. 185¹⁾
Schutzaufsicht und Betreuung Die Regierung bestimmt das Nähere über den Vollzug der Schutzaufsicht und der richterlichen Weisungen sowie über die Betreuung während der Untersuchungshaft und des Strafvollzuges.²⁾

Art. 186³⁾
Anstalten ¹ Der Kanton unterhält für den Vollzug von Freiheitsstrafen und Massnahmen die Anstalten Sennhof und Realta. Der Grosse Rat sorgt für den Ausbau und Organisation dieser Anstalten nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches und der interkantonalen Vereinbarungen.

² Die Regierung trifft, mit Genehmigung des Grossen Rates, mit anderen Kantonen die im Rahmen der interkantonalen Anstaltsplanung erforderlichen Vereinbarungen über die Mitbenützung der eigenen Anstalten und den Vollzug eigener Urteile in ausserkantonalen Anstalten.⁴⁾

Art. 187⁵⁾
Verfügung über eingezogene und verfallene Gegenstände Soweit das Gericht keinen anderen Entscheid getroffen hat, bestimmt die Staatsanwaltschaft, was mit gerichtlich eingezogenen oder verfallenen Gegenständen (Art. 58 und 59 StGB) zu geschehen hat. Der Erlös aus einer Verwertung fällt dem Kanton zu.

B. Vollzugskosten

Art. 188⁶⁾
Freiheitsstrafen Der Vollzug der Freiheitsstrafen geht zu Lasten des Kantons. Verurteilte in günstigen finanziellen Verhältnissen können im Urteil zu Beiträgen an die Vollzugskosten verpflichtet werden.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Siehe RV über Schutzaufsicht und Betreuung, BR 350.480, und RV über die Unterbringung und Betreuung der Untersuchungsgefangenen, BR 350.450

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁴⁾ Siehe Vereinbarung der Kantone Zürich, Glarus, Schaffhausen, Appenzell I.–Rh., Appenzell A.–Rh., St. Gallen, Graubünden und Thurgau betreffend den Vollzug freiheitsentziehender Strafen, der Massnahmen gemäss Schweizerischem Strafgesetzbuch und Versorgungen gemäss eidgenössischem und kantonalem Recht, BR 350.400

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁶⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

Art. 189¹⁾

¹ Kosten des Vollzugs von Massnahmen, welche von Gerichts- und Verwaltungsbehörden verfügt worden sind (Einweisung in Anstalten nach Art. 42–44 und Art. 100bis StGB), sind durch die von der Massnahme Betroffenen zu tragen. Sind diese unmündig, haften die Eltern für die Zahlung. Massnahmen

² Sind die Betroffenen oder bei Unmündigen deren Eltern nicht in der Lage, für die Kosten aufzukommen, so sind diese von den nach der Armengesetzgebung Pflichtigen gemeinsam zu tragen. Vorbehalten bleiben die Unterstützungspflicht der Verwandten nach Artikel 328 ZGB²⁾ sowie die Bestimmungen des interkantonalen Konkordats über die Kosten des Strafvollzuges.³⁾

C. Nachträgliche Verfügungen**Art. 190**⁴⁾

¹ Das Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement ist zuständig für die bedingte Entlassung und für Massnahmen gemäss Artikel 38, Artikel 42 Ziffer 4, Artikel 43 Ziffer 4, Artikel 44 Ziffer 4, Artikel 45 Ziffer 1 und 2 sowie Ziffer 3 Absatz 3 und 4, Artikel 54 Absatz 2, Artikel 55 Absatz 2, Artikel 100bis Ziffer 4 und 100ter Ziffer 1 und 2 StGB.⁵⁾ Bedingte
Entlassung

² Ihm obliegen auch die Antragstellung und Meinungsäusserung an den Richter gemäss Artikel 42 Ziffer 5, Artikel 43 Ziffer 5 Absatz 3, Artikel 44 Ziffer 5 und 6, Artikel 45 Ziffer 3 und Artikel 100ter Ziffer 3 StGB.⁶⁾

³ Gegen Entscheide gemäss Absatz 1 können der Betroffene und der Staatsanwalt beim Kantonsgerichtsausschuss Berufung gemäss Artikel 141 ff. einlegen.

Art. 191⁷⁾

¹ Die Gerichte und Verwaltungsbehörden, welche ein rechtskräftiges Urteil gefällt haben, sind auch zum Erlass von Weisungen und Massnahmen gegenüber den mit bedingtem Strafvollzug Verurteilten (Art. 41 Ziff. 2 StGB), zum nachträglichen Vollzug und zur Abänderung von Strafen und Massnahmen (Art. 42 Ziff. 5, Art. 43 Ziff. 3 und 5, Art. 44 Ziff. 3 und 5, Art. 45 Ziff. 3 und 6, Art. 100ter Ziff. 3 und 4 StGB), zur Löschung des Richtliche
Vollzugs-
verfügungen

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ SR 210

³⁾ BR 350.350

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. Juni 1995; siehe FN zu Art. 141

⁵⁾ SR 311.0

⁶⁾ SR 311.0

⁷⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

Urteils im Strafregister (Art. 41 Ziff. 4 und Art. 49 Ziff. 4 Abs. 2 StGB) und zur Rehabilitation (Art. 77 bis 81 StGB) zuständig. Vorbehalten bleiben die Löschungsbefugnisse der Strafregisterbehörden.

² Die Zuständigkeit für den Widerruf des bedingten Strafvollzuges richtet sich nach Artikel 41 Ziffer 3 Absatz 3 StGB.

³ Soweit die Rechtsstellung des Betroffenen durch Verfügungen im Sinne von Absatz 1 und 2 beeinträchtigt wird, gelten folgende Bestimmungen:

- a) Hat die nachträgliche Verfügung einen Entscheid zum Gegenstand, der im Strafmandatsverfahren ergangen ist, so ist dem Betroffenen Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Gegen die Verfügung kann im Sinne von Artikel 141 ff. Berufung erhoben werden.
- b) In den übrigen Fällen wird der Betroffene zu einer mündlichen Hauptverhandlung vorgeladen. Wenn der Gerichtspräsident oder das Gericht nichts anderes verfügt, ist ihm das Erscheinen freigestellt. Er kann seinen Standpunkt auch schriftlich darlegen.
- c) Die Verfügung ist der Staatsanwaltschaft und dem Betroffenen schriftlich mitzuteilen.

Art. 192

Umwandlung von
Bussen

¹ Die Umwandlung einer Busse in Haft gemäss Artikel 49 Ziffer 3 StGB ist von der Vollzugsbehörde zu beantragen. Dem Bussenschuldner ist Gelegenheit zu geben, zum Umwandlungsantrag Stellung zu nehmen. Das Gericht kann ihn zur Verhandlung vorladen.

² Für Bussen, die von Gemeindebehörden gestützt auf Strafbestimmungen des Kantons oder der Gemeinde ausgesprochen worden sind, ist die Umwandlung in Haft gemäss Artikel 49 Ziffer 3 StGB ausgeschlossen. Der Gebüsste kann jedoch unter Hinweis auf die Strafandrohung von Artikel 292 StGB angehalten werden, eine uneinbringliche Busse durch eine ihm zumutbare Arbeitsleistung abzuverdienen.

³ Wird eine in Haft umgewandelte Busse vor Antritt der Haftstrafe bezahlt, so kann deren Vollzug unterbleiben.

Art. 193

Meldepflicht

Behörden und Beamte, insbesondere die Organe der Polizei und des Strafvollzuges, denen in Ausübung ihrer Amtstätigkeit Tatsachen bekannt werden, die geeignet sind, einen Entscheid im Sinne von Artikel 191 dieses Gesetzes nach sich zu ziehen, sind verpflichtet, diese dem Justiz- und Polizeidepartement zur Weiterleitung an die zuständige Instanz zu melden.

D. Begnadigung

Art. 194¹⁾

¹ Der Grosse Rat ist zuständig für die Begnadigung im Sinne von Artikel 394 litera b StGB, wenn der Verurteilte zu einer Freiheitsstrafe von mehr als achtzehn Monaten verurteilt worden ist. In den übrigen Fällen steht das Begnadigungsrecht der Regierung zu.²⁾ Begnadigungs-
behörden

² Die Regierung ist auch Begnadigungsbehörde bei Verurteilung auf Grund des kantonalen Rechtes.

III. Jugendstrafrechtspflege

1. ALLGEMEINES

Art. 197

Die Jugendstrafrechtspflege wird ausgeübt von:

Organisation

- a) den Schulbehörden;
- b) dem Jugendanwalt³⁾;
- c)⁴⁾ den Bezirksgerichtsausschüssen als Jugendgerichte;
- d) der Jugendkammer des Kantonsgerichtes.

Art. 199

¹ ⁵⁾Zur Anordnung von Disziplinarstrafen und Massnahmen gegenüber Kindern gemäss Artikel 82 bis 88 StGB sind die Schulbehörden der Gemeinde zuständig. Zuständigkeit

² ⁶⁾Der Jugendanwalt beurteilt als Einzelrichter die von Jugendlichen begangenen strafbaren Handlungen, wenn ein Verweis, die Verpflichtung zu einer Arbeitsleistung, eine Busse, eine Einschliessungsstrafe bis zu dreissig Tagen oder eine Verbindung dieser Strafarten angemessen erscheint. Er ist ferner zuständig zum Aufschub der Anordnung einer Strafe oder Massnahme gemäss Artikel 97 StGB und zum Absehen von Strafen oder Massnahmen gemäss Artikel 98 StGB.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Vgl. dazu Art. 21 Kantonsverfassung, BR 110.100

³⁾ Vgl. dazu Art. 10 RV über die Organisation und Geschäftsführung der Staatsanwaltschaft, BR 350.050

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁶⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³ ¹⁾Soweit die Beurteilung von Jugendlichen gemäss Artikel 89 und 99 StGB ²⁾ nicht nach Absatz 2 dem Jugendanwalt obliegt, fällt sie in die Zuständigkeit des Bezirksgerichtsausschusses als Jugendgericht, der auch Berufungen gegen Entscheide der Schulbehörden über Kinder behandelt.

⁴ ³⁾Die vom Kantonsgericht aus drei seiner Mitglieder bestellte Jugendkammer beurteilt Berufungen gegen Entscheide des Jugendanwaltes und der Bezirksgerichtsausschüsse als Jugendgerichte.

Art. 200 ⁴⁾

Überschreitung
der Altersgrenzen

¹ Zuständigkeit und Verfahren richten sich nach dem Alter zur Zeit der Begehung der strafbaren Handlung.

² Sind strafbare Handlungen vor und nach Zurücklegung des fünfzehnten Altersjahres begangen worden, so ist für Zuständigkeit und Verfahren das Alter zur Zeit der Beurteilung massgebend.

³ Hat der Angeschuldigte zur Zeit der Untersuchung oder Beurteilung das zwanzigste Altersjahr zurückgelegt, so gelten die Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften für Erwachsene.

2. VERFAHREN

A. *Allgemeine Bestimmungen*

Art. 202

Trennung des
Verfahrens

Das Verfahren gegen Kinder und Jugendliche ist vom Strafverfahren gegen Erwachsene getrennt zu führen.

Art. 203

Gesetzlicher
Vertreter

Der gesetzliche Vertreter ist über die Eröffnung einer Strafuntersuchung gegen Kinder oder Jugendliche sowie über die im Laufe des Verfahrens getroffenen besonderen Verfügungen zu unterrichten. Ausnahmsweise kann die Orientierung hinausgeschoben werden, bis der Stand der Untersuchung sie zulässt.

Art. 204

Untersuchungs-
haft

¹ ⁵⁾Die Anordnung der Untersuchungshaft gegenüber Kindern und Jugendlichen ist nur ausnahmsweise und nur aus besonderen Gründen zu-

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

²⁾ SR 311.0

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

lässig. Sie wird vom Haftrichter auf Antrag des Jugendanwaltes angeordnet. Die Bestimmungen über die Untersuchungshaft gemäss Artikel 83 ff. dieses Gesetzes sind sinngemäss anwendbar.

² ¹⁾An Stelle der Untersuchungshaft soll womöglich die Unterbringung in einer vertrauenswürdigen Familie oder in einem Heim angeordnet werden.

Art. 205²⁾

Die Organe der Jugendstrafrechtspflege können die Fürsorgebeamten des Kantons und der Gemeinden zur Mitwirkung bei der Untersuchung und zur Beratung beiziehen. Mitwirkung von Fürsorgeorganen

Art. 206

Die in Artikel 90 Absatz 1 dieses Gesetzes genannten Personen können vom Zeugnisverweigerungsrecht keinen Gebrauch machen, soweit die persönlichen Verhältnisse von Kindern und Jugendlichen abzuklären sind. Vorbehalten bleibt Artikel 90 Absätze 2 und 3. Zeugnisverweigerungsrecht

Art. 207

¹ Verhandlungen und Urteilseröffnungen im Strafverfahren gegen Kinder und Jugendliche sind nicht öffentlich. Ausschluss der Öffentlichkeit

² Ein Verhandlungsbericht in der Presse wird gegebenenfalls vom Jugendanwalt oder Jugendgericht selbst erstattet. Die Veröffentlichung von Namen ist zu unterlassen.

Art. 208

Das Verfahren gegen Kinder und Jugendliche ist mit möglicher Beschleunigung durchzuführen. Beschleunigung

Art. 209³⁾

¹ Haben die Eltern ihre Aufsichtspflicht offensichtlich vernachlässigt, so können ihnen im Strafscheid die Verfahrenskosten ganz oder teilweise überbunden werden. Verfahrenskosten

² Die Betroffenen können die Kostenaufgabe mit Berufung (Art. 213 und 221) weiterziehen.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

*B. Verfahren gegen Kinder***Art. 210¹⁾**

Anzeige

Anzeigen gegen Kinder im Alter von sieben bis fünfzehn Jahren sind an die gemäss Artikel 372 StGB zuständige Schulbehörde zu überweisen.

Art. 211²⁾

Untersuchung

¹ Die zuständige Schulbehörde stellt den Sachverhalt fest. Soweit die Beurteilung des Kindes es erfordert, macht sie Erhebungen über das Verhalten, die Erziehung und die Lebensverhältnisse des Kindes und zieht Berichte und Gutachten über dessen körperlichen und geistigen Zustand ein.

² Vor der Anordnung von Massnahmen ist dem Jugendanwalt und dem gesetzlichen Vertreter Gelegenheit zu geben, zum Untersuchungsergebnis Stellung zu nehmen. Diese können Ergänzung der Untersuchung verlangen und Anträge stellen.

³ In schwierigen Fällen kann die Durchführung der Untersuchung dem Jugendanwalt übertragen werden.

Art. 212³⁾

Entscheid

¹ Der Entscheid der Schulbehörde ist dem Kind mündlich, seinem gesetzlichen Vertreter und dem Jugendanwalt schriftlich mitzuteilen.⁴⁾

² Hat der Jugendanwalt oder der gesetzliche Vertreter bestimmte Anträge gestellt, so muss die Schulbehörde dazu in ihrem Entscheid Stellung nehmen.

Art. 213⁵⁾

Rechtsmittel

¹ Der Entscheid der Schulbehörde kann vom gesetzlichen Vertreter und vom Jugendanwalt innert zwanzig Tagen seit der schriftlichen Mitteilung an den zuständigen Bezirksgerichtsausschuss als Jugendgericht weitergezogen werden. Artikel 221 findet sinngemäss Anwendung.

² Ordnet der Bezirksgerichtsausschuss als Jugendgericht eine Massnahme im Sinne der Art. 84 oder 85 StGB⁶⁾ an, so kann sein Entscheid innert zwanzig Tagen seit der schriftlichen Mitteilung an die Jugendkammer weitergezogen werden.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁴⁾ Siehe dazu Art. 5 RV über die schriftliche Mitteilung von Strafentscheiden, BR 350.250

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

⁶⁾ SR 311.0

Art. 214

Die Verfahrenskosten trägt die Gemeinde. Vorbehalten bleiben Artikel 160 und Artikel 209 dieses Gesetzes. Verfahrenskosten

C. Verfahren gegen Jugendliche**Art. 216¹⁾**

¹ Die Untersuchung ist in sinngemässer Anwendung der Vorschriften über das ordentliche Verfahren zu führen. Dabei sind besonders die persönlichen Verhältnisse der Jugendlichen im Hinblick auf die in Betracht fallenden Massnahmen und Strafen abzuklären. Bei den Eltern, Schulbehörden und Lehrern sind Erhebungen zu machen, wenn nötig sind Gutachten medizinischer und pädagogischer Sachverständiger einzuholen. Der Jugendanwalt kann im Interesse des Jugendlichen dessen Recht auf Mitwirkung bei der Untersuchung und auf Akteneinsicht beschränken. Untersuchung

² Der Präsident des zuständigen Jugendgerichtes kann den Jugendlichen im Laufe des Verfahrens auf Antrag des Jugendanwalts in eine geeignete Familie oder ein geeignetes Heim einweisen, wenn Massnahmen gemäss Artikel 91 bis 94 StGB in Frage stehen und wenn der Jugendliche derart gefährdet ist, dass der Erfolg der voraussichtlich zu ergreifenden Massnahmen sonst vereitelt oder erheblich beeinträchtigt werden könnte.

³ Gegen Untersuchungshandlungen kann im Sinne der Artikel 137 bis 140 Beschwerde geführt werden.

Art. 216a²⁾

Der Angeschuldigte und sein gesetzlicher Vertreter sind in sinngemässer Anwendung der Bestimmungen über das ordentliche Verfahren (Art. 73a–76c und Art. 102) berechtigt, eine geeignete Person als privaten Verteidiger beizuziehen oder die Bestellung einer solchen als amtlichen Verteidiger zu verlangen. Verteidigung

Art. 217

¹ Hält der Jugendanwalt nach Abschluss der Untersuchung die Voraussetzungen zur Beurteilung des Falles in eigener Zuständigkeit (Art. 199 Abs. 2) für gegeben, so fällt er einen begründeten Entscheid. Beurteilung durch den Jugendanwalt

² Er eröffnet in der Regel seinen Entscheid mündlich dem Verurteilten und anschliessend schriftlich dessen gesetzlichem Vertreter und dem Staatsanwalt. ³⁾

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

²⁾ Einfügung durch Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Siehe dazu Art. 6 RV über die schriftliche Mitteilung von Strafentscheiden, BR 350.250

Art. 218¹⁾

Überweisung

¹ In allen übrigen Fällen übermittelt der Jugendanwalt nach Abschluss der Untersuchung die Akten mit seinem Antrag dem Staatsanwalt. Dieser entscheidet, ob der Fall an den zuständigen Bezirksgerichtsausschuss als Jugendgericht zur Beurteilung zu überweisen oder ob die Untersuchung einzustellen ist.

² Auf Grund der Überweisungsverfügung des Staatsanwalts stellt der Jugendanwalt seine Anträge beim Bezirksgerichtsausschuss als Jugendgericht. Dem gesetzlichen Vertreter und einem allfälligen Verteidiger sind diese vor der Behandlung durch das Gericht zur Kenntnis zu bringen.

Art. 219

Hauptverhandlung vor dem Bezirksgerichtsausschuss als Jugendgericht

^{1 2)} Zur Hauptverhandlung vor dem Bezirksgerichtsausschuss als Jugendgericht wird der Jugendliche persönlich vorgeladen und nötigenfalls vorgeführt.

^{2 3)} Der Jugendanwalt hat seine Anträge mündlich vor Gericht zu vertreten oder schriftlich zu begründen. Der gesetzliche Vertreter kann in jedem Falle selbst an der Hauptverhandlung teilnehmen.

^{3 4)} Der Jugendliche kann bei der Abklärung der persönlichen Verhältnisse und während der Parteivorträge von der Verhandlung ausgeschlossen werden.

^{4 5)} Im übrigen sind die Bestimmungen der Artikel 108 ff. über die Hauptverhandlung sinngemäss anwendbar.

^{5 6)} Adhäsionsklagen werden nur mitbeurteilt, wenn die Forderung durch den gesetzlichen Vertreter anerkannt ist.

Art. 220⁷⁾

Entscheid

Der Entscheid ist dem Jugendlichen im Dispositiv unter Mitteilung der wesentlichen Erwägungen mündlich zu eröffnen. Die schriftliche Ausfertigung des begründeten Entscheides ist dem Beurteilten, seinem gesetzlichen Vertreter, dem Verteidiger, dem Jugendanwalt und dem Staatsanwalt innert Monatsfrist zuzustellen.⁸⁾

1) Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

2) Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

3) Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

4) Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

5) Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

6) Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

7) Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

8) Siehe dazu Art. 6 RV über die schriftliche Mitteilung von Strafentscheiden, BR 350.250

Art. 221

¹ ¹⁾ Gegen Entscheide des Bezirksgerichtsausschusses als Jugendgericht können der Beurteilte, sein gesetzlicher Vertreter, der Verteidiger und der Jugendanwalt innert zwanzig Tagen seit der schriftlichen Mitteilung bei der Jugendkammer Berufung einlegen. Rechtsmittel

² ²⁾ Entscheide des Jugendanwaltes können auch vom Staatsanwalt weitergezogen werden.

³ ³⁾ Der Präsident der Jugendkammer kann eine mündliche Berufungsverhandlung ansetzen.

Art. 222

Die Kosten des Untersuchungsverfahrens trägt der Kanton. Er übernimmt auch vorschussweise die Kosten des Gerichtsverfahrens, für die im übrigen, unter Vorbehalt von Artikel 209, die Bestimmungen der Artikel 157 ff. dieses Gesetzes sinngemäss gelten. Verfahrenskosten

3. VOLLZUG**Art. 223**

Die Gemeindebehörden vollziehen die gegenüber Kindern verfügten Massnahmen unter der Aufsicht des Jugendanwalts. Kinder

Art. 224⁴⁾

¹ Das Justiz- und Polizeidepartement vollzieht im Benehmen mit dem Jugendanwalt alle Massnahmen gegenüber Jugendlichen sowie die Einschliessung. Es kann hierfür die Mitwirkung des kantonalen Fürsorgeamtes in Anspruch nehmen. Jugendliche

² Für die bedingte Entlassung gemäss Artikel 94, 94bis und 95 StGB ist der Jugendanwalt zuständig.

³ Die Bussen fallen in die Staatskasse. Der Vollzug der Bussen und der Einzug der auferlegten Kosten obliegen dem Kanton.

Art. 225⁵⁾

¹ Vor der Bezeichnung der Pflegefamilie oder des Heims ist den Eltern oder dem sonstigen gesetzlichen Vertreter Gelegenheit zur Vernehmlassung zu geben. Elternrechte

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000, siehe FN zu Art. 7a

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

² Die religiöse Erziehung darf durch die Familien- oder Heimversorgung nicht beeinträchtigt werden.

Art. 226

Allgemeine Bestimmungen

Im übrigen finden für den Vollzug die Artikel 184 ff. dieses Gesetzes sinngemäss Anwendung.

IV. SCHLUSSBESTIMMUNGEN**Art. 228**¹⁾**Art. 230**

Anpassung des bisherigen Rechts

¹ Verweisen geltende Erlasse auf das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch oder enthalten sie Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften, welche mit diesem Gesetz im Widerspruch stehen, so finden die entsprechenden Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung.

² ²⁾

Art. 232

Übergangsbestimmungen

Dieses Gesetz findet auf die im Zeitpunkt seines Inkrafttretens anhängigen Strafverfahren wie folgt Anwendung:

1. Die im Untersuchungsstadium befindlichen Fälle werden nach neuem Recht weiter behandelt. Die Kreisämter überweisen die nicht mehr in ihre Untersuchungsbefugnis fallenden Strafsachen an die Staatsanwaltschaft.
2. Die bei den Gerichten anhängigen Fälle, mit Einschluss der hängigen Rechtsmittelverfahren, werden in der betreffenden Instanz nach bisherigem Recht zu Ende geführt.
3. Für die nach Inkrafttreten des Gesetzes getroffenen Urteile und Verfügungen gelten in jedem Fall die neuen Rechtsmittelbestimmungen.

¹⁾ Aufgehoben gemäss Gesetz über die Anpassung von Beitrittsbeschlüssen und -bestimmungen zu Konkordaten und Vereinbarungen an die Kantonsverfassung vom 18. Juni 2005; AGS 2005, KA_2052 und KA_3268; am 1. November 2005 in Kraft getreten

²⁾ Aufgehoben durch Art. 7 des Gesetzes vom 5. März 1961 über das Salzregal, BR 780.100; siehe FN zum Ingress dieses Gesetzes

Auszug aus dem geltenden Recht

Steuergesetz für den Kanton Graubünden ¹⁾

Vom Volke angenommen am 8. Juni 1986

VIII. Strafbestimmungen ²⁾

Art. 182a ³⁾

¹ Wer zum Zwecke der Steuerhinterziehung im Sinne von Artikel 174 bis 176 gefälschte, verfälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden wie Geschäftsbücher, Bilanzen, Erfolgsrechnungen, Lohnausweise oder andere Bescheinigungen Dritter zur Täuschung gebraucht, wird mit Gefängnis oder mit Busse bis zu 30 000 Franken bestraft.

II. Vergehen
1. Steuerbetrug

² Die Bestrafung wegen Steuerhinterziehung bleibt vorbehalten.

Art. 183 ⁴⁾

¹ Wer zum Steuerabzug an der Quelle verpflichtet ist und abgezogene Steuern zu seinem oder eines andern Nutzen verwendet, wird mit Gefängnis oder mit Busse bis zu 30 000 Franken bestraft.

2. Veruntreuung
von Quellen-
steuern

² Werden Quellensteuern im Geschäftsbereich einer juristischen Person, einer Personenunternehmung, einer Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts veruntreut, ist Absatz 1 auf die Personen anwendbar, die für sie gehandelt haben oder hätten handeln sollen.

¹⁾ B vom 5. März 1985, Seite 93, Heft Nr. 3 und 3a; GRP 1985/86, 336, (1. Lesung), 750 (2. Lesung)

²⁾ Abschnittsnummerierung gemäss Art. 104 Ziff. 2 Strassengesetz, BR 807.100

³⁾ Einfügung gemäss Volksbeschluss vom 13. Juni 1999; siehe FN zu Art. 1 lit. b

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 13. Juni 1999; siehe FN zu Art. 1 lit. b

Auszug aus dem geltenden Recht

Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

Vom Volke angenommen am 24. September 1978¹⁾

VIII. Rechnungswesen²⁾

Art. 43³⁾

¹⁾ Die Gerichte erheben für ihre Tätigkeit von den Parteien Gerichtskosten gemäss den einschlägigen Verfahrensvorschriften und den vom Grossen Rat und der Regierung erlassenen Gebührenordnungen. Gerichtskosten
und Bussen

²⁾ Über die Kostenaufgabe ist in den Urteilen und Beschlüssen zu befinden.

³⁾ Die von den Gerichtsbehörden ausgesprochenen Bussen fallen in die Kasse des in erster Instanz zuständigen Gerichtes.

¹⁾ B vom 29. Juni 1976, 99; GRP 1976/77, 215, 241, 257, 269, 322, 327, 428 (Ergebnis 1. Lesung S. 467); zweite Lesung: B vom 21. November 1977, 206; GRP 1977/78, 535

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 1

